

Protokoll

der Verhandlungen des Parteitagés der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

vom 9. bis 11. Mai 1946

in Hannover

Phönix-Verlag m. b. H., Hamburg 1

1947

I/60

Copyright 1947 by Phönix-Verlag Christen & Co., Hamburg 1
Druck: Hanseatische Druckanstalt GmbH, Hamburg-Wandsbek
Printed in Germany

PROTOKOLLE DER VERHANDLUNGEN

Erster Verhandlungstag

(Donnerstag, 9. Mai 1946)

Vormittagsitzung

Im festlich geschmückten Saal der „Hanomag“-Werke in Hannover-Linden wurde am Donnerstag, dem 9. Mai 1946, vormittags 9.30 Uhr der erste Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit dem Zusammenbruch der Nazidiktatur eröffnet.

Eröffnung

Dr. Kurt Schumacher-Hannover (mit lebhaftem Beifall begrüßt). Sehr verehrte Anwesende! Genossen und Genossinnen! Ich eröffne den ersten Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik. Ich möchte in dieser Stunde nicht mit dem dröhnenden Pathos der Propaganda zu Ihnen reden, das Sie in den letzten 13 Jahren erleiden mußten. Erleiden mußten nicht nur in den 12 Jahren der eigentlichen Hitler-Diktatur, sondern gerade auch zu unserm schmerzlichen Bedauern in der allerletzten Zeit. Wir wollen keine großen Gesten machen, wir wollen keine Politik der Überredung und des Zwanges. Wir wollen eine Politik, die von Frauen und Männern aus freier Erkenntnis und aus eigenem Willen getragen wird. (Bravol)

Wir sind hier zusammen in einem Raum, der dem größten Metallbetriebe dieses Ortes angehört. Die Tatsache, daß wir in einem Fabrikraum unseren ersten Parteitag abhalten, ist ein Programm. (Sehr gut! Lebhafter Beifall.) Wenn wir heute hier in einem kultivierten und von jedem Teilnehmer als menschlich und würdig empfundenen Raume tagen können, dann danken wir das der freiwilligen Aufbauarbeit der Hanomag-Arbeiter, die nichts gescheut haben, um uns diese Umgebung zu schaffen. (Lebhafter Beifall.) Wir danken das auch dem Betriebe und seiner Leitung.

Ich begrüße den Oberbürgermeister der Stadt Hannover und alle Vertreter der deutschen Behörden. Ich glaube, es ist nicht angebracht, eine lange Liste aufzuzählen. Genau so wenig, wie es richtig wäre, unsere Gäste, unter denen mancher Träger eines großen Namens ist, hier im einzelnen aufzuführen. Ihnen allen zusammen gilt mein Dank für ihr Erscheinen. (Bravo.)

Lassen Sie mich ein offenes Wort sagen: Die Vertreter der fremden Militär-Regierungen sind nicht als Beobachter im polizeilichen Sinne bei uns, sondern sie weilen als unsere Gäste unter uns. (Stürmischer Beifall.)

Eine Reihe von ausländischen Bruderparteien hat ihr Erscheinen zugesagt. Noch nicht alle sind erschienen. Es wird darum notwendig sein, daß im weiteren Verlaufe der Verhandlungen diese Parteien und diese Männer einzeln aufgeführt werden. Aber ich möchte doch den Vertretern deutscher Sozialdemokraten im Auslande, dem Genossen *Wilhelm Sander* und der Genössiin *Herta Gotthell* für die *Londoner* Vertretung der SPD und den Genossen *Cohen-Reuß* und *Günther Markscheffel* für die *Pariser* Vertretung der SPD ausdrücklich unseren Dank und unseren Gruß sagen. Unseren Dank deshalb, weil sie in den ganzen Jahren tapfer für das gestritten haben, wofür die deutsche Sozialdemokratie im Rahmen der Internationale kämpft. Ich begrüße auch die Vertretung der *Sudetendeutschen Sozialdemokratie*.

Ich will aber jetzt die Worte der Begrüßung und des Dankes nicht ins Uferlose ausdehnen, sondern will Ihnen nur sagen: wir haben eine Arbeit zu erledigen, wir haben keine Zeit mit noch so berechtigten Danksagungen und Komplimenten zu verschwenden. Jetzt geht es an die Arbeit! (Lebhafter Beifall)

Ehrung der Opfer des Faschismus

Der Parteitag hört stehend die folgenden Gedenkworte für die Opfer des Faschismus:

Freunde und Genossen!

Unser erster Gedanke gilt unseren Toten. Den Opfern des Faschismus in unserem eigenen Volk. Den Toten des Freiheitskampfes der unterdrückten Völker. Dem Millionenheer der Kriegsoffer aller Nationen. Den Frauen und Kindern, die durch Bombenkrieg, Hunger und Krankheit dahingerafft wurden. Den Juden, die dem bestialischen Rassenwahn der Hitlerdiktatur zum Opfer fielen. Allen, ohne Unterschied der Nation und der Rasse, die ihr Leben

verloren haben im Kampf gegen Diktatur, Unterdrückung und Eroberungswahn.

Wir gedenken der Toten in unseren eigenen Reihen. Viele, viele sind in diesen dreizehn Jahren von uns gegangen. Viele starben im offenen Kampf, weil sie Freiheit höher stellten als das Leben. Viele erlagen den Folterungen und Marterungen der Gestapo. Viele fanden in der Verbannung den Tod, ohne noch einmal die Heimat in Freiheit wiederzusehen.

Der deutsche Faschismus war feige. Er unterschlug dem Volk den Blutzoll seiner Verbrechen. Er gründete seine Herrschaft über das eigene Volk auf Mord, aber er wagte es nicht, sich dazu zu bekennen.

Aber die Opfer sind nicht vergessen. Wir werden den Toten des deutschen Freiheitskampfes, den Blutzugehen für die Existenz eines anderen, besseren Deutschlands ein Ehrenmal errichten. Sie werden fortleben in unseren Herzen, in unseren Gedanken und in unseren Werken.

Jeder unserer Kameraden, der in diesen dunklen und schweren Jahren an unserer Seite fiel, lebt in uns weiter. Ob als „Hochverräter“ gehängt, ob als „gefährlicher Marxist“ zu Tode gefoltert, ob als „Schwächling“ auf der Flucht erschossen oder als „Verräter“ aus dem Hinterhalt niedergeknallt, jeder einzelne steht vor unserem geistigen Auge und vor unserem Gewissen als Mann und Kämpfer, als Mahnung und als Aufruf an uns Lebende.

Es wird einmal die Geschichte der schwersten und härtesten Bewährungsprobe unserer Bewegung geschrieben werden. In dieser Geschichte werden wir auch die Namen unserer Toten nennen. Namen von hohem Klang in der Welt der Wissenschaft werden neben führenden Namen der internationalen Arbeiterbewegung stehen. Und neben den Namen der führenden Vertrauensleute der Bewegung, die Namen der Unbekannten. Im Kampf und Tod offenbart sich von neuem die große sittliche Idee, die den demokratischen Charakter unserer Bewegung trägt: Die Persönlichkeit zählt, nicht der Rang.

Die erschütternd lange Liste unserer Toten, zu lang, um sie hier zu nennen, dokumentiert die Lebenskraft unserer Ideen. Unsere Toten gaben ihr Leben. Ihr Vermächtnis und unsere Pflicht ist Kampf. Kampf und Arbeit. Kampf und Arbeit, damit die unsterblichen Ideen der Freiheit, der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und des Friedens Wirklichkeit werden.

Laßt uns an die Arbeit gehen mit dem Ideal im Herzen; für das sie starben und für das wir leben: Freiheit!

Nach den Gedenkworten spielte das Rust-Quartett vom Opernhaus Hannover „Der Tod und das Mädchen“ von Franz Schubert.

Konstituierung des Parteitages

Dr. Kurt Schumacher: Wir kommen zur Konstituierung des Parteitages. Es handelt sich zunächst um die Wahl des Präsidiums. Ich bitte um Vorschläge.

Das Wort hat der Genosse *Wilhelm Knothe-Frankfurt*.

Wilhelm Knothe-Frankfurt: Ich gestatte mir, für das Präsidium folgende Vorschläge zu machen. Ich schlage Ihnen vor, drei Vorsitzende und sechs Beisitzer zu wählen. Als Vorsitzende schlage ich vor: den Genossen *Fritz Henssler-Dortmund*, den Genossen *Julius Lossmann-Nürnberg* und den Genossen *Franz Bögler-Neustadt (Pfalz)*.

Als Beisitzer gestatte ich mir, Ihnen vorzuschlagen, die Genossin *Anna Stiegler-Bremen*, den Genossen *Karl Meitmann-Hamburg*, den Genossen *Karl Hettig-Eblingen*, den Genossen *Karl Herrmann-Kassel*, den Genossen *Erich Kalbfell-Reutlingen* und den Genossen *Breit-Trier*.

Dr. Kurt Schumacher: Sie haben die Vorschläge gehört. Werden noch andere Vorschläge gemacht? Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich alle Delegierte, die mit diesen Vorschlägen einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung ihre Hand zu erheben. Ich danke. Ich stelle die Annahme fest. Ich bitte zuerst den Genossen *Henssler*, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen.

Vorsitzender *Fritz Henssler:* Im Namen des ganzen Präsidiums danke ich für die Wahl, und ich verbinde mit dem Dank die Bitte, daß alle mithelfen, unsere Tagung so würdig und eindrucksvoll zu machen, wie es unsere Sache verdient. Bevor wir weiter in unseren Arbeiten fortfahren, erteile ich zunächst dem Vorsitzenden der Betriebsvertretung der „Hanomag“, dem Genossen *Ernst Winter*, das Wort zur Begrüßung.

Begrüßungen

Ernst Winter-Hannover: Im Namen des Vorstandes und der Betriebsratsvertretung der „Hanomag“ heiße ich Sie in unseren Räumen hier recht herzlich willkommen. Ich hoffe, daß Sie sich hier bei uns wohlfühlen werden. Wenn wir auch heute nicht in der Lage sind, alle die Annehmlichkeiten zu bereiten, die Hannover früher bieten konnte, so wollen wir aber doch versuchen, wenig-

stens für das leibliche Wohl zu sorgen. Unser Koch wird Ihnen eine recht derbe hannoversche und mundgerechte Mahlzeit zur Verfügung stellen, die Ihnen hoffentlich gut tun wird. Außerdem kommt die Höhenluft hier oben dazu, denn höher konnten wir wohl nicht tagen als in diesem Saal.

Da uns leider hier am Ort die Parteipresse fehlt, waren wir nicht in der Lage, Ihnen einen Willkommensgruß darzubringen. So will ich versuchen, in kurzen Zügen Ihnen das mitzuteilen, was für Sie von besonderer Bedeutung ist.

Als wir im Februar/März erfuhren, daß der erste Parteitag nach der Niederringung des Nazismus hier in Hannover stattfinden sollte, war unsere größte Sorge die Lokalfrage. Es kam darauf an, schnell Rat zu schaffen. Da haben wir uns mit beiden Füßen sofort in die Wirklichkeit gestellt, haben Hand angelegt und mit unserem Vorstand darüber verhandelt, daß unser Speisesaal, der durch die Bombenangriffe stark beschädigt war, wieder in Ordnung gesetzt wurde, und daß damit der Belegschaft zugleich wieder eine angenehme Möglichkeit gegeben wird, ihre Mahlzeiten einzunehmen. Der Vorstand war damit einverstanden und zugleich auch mit unserem Vorschlag, daß der erste Parteitag der SPD in diesem Raume tagen sollte. (Bravo!) Wir haben dadurch auch die Möglichkeit gehabt, alle die Nebenräume zu beschaffen, die erforderlich wären, und dadurch den Delegierten manche unnütze Lauferei zu ersparen.

Nachdem dieser Beschluß gefaßt war, wurde bereits 24 Stunden später die Hand in diesem Raum angelegt, der, man kann sagen, als Schuttabladeplatz diente. Wir haben die beteiligten Kräfte zusammengenommen und sie darauf hingewiesen, worauf es ankam, nämlich daß dieser Raum innerhalb dieser kurzen Zeit fertiggestellt werden müsse, und zwar bis Anfang Mai, um die Abhaltung des Parteitages zu ermöglichen.

Ich kann zu unserer alle Freude feststellen, daß bei dem gesunden Menschenverstand unserer Belegschaft kein Widerstand einsetzte, sondern alle gleich an die Arbeit gingen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, allen Beteiligten, die diese Aufbauarbeit mit geleistet haben, an dieser Stelle noch meinen besonderen Dank auszusprechen. (Bravo!)

Nun zu Ihrer Information etwas über unser Werk. Einige Tage nach der Besetzung lief unser Werk mit etwa 1500 Mann an. Diese wurden mit Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten beschäftigt. Zuerst war der frühere Vertrauensrat sofort herausgesetzt worden. An seiner Stelle wurden beherzte, erfahrene Männer gestellt, die die Geschicke des Werkes und damit auch die der Be-

legschaft in die Hand nahmen, und als wir am 26. Juli die Genehmigung zum Beginn der Produktion von Schleppern, Zugmaschinen usw. erhielten, setzte unsere Arbeit ein, so daß wir im Laufe der Zeit die Belegschaft auf eine Stärke von 4000 Mann steigern konnten.

Wir haben unseren entscheidenden Einfluß bei den Einstellungen und Entlassungen ausgeübt und alle die Kollegen, die jetzt hier im Arbeitsverhältnis stehen und die zu uns ins Werk kamen, haben ihre politischen Fragebogen ausgefüllt, die von der Betriebsvertretung gegengezeichnet sind. (Bravol)

Auch bei der Krankenkasse haben wir maßgebenden Einfluß, so daß wir auch dort den zweiten Vorsitzenden gestellt haben. Die Entlassungen beruhen auf demselben Grundsatz wie die Einstellungen.

Die Sozialbetreuung liegt fest in unserer Hand, so daß auf diesem Gebiete alle Wünsche, die irgendwie befriedigt werden können, befriedigt werden. Bemerken möchte ich noch, daß wir in unserem Werk eine Einrichtung haben, wonach jeder, der hier beschäftigt ist, 15 Jahre im Werk war und Invalide ist, eine Rente von RM 1,- pro Beschäftigungsjahr bis zur Höchstgrenze von RM 40,- pro Monat bekommt. Die Bezüge für Angestellte und Arbeiter sind gleich.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch sagen, daß der frühere Trennungsstrich, der zwischen den Arbeitern und Angestellten gezogen wurde, gefallen ist. Diese Grenze besteht bei uns nicht mehr. Es geht nur nach einheitlichen Richtlinien der Betriebsvertretung, die die gemeinsamen Interessen der hier Beschäftigten vertritt. Dadurch sind wir unserem Endziele wesentlich näher gekommen. Ganz besonders will ich hervorheben, daß gerade bei den Angestellten, die früher wesentlich bei dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband organisiert waren, gesagt werden kann, daß sie sich auf den Boden der Tatsachen gestellt haben und mit uns gemeinsam an dem großen Werk des Wiederaufbaues in guter Zuversicht Hand in Hand arbeiten.

Die Entnazifizierung haben wir bei uns im Betriebe durchgeführt, und man könnte sagen, daß, wenn in allen Betrieben nach diesen Gesichtspunkten gehandelt worden wäre, schon manches anders wäre. Wir haben bei einer Belegschaft von 4000 Beschäftigten noch rund 85 Personen, die ehemals Mitglieder der NSDAP waren. Einen kleinen Wermutstropfen muß ich allerdings dazu geben, nämlich, daß wir die traurige Tatsache zu verzeichnen haben, daß Leute, die ziemlich stark belastet waren, durch die Militär-Regierung wieder in gehobene Stellung gekommen sind, dadurch

schwillt natürlich diesen Leuten der Kamm, sie glauben, daß sie es bereits wieder geschafft hätten. Ich glaube aber, daß diese Leute die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Die Entnazifizierungskommissionen, die jetzt auf der ganzen Linie in Erscheinung treten, werden gemeinsam mit der Militär-Regierung dafür sorgen, daß diese Leute für eine Arbeit eingesetzt werden, die für sie in Frage kommt, nämlich dafür, daß sie den Schutt beseitigen, den wir ihnen zuzuschreiben haben. (Lebhafter Beifall.)

In einem Falle haben wir festgestellt, daß einer der Angestellten, der am 1. 1. 1933 in die NSDAP eingetreten ist, noch die Frechheit besaß, die Firma wegen einer Gehaltssumme von RM 2100,— zu verklagen. Es fand sich auch ein Rechtsanwalt, der bereit war, diese Klage zu vertreten. Wenn wir hier nicht auf der Höhe sind und wenn den Gerichten hier kein Ziel gesetzt wird, dann können wir unter Umständen erleben, daß alle ernststen Maßnahmen der Militär-Regierung gefährdet werden. Ich möchte deshalb die Militär-Regierung ganz besonders darauf aufmerksam machen, die Gerichte nicht aus dem Auge zu lassen.

Nun noch etwas über unsere Produktion. Wir fertigen z. Zt. in unserem Betriebe an: größere und kleinere Schlepper für die Landwirtschaft und den Straßenverkehr. In jüngster Zeit haben wir auch den Anhängerbau aufgenommen, und wenn wir durch keine Maßnahmen der Militär-Regierung gestört werden, wird unsere Belegschaft den Beweis dafür erbringen, daß die „Hanomag“ in der Ernährungswirtschaft für die Zukunft einen wichtigen Faktor spielen wird.

Herausstellen möchte ich noch, daß bei diesen Fragen der Produktion zwischen Vorstand und Betriebsvertretung inniger Kontakt und gute Zusammenarbeit besteht. Wir kommen jeden Donnerstagmorgen um 9.00 Uhr mit dem Vorstand und Betriebsausschuß zusammen, um die Belange des Werkes in allen Fragen gründlich durchzusprechen. Diese Maßnahme hat sich für unser Werk zum großen Vorteil ausgewirkt.

Zum Schluß noch etwas über unsere Bewegung am Orte. Sie befinden sich auf historischem Boden. Der Sozialismus hat in Hannover schon früh Wurzel geschlagen, und es war im Jahre 1884, als unser altehrwürdiger Vertreter des früheren Hannoverschen achten Wahlkreises unter dem Sozialistengesetz bereits in den Reichstag einziehen konnte. Nach seinem Tode hat unser Genosse Brey diese Tradition aufrecht erhalten. Auch der Genosse Brey hat den Umsturz leider nicht mehr miterleben können. Er ist während der Nazizeit aus unserer Mitte gerissen worden. Schließlich ist es uns gelungen unter dem schändlichsten aller Wahlsysteme,

dem preußischen Dreiklassenwahlrecht, unseren Genossen Leinert in den Landtag zu bringen.

Aber nicht nur in der Politik haben wir unseren Mann gestanden, auch in der Gewerkschaft, und die Zersetzungen, die in weiten Kreisen des Reiches in Erscheinung getreten sind, haben wir hier im Hannoverschen zum Glück nicht erlebt. Diese Zersetzungsarbeit fand hier keinen geeigneten Boden. Bei all diesen Dingen spielte die Belegschaft der „Hanomag“ eine wesentliche Rolle. Bei der Größe der Belegschaft, die wir auch in den früheren Jahren gehabt haben, war die Belegschaft der „Hanomag“ das Barometer für unsere ganze gewerkschaftliche und politische Richtung.

Ich brauche nur, soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, daran zu erinnern, daß aus unserem Betrieb mancher tüchtige Genosse hervorgegangen ist. Von der Belegschaft sind heute gut 90 Prozent organisiert, und die 13 gewählten Betriebsvertreter gehören sämtlich der SPD an. (Lebhafter Beifall.)

So marschieren wir hier geschlossen und geben dem ersten Parteitag nach dem Naziregime ein gutes Beispiel, wie durch gemeinsames Zusammenarbeiten vorwärts zu kommen ist. Groß ist die Verantwortung, die wir zu tragen haben, und wichtig die Aufgaben, die wir in Wirtschaftspolitik, Sozialgesetzgebung, Ernährungsfragen usw. noch zu schaffen haben, aber ich bin überzeugt, daß wir es trotz all dieser Schwierigkeiten schaffen werden, und trotz aller Quertreibereien, die hier und da im Reiche einsetzen.

So wünsche ich dem Parteitag einen guten Verlauf, damit wir von dieser Tagung auf der „Hanomag“, was Dr. Schumacher schon hervorgehoben hat, hinausgehen und werben und wirken können für die wahre Demokratie, für die Freiheit und den Frieden, für den Sozialismus und für die Völkerverständigung. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Fritz Henßler*-Dortmund: Genosse Dr. Schumacher hat in seiner Eingangsrede den Arbeitern der „Hanomag“ bereits den Dank des Parteitages ausgesprochen. Ich unterstreiche diesen Dank nochmals ausdrücklich.

Das Wort zur Begrüßung hat nunmehr für unsere deutschen Freunde in London Genosse *Wilhelm Sander*.

Wilhelm Sander-London (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Es ist ein erhebendes Gefühl, nach dreizehnjähriger Emigration wieder in die Heimat zurückkehren zu können und im Auftrage der anderen Genossen in der Emigration den ersten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach dem Hitler-Zusammenbruch herzliche Grüße und Wünsche überbringen zu können. Die Londoner Vertretung

der SPD, und alle sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen, die durch die Hitler-Diktatur in die verschiedensten Länder der Welt getrieben wurden, begrüßen Euch auf das herzlichste. Viele Freunde, die Euch persönlich bekannt sind, haben mir nach London geschrieben und mich gebeten, die Grüße auszurichten. Der letzte Kartengruß enthielt nur wenige Zeilen, alte müde Züge, aber, wie mir berichtet wurde, von einem Manne, der geistig noch frisch ist und im Geiste unter uns weilen wird. Der alte Genosse *Otto Landsberg*. (Lebhafter Beifall.)

Ein Telegramm aus den Vereinigten Staaten von Amerika, von *Friedrich Stampfer* unterzeichnet, unterstreicht noch einmal, daß ich versichern soll, daß alle Genossen drüben über dem großen Meer im Geiste bei Euch sind.

Die unerwartet herzlichen und anerkennenden Worte des Genossen Schumacher machen es überflüssig, noch weitere Ausführungen über die Arbeit der Emigration zu machen. Ich darf mich deshalb auf zwei kurze Bemerkungen beschränken.

Als Ihr, Genossinnen und Genossen, durch den Druck der Diktatur zum Schweigen verurteilt wurden, hatten wir die Möglichkeit, im Auslande zu sprechen, und wir haben davon Gebrauch gemacht und haben gesprochen, immer und überall, wo wir glaubten, die Stimme der deutschen unterdrückten Arbeiterklasse verkünden zu müssen.

Es war nicht immer leicht, und es bestand auch nicht immer Einmütigkeit in unseren Reihen. Es wäre falsch, zu verschweigen, daß es auch in unseren Reihen Meinungsverschiedenheiten und auch einige Abtrünnige gab, aber der Glaube aller Genossen an den endgültigen Sieg der deutschen Arbeiterbewegung und der Glaube an die Genossen, und an ihre Arbeit war ungebrochen. Deshalb erfüllt es mich mit besonderem Stolze, daß hier auf dem ersten freien Parteitag der deutschen Sozialdemokratie auch solche Worte der Freundschaft und der Anerkennung aus dem Munde des Genossen Schumacher der Emigration zuteil wurden.

Und noch eine zweite Bemerkung. Wir wissen, daß wir zu Euch gehören, wir wissen, daß wir ein Stück von Euch sind, und wir haben den Wunsch, mit Euch gemeinsam wieder auf heimatlichem Boden arbeiten zu können. Wir wissen, die Schwierigkeiten sind im Augenblick noch groß und der Prozeß der Rückführung der politischen Emigration in die Heimat wird viel mehr Zeit brauchen, als wir erst gehofft hatten. Für den einen wird der Tag früher, für den anderen später kommen, wieder mit Euch gemeinsam zu arbeiten. Bis dahin werden wir dort, wo wir leben und dort, wo wir wirken, uns als ein Stück der deutschen Arbeiterbewegung be-

trachten und werden dort in unserem Geiste und Sinne für die gemeinsame Aufgabe und das gemeinsame Ziel arbeiten.

Ich möchte Euch die Versicherung geben, im Namen der deutschen Parteigenossen draußen in den verschiedensten Ländern, daß wir es als unsere Pflicht betrachten, Euch zu helfen, wo wir immer können und wie wir immer können (Lebhafter Beifall).

Ein letztes Wort von unseren englischen Freunden. Wenige Tage bevor ich die Reise von London nach Hannover antrat, hatte ich im Transporthouse eine Aussprache mit dem Internationalen Sekretär der Labour-Party über die internationalen Fragen. Der Genosse Healey sagte mir, daß die Exekutive der Labour-Party mit großem Interesse die Wiederaufrichtung der deutschen Sozialdemokratie beobachte, anerkenne und bewundere, und daß selbstverständlich die Labour-Party Wert darauf lege, einen offiziellen Vertreter nach Hannover senden zu können. Es ist dies nicht ganz einfach, weil die Labour-Party Regierungspartei und mit vielen Arbeiten beschäftigt ist und weil sie einen Genossen nach Hannover senden möchte, der deutsch spricht und den Verhandlungen beiwohnen und folgen kann. Er hat als mögliche Vertreter die Genossen Crosman oder Gordon Walker bezeichnet, und ich hoffe, daß wir diese Vertreter bald begrüßen können.

Er selbst hat mir die herzlichen Grüße für den Parteitag aufgegeben. Er hat gesagt: Ich kann nur wiederholen, was wir in unserer Botschaft an die deutsche Bruderpartei den Genossen Erich Ollenhauer und Fritz Heine mitgaben und was Genosse Morgan Philipps in der Maibotschaft Euern deutschen Genossen zugerufen hat. Im Geiste dieser beiden Botschaften bitte ich, die Genossen drüben in Hannover zu begrüßen (Lebhafter Beifall).

Max Cohen-Reuß (Vertreter der deutschen Sozialdemokraten in der *französischen Emigration* — mit lebhaftem Beifall begrüßt): Ich bin, wie vorher schon gesagt wurde, kein Franzose, sondern ein Mitglied der Landesgruppe der deutschen Sozialdemokratie in Frankreich — so nennen wir uns, und so treten wir auf, — der Ihnen die herzlichsten Grüße und viele gute Wünsche der in Frankreich lebenden deutschen Sozialdemokraten bringt (Beifall). Zugleich habe ich Ihnen die gleichen Wünsche im Namen der tapferen jüdischen sozialistischen Organisation, „Der Bund“, auszusprechen (lebhafter Beifall); mit der uns sehr viel verbindet, die aber leider keinen Vertreter schicken kann.

Sie wissen, oder wenigstens viele von Ihnen wissen, wie schnell wir die Verbindung mit den deutschen Genossen aufgenommen haben, und die Vielen, die von Zeit zu Zeit nach Deutschland kamen, werden Ihnen gesagt haben, mit welcher warmer Teilnahme

sie Eure Tätigkeit verfolgen. Wir wissen, wie ungeheuer schwer es für Euch sein muß, und wir haben die Genossen bewundert, daß sie diese Sisyphusarbeit aufgenommen haben. Wir selbst haben versucht, ein wenig dazu beizutragen. Es ist in der Tat nicht viel gewesen. Die anerkennenden Worte, die Genosse Schumacher gesprochen hat, ehren uns mehr als alles andere. Aber wir selbst wissen, daß unser Beitrag nur sehr bescheiden war, und der Lage der Sache nach auch nur sehr bescheiden sein kann.

Aber wir hoffen sehr, daß jetzt, wo die Entscheidungen internationaler Art zu reifen beginnen, wir etwas mehr tun können. Jedenfalls aber haben wir keinen anderen Willen und kein anderes Wollen, als dienende Glieder der großen Gruppe der französischen und der deutschen Arbeiter zu sein. Alle anderen können uns — es ist ein wenig übertrieben — gestohlen bleiben. (Bravo!)

Es ist ein eigenartiges Gefühl, wenn man nach dieser langen Emigrationszeit wieder nach Deutschland kommt, und ich muß sagen, als ich die ersten deutschen Städte sah, hat das in einer furchtbaren Weise auf meine Seele gedrückt. Es wäre gleichgültig, wenn Saarbrücken, das ich zuerst sah, oder Frankfurt oder Hannover zerstört wären, aber daß diese Zerstörung durch das ganze Deutschland geht und keine große Stadt von dieser Zerstörung verschont ist, ist fast unerträglich (Sehr richtig!). Wie Sie diese Städte wieder aufbauen sollen, ist mir schleierhaft. Ich weiß nur, daß Sie alles daran setzen werden, es zu tun.

Wenn ich mir überlege, was heute die Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie sein wird, so könnte man fast verzagen. Aber ich weiß, daß besonders der Mann, den Sie an Ihrer Spitze haben, für solche Gedanken nicht zu haben sein wird, und das ist gut so. Es ist eigenartig, daß man im Ausland das nicht versteht, aber man wird es allmählich begreifen, und es ist für mich eine Pflicht, Ihnen an einem Beispiel zu zeigen, wie es in der Tat noch Leute gibt, obwohl sie nicht einmal zu uns gehören, die objektiv die Dinge ansehen. Man hat jetzt im Kontrollrat einen Plan entworfen, der katastrophal für die deutsche Nachkriegswirtschaft ist, der wirklich sehr schlecht ist, unglaublich schlecht, und das leitende Wirtschaftsblatt, ein rechtsstehendes Blatt, der Nachfolger vom Temps, hat gesagt, daß dieser Plan mehr einem Kartenhaus gleiche als einer Pyramide (Lebhafter Beifall).

Wenn von solcher Seite etwas derartiges gesagt wird, muß es schon stimmen. Der einzige Trost dabei ist, daß ein englischer Antrag — dafür möchten wir den Engländern dankbar sein — angenommen ist, der vorsieht, daß jedes Jahr dieser Plan revidiert und geändert werden kann. Ich nehme an, schon im nächsten Jahr wird

er geändert werden, denn schließlich muß man begreifen, daß es überhaupt nur ein Mittel gibt, die Sache in Ordnung zu bringen, nämlich, daß man die Deutschen arbeiten läßt (Stürmischer Beifall). Sie wollen es ja gar nicht anders. Sie wollen nur arbeiten und sind bereit, wie Sie das in vielen Erklärungen gesagt haben, Ihren Teil zu den Reparationen beizutragen. Aber daß gerade in dem Zeitalter der Atomzertrümmerung Ihnen die Arbeitsmöglichkeit versagt wird unter dem heute lächerlichen Gesichtspunkt der Strategie von Kriegsstützpunkten, ist kaum noch zu verantworten. Wir haben an den Beispielen des Westwalls und des Atlantikwalls gesehen, wie wenig solche Sicherungen bedeuten. Ich möchte das offen aussprechen, weil ich aus dem Auslande komme. Ohne all diese Beschränkungen haben die Alliierten und Siegermächte Mittel genug, die deutsche Entwaffnung zu sichern und zu kontrollieren. (Sehr richtig!) Die Sorge der Sicherheit ist keine technische Frage, sondern eine politische Frage, und wenn die Alliierten einig sind und es wollen, so können sie die Bewaffnung unter allen Umständen verhindern. Sie tun damit etwas, was ganz im Sinne der deutschen Arbeiterschaft liegt. (Sehr richtig!) Ich glaube, ich darf in Ihrem Namen sagen — denn ich bin ja Fleisch von Eurem Fleisch und seit 1902 Mitglied der deutschen Sozialdemokratie — daß die deutschen Arbeiter keine Werkzeuge zum Töten mehr anfertigen wollen, sondern Werkzeuge zum Leben. (Bravo, Sehr richtig!)

Im übrigen liegt es so, daß es isolierte Kriege, wie noch einige Leute in Frankreich fürchten, nicht mehr geben wird. Wenn Kriege geführt werden müssen, was wir sehr bedauern würden, dann müssen die großen Mächte ihn führen, das ist so sicher wie irgend etwas. Also, alle die Methoden, die man gegen uns anwendet, sind wirklich falsch, es gibt nur eine einzige, man muß die Deutschen wieder arbeiten lassen.

Ich darf noch eines dem Parteitag sagen, gerade nach dem Eindruck, den ich nach meiner Rückkehr nach Deutschland hatte.

Ich bleibe nicht in Deutschland, ich bin schon zu alt, um in Euren Reihen mitzustreiten, aber ich hoffe, noch auf meinem Auslands-posten einiges leisten zu können. Man kann diese Arbeit nur durchsetzen, wenn man einen geradezu unzerstörbaren Glauben an die deutsche Arbeiterschaft hat. Ohne diesen Glauben wird nichts werden, und ich hoffe, daß er in Erfüllung geht. Die deutschen Arbeiter werden die Kader stellen für die Arbeit, die zu leisten ist. Sie werden sicherlich nicht verzagen. Das werden ja auch die Arbeiten dieses Kongresses zeigen. Sie werden — obwohl die Einheit der Arbeiterklasse, die ich miterlebt habe, eines der heiligsten Güter ist — diese nicht akzeptieren unter der Bedingung, noch ein-

mal freiwillig in die Sklaverei zu gehen (Sehr richtig!) und auf das zu verzichten, was uns das Höchste ist, die Gedanken- und Geistesfreiheit.

Ich sage Ihnen für meine Person, ich würde lieber in einem demokratisch-kapitalistischen Land wie England oder Frankreich leben und dort bleiben, ehe ich diese Sklaverei freiwillig auf mich nehmen würde. Dann ist mir der Kapitalismus schon lieber, wenn er demokratisch ist.

Ich möchte eines noch unterstreichen, gerade weil auch hier fremde Vertreter der Militärregierung anwesend sind: die fremden Mächte dürfen uns die Arbeit nicht zu schwer machen. Ohne sie geht es nicht, und wir wissen, daß wir keine großen Worte zu sagen brauchen, aber das eine muß ich unterstreichen, sie müssen uns entgegenkommen in den Wirtschaftsfragen, besonders in der Frage, die ich vorhin erwähnte. Wenn die fremden Mächte uns nicht entgegenkommen und uns nicht die Möglichkeit der Arbeit geben, dann geht es zu Ende. Man kann natürlich mit allen möglichen Mitteln einen Krieg verhindern, man kann aber auch eine Wirtschaft verhindern. Und was noch wichtiger ist: Wenn diese Dinge zu extrem angewendet werden, dann kann man auch den Frieden verhindern und nicht nur den Krieg! Ich hoffe, daß die fremden Mächte, die den Frieden sicherlich so ehrlich wollen wie wir, dieses anerkennen und daß sie im nächsten Jahr den Wirtschaftsplan ändern. In diesem Sinne und in diesem Geiste wünsche ich den Arbeiten des Kongresses allen Erfolg und ich hoffe, daß er so glücklich ausgeht, daß man auf ihm eine Basis findet für die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie.

Vorsitzender *Fritz Henssler*-Dortmund: Ich darf den Genossen Sander und Cohen-Reuß den Dank des Parteitages aussprechen für ihre Begrüßungen. Sie können in dem Bewußtsein zu ihren Freunden nach Paris und London zurückkehren, daß wir die Größe unserer Aufgabe kennen und daß wir ob der Größe dieser Aufgabe nicht verzweifeln, sondern entschlossen sind, diese Aufgaben zu lösen. Uns macht nicht die Größe der Aufgaben Sorge, uns macht Sorge, daß man uns nicht arbeiten läßt. Das bitte ich auch unseren Freunden mitzuteilen, damit sie von ihrer Stelle aus mitwirken können, damit wir wirklich zum Arbeiten kommen.

Es sind noch eine ganze Reihe von Begrüßungsschreiben eingegangen. So knapp die Zeit ist, möchte ich einige von ihnen doch zur Kenntnis geben. Von *John Middleton*, dem früheren Generalsekretär der englischen Arbeiterpartei und von *Lucie Middleton*, Mitglied des englischen Unterhauses, wird uns geschrieben:

„Wir grüßen die Genossen, die die Verfolgungen, den Schrecken und die Vernichtung der nationalsozialistischen Diktatur überlebt haben, und die nun zusammen mit neuen Genossen daran gehen, die Kräfte der Sozialdemokratie in Eurem Lande wieder aufzubauen.

Hier in London haben wir sehr unter den Schrecken und der Zerstörung des Krieges zu leiden gehabt, aber trotzdem können wir uns natürlich gar keine Vorstellung von dem Ausmaß der physischen und geistigen Verluste machen, die die Ausrottung Hitlers in den kontinentalen Ländern mit sich gebracht hat.

Unsere eigne britische Labour-Party hat die politische Macht errungen, für die wir 50 Jahre lang gekämpft haben und sie hat bei den kommunalen Wahlen, die einige Monate später stattfanden, nicht nur ihre Stimmenzahl gehalten, sondern sie noch wesentlich verstärkt. Unsere Genossen in der Regierung sind nun dabei, unser Programm durchzuführen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß wir eine große sozialistische Umwälzung in unserem industriellen und gesellschaftlichen Leben werden durchführen können mit der Zustimmung unserer demokratischen Wählerschaft.

Meine Frau und ich hatten die große Freude, viele von den deutschen Genossen, die während ihres Exils eine Heimat in London gefunden hatten, zu Freunden zu haben. Wir denken mit besonderer Zuneigung an unseren lieben Freund Hans Vogel und wir beklagen gemeinsam mit unseren deutschen Genossen seinen allzufrühen Tod.

Wir freuen uns darüber, daß ein Teil unserer deutschen Freunde hier nun bereits wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind und mit daran helfen, die Sozialdemokratische Partei wieder zu einer mächtigen und fruchtbaren Bewegung zu machen.

Wir senden der deutschen Sozialdemokratie unsere sozialistischen Grüße und wir hoffen, daß sie recht bald wieder mit den internationalen Genossen der anderen Länder vereint sein werden.“

Ein weiteres Schreiben ist eingegangen von der Genossin Mary Sutherland, Frauensekretärin der Labour-Party:

„Die Frauen der Labour-Party haben mit großem Interesse davon gehört, daß Anfänge gemacht worden sind, die sozialdemokratische Frauenbewegung in Deutschland wieder aufzubauen.

Wir senden unsere herzlichsten Grüße und guten Wünsche an alle jene sozialdemokratischen Männer und Frauen, die Hitler und dem aggressiven Nationalsozialismus, der ihn zur Macht gebracht und so lange an der Macht gehalten hat, aktiven Widerstand geleistet haben, die es gewagt haben gegen den Krieg zu kämpfen und ihren Mut mit Gefängnis und Konzentrationslager bezahlt haben.

Sie, die tapfer und treu geblieben sind, werden die ungeheure Aufgabe haben, die Masse des deutschen Volkes zu einem wahren Verständnis echter Demokratie und internationaler Gesinnung zu erziehen, die überall nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten bewiesen werden muß.

Wir haben die feste Hoffnung, daß es ihnen gelingen wird, die tausende von Männern und Frauen, die jetzt als neue Mitglieder zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kommen, mit einem echten demokratischen, sozialistischen und internationalen Geist zu erfüllen."

Das Mitglied des Unterhauses, die Genossin *Barbara Gould-London*, schreibt uns:

„Bitte sagt den deutschen Genossen, wie froh ich darüber bin, daß die Sozialdemokraten endlich wieder die Möglichkeit haben, in aller Öffentlichkeit und Freiheit einen Parteitag in Deutschland abzuhalten.

Ich schreibe diese Botschaft der Freundschaft und Verbundenheit für meine deutschen Freunde am ersten Internationalen Maitag im Frieden und ich möchte ihnen sagen, wie sehr ich ihren tapferen Kampf für die Freiheit während der vergangenen Jahre des Schreckens bewundere und wie zuversichtlich ich daran glaube, daß wir auf dem Wege sind, echte Freiheit und Freundschaft zwischen den internationalen Sozialisten aller Nationen aufzubauen.“

Mrs. *Ganley*, Mitglied des englischen Unterhauses und Vorstandsmitglied der Groß-Londoner Genossenschaftsbewegung, schreibt:

„Meine allerbesten Grüße und Wünsche an unsere Freunde in Deutschland. Möge Frieden und Freundschaft in die Welt kommen.“

Aus *Paris* schreibt uns der Genosse *Boudien*, führendes Mitglied der *französischen sozialistischen Partei*:

„Ich habe den Wunsch, daß Euer Kongreß ein Erfolg sein möge und daß er der Welt gegenüber bezeugen möge, daß neben dem Deutschland von gestern ein arbeitsames, demo-

kratisches und sozialistisches Deutschland existiert. Ich schließe mit dem Wunsch, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bald teilnehmen wird an einer wiedererrichteten Sozialistischen Arbeiter-Internationale und an unserer Anstrengung für die Aufrechterhaltung des Friedens der Welt durch den Zusammenschluß aller Arbeiter."

Ich habe noch Kenntnis zu geben von einem Begrüßungsschreiben des *Londoner Vertreters des „Bund“ der jüdischen Arbeiterpartei in Polen*, dem Genossen *Lucjan Blit*:

„Herzlichen Dank für Eure Einladung zum Sozialdemokratischen Parteitag. Leider habe ich keine Möglichkeit, Eurer Einladung Folge zu leisten.

Meine Partei hat niemals, auch nicht in den schwersten Tagen ihrer jüngsten Vergangenheit, den Glauben verloren an die Wiedergeburt der internationalen sozialistischen Bewegung in Europa. Und wir haben niemals daran gezweifelt, daß eines Tages die deutschen Arbeiter wieder öffentlich Zeugnis ablegen werden für die Ideale von Marx und Lassalle, von Bebel und Kautsky.

Wir haben an diesem Glauben festgehalten, trotzdem sechs Millionen unseres Volkes von deutschen Faschisten in Europa hingemordet worden sind, darunter 90 Prozent der gesamten Mitgliedschaft des „BUND“ in Polen.

Ich wünsche Euch allen Erfolg in der Ausführung der Aufgaben, die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gestellt sind, nämlich, so weit es möglich ist, das Unrecht wieder gut zu machen, daß die Nazis an ihren Opfern begangen haben, alle Spuren von Faschismus und Nationalsozialismus auszurotten, eine neue Generation zu erziehen, die fanatische Anhänger von Frieden und Menschlichkeit sein werden und den Geist des demokratischen Sozialismus in der deutschen Arbeiterschaft zu fördern."

Wir haben dann noch ein Schreiben von der *Arbeiterpartei Norwegens* erhalten:

„Wir haben die Einladung zu Eurem Parteitag erhalten, sehen uns jedoch unter den gegenwärtigen Umständen nicht imstande, einen Vertreter nach dort zu entsenden. Der Zentralvorstand der norwegischen Partei möchte auf diesem Wege Gelegenheit nehmen, dem ersten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruch des Naziregimes einen guten Verlauf und positive Ergebnisse zu wünschen.

Unser Land hat über fünf Jahre unter der nazistischen Okkupation gelitten, unsere Arbeiterbewegung stand in der vordersten Reihe der Widerstandsbewegung. Viele unserer Besten sind gefallen oder in deutschen Konzentrationslagern zugrunde gerichtet worden. Um so stärker sind wir daran interessiert, daß in Deutschland die demokratisch-sozialistischen Kräfte erstarben und das deutsche Volk zu einem freien und friedlichen Mitglied der Völkerfamilie wird. Möge der Parteitag zur Lösung dieser Aufgaben beitragen."

Ein Begrüßungsschreiben ist ferner eingegangen von *brasilianischen* Demokraten und Sozialisten.

Ferner liegt ein Begrüßungsschreiben der *Sozialistischen Erziehungs-Internationale* vor. Genosse *Willi Hocke* schreibt:

„Ich benutze die Gelegenheit, Euch durch den Genossen *Sander* die besten Freundschaftsgrüße zu übermitteln. Wir verbinden damit gleichzeitig die Hoffnung, daß es Euch möglich sein werde, bald wieder eine starke und aktive Kinderfreunde- und Falken-Bewegung aufzubauen, die ihren Platz im Kreise der sozialistischen Erziehungs-Internationale finden wird. Heute bestehen bereits in Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Frankreich, England, der Schweiz, Österreich, Polen und Tunis aktive Kinderfreunde- und Falkenorganisationen und die bereits begonnene internationale Zusammenarbeit erfüllt uns mit den besten Hoffnungen.“

Wir haben ferner eine Botschaft der *Londoner* Maifeier-Veranstaltung Vereinigung deutscher Sozialdemokraten, der Arbeiterwohlfahrt Londons und der sudetendeutschen Sozialdemokraten in London erhalten.

Es liegt ferner ein Schreiben vor von unseren Genossen in *Amerika*. Es ist unterzeichnet von den Genossen *Max Brauer*, *Rudolf Katz*, *Alfred Bräunthal*, *Gustav Ferl*, *Fritz Kaven*, *Paul Lynn*, *Martin Plettl*, *Gerhard Seger*, *Willy Snell*, *Friedrich Stampfer*, *Friedrich Wilhelm Wagner*, *Helmut Wickel*.

Außerdem liegt noch ein Schreiben vor von dem Genossen *Otto Landsberg-Holland* und von der „*Union deutscher Sozialisten und Gewerkschafter in der Schweiz*.“ Sie schreiben:

„Wir beglückwünschen den Genossen *Dr. Schumacher* zu der von ihm in der Fusionsfrage eingenommenen Haltung und wir bitten den Parteitag, diese klare Linie, die allein den Erfolg verbürgt, zu der seinen zu machen.“

Schließlich ist auch von dem früheren Parteivorstandsmitglied, Genossen *Emil Stahl*, ein längeres Schreiben eingegangen.

Ich spreche hier im Namen des Parteitags all denen, die uns begrüßt haben, den Dank aus und ich gebe ihnen die Versicherung, daß, was an uns liegt, geschehen soll, um die Hoffnungen wahr zu machen, die man an die neu erstandene Sozialdemokratische Partei Deutschlands knüpft.

Tagesordnung des Parteitages

Vorsitzender *Fritz Henssler*:

Wir müssen jetzt die Tagesordnung des Parteitages beschließen. Es liegt folgender Vorschlag vor:

1. Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie. Referent Genosse *Dr. Kurt Schumacher*.
2. Sozialistische Wirtschaftspolitik. Referent Genosse *Dr. Victor Agartz*.
3. Beschlußfassung über das Organisationsstatut der Partei.
4. Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
5. Wahl des Sitzes des Parteivorstandes.
6. Erledigung der restlichen Anträge.

Wird zu der vorgeschlagenen Tagesordnung das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Somit erkläre ich hiermit die Tagesordnung für genehmigt.

Es liegt ferner ein Vorschlag für die *Geschäftsordnung des Parteitages* vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? Das ist ebenfalls nicht der Fall, und so darf ich auch hier die einstimmige Zustimmung des Parteitages annehmen.

Unter Vorlage 3 ist Ihnen ein *Arbeitsplan* des Parteitages vorgelegt. Ich sehe in ihm nur einen Vorschlag. Ich bitte die Delegierten, daran mitzuwirken, daß wir im Rahmen dieses Vorschlages unsere Arbeiten erledigen können.

Es ist dann noch die *Mandatsprüfungskommission* zu wählen. Es werden vorgeschlagen neun Genossinnen und Genossen. Es ist mir ein Vorschlag eingereicht: *Adolf Keilhack*, Hamburg, *Heinrich Flischer*, Schleswig-Holstein, *August Holweg*, Hannover, *Heinrich Höcker*, Westfalen, *Josef Hacker*, Düren, *Bruno Wittig*, Hessen, *Josef Sommer*, Mannheim, *Franz Höhne*, Regensburg und *Otto Schmidt*, Giessenhausen.

Werden weitere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß der Parteitag mit der Wahl dieser Genossen zur Mandatsprüfungskommission einverstanden ist.

Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie.

Vorsitzender Fritz Henssler:

Wir treten nunmehr in den ersten Punkt der Tagesordnung ein. Das Wort hat der Genosse Dr. Kurt Schumacher.

Dr. Schumacher: Werte Versammlung, Genossinnen und Genossen!

Wir sind in einer Periode des Übergangs, in einer Periode, in der sich noch keine Tatsache gestaltet hat, und solange Tatsachen nicht die deutliche Tendenz der Gestaltung haben, würden Programme sinnlos sein. Man kann dem Leben nicht mit dem Dogma befehlen, man muß die Lehren aus dem Leben nehmen. Man kann einen sittlich, einen wissenschaftlich fundierten Wunsch haben, aber man muß sich stets mit den Realitäten auseinandersetzen.

Wir haben darum, und das sehen Sie in Ihren Vorlagen, kein eigentlich neues Parteiprogramm entworfen, wir haben Ihnen nur eine Manifestation, *eine Kundgebung vorgelegt, die Ihnen die Tendenz unserer Politik zeigen soll*, und die die Öffentlichkeit über das aufklären soll, was wir wollen. Es gibt vielleicht Leute, die erstaunt darüber sind, daß sie noch nicht so bedient werden, als wenn ein 60 Jahre lang amtierender Parteivorstand da wäre. Aber vor einem Jahre sind wir aus dem Nichts entstanden und nicht so entstanden, wie wir heute beieinander sitzen, sondern als einzelne Männer und Frauen in den einzelnen Städten. Wir wollen darum auch nicht für die einzelnen Fragen fertige Aktionsprogramme vorlegen. Ein Aktionsprogramm, das heute die Gesamtheit der Fragen lösen sollte, wäre ein Wunsch. Wir haben Ihnen über einzelne Fragen Richtlinien zukommen lassen. Die Richtlinien sehen in die allernächste Zukunft, und die Dinge, die uns bewegen, sollen heute und morgen in offener Aussprache zwischen uns diskutiert werden.

Die Diskussion ist noch im Fluß, aber ich glaube sagen zu können, die Richtung unseres Wollens ist klar und unerschütterlich. Konkrete Programme brauchen wir. Wir brauchen konkrete Programme nicht nur im Großen. *Wir brauchen konkrete Programme der Hilfeleistung im täglichen Leben auch im Kleinen.* Es gibt kein Programm, das uns sagen kann, wie unter den besonderen Verhältnissen eines Kreises oder einer Gemeinde eine akute Notlage gelöst werden kann.

Ich möchte Sie bitten, den Geist unserer Partei hinauszutragen, den Geist der Selbständigkeit und der freien Entschließung gegenüber Zuständen, die zentral gar nicht überblickt werden können.

Die Gestaltung des täglichen Lebens in all seinen Erscheinungs-

formen ist also eine Aufgabe, der sich jeder tätige Funktionär zu unterziehen hat. Aber es fehlen tatsächlich nicht nur bei uns politische Programme, es fehlt die allererste Voraussetzung für ein endgültiges Programm, nämlich das Wissen darum, wie unser Land einmal aussehen soll. *Wir wissen nicht, welche Reparationen wir zu leisten haben, wir wissen nicht, welche ökonomischen Kräfte wir entwickeln dürfen, wir wissen nicht, wie die Grenzen aussehen*, und wir kennen auch nicht den moralisch-politischen Standort, den die Siegermächte uns zuweisen. Und wenn wir einmal über diese Dinge sprechen, dann müssen wir offen sprechen, dann müssen wir feststellen, daß mit Ausnahme einer Siegermacht keine andere Siegermacht eine große politisch-moralische Konzeption zur Formung des deutschen Volkes gehabt hat. Und die eine Siegermacht, die eine solche Konzeption gehabt hat, die hat eine reine, auf sich bezogene und im Effekt für uns falsche und verderbliche Konzeption gehabt.

Trotzdem hat jeder von uns von dieser ausgewählten Mitgliedschaft heute seine Auffassung über die Probleme und den Weg zu ihrer Lösung. Jeder von uns weiß, daß die heutigen Eigentumsverhältnisse in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den tatsächlich vorhandenen gesellschaftlichen Kräften und Notwendigkeiten stehen. Und wenn wir diesen Zustand der Diskrepanz zwischen dem Tatsächlichen und dem Notwendigen tatenlos weiter bestehen lassen wollten, dann wäre das über kurz oder lang für uns als arbeitendes Volk der Tod. Wir haben in den Diskussionen am 5. und 6. Oktober v. J. vielleicht programmatischer gesprochen und diskutiert, als wir es heute tun müssen. Diese Diskussionen entstammen noch einer Zeit, wo jeder suchte, welche Methode die beste sei. Aber in der Zwischenzeit sind sieben Monate vergangen. Jetzt handelt es sich nicht allein mehr um das Suchen nach der besten Methode; jetzt sind die aktuellen Probleme an uns herangetreten. Jetzt stehen wir vor der Frage, Tatsachen zu meistern und nicht nur Ideen zu wählen. Unter diesem Gesichtspunkt führen Sie bitte Ihre Debatte.

Die Lösungen werden auf sich warten lassen. Wir kennen weder die Kompetenz noch die Zusammensetzung der Regierungen der Länder und Provinzen. Wir sind bisher ja eigentlich im Grundsätzlichen noch Funktionäre der Politik der Besatzungsbehörde. *Aber wir wollen selbständige Akteure sein.* Das entscheidende Wort in Deutschland scheint heute noch die Verwaltung, die Administration zu sprechen. Tatsächlich aber entscheidet bereits in Deutschland und *formt das heutige Gesicht der Zukunft*

ein anderes Subjekt, ein Jemand, der selbständig handeln will, und das ist die politische Partei. Diese deutschen Subjekte sind verantwortlich dafür, wie die deutsche Zukunft aussehen wird. Und sie sind nicht nur unserem Lande verantwortlich, *sie sind Europa und der Welt verantwortlich.*

Aber wenn wir verantwortlich sein sollen und trotz aller Zwangsläufigkeiten es auch sind, bitte, *dann laßt uns als Freie verantwortlich sein.* Denn wir haben eine schwere Aufgabe, eine Aufgabe, die so groß ist, daß die Welt sie vielleicht noch nicht im vollem Umfang erkennt. Wir haben es mit einem Volke zu tun, bei dem ein großer Teil noch nicht in das Stadium der Selbstbesinnung und der inneren Einkehr eingetreten ist. Wir haben es mit einem Volke zu tun, das in seinen Träumen zu einem Teil eigentlich mehr darüber trauert, daß dieser Krieg verloren ging, als daß er darüber trauerte, daß dieser Krieg *möglich* war und geführt wurde. Und wir haben es mit einem Volke zu tun, das zwar eine große Geschichte des Geistes und der Kultur hat, aber dessen politische Geschichte eigentlich die Geschichte der militärischen Siege des Fürstentums und der Herrschaft gewesen ist.

Politisch gesehen, steckt in vielen Deutschen noch so ein Stück vom alten Preußentum. Und ich glaube, in manchem Süddeutschen steckt mehr Preußentum als in manchem Norddeutschen. Und wir haben heute auch noch eine Art, als *Untertan* zu fühlen und zu denken, die einfach unmöglich ist. *Ein sozialdemokratischer Funktionär*, der mit einem englischen, amerikanischen oder französischen Militär-Regierungs-Offizier spricht, und der bei aller Anständigkeit und Noblesse der Form, bei aller notwendigen Zurückhaltung, die einem Angehörigen eines besiegten Volkes geziemt, *nicht doch den Mut hat, dasselbe selber zu sagen, was er auch in der Parteiversammlung sagt; ein solcher Funktionär gehört nicht zu uns.*

Wir haben manches Wort der Kritik an unserem Volk gesprochen. Lassen Sie mich auch ein Wort der Anerkennung sprechen. Wenn jemand von draußen nach Deutschland kommt, dann erlebt er sicher, wenn er fühlen kann und wenn er Fingerspitzengefühl hat, wenn er scelisch in den Anderen eindringen kann, das eine große Wunder, daß nach 12 Jahren Diktatur noch so viele Menschen *innerlich anständig* geblieben sind. Und er erlebt das andere Wunder, daß beim Kampf anständig zu sein auch Tapferkeit gezeigt wird. Im Letzten hat auch der kleinste Mann in seiner Lebenshaltung, in seiner persönlichen Moral, in seiner Lebensführung, in der Art, wie er für seine Familie sorgt, eine Leistung

gezeigt, die so groß ist, daß wir für diesen Vorteil die Konkurrenz keines Landes zu fürchten brauchen.

Wir haben als Sozialdemokraten gar keine Veranlassung, den Marxismus in Bausch und Bogen zu verdammen und über Bord zu werfen. Einmal wissen ja die Kritiker am Marxismus gar nicht, was Marx ist. Zweitens haben aber die östlichen Entwicklungs- und Entartungsformen des Marxismus gar nichts mit dem zu tun, was die deutsche Sozialdemokratie aus und mit Marx macht. Der Marxismus ist in seinen beiden wichtigsten Formen, der ökonomischen Geschichtsauffassung und der des Klassenkampfes, nichts Überaltertes, weil er durch die Realitäten wirklich bejaht wird. Er ist kein Ballast. Ich erkenne gern an, daß er nicht eine ausschließliche Begründung des Sozialismus ist, auf die jeder Sozialdemokrat hören muß. Ich gebe jedem Sozialdemokraten gern das Recht, aus anderen Motiven und mit anderen Argumentationen vom Philosophischen über das Ethische zum Religiösen her seinen Sozialdemokratismus zu begründen. Wenn der Marxismus uns auch kein Katechismus ist, so ist er doch die Methode, der wir, besonders in der Analyse angewendet, mehr Kraft und mehr Erkenntnisse und mehr Waffen zu verdanken haben, als jeder anderen wissenschaftlichen und soziologischen Methode in der Welt. Der Klassenkampf ist erst beendet, wenn alle Menschen gleiches Recht und gleiche Pflichten haben.

In den politischen Parteien, wie sie sich jetzt herausbilden, sind gar zu viele Kräfte des bloßen Traditionalismus lebendig. Es ist beinahe eine Musterleistung der Ignoranz, wenn wir sehen, wie viele Menschen, die wir früher als politisch aktiv und lebendig und tüchtig gekannt haben, heute die neuen Situationen nicht verstehen und erkennen wollen.

Besonders die Führer der wiedererstehenden bürgerlichen Parteien leben noch ganz in der Vorstellungswelt vor 1932. Sie haben noch gar keine Ahnung, daß eine Welt zusammengestürzt ist und eine neue sich aus ihr herausarbeitet. Sie merken noch nicht, daß ihre Ambitionen auf Herrschaft und Führung gegenstandslos und im Effekt für das deutsche Volk auch ganz uninteressant sind.

Die Art der politischen Praxis von damals hat sich im *Hiskeller der Diktaturperiode* leider nur zu gut erhalten. Es wäre besser gewesen, die vergilbten Manuskripte dieser Menschen wären verbrannt und nicht die wertvolle sozialistische Literatur. Sie wollen den Faden da weiterspinnen, wo sie 1932 haben aufhören müssen. Das wird besonders dann sichtbar, wenn man die CDU betrachtet, wie sie glaubt, die taktische und geistige Position des Zentrums der

damaligen Zeit ausnützen zu können. Sie ist erstaunt und erschreckt, wenn man ihr klarmacht, daß sie nicht mehr in der Lage ist, andere Parteien aus ihrer besonderen Stellung in der Mitte zu dirigieren oder gar zu erpressen.

Wir haben ein kennzeichnendes Beispiel kürzlich in der Provinz Hannover erlebt. Da ist tatsächlich der Versuch gemacht worden, daß nicht nur die CDU, reichlich übersetzt in einer neu zu bildenden Provinzial- oder Landesregierung erscheinen soll, sondern auch die andere Tatsache, daß sie sozialdemokratische Beamte zugunsten ihrer Leute aus dem Sattel werfen wollten. 16 gegen 65. Ich glaube, es haben in Deutschland noch sehr viel Leute zu lernen, was Demokratie in ihrem eigentlichen Wesen und in ihrer Praxis ist.

Ich möchte vor dem auch in der internationalen Presse überschätzten Moment der *geistigen Manövrierfähigkeit der kommunistischen Partei* warnen. Ich glaube, im Augenblick wird niemand in der Welt so sehr überschätzt wie die Kommunisten. Die Kommunisten haben nur eine Stärke. Das ist ihre Disziplin. *Aber Disziplin haben ja auch die preußischen Unteroffiziere gehabt.* Für die neue Meisterung und für die neue Erkenntnis der Verhältnisse liefern sie eigentlich nichts mehr als ein Übermaß von schmückenden Vokabeln für das Wort Demokratie. Aber es ist eine Demokratie, die sie falsch aussprechen und mit falscher Orthographie schreiben. Man muß in der Politik den Leuten nicht nur auf das Maul, man muß ihnen auf die Hände schauen. Nicht, was in den öffentlichen Kundgebungen an Demokratie propagiert wird, ist entscheidend für den demokratischen Charakter einer Partei, sondern das, was diese Partei auch wirklich praktiziert.

Die Revolution von 1918 hatte das Ergebnis einer bürgerlichen Revolution und war doch der Effekt der proletarischen Bewegung, soweit sie nicht auf der Voraussetzung des Sieges, der Entente Waffen beruhte. Die von 1945 dagegen ist in ihrer Tatsächlichkeit ein reines Ergebnis des militärischen Zusammenbruches, nicht nur deswegen etwa, weil man bei uns willig gewesen wäre, oder weil man bei uns Kämpfe und Opfer unterlassen hätte, sondern einfach deswegen, weil die Staatsmacht, die damals Deutschland beherrschte, ein unvorstellbares Netz von Gewalt und Perfidie über das Land ausgedehnt hat.

Wie man das macht, das müssen wir ihnen illustrieren, wenn wir darauf hinweisen, daß *heute Sozialdemokraten in der östlichen Zone Mitglieder der SED werden müssen*; da haben sie den Anschauungsunterricht, und da können sie dann ihre Kritik, die sie

vorher an uns geübt haben, auch einmal an anderen üben. Das moralische Recht, das zu verlangen, hätten wir schon. *Trotzdem ist politisch gesehen dieser Umsturz von 1945 der Zusammenbruch jeder Diktaturidee in Deutschland.* Und ökonomisch gesehen, ist es der Zusammenbruch der Beauftragten der Diktatur des kapitalistischen Systems im eigentlichen Sinne des Wortes.

Dabei behält sich die Sozialdemokratische Partei in Deutschland vor, alle anderen Parteien unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten und den Wert ihrer Zusammenarbeit festzustellen. Die Frage der Zusammenarbeit ist in diesem ersten Jahr keine Frage des reinen Willens der Zusammenarbeitenden gewesen. Vielleicht wurde schon in mancher Koalitionsdebatte in der Epoche zwischen 1918 und 1933 die außenpolitische Zwangsläufigkeit für das Zusammenkommen an sich widernatürlicher Koalitionen übersehen.

Wenn heute alle Parteien, die irgendwo von einer Militärregierung zugelassen werden, zusammenarbeiten, dann ist es nicht so sehr der Wunsch und der Wille aller dieser beteiligten Parteien, sondern es ist im Letzten die Tatsache, daß die effektive Souveränität und Machtausübung eben bei den Militärregierungen liegt, daß sie diese Zusammenarbeit anordnet.

Ich habe kürzlich in der ausländischen Presse eine weinerliche Stimme gelesen, die da sagte, in Süddeutschland erlaubt man, daß Kommunisten mit anderen Parteien zusammenarbeiten, aber, anderswo nicht. Ich möchte feststellen, daß die Kommunisten nicht nur in Süddeutschland, sondern auch in Hannover und anderswo auch entsprechend ihrer mutmaßlichen Stärke an den Regierungen der Länder und Provinzen beteiligt sind. Wir haben ihnen keine Schwierigkeiten gemacht. Ich möchte sagen, wir haben ihnen erst manche Tür aufgeklint.

Es ist nun so, daß bei diesen politischen Auseinandersetzungen bereits eine entscheidende Herabdrückung des politischen Niveaus im Kampf erfolgt ist. Wir, die wir alle hofften, daß einmal eine deutsche demokratische Diskussion auf einer anderen Ebene und mit anderen Mitteln vorgenommen werden würde, wir müssen feststellen, daß ein Niveau, das notwendig wäre, bereits verlassen ist. Wir können nur hoffen, daß es nicht endgültig verlassen ist. Im eigentlichen Sinne ist dies der Fall infolge der Methoden der Unehrllichkeit in der Politik, die auch und gerade von den bürgerlichen Parteien betrieben worden ist. Und im anderen ist es die Art der Polemik der jetzt vereinigten Kommunisten. *Wir werden diese Parteien beurteilen nach ihrer Leistung zu den Ideen und*

der Praxis der Planwirtschaft, des Sozialismus, der Demokratie, der Nation und der internationalen Zusammenarbeit.

Es ist schon so, in der Vergangenheit haben sich die Parteien an diesen Problemen enthüllen müssen. Wir werden es keiner Partei ersparen, zu den großen sozialen und nationalen und internationalen Fragen der Gegenwart Farbe zu bekennen. Aber wir müssen auch sagen, wir müssen das nicht nur gegenüber den anderen Parteien verlangen, *wir müssen das auch gegenüber der Militärregierung tun.*

Die Zustände, die sich allmählich in der deutschen Polizei herausgebildet haben, sind mit einer demokratischen Entwicklung Deutschlands nicht vereinbar. Wir erleben eine neue Himmelpolizei. Wenn auch die Besatzungsmächte das nicht wollen, sondern den besten Willen haben, so sollen sie sich doch nicht von *Sachverständigen* beraten lassen, die nur an sich selbst und an ihr Wohlergehen denken. *Meiner Ansicht nach darf der Berater der Besatzungsmächte immer nur die politische Partei sein.* Aber heute betrachte ich die Polizei hier in diesem Lande als die Grundlage für eine schwarze Reichswehr.

Wie ist es denn beim Reichsnährstand? Im vorigen Sommer hat man uns gesagt, wir brauchen die Beamten des Reichsnährstandes. Wir brauchen diese Kreisbauernführer, damit der Hunger vermieden wird. *Die Bande sitzt noch da, aber der Hunger ist gekommen.* Und schließlich noch ein anderes Wort. Ich erkenne durchaus an, daß Spezialoffiziere für wirtschaftliche Spezialbranchen den besten Willen haben mögen. Aber es geht nicht an, daß sie nach ihrem Ermessen ohne politische Kontrolle entscheiden. Die gesamte englische, amerikanische, französische und sonstige Politik, die muß der Faktor der Entscheidung auch für die Spezialoffiziere sein.

Wir können die großen Ideen und die notwendige Praxis bei der deutschen Neugestaltung nicht von dem Wohlwollen und der zufälligen politischen Herkunft eines Offiziers abhängig machen. Wir machen die Regierungen der Länder, die jetzt Deutschland beherrschen, dafür verantwortlich. Nun gibt es in Deutschland keine einheitliche Auffassung von der Demokratie. Es ist schon was Richtiges an der Erkenntnis ausländischer Beobachter, die da meinen, der durchschnittliche kleinbürgerliche Deutsche wird gerade so weit rechts wählen, als die jeweilige Militärregierung es ihm gestattet.

Wir müssen den Mut haben, festzustellen, daß sich überall ehrliche und saubere demokratische Kräfte auch in anderen Parteien regen, aber, daß diese Kräfte sich erst in sehr geringem Umfange

durchgesetzt haben, und daß das Bild der Partei nicht so ist wie bei uns, wo der Berliner Sozialdemokrat derselbe wie der Kölner oder der Nürnberger ist, sondern, daß diese *politischen Auffassungen beispielsweise in der CDU in allen Zonen, in allen Ländern und Provinzen sehr verschiedenartig sind.*

Wenn ihr die Demokratie nach ihrem wirklichen Fundament befragt, dann muß ich mit Schmerz feststellen, daß heute in Deutschland *die Demokratie noch nicht sehr viel stärker ist als die Sozialdemokratische Partei.* Alle anderen haben erst das Kriegspotential und die Suprematie der angelsächsischen Waffen gebraucht, um ihr Herz für die Demokratie zu entdecken. Wir haben das nicht nötig gehabt. Wir würden Demokraten sein, auch wenn die Engländer und Amerikaner Faschisten wären. Wenn die Situation bei den Bürgerlichen schon schlimm ist, bei den Kommunisten ist doch die Demokratie eine ganz substanzlose Phrase. Es ist die alte aus dem Jargon und dem Milieu der Mitte des vorigen Jahrhunderts bedingte Phrase von der Diktatur des Proletariats, der die deutschen Kommunisten auch heute im Herzen anhängen, die sie von Tag zu Tag mehr von der Ostzone auszustrahlen glauben, auch aktiv und sichtbar.

Die ausdrückliche Berufung auf die Tradition des Leninismus bei dieser Zwangsvereinigung zeigt doch ganz deutlich, daß die kommunistische Politik in Deutschland eine *bewußt antidemokratische Politik ist.* Ich erinnere mich noch, im Jahre 1916 als Student das Buch von Lenin über Staat und Demokratie gelesen zu haben. Darin schildert er als das Ziel, das zu erkämpfen sei, die klassenlose Gesellschaft, die den Staat überflüssig mache. Und seinen starken Haß gegen die Demokratie drückt er dadurch aus, daß er formuliert: Die Demokratie ist der Staat.

Die Demokratie ist der Staat, und der Staat, der in Europa leben kann, das ist die Demokratie, und jede andere Form lehnen wir ab. Wir können uns nicht in die Spintstriererei einer klassenlosen Gesellschaft, eines erträumbaren Effektes hineinbegeben, von dem wir nicht wissen, wann und in welchem Umfang sich diese Dinge realisieren lassen, sondern wir müssen positiv das angreifen, was nötig ist, und das ist der demokratische Staat mit sozialistischem Inhalt. Was da jetzt an Vokabeln über die Demokratie verzapft wird, ist Geheimjargon, das ist der Jargon von Schülern, die ihre Lektion aufsagen. Aber wir brauchen keine solche Anschauung. Wir brauchen Anschauungen, die hundertprozentig erlebt und gewollt sind. *Eine konkrete gemeinschaftliche Arbeit mit der Kommunistischen Partei ist möglich, genau*

so, wie sie mit allen anderen Parteien möglich ist, aber die Voraussetzung ist immer, daß man nicht versucht, uns zu belügen, uns zu unterhohlen oder uns führen zu wollen. Dafür danken wir.

Wenn in vielen Deutschen auch noch so sehr die alte Gewohnheit des Geuhrtwerdens lebendig ist, die Deutschen, die Sozialdemokraten sind die, die nicht geuhrt werden, sondern aus freier Erkenntnis sich einordnen wollen.

Für die *Besitzbürger* freilich ist die *Demokratie* eine bequeme Gelegenheit, sich sammeln zu dürfen. Sie betrachten die Sache wie die komischste Figur unter den deutschen Reichskanzlern, der die Friedensresolution von 1917 aufgefäßt hat, „so, wie ich sie auffasse“. Aber die Sozialdemokratie ist jetzt in Gefahr, aufgefäßt zu werden als Blutspender für Leute, die nur darauf warten, selbst undemokratisch agieren zu dürfen. Sie wollen eine gewisse Toleranz von unserer Seite, hoffen jedoch auf den Tag, an dem sie uns gegenüber intolerant werden können. Im Letzten lebt in diesen Leuten die Sehnsucht nach den vergangenen 12 Jahren, einer Zeit, in der der Klassenkampf nicht aufgehoben war, aber in der er gebunden und zugunsten des großen Besitzes einseitig gemacht war. Es ist die Sehnsucht nach einer Zeit, in der man den Terror gebrauchen mußte, um die Eventualitäten des Bürgerkrieges zu vermeiden, und in der man zum Kriege kommen mußte, weil ein isoliertes faschistisches Deutschland in der Welt nicht möglich war. Jetzt soll das deutsche Volk bei dieser seelischen und sittlichen Verwüstung mit den Mitteln der Demokratie arbeiten und muß sich dabei doch schmerzhaft erinnern, daß es vor 13 Jahren zu einem großen Teil mit diesen Mitteln nicht recht zu arbeiten verstanden hat. Es ist völlig desorganisiert und es hat zu wenig politische Hoffnung und Zutrauen, und ohne Zweifel ist der tatsächliche Vorgang der, daß wir jetzt beim Abgleiten in dem großen Wellentale sind. Wir sind noch nicht auf dem tiefsten Punkte dieses Wellentales, aber wir haben alle das Gefühl und die Erkenntnis des Abgleitens und des Stürzens, und die Maßnahmen, die wir mit unseren Volkskräften dagegen ergreifen müssen, sind zum großen Teil aus außerpolitischen Machtgegebenheiten noch nicht möglich.

Wir haben eine Periode der künstlichen Stilllegung der revolutionären Beeinflussungsbildung hinter uns, aber aus dieser Periode müssen wir als Partei und als Land heraus. *Wir können nicht mehr in der Defensive bleiben, wir müssen als sozialdemokratische Partei offensiv werden.* Das ist unsere Forderung, und das ist unsere Haltung. Das Wort von der revolutionären Entwicklung hat

für uns jeden Schreck verloren. Wir wissen ganz genau, daß seit langen Jahrzehnten die Welt und gerade Europa in einer Periode weltrevolutionärer Umgestaltung ist. Aber wir wissen auch, daß diese Periode weltrevolutionärer Umgestaltung in das Bewußtsein der Masse nicht in dem nötigen Umfange eingedrungen ist. Die Zeit verlangt von uns bereits. *Taten des Neubaues Deutschlands*, aber die machtpolitischen Verhältnisse — ich denke dabei an unsere Wirtschaft und an die außenpolitischen Verhältnisse unserer Wirtschaft — sind noch in der Periode der Zerstörung. Die Probleme sind da, ihre Lösung kann nicht länger auf sich warten lassen, aber die Voraussetzungen müssen noch geschaffen werden.

Ich denke da nur, um ein Beispiel von vielen herauszunehmen, etwa an die Baustoffindustrie oder an die Beschlagnahme von Baumaterialien. Ich denke daran, daß viele Leute in diesem Winter ein schützendes Dach über ihrem Kopfe hätten haben können, das sie nicht gehabt haben, weil andere Leute versagten. Wir werden erst dann festen Boden unter den Füßen haben, wenn wir genau wissen, woran wir sind. Genau wissen, woran wir sind, werden wir erst dann, wenn die Siegermächte eine gemeinschaftliche Regierung und Verwaltung für ganz Deutschland geschaffen haben und die Zonenregelung überwunden ist. Aber bis dieser Zustand in allen staatlichen Organisationen erreicht ist und die internationalen Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind, können wir nicht einfach abwarten und mit Sehnsucht daran denken, was wohl am besten daraus geschehen könnte, sondern wir müssen selbst in Aktion treten.

Wir haben, und jetzt will ich offen sprechen, viele schwierige, fast unlösbar erscheinende deutsche Probleme, aber das schlimmste deutsche Problem ist das *Siegerproblem*, nicht so sehr die Tatsache, daß wir als Besiegte den Siegern gegenüberstehen und die Lasten tragen müssen, als vielmehr die Tatsache, daß *die Sieger in ihrer Politik keine gemeinsame Generallinie* haben, sondern ein chaotisches Durcheinander.

Ich weiß, diese Probleme werden nicht durch eine Einigung der Siegermächte über die Fragen, die auf deutschem Boden allein entstanden sind, gelöst. Ich weiß, daß es Fragen der ganzen Welt sind, und daß wir bis zur Regelung dieser Probleme bloß die Objekte der Regelung sind. Aber wir wollen heute, in diesen Tagen bereits daran denken, daß wir mit Subjekt sein wollen, soweit es Deutschland angeht. *Von allen Siegerkrankheiten ist die schlimmste die Sicherheitskrankheit.* Man muß jedem Volke ein gewisses

Minimum seiner nationalen Selbstachtung gestatten, wenn man es zu einem Volke der Zusammenarbeit und des Friedens machen will. Wenn in der Vergangenheit diese Sicherheitskrankheit vom Westen schon so schlimme Folgen gezeitigt hat, wie soll es erst werden, wenn dieselbe Krankheit vom Osten und Westen auf uns eindringt.

In der Hauptsache sind wir uns einig. *Wir wollen unbeirrt festhalten an der Idee der Freiheit und der Völkerverständigung*, aber wir wollen auch der Welt sagen, daß wir glauben, daß bei den Maßnahmen, die jetzt gegenüber Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht ergriffen worden sind und ergriffen werden, ein bißchen zu viel von der Gefahr der Wiedererstarkung des deutschen Revanchismus und des deutschen Kriegspotentials gesprochen wird. Jedenfalls wird so viel davon gesprochen, daß ein wirklicher Aufbau Deutschlands dadurch unmöglich gemacht wird. Eine gewisse ökonomische und ökonomisch-industrielle Substanz ist für das deutsche Leben in jedem Falle nötig. Nach den Äußerungen der verantwortlichen Staatsmänner in und nach dem Kriege soll das deutsche Volk weder ausgerottet noch versklavt werden, aber praktisch ergeben sich besonders an der Peripherie des deutschen Raumes heute Zustände, die der Ausrottung und Versklavung heute so ähnlich sind wie ein Ei dem anderen. Wir müssen hier über die Minderung des deutschen industriellen Potentials sprechen. Wir Sozialdemokraten sind völlig damit einverstanden, daß das gesamte deutsche Kriegspotential vernichtet wird, aber wir sind nicht damit einverstanden, daß man uns erzählt: ihr könnt schließlich mit jedem Hammer und Nagel auch Waffen schmieden. So geht das nicht. Wenn wir mit ganzem Herzen bei der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials sein sollen und sein werden, dann soll man uns den Aufbau des deutschen Friedenspotentials erlauben. *Eine noch so große totale Demontage aller Industriezweige erreicht das eigentliche Ziel der Sicherheitspolitik nicht. Ein Volk von hungernden und verhungerten Menschen ist kein Sicherheitsfaktor, sondern ein Herd der Fäulnis und der Zersetzung.* Man muß ein industrielles Friedenspotential lassen, das es uns ermöglicht, nicht nur die Arbeiter zu beschäftigen, sondern auch Exporte in dem Umfange zu machen, daß wir unsere Rohstoffe und unsere Lebensmittel selbst bezahlen können. Wir wollen diesen fürchterlichen Zustand gar nicht haben, daß heute die Sieger Reparationsleistungen an uns in Gestalt von Lebensmitteln geben, sondern wir

wollen mit unserer eigenen Arbeit und unserer eigenen Kraft diese Dinge leisten.

Man braucht nur daran zu denken, wie ungeheuerlich die *Propaganda vor der Vereinigung* war. „Ihr müßt Kommunisten werden, dann werdet Ihr Eure Industrie behalten.“ Und dann ist die Vereinigung zwangswise erfolgt, und die Ausschlachtung der deutschen Industrie hat in einem Maße eingesetzt, das alles vorhergehende übertrifft. Wir im Westen lassen uns nicht dumm machen. Die Genossen im Osten hätten sich auch nicht dumm machen lassen, aber sie sind stumm gemacht worden.

Wenn ich sage, sie sind stumm gemacht worden, dann möchte ich im Namen des Parteitages noch eins hinzufügen: *Wir grüßen diese stumme Armee, die Hunderttausende Sozialdemokraten in der Ostzone, die dasselbe wollen, was wir auch wollen.*

Wir hoffen auf den Tag des internationalen Ausgleichs, wo innerhalb der deutschen Grenzen jeder nach seiner freien Erkenntnis und freien Meinung sich seine freie politische Partei wählen kann, und ich möchte in diesem Zusammenhange ein Wort, — sie brauchen es nicht, aber sie werden es von uns annehmen — der Anerkennung für unsere Berliner Genossen sagen. Diese Berliner Genossen haben gezeigt, was es heißt, wenn sich Männer und Frauen um die Freiheit des Geistes und um die Freiheit der Persönlichkeit wehren wollen. Sie haben den Finger auf die eiternde Wunde der Welt gelegt, und die ist folgende:

In Deutschland wollen die Menschen Demokraten sein, und man erlaubt es ihnen nicht, Demokraten zu sein. Diese Wunde mag unter Blut und Tränen noch so eitem und noch so viel Schmerzen und Opfer verursachen, aber es ist die Wunde für das Recht, für das der Krieg geführt worden ist, und die Welt hat nicht das Recht, uns dieses zu nehmen. Da mag geschehen was will, dieses Recht muß *Wahrheit und Wirklichkeit* werden.

Nun werden wir in einigen Jahren zwar den Lebensstandard von 1932 erreichen, ich muß aber feststellen, daß es der Lebensstandard war, unter dessen Voraussetzungen Adolf Hitler zur Macht gekommen ist. Trotzdem ist er für uns heute ein beinahe unvorstellbares Ideal. Ich glaube, daß die Kapazitätsbemessung bei den wichtigsten Rohstoffen, wie Stahl oder die Industriepäne, Dinge sind, die *sehr vorübergehenden Charakter haben*. Ich möchte in Sachen der Friedenspolitik keine Linie des bloßen Revisionismus predigen, sondern sagen, daß die eminente Notwendigkeit der Ökonomie und der Politik und des Geistes diese Dinge ändern werden und müssen, und daß wir jeden Tag von Neuem bereits

ein Stückchen weiter an diese Änderung herankommen. Denn alle Arten von Plänen, von Abkommen und Beschlüssen kommen doch heute auf dem Wege des politischen Kompromisses zustande. *Wie soll aber das deutsche Volk wirtschaftlich leben, wenn fremde Machtpolitiker untereinander Kompromisse machen.* Danach kann man die deutsche Ökonomie nicht gestalten. Es braucht bloß einer der Faktoren, die diese Kompromisse machen, den Weg einzuschlagen, eine möglichst niedrige Quote zu verlangen. Dadurch wird das Kompromiß sehr viel tiefer gehen, als notwendig ist und vernünftig wäre. Dadurch wird der Zustand der Verelendung auch bei uns im Westen erzeugt. Ich stelle Ihnen anheim zu glauben, ob die Leute, die eine Politik der Verelendung treiben, in ihrem eigenen Machtbereiche gewillt sind, diese Politik durchzuführen, oder ob sie nicht vielmehr den anderen Ländern zumuten, sie durchzuführen, um sich unpopulär zu machen.

Wir können mit den Mitteln der Taktik und des Hoheitswillens nicht zum Neubau der deutschen Wirtschaft kommen. Es gibt eine ausreichende Sicherung für die Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie. Es gibt eine ausreichende Sicherung für den Frieden und die Entmilitarisierung des deutschen Geistes. *Diese ausreichende Sicherung kann nur geschaffen werden durch eine neue Wirtschaftsform in Deutschland, durch den Sozialismus unter demokratischer Kontrolle.*

Ich brauche nicht an die Gefahren zu erinnern, die darin liegen, daß vor 1933 es ja nicht die bürgerliche Regierungstätigkeit, sondern die Privatleute und die privaten Konzerne gewesen sind, die die Bewegung Hitlers erst ermöglicht haben. Wir brauchen konstruktive Aktivität und sozialistisches Planen und Handeln, aber dazu brauchen wir auch freie Hand. Man muß uns diese lassen. Die Periode der Tatenlosigkeit, der Agonie und der Passivität ist in der wirtschaftlichen Verfassung der Grund des grauenhaften sozialen und menschlichen Verfalls, der sich neuerdings wieder bemerkbar macht. Ich weiß nicht, ob es gelingt, in Deutschland zentrale Stellen zu schaffen, und es sieht aus, als ob es nicht gelingen würde. Dann muß aber die Aktivität auch in den Zonen, Ländern und Provinzen ergriffen werden. Von oben nach unten gibt es keine Stelle, die von der Verpflichtung entbunden werden könnte, und wenn unser Parteitag heute einen politischen Sinn hat, dann ist es der, aufzurufen und wachzurütteln, fortzukommen von Worten und hinzukommen zum Handeln und Gestalten.

Wir können uns die ganzen Diskussionen, die jetzt gepflegt werden, nicht mehr leisten. Was soll der Unsinn von der Unterscheidung zwischen östlichem Sozialismus und westlichem Kapitalismus. *Wir glauben nicht, daß die ökonomische Struktur des Ostens sozialistisch ist. Wir sehen dort einen zentralistischen diktatorischen Staatskapitalismus.* Aber wir glauben auch nicht, daß die Verhältnisse im Westen einfach kapitalistisch sind. Dazu sehen wir viel zu viele Bemühungen der Labour-Party, der französischen Sozialisten usw.

Aber ein Land — ich möchte sagen, nicht nur mit den ökonomischen Voraussetzungen, sondern auch mit der geistigen Tradition Deutschlands — darf und kann sich in Sachen des Sozialismus nicht hintenanstellen. Dieses Land muß vorn sein, und wenn es zertrümmert ist und noch so wenig hat, dieses Deutschland von Marx und Engels, von Lassalle und Bebel hat ein Anrecht darauf, *in der sozialistischen Gestaltung der Menschheit in vorderster Linie zu stehen.*

Ich weiß, in manchen anderen Ländern sind die Grundlagen der Arbeiterbewegung auf anderer geistiger Basis entstanden. Und doch, die sozialistische internationale Arbeiterbewegung wäre nicht möglich ohne die deutschen Sozialdemokraten.

Wir müssen auch Sozialisten sein. Unser Sozialprodukt reicht nicht aus, um uns den Luxus einer planlosen Unternehmerprofitwirtschaft zu leisten. Wir brauchen unser Sozialprodukt nicht für Kapitaldividenden, Unternehmerprofite und Grundrenten, wir brauchen unser Sozialprodukt für geleistete Arbeit und für die Hilfe derer, die nicht mehr arbeiten können. Sozialökonomische Krisen sind politische Krisen, und wenn sie politische Krisen sind, können sie nicht bloß mit ökonomischen Mitteln, sondern müssen auch mit politischen Mitteln gelöst werden. Die Zahl der Proletarier ist gestiegen. Hütet Euch, das so naiv zu nehmen im Sinne des Fabrikarbeiters. Die Zahl der Halbproletarisierten und effektiv Proletarisierten, in deren Bewußtsein der Zwang zu einer neuen Geisteshaltung noch nicht gedungen ist, ist groß. Und das sind die Kreise, die wir haben müssen, wenn wir uns durchsetzen wollen.

Die Planung ist die allererste Voraussetzung zur Vermeidung der deutschen Katastrophe, und wir erleben bereits eine Opposition in den bürgerlichen Parteien gegen diese Planwirtschaft. Die KPD will ich gar nicht erwähnen, denn die KPD ist in der Lage, jeden Tag ein anderes und neues Programm zu produzieren. Aber wir erleben auch in der Wissenschaft das Wiedererstehen neuer

privatwirtschaftlicher Ideologien und Lehrmeinungen. Es ist der Kapitalismus der bürgerlichen Menschen noch lange nicht tot. Ebenso wichtig wie die Fragen der Organisation im Betrieb, in der Versorgung, in der Absatzverteilung ist die planmäßige Reihenfolge in der Bedarfsdeckung.

Der Welt wollen wir zu unserem Teil beweisen, daß es auch einen europäischen Sozialismus gibt und daß in diesem europäischen Sozialismus der deutsche Sozialismus ein nicht wegzudenkender Bestandteil ist. Und es ist die Aufgabe des Tages: *entweder wird es uns gelingen, Deutschland in seiner Ökonomie sozialistisch und in seiner Politik demokratisch zu formen, oder wir werden aufhören, ein deutsches Volk zu sein.*

Ich weiß, es gibt keinen Sozialismus ohne soziale Reformarbeit, und diese soziale Reformarbeit, diese soziale Hilfe ist notwendig, und es wäre sinnlos, sie zu schmälern oder zu verkleinern. Wir brauchen die soziale Reformarbeit, wir brauchen eine Sozialpolitik. Aber soziale Reformarbeit ist noch nicht revolutionäre Umgestaltung und sozialpolitische Veränderung ist noch nicht entscheidende gesellschaftliche Veränderung.

Wir brauchen trotz alledem als aktuelle Tagesaufgabe den Neubau der sozialen Versicherungen, und wir brauchen auch eine Hilfe für die *Kriegsbeschädigten*, trotz aller Währungsschwierigkeiten brauchen wir diese Hilfe. *Es ist nicht wahr, daß diese jungen Menschen Nazis aus eigenem Willen gewesen sind.* Es ist wahr, daß diese jungen Menschen die Opfer der Zeit und einer übermenschlichen Verführung geworden sind, und wenn ich heute zusammengeschoßene Kriegsbeschädigte sehe, sehe ich in ihnen nicht Nazis, sondern die Opfer der Nazis.

Zu einer eminent politischen Frage werden diese Dinge bei der Erledigung der *Flüchtlingsfrage*. Man hat in Deutschland sehr viel mit dem Wort national gearbeitet und ich glaube nirgends ist so ein Überfluß von Geschwätz von nationalen Dingen wie in unserem armen Land, aber nirgends hat sich ein so großer Teil national so minderwertig gezeigt, wie jetzt die Besitzbürger gegenüber den Flüchtlingen. Und alle, die es hören wollen, können es hören: *Wir machen die Sache der Flüchtlinge zu unserer eigenen Sache.* Wir sind in einer Periode, in der nur ein radikaler Bruch mit den überlieferten und überkommenen Eigentumsverhältnissen helfen kann. Jetzt gilt es, die Welt des Scheins und der Fiktion radikal umzugestalten im Sinne der Erhaltung des Lebens und der sozialistischen Form. Es hat keinen Zweck, an diesen Dingen von außen herumzudoktern. Wir sind eine Partei, die bei der Ver-

gesellschaftung aller Produktionsmittel in der Hand des Großbesitzes doch *das kleine und mittlere Eigentum schützen will*. Heute geht es um mehr als um die Technik der Vergesellschaftung. Heute haben wir ein Volk, bei dem etwa 35% noch alles, was sie einst hatten, besitzen, ja noch mehr dadurch, daß sie einen Wertzuwachs erfahren haben. 25% haben fast nichts, aber doch die Möglichkeit, die allerschlimmsten Nöte des Lebens durch persönliche und menschliche Vermittlung auszugleichen, aber 40% haben gar nichts. Und wenn das so ist, dann soll die Welt denken, Deutschland ist ein Land ohne Macht, aber was jetzt politisch und sozial auf seinem Boden geschieht, das wird für Europa von entscheidender Bedeutung sein. *Wir leben tatsächlich im Zustand der latenten sozialen Revolution*. Es ist keine Revolution auf den Barrikaden, aber es ist eine echte Revolution. Es ist Tatsache, daß ein Zustand da ist, der sich nicht mehr ertragen läßt. Er wird jetzt dirigiert durch zwei Momente, durch die Bajonette der Siegermächte und durch die Resignation. Aber beides sind keine Momente, die auf die Dauer solche Zustände erhalten können, nein, es gibt noch ein drittes Moment, und das ist ein Moment der Anerkennung für unser Volk. Ich möchte den Besitzenden und den Siegern sagen: erhaltet dem deutschen Volk diesen letzten Fundus seines moralischen Bewußtseins. Wir brauchen nicht nur die Hilfe in der Ernährung, wir brauchen nicht nur die Kalorien des Weizens und des Fetts, *wir brauchen auch die politischen und moralischen Kalorien der Zuversicht und der Hoffnung*. Wir brauchen einfach auch von der Welt einmal ein Wort, daß sie sich Deutschland nicht anders vorstellen kann, als ein sozialistisch gestaltetes Deutschland. Wir brauchen von der Welt ein Wort, daß man dort einsieht, daß Deutschland niemals kapitalistisch wieder aufgebaut, sondern nur sozialistisch neu erbaut werden kann. Auch moralische Kalorien haben ihre Nährkraft.

Die deutschen Menschen müssen die Hoffnung haben, über einen Zustand hinweg zu kommen, wo sie nicht mehr Objekt der kapitalistischen Ausbeutung, sondern Subjekt sozialistischer Gestaltung sind.

Wenn wir diese Hoffnung haben, dann halten wir alles aus. Aber wenn das nicht kommt, dann lehnen wir die Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft ab. Die Verschärfung der Klassengegensätze ist jetzt nicht eingetreten durch Verstärkung der kapitalistischen Faktoren, sie ist eingetreten durch die Verarmung und Verelendung. Kompliziert und unerträglich gesteigert wird die Situation durch den großen Hunger. Wir brauchen uns nichts vor-

zumachen, *mit den Rationen von heute kann nicht gelebt werden.* Man kann vielleicht vegetieren, aber man kann nicht produzieren. Und Produktion ist notwendig, und wie notwendig sie ist, zeigt am besten das Beispiel des Ruhrgebiets und des Kohlenreviers. Die effektive und psychologische Auswirkung der Herabsetzung der Rationen zeigt sich deutlich bei der Kohlenförderung. Wenn jetzt Defaitismus und Nihilismus noch in die Stimmung der Bevölkerung eindringt, dann sehen wir keinen Ausweg. Ich habe dazu eine Bemerkung zu machen: Siegen, meine Herren, ist kein leichtes Geschäft. Siegen ist militärisch und technisch möglich, aber mit einem Sieg etwas anfangen, mit einem totalen Sieg etwas anfangen, kann nur ein totalitäres Land. Zunächst mag es gehen, dann kommt die Krise wieder, und vertagte Krisen sind in ihren Auswirkungen schlimmer als aktuelle Krisen. Für demokratisch regierte Länder ist aber der Sieg eine Bürde, eine unglaubliche Bürde, denn für sie wird nach einem totalen Sieg die Problemstellung noch komplizierter und schwieriger als sie vor dem Kriege gewesen ist. Wir wissen, daß England und Amerika diese Bürde durch eigene Leistungen und Opfer abzuwälzen sich bemühen. Wir wissen, daß sie viel für uns getan haben und noch für uns tun, und es ist für uns keine Überraschung, wenn wir die Zahlen Mr. Daltons lesen, was an englischen Reparationsleistungen an Deutschland gezahlt wird, ohne Gegenleistung. Und wir wissen auch, daß wir bei der Versorgung mit Lebensmitteln der europäischen Völker am Schluß der Völkerschlange stehen. *Daß das so ist, verdanken wir den verruchten Nazis.* Wir wissen aber auch, daß wir gegen diese Nazis gekämpft haben mit dem Einsatz unserer ganzen Persönlichkeit, bevor irgend jemand anders in der Welt daran gedacht hat. Aber wenn wir das alles wissen, und wenn wir das mit Hochachtung anerkennen, so hilft uns doch nichts darüber hinweg, daß wir unser Volk nicht verhungern lassen wollen. Das Dritte Reich mag sich noch so grauenhaft an der Welt vergangen haben, *wir, die wir in Deutschland sind, iragen immer wieder im Ausland und in England, ob auch alles geschieht, um dieses Verhungern zu vermeiden.* Und wenn ich an die Geschichte früherer Hungerkatastrophen in China oder Indien denke, dann fällt mir immer die Tatsache ein, daß bei den Farmern und mehr noch bei den großen Getreidehändlern eine Taktik der Zurückhaltung der Weizenvorräte eingetreten ist, in dem Augenblick, wo das Wort Hunger erklingen ist, um die Preise höher zu schrauben. Wir würden gerne jeden Preis zahlen, aber wir können ja bei unserem Status des Exports nicht einmal die

niedrigsten Preise zahlen. Das ist eine Spekulation, die unzweifelhaft und nachweisbar in der Welt ist. Diese Spekulation ist sinnlos. Das Getreide wird verfaulen und die Leute werden verhungern.

Dagegen alle moralischen und ökonomischen Kräfte der Welt aufzurufen, ist die Pflicht unserer Partei. Wir haben auch gegenüber den deutschen Landes- und Provinzialregierungen stärker unterstrichene Forderungen zu stellen. *Es geschieht nicht genug in der Frage der Enteignung des Großgrundbesitzes und der Neueinsetzung von gutwilligen Bauern.* Es geschieht auch deswegen nicht genug, weil nicht in jedem Falle jede Persönlichkeit der Besatzungsmacht das *Fingerspitzengefühl* für das Notwendige hat. Seien wir uns im Klaren. Genau wie wir uns im Stadium der latenten Revolution im Industriellen befinden, genau so unmöglich ist die Tatsache, daß es heute in Deutschland noch einen Großgrundbesitz mit eigenem sozialen und kulturellem Lebensziel gibt. Wir müssen die radikale Agrarreform haben, und wir müssen diese radikale produktionssteigernde, genossenschaftlich zu fördernde und viele Neubauernstellen schaffende Agrarreform jetzt haben. Wir sind bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der mit uns diese Agrarreform machen will, aber wir sind auch bereit, gegen jeden loszugehen, der da nicht Initiative, Energie und Freude an diesem Werk zeigt. Wir würden da auch gegen unsere eigenen Leute losgehen müssen. Diese Schaffung des Neubesitzes scheint mir sozial die erste Voraussetzung für die *Lösung der Frage der Ostflüchtlinge* zu sein. Wir wollen dabei aber nicht in eine Sentimentalität verfallen. Der deutsche Großgrundbesitz hat in seinen Verhältnissen auf dem Lande Zustände in sozialer Hinsicht geduldet, die himmelschreiend sind. Der deutsche Großgrundbesitz hat, wie der rüstungsindustrielle Hochkapitalismus, eine Politik des Krieges getrieben; *der deutsche Großgrundbesitz ist letztlich die soziale Grundlage des deutschen Militarismus und des Nachwuchses des jungen deutschen Führerkorps* gewesen. Und das eine sage ich Ihnen, eine Agrarreform macht man nicht mit der modernen Planwirtschaft, wo man den Bauern kaum noch eine Ziege oder eine Kuh läßt. Das ist keine Agrarreform, sondern die katastrophale Erschwerung der Ernährungslage für lange Jahre. Nur Sozialismus und Demokratie, das sind die Gebote der Stunde, aber die Kapitalisten und die Bürokraten sind sehr oft noch die Herren der Situation. Und da müssen wir den Besatzungsmächten sagen, mit den Kapitalisten und den reaktionären Bürokraten zusammen wollen wir nicht arbeiten.

Es gibt auch wieder Klassen. Wir haben in den Westzonen erhebliche Teile der alten politischen Klassen, und wir haben in der Ostzone ein Bild der Klassen der neureichen Profiteure der politischen Situation genau so wie im Dritten Reich. Wir haben dort das Bild, daß Beamte Kommunisten, und Kommunisten Beamte sind, trotzdem beide dazu nicht tauglich waren, wir haben das Bild einer Fäulnis und Korruption wie im Dritten Reich. Wir wollen dabei den Besatzungsmächten sagen, die Deutschen erscheinen sehr erziehungsbedürftig und sie sind wohl auch sehr erziehungsbedürftig, aber auch die Demokratie und die demokratische Praxis in Deutschland haben eine große Tradition und haben in dieser Tradition trotz der Niederlage von 1933 auch ein echtes Stück Lebenskraft. Diese Lebenskraft zu fördern ist auf weite Sicht gesehen klüger, als an ihr herumzuschneiden. Eine gewachsene Demokratie ist eine stärkere Potenz als eine aufgepflanzte Demokratie. Es gibt in dieser Situation besonders eine Frage, die wir zu berücksichtigen haben. Wir Sozialdemokraten halten *die personelle Aufspaltung der führenden Beamtenfunktionen in ein unbesoldetes politisches und Berufsbeamtentum für falsch.* Wer in Deutschland als Beamter von sich sagt, er sei unpolitisch, ist ein Reaktionär. Ich möchte das sagen, da wir in hohen Stellungen noch zu viel frühere Nazis haben und viel zu viel Leute aus dem deutschnationalen Lager und aus dem Lager der Harzburger Front. Vielleicht werden die Herren von den Besatzungsmächten es nicht verstehen, wie erfolgreich eine anti-britische, eine anti-amerikanische und eine anti-französische Stellung damit in gewissen Schichten der Bevölkerung von gewissen politischen Richtungen erzeugt wird, denn psychologisch liegen die Dinge so, daß die arbeitende Bevölkerung Zustände vorfinden muß, bei denen sie nicht mehr denken kann, daß alles beim alten geblieben ist. Aber heute denken noch große Teile der arbeitenden Bevölkerung so, und das ist auch der Grund, warum die Nazis sich bereits wieder etwas zu rühren wagen. Wir wissen ja, daß das in den einzelnen Zonen und innerhalb dieser Zonen in einzelnen Ländern verschieden ist. Wir wissen auch, daß die Bildung einzelner Zonen und vermutlich auch die Bildung der fünf Staatssekretariate nicht gerade Dinge der nächsten Zukunft sein werden. Aber wenn einmal vor dem Zustandekommen einer deutschen politischen Regierung — *und erst wenn wir eine politische Reichsregierung haben, haben wir Deutschland* — wenn einmal vorher aus politischen Notwendigkeiten Staatssekretariate geschaffen werden, dann möchte ich darüber öffentlich ein offenes

Wort sagen. Es hat keinen Zweck, wenn die Interalliierte Kontrollkommission die obersten Spitzen der leitenden Beamten im Wege des Ausgleichs zwischen den vier Mächten besetzt und dabei die in der Ostzone bereits bestehende Zentralverwaltung als Grundstock bestehen läßt.

Staatsverwaltung, zentrale Staatsverwaltung, können nur geschaffen werden, wenn sie neu gemacht werden vom untersten Portier bis zum obersten Staatssekretär. Wenn man aber weiter versucht, die Methoden anzuwenden, wie sie jetzt von hintenherum anzuschaukeln versucht werden, dann werden wir den Mund öffnen und werden schreien, daß uns die ganze Welt hört. Denn wir wollen nicht, daß die *chinesische Mauer* zwischen den drei Westzonen und der Ostzone, die westlich der Elbe sich hinzieht, auf einmal westlich des Rheins neu verlegt wird. Denn diese chinesische Mauer wäre nicht ökonomisch und politisch, sondern sie wäre auch kulturell der entscheidende Schlag gegen die europäische Kultur. Vielleicht kann die Welt auf die deutsche Kultur verzichten, ob sie aber auch auf die französische Kultur und auf die Kultur der vielen kleinen, aber sehr entwickelten Völker Westeuropas verzichten kann, möchte ich bezweifeln. Die Welt würde bis zur Unerträglichkeit ärmer werden. Wir wollen keine Nivellierung der Kultur. Für uns ist das nationale Moment nicht das Moment der Machtpolitik, für uns ist das nationale Moment das Moment der Selbständigkeit der Kultur. So haben alle großen Sozialisten der Vergangenheit gefühlt und so bekennen wir es auch heute. Der Zentralismus, der heute vom Osten her gepredigt wird, ist nicht der deutsche Nationalgedanke, auch wenn er sich so ausgibt, sondern der Zentralismus hat bei seinen deutschen Trägern vielleicht gewisse psychologische Voraussetzungen an Hand der Tatsache eines alten Preußentums. *Tatsächlich ist der Zentralismus heute ein taktisches Manöver.*

Wir bekennen uns als Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit allem Nachdruck zu einem einheitlichen deutschen Reich, aber wir denken nicht daran, das bankerotte Preußentum mit Hammer und Sichel wieder erstehen zu lassen, sondern wir haben eine konstruktive Idee, wie aus den heutigen Zuständen heraus Deutschland wieder einmal werden soll. Daß wir diese konstruktive Idee nach 1918 nicht hatten bzw. nicht durchzuführen verstanden, das ist die Schuld aller deutschen politischen Parteien einschließlich der Sozialdemokratischen Partei. Und auch heute findet man überall bis tief in die Kreise der Sozialdemokratie noch so eine reaktionäre föderalistische Einstellung. Wir müssen jetzt

sehen, was kann Deutschland werden und wie kann Deutschland werden. *Deutschland wird werden auf der Grundlage der Länder*, das heißt als Tatsache gesprochen, auf einer föderativen Grundlage, aber diese deutschen Länder sollen keine Politik föderalistischer Tendenz treiben, und das ist der Unterschied. Mit Tatsachen kann man sich abfinden, Tatsachen kann man modeln, aber es kommt auf den Geist an, in dem sie geformt werden, denn vom Föderalismus ist es nur ein kleiner Schritt zum Partikularismus und ich habe schon manchen Anhänger des Partikularismus im Separatismus ersaufen sehen.

Die deutsche Jugend will von diesen Dingen nichts wissen. Die deutsche Jugend will nicht wissen, wer der beste Oldenburger oder Bayer oder Westfale ist, die deutsche Jugend will doch bloß wissen, wer erhält uns unser Land und läßt uns in diesem Lande eine Zukunft erblicken.

Die Sozialdemokraten dürfen nirgends, sei es in Oldenburg, am Rhein oder in Bayern, in Sachen der föderalistischen, der zweckbetonten, der von der Freiheit weggehenden Politik in Konkurrenz mit den bürgerlichen Parteien treten. *Föderalismus als Zweckpolitik werden die Bürgerlichen immer besser können*, genau so, wie es sinnlos gewesen wäre, wenn wir 1933 mit Herrn Hugenberg oder Herrn Hitler in Konkurrenz in Sachen des Nationalismus getreten wären oder mit den Kommunisten in Sachen des Radikalismus. Hier in eine Konkurrenz gehen, heißt, in eine Niederlage gehen. Wir müssen die Kraft haben, dort, wo solche Tendenzen sind, auch bei voller Anerkennung der föderativen Grundlage uns mit aller Entschiedenheit gegen eine föderalistische Stimmung zu wenden, das heißt, wir müssen die Kraft haben, gegen den Strom zu schwimmen. Es ist nicht wahr, daß jeder, der gegen den Strom schwimmt, sein Ziel nicht erreicht. Wahr ist, daß nur die zugrunde gehen, die vorzeitig kapitulieren. Wir haben jetzt zum Beispiel verschiedene Erlebnisse dieser Art am Rhein und in Süddeutschland gehabt. Ja, glaubt denn einer von Euch, daß die Sozialdemokraten mit der Rheinischen Volkspartei in Sachen des Föderalismus — des Separatismus — konkurrieren könnten? Glaubt einer von Euch, daß er wahlpolitisch in Sachen des Föderalismus mit der CDU in Bayern konkurrieren könnte? Nein, wenn man mit feindlichen politischen und klassenmäßig feindlichen Strömungen kämpfen will, muß man die Courage haben, auch das Gegenbanner aufzuziehen. Wir brauchen es den Leuten nicht erst beizubringen, sich als Westfalen oder Rheinländer zu fühlen, Lokalpatriotismus dieser Art steckt in den Deutschen überall.

Wir brauchen die Feststellung der Tatsache, daß vom Tage ihrer Gründung an die Sozialdemokratische Partei eine Reichspartei gewesen ist. Wir brauchen nicht eine Diskussion, ob Staatenbund oder Bundesstaat. Staatenbund wäre eine lockere, überföderalistische völkerrechtliche Angelegenheit, Staatenbund ist nicht Bund, nur Bundesstaat ist Deutschland. Wenn einmal die Länder im nationalstaatlichen Rahmen zusammenkommen, dann können wir nicht diese Länder zu Trägern der Staatsgewalt machen. Die Staatsgewalt kann mit Wissen und Willen der Sozialdemokratie immer nur vom deutschen Gesamtvolke ausgehen. Ein neues Deutschland will sich aber in der Eigenstaatlichkeit nicht erschöpfen. Es will über seine Grenzen hinaus, aber nicht etwa über seine Grenzen hinaus wie Hitler oder der Pangermanismus, sondern es will über seine Grenzen hinaus in freiwilliger Einordnung unter ein höheres Ganzes. Ein neues Deutschland würde seine höchste Aufgabe darin sehen, Bestandteil zu sein der Vereinigten Staaten von Europa. Dabei sollen sich doch die führenden Geister im Auslande die eine Erkenntnis immer vor Augen halten, es gibt im Innern des Landes keine Freiheit der Demokratie, wenn nicht die ganze Nation frei ist. Und diese freie Nation will gern alles das aufgeben, was zu einem solchen Zusammenleben notwendig ist. Wir wollen eine bewußte internationale Politik und zwar deswegen, weil wir als Voraussetzung dazu, als erste Partei in Deutschland, den Mut zu einer echten nationalen Selbstbehauptung gehabt haben. Es sollen, und das sage ich zu den aktuellen Problemen, nicht Teile von Deutschland internationalisiert werden, ganz Europa soll internationalisiert werden. Und das ist eine Frage, die jetzt an den deutschen Grenzen entbrennen wird, die bei der Diskussion über Rhein und Ruhr alles überschattet. Hier wird eine Schicksalsfrage entschieden, und ich möchte die Vertreter der Militärregierung bitten, es nicht als eine drohende Geste, sondern als eine tiefste Wahrheit des deutschen Volkes anzusehen, wenn ich sage: würden Rhein und Ruhr aus dem nationalen Verbände Deutschlands herausgenommen werden, dann hätte eine deutsche Politik und eine sozialdemokratische Politik überhaupt keinen Zweck mehr. Denn dann würde in dem deutschen Volk die Stimmung aufkommen, und wir würden der Stimmung nicht widerstehen, dann soll man uns verwalten, wie man irgend ein Kolonialvolk verwaltet.

Wir können die Schuld des Alldeutschtums, der Schwerindustrie, des Imperialismus und des Dritten Reiches doch nicht mit unserer Selbstvernichtung und mit der Zustimmung zu unserer Selbstver-

nichtung bezahlen. Man kann das Unrecht von heute niemals mit dem Unrecht von gestern begründen.

Was wäre ein solches Deutschland, dem Rhein und Ruhr verlustig gegangen wären? Es wäre eine Gefahr für Europa. Das wäre nicht die Sicherheit, sondern das wäre die Anti-Sicherheit! Das wäre die Gefährdung nicht deswegen, weil sich deutsche bewußte revanchistische Aktionen entwickeln würden, sondern deswegen, weil die Deutschen ein Spielball jeder Macht wären, die an ihre revanchistischen Empfindungen appellieren würde. *Acht Millionen Deutsche leben allein im Ruhrgebiet.* Die politischen Konsequenzen einer solchen Balkanisierung sind also gar nicht auszudenken. Wir sind uns völlig darüber klar, daß die ökonomische Kraft des Ruhrgebietes auf einer ganz anderen Ebene zu diskutieren ist wie die Frage der politischen Zugehörigkeit zum Rhein. Das Ruhrgebiet ist nun einmal das stärkste industrielle Kraftzentrum Europas. Und mit und durch das Ruhrgebiet hat ja auch in früheren besseren Zeiten Europa allein leben können.

Wir Sozialdemokraten erkennen ausdrücklich an, daß die wirtschaftlichen Kräfte des Ruhrgebietes zur Wiedergutmachung der Zerstörung Europas herangezogen werden müssen. Wir würden also eine internationale ökonomische Kontrolle und Verteilung der Produktion für richtig halten. Aber an dieser Kontrolle müßten auch die Deutschen entsprechend ihrer Bedeutung beteiligt sein. An dem Ergebnis der industriellen Produktion des Ruhrgebietes müßte auch die deutsche Volkswirtschaft teilhaben. Denn ohne dies ist sie gar nicht möglich. So wie Europa das Ruhrgebiet braucht, so braucht Deutschland als ein Teil Europas die Mitbeteiligung an diesem Ruhrgebiet.

Und wir müssen eins sagen: genau so wie wir uns die ökonomische Zukunftsgestaltung nur sozialistisch vorstellen können, genau so wünschen und wollen wir nicht irgendeine Form der Beteiligung des Kapitals an der Kontrolle oder an der Ausbeutung des Ruhrgebietes.

Wir wollen nicht den deutschen Kapitalisten gegen einen ausländischen Kapitalisten austauschen, sondern wir wollen die internationalen Regierungen und die internationalen Arbeiterbewegungen daran beteiligt sehen.

Gerade Rhein und Ruhr sind jetzt Gegenstand einer besonderen nationalistischen Propaganda, einer Propaganda, die nicht ohne Komik ist, weil sie von Leuten mit steifem Genick betrieben wird, die glauben, immer nur nach Westen schauen zu müssen. Es ist komisch aber dumm, wenn man den trüben Mut hat, unter heu-

tigen Verhältnissen den Wunsch auf nationale Behauptung zur nationalistischen Agitation ausarten zu lassen. Dann soll man in der Kopfhaltung etwas beweglicher sein und nach allen Seiten ausschauen. Vor der Periode der politischen Notzucht ist auf einmal ein Gerüchtlein aufgetaucht, als ob die deutsche Westgrenze vor der Neisse nach der Oder zurückgelegt würde, aber als dann die Vereinbarung gekommen war, da wurde das Gerücht dementiert. Und dementiert wurde es natürlich durch einen früheren Sozialdemokraten; denn diese Art von schmutziger Hausknechtsarbeit wird in der neuen Partei natürlich den Leuten zugeschoben, die sich von vornherein als charakterlich dafür qualifiziert haben.

Dieser neue Nationalismus ist nur ein taktisches Manöver. Und es ist im Grunde nicht einmal ein taktisches Manöver der Deutschenhasser. *Es gibt in Deutschland noch einen aktiven Nationalsozialismus aus sozialer Zwangsläufigkeit.* Der Klassenkampf der Offiziere, der Klassenkampf der Profiteure des alten Systems, der kann noch nicht tot sein, aber er ist heute, massenpolitisch gesehen, nicht die eigentliche Gefahr. Er kann Untergrundorganisationen schaffen, aber keine politisch-echten, dramatischen und dynamischen Aktionen. Das schlimmste sind die Nationalisten, die in neuen Parteien einen Unterschlupf gefunden haben, oder die in einer neuen Partei Nationalisten geworden sind. Dem Nationalismus wird die Sozialdemokratie in keiner taktischen Situation und aus keiner wahlpolitischen Opportunität irgendwo und irgendwann Unterschlupf gewähren. Wir wissen, eine deutsche Politik kann es nur mit der Nation und mit der Internationale gegen den Nationalismus geben.

Die deutsche Sozialdemokratie ist stolz darauf, daß sie die selbstverständliche Tradition seit Jahrzehnten gehabt hat, sowohl eine nationale wie eine internationale Partei zu sein. Aber sie ist national und international aus denselben Gründen der Ökonomie, der Politik und der Moral. Der neue Nationalismus, wie er heute aus dem Osten zu uns herüberdrängt, findet seinen stärksten Ausdruck bei den vereinigten Kommunisten, die sich jetzt Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, SED, nennen. Ich brauche Ihnen die Entstehungsgeschichte dieser Partei nicht zu schildern. Sie werden es mir ersparen, gegen die Überläufer zu polemisieren. Ich will aber ein Wort des menschlichen Verständnisses für die Hunderttausende draußen in der Zone sagen.

Dieser neue Nationalismus mit seinen plötzlich auftretenden zentralistischen Tendenzen ist in den drei westlichen Zonen noch nicht lebendig. Er kann lebendig werden, wenn wir versagen, und wenn

die Welt kein Verständnis für uns hat. Dieser neue Nationalismus hat seine soziale Voraussetzung in dem Abgleiten in Hunger und in die Verelendung.

Aber dieser neue Nationalismus ist die Methode, mit der Deutschland schon einmal, eigentlich zweimal, in der Welt isoliert und zu einem Fluch geworden ist.

Sehen Sie unsere geschichtliche Aufgabe. Das wäre die Gewinnung des deutschen Mittelstandes. Es wäre die Aufgabe, das gesellschaftliche Sein, wie es sich aus diesem Kriege entwickelt hat, auch in politisches Bewußtsein umzuwandeln. An dieser geschichtlichen Aufgabe hindert uns jetzt der neue *Nationalismus* der SED. Und wenn wir aus keinem anderen Grunde gegen diese Vereinheitlichung wären, allein die Tatsache, daß *diese Vereinigung unter nationalistischem Banner erfolgt*, genügt uns schon, nein zu sagen. Es ist politische Amoral, mit dem Gedanken des Sozialismus und des Nationalismus in dieser Weise zu spielen, und es scheint mit das gefährliche Vorbild des Nazismus zu sein, das zu dieser politischen Taktik geführt hat, eine Kombination zwischen sozialistischer Phraseologie und aufgestacheltem Nationalismus. Ob Sie dies dann Nationalsozialismus oder Nationalkommunismus nennen, ist im Effekt dasselbe. Ich sage Ihnen, *national und nationalistisch sind im Grundsatz unüberbrückbare Gegensätze*. Wer ein guter Deutscher sein will, darf kein Nationalist sein. Daß die führenden deutschen Kommunisten drüben und die hinter ihnen stehenden Kräfte das nicht erkannt haben, wundert mich nicht. Seit mehr als 28 Jahren haben die Kommunisten jede Situation in Deutschland und jeden psychologischen Faktor der deutschen Arbeiterbewegung falsch beurteilt, und sie sind dieser schönen Tradition, alles falsch zu machen, auch diesmal treu geblieben. Und ich muß schon sagen: gelernt ist gelernt.

Die Methoden, mit denen jetzt die Einheit, die sogenannte Einheit, erzwungen worden ist, mit Drohung und Gewalttätigkeit, diese Methoden sind mir zu wenig deutsch. Ob das in Turkestan üblich ist, weiß ich nicht. Bei uns jedenfalls finden diese Methoden Abscheu und Abwehr. Ich will gern zugeben, daß die Theatralik eine gewisse Faszination auf Urteilslose ausüben kann. Und ich glaube, daß diese Urteilslosen nicht nur in Deutschland vorhanden gewesen sind.

Ich habe an dem Tag des vereinigten Parteitages in Berlin den Brief von 27 Labour-Abgeordneten gesehen, die in dieser Vereinigung einen Fortschritt für den internationalen Sozialismus und für die Demokratie gesehen haben. Ich will Ihnen eins sagen, zuerst

hat mich das sehr ergrimmt und böse gemacht. Dann habe ich mir gesagt, es hat ja politisch nicht viel zu bedeuten, denn die 27 sind nur 7% der Parlaments-Fraktion, und je länger ich mir das überlege, desto mehr komme ich zu dem Entschluß, von den 27 hat bestimmt die Mehrzahl nicht gewußt, was sie überhaupt getan haben, als sie unterschrieben. Und ganz zum Schluß habe ich für mich selbst noch die Beruhigung gefunden: Nach diesen furchtbaren 13 Jahren gibt es scheinbar nicht nur in Deutschland Leute, die etwas gelitten haben, sondern auch anderswo.

Ich erinnere Sie daran, daß wir im Oktober gegenüber dem Führungsanspruch des sogenannten Berliner Zentralaussschusses eindeutig, sowohl hier wie nachher auch in der amerikanischen und französischen Zone, nein gesagt haben. Ich glaube, wir können es für uns beanspruchen, daß *dieses Nein eine der wichtigsten politischen Taten in Deutschland* gewesen ist. Wenn wir diese Entscheidung damals nicht getroffen hätten, dann würden wir hier in der Atmosphäre der SED diskutieren, dann müßten wir gewissermaßen wie unsere tapferen Berliner Kameraden neu anfangen. Aber wir brauchen nicht neu anzufangen. Wir werden mit den Berlinern zusammen nicht in der Defensive in allen diesen Fragen bleiben.

Die Inflationszahlen der Mitgliedschaft, die uns jetzt aus dem Osten präsentiert werden, die imponieren uns nicht. Sie haben sicher auch in der Inflation für Millionen nichts kaufen können. So ist es natürlich auch mit den Mitgliederzahlen einer in ihrer Phantasie unkontrollierten und in ihrem Bestand erzwungenen Partei. Aber ich sage das andere: Was mit so reaktionären Mitteln erzwungen ist, muß auch reaktionäre Konsequenzen zeitigen. Ohne Zweifel wäre ohne diesen Vorgang die Stellung der Sozialdemokratischen Partei im ganzen deutschen Reich besser. Und ohne Zweifel würden wir, wenn wir diesen Vorgang aus dem Osten in den Westen übertragen würden, als Einheitspartei nur einen Bruchteil der Stimmen bekommen, die sonst die Sozialdemokratische Partei allein bekommt.

Im Osten liegen ja die Dinge ähnlich. Wenn es im Osten zu freien politischen Wahlen käme, dann würden die CDU und selbst die kümmerlichen Liberaldemokraten diese vereinigte Massenpartei zusammenhauen wie nichts, weil nämlich die Sozialdemokraten, CDU und Liberaldemokraten die meisten Mitglieder haben. Wenn es aber nicht zu freien Wahlen kommt, sondern zu Vereinbarungen oder zu weiteren Transfusionen, dann ist ja der Zustand da, den wir von früher her kennen.

Eine Demokratie mit Einheitspartei oder Einheitslisten ist keine

Demokratie, sondern ist das Gegenteil: Diktatur. Doch dieser Diktatorismus scheint mir eine ansteckende Krankheit zu sein. Unsere Berliner Genossen haben erfahren, wie sehr diese Leute innerhalb der Partei mit diktatorischen Mitteln gegen sie vorgegangen sind. Sie haben so oft Versicherungen gegeben, die Sozialdemokratische Partei zu erhalten. In Hannover hat mir der jetzige, nicht aus der kommunistischen Partei kommende Vorsitzende der SED erklärt: Ehe ich es zulasse, daß die Sozialdemokratische Partei in der Ostzone kommunistisch wird, löse ich sie auf. Ende Januar hat er dasselbe gegenüber fremden Offizieren und gegenüber fremden Parteiführern erklärt. Ich habe diese Sprüche nie ernst genommen. Die Zwangsläufigkeit schien mir viel zu stark zu sein, und mir schien zu offensichtlich zu sein, daß in der Situation des vorigen Sommers eine Reihe von Menschen mit verschiedener Kraft, Geist und Begabung, durch die Situation temporär bedingt, zusammengelaufen sind und ohne demokratische Legitimation in der Ostzone die einzige Partei der Demokraten verschleudert und verhökert hat. Die Diktatur des Proletariats und der aktuelle und aktive Leninismus, der in ihr lebt, sind ja bloß Phrasen. *Es gibt keine Diktatur des Proletariats. Es gibt nur eine Diktatur über das Proletariat.* Ich will mich hier nicht in historische und geistesgeschichtliche Auseinandersetzungen einlassen; nur muß ich sagen, daß die Leute, die übergelaufen sind, ganz genau gewußt haben, daß sie jetzt *hunderttausende von Sozialdemokraten* an den diktatorischen Leninismus verkaufen wollen.

In diesem Zusammenhang ein Wort über die traurige Rolle der *Gewerkschaften in der Ostzone.* Es ist eine schöne Sache, daß in einer Einheitsgewerkschaft alle Richtungen zusammenlaufen, und ich respektiere den Willen zur parteipolitischen Neutralität. Aber in Wahrheit waren die Gewerkschaften in der Ostzone das Instrument der Eroberung der Sozialdemokratie durch den Kommunismus. Und ich möchte hier den Gewerkschaften der Westzone das eine sagen: Von Euch hoffen wir mehr, und von Euch erwarten wir mehr. Wir werden in Euren Reihen gute Gewerkschaftler sein. Wir werden Euch sozialdemokratische Politik nicht aufzuzwingen versuchen. Aber wir werden nicht dulden, daß irgendeine andere politische Richtung das Instrument der Gewerkschaften auch nur andeutungsweise zu beeinflussen versucht.

Ich will Euch sagen, *wir brauchen starke Gewerkschaften.* Wir brauchen mutige Gewerkschaften, mutig nicht nur gegenüber dem deutschen Publikum, sondern auch gegenüber den Besatzungsbehörden. Stärker als bisher müssen die Gewerkschaften das Wort

ergreifen für die Bergarbeiter, für die Bauarbeiter und die Landarbeiter. Wir wollen bei der Beurteilung der Gewerkschaften im Osten nicht verweilen. Ich glaube, die schlimmste Beschimpfung, die diese Menschen in ihrem Leben erfahren haben, war nicht einmal die Verprügelung oder die Lästerung durch die Nazis; die schlimmste Beschimpfung war die, daß sie, die 40 oder 30 Jahre als Verräter von den Kommunisten gebrandmarkt worden waren, auf einmal als bewährte alte Vorkämpfer der Arbeiterklasse gelobt worden sind. Von dieser Beschimpfung glaube ich, kann sich ein Mensch mit Ehrgefühl nicht mehr erholen.

Es ist seelisch sehr interessant, daß es Menschen gewesen sind, die ihr ganzes vergangenes Leben lang ausgesprochene Reformisten waren. Ich möchte jetzt das Wort Reformismus nicht als Gegensatz zwischen einem rechten und einem linken Flügel der Sozialdemokratie verstanden wissen. Ich glaube, daß wir es auch nicht so falsch verstehen. Ich meine Reformismus als die Geisteshaltung, die mit der Taktik der Anpassung und des Nachgebens das Größtmögliche erreichen möchte. Und diese Männer waren solche Reformisten im kapitalistischen System im Kaiserreich. Sie waren oder wollten solche Reformisten am 1. Mai 1933 sein. Sie sind solche Reformisten jetzt im Frühjahr 1945 gewesen. Sie haben damit die dritte Gleichschaltung glücklich überstanden. Friede ihrer Asche.

Der Kampf um die Macht innerhalb der SED ist schon lange entschieden. Bevor die äußerliche Einigung perfekt war, haben die Führer der KPD niemals daraus ein Hehl gemacht, daß jetzt die sozialdemokratischen Funktionäre gründlich umgeschult werden müßten. Sie haben das oft erklärt. Und die Männer des ZA haben das gehört, haben geschwiegen und haben sich geduckt. Ihr dürft doch nicht glauben, daß in einer solchen vereinigten Partei eine gleiche Chance ist, besonders dann nicht, wenn die gewalt-politischen Voraussetzungen, wie sie durch die Besatzungsmacht gegeben sind, so gelagert sind, wie in der Ostzone. *Damit ist der Kampf von vornherein entschieden.* Auf der andern Seite müßt ihr die andere Art von psychologischem und geistigem Training bei diesen Leuten betrachten. Diese Leute sind dressiert auf Eroberung der Macht, gleichgültig, welche politischen und sozialen Konsequenzen dabei herauskommen. Da seht doch die armen Köpfe vom Zentralausschuß, die meinen mit Leuten kämpfen zu können, deren Lebensinhalt die Macht und die Eroberung der politischen Macht ist. Im Februar d. J. habe ich dem Zentralausschuß in Berlin gesagt: von Euch wird in einem halben Jahr kein einziger mehr

politisch ein entscheidendes Wort zu sagen haben. Bestenfalls werden einzelne von Euch als politische Attrappen figurieren dürfen. Nun erleben wir den Zustand. Wir sehen, daß das die gleichen sozialdemokratischen Illusionen sind, die gedacht haben, man könne unter Adolf Hitler legal die Sozialdemokratische Partei weiterführen, wie es noch eklatanter geworden ist bei den Deutschen in der Harzburger Front unter der Regierung von 1933.

Die Leute, die einmal Sozialdemokraten waren, und sich jetzt in die äußerliche Handhabung der Macht in der SED teilen, sind tatsächlich schon längst SA-Reserve 2. Wir haben jetzt neues Material von den Kommunisten, nach dem die Bezirks- und Ortsgruppen angewiesen werden, daß die *Kommunistische Partei als Partei der Kadern selbständig innerhalb der SED bestehen bleiben soll*, und daß diese selbständige Organisation 1. die Aufgabe hat, die früheren Sozialdemokraten dieser Partei zu bearbeiten und 2. diejenigen, die unbeherrschbar an den Idealen der Demokratie festhalten, politisch auszuschalten und unschädlich zu machen.

Dort wo es keine Parteidemokratie gibt, gibt es überhaupt keine Demokratie. Den Erfolg einer solchen Politik, den Erfolg einer allzugroßen Annäherung, ja, auch nur einer geringen Annäherung, sehen Sie vielleicht in den ersten Andeutungen jetzt beim Verfassungsvolksentscheid in Frankreich, der über die Frage der Einführung des Einkammersystems gefällt wurde. Die Kommunisten und Sozialisten hatten in der Kammer eine sichere Mehrheit. Sie haben aber jetzt eine Mehrheit von 1,2 Millionen Stimmen gegen sich bekommen. Ich glaube nicht deswegen, weil der französische Staatsbürger ein so mächtiger Staatsrechtler und Politiker ist, der alle Entwicklungen in ihren politischen Konsequenzen übersieht, sondern deswegen, weil man in Frankreich wie überall in der Welt wohl einmal kommunistisch wählt, um zu protestieren, um seine Unzufriedenheit auszudrücken gegen jeweilige Zustände, daß man aber um alles in der Welt vermeiden will, Konsequenzen kommunistischer Politik auf sich zu nehmen. Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, daß deutsche Volk als Volk ist mit der kommunistischen Partei absolut fertig. Und es ist kein Zufall, daß sie jetzt auf der Suche nach den Blutspendern so energisch und rücksichtslos gewesen ist. *Es gibt für uns Deutsche und für uns Europäer keinen Sozialismus ohne Demokratie, aber die Idee und der Geist der Demokratie schließt von vornherein die Geistesarbeit und die Freiheit der Kritik ein.* Ein Sozialismus ohne solche Eigenschaften wäre kein Sozialismus, sondern eine sozialistisch figurierende Attrappe.

Der deutsche Sozialismus ist entstanden aus der deutschen klas-

sischen Philosophie und aus dem Ideengehalt der großen west-europäischen Revolutionen, vor allen Dingen aus den Ideen von 1789, wie sie damals an die Öffentlichkeit kamen und die Welt eroberten. Diese Idee der Menschenrechte ist nicht das Ideal der Bürger, es gibt darüber hinaus keine Idee besonderer Arbeiterrechte. In den menschlichen Rechten, der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit, der Menschlichkeit sind auch alle Klassenrechte und Klassenforderungen der Arbeiterschaft enthalten. Die Bourgeoisie hat sich in dem Augenblick auch von diesen Parteien gelöst, in dem sie selbst eine Herrscherrolle einnahm, und ein vierter Stand unter ihr war. Aber der unterste Stand, der vierte Stand, die Partei der armen Leute, kann und will auf diese Menschenrechte nicht verzichten. Es gibt kein Arbeitertum ohne sittliche Werte, es gibt in einem so europäischen Volke wie dem deutschen Volke keinen Verzicht darauf. Es gibt wohl die Tatsache, daß man kämpft, mit großer Leidenschaft und Hingabe kämpft, für soziale Vorteile zu sterben bereit ist man nur für *die große Idee der Freiheit*.

Man glaubt jetzt mit der Verunglimpfung, mit der moralischen oder physischen Vernichtung einzelner Sozialdemokraten die Bewegung treffen zu können und sie entscheidend zu stören. Das sind außermarxistische und vormarxistische Vorstellungen, die nicht auf deutschem Boden entstanden sind. Das sind Ideen, die in einem Lande entstanden sind, das den eigentlichen Klassenkampf und eine Bourgeoisie nicht gekannt hat. Sonst würde dieser Fehler nicht gemacht werden. Die Schmutzkübel, die jetzt die Kommunisten ausschütten, werden uns nicht veranlassen, uns auf dieselbe Ebene zu begeben. Es wäre sehr leicht, einmal die Geschichte der deutschen Konzentrationslager zu schreiben. Und noch leichter wäre es, festzustellen, wie es zu einem zweiten Weltkriege gekommen ist: dadurch, daß Hitler die Illusion des Einfrontenkrieges hatte. Am allerleichtesten zu schreiben wäre vielleicht die Geschichte der dritten Internationale während des ersten Teils des Krieges von 1939 bis 1941, als die Worte fielen von dem kapitalistisch-imperialistischen England, das zertrümmert werden müßte, und *wer der Feind Hitlers sei, sei auch der Feind Rußlands*.

Es gibt im Militärischen und Politischen verschiedene Methoden des Kampfes und verschiedene Linien. Bekannt und bis zum Überdruß gebraucht ist das Wort von der äußeren und inneren Linie. Wir sind bereit, auf der inneren und äußeren Linie mit jedermann zu kämpfen. Wir sind aber nicht bereit, auf der Drecklinie zu kämpfen. Die Leute haben eine verhängnisvolle Torheit begangen.

Sie haben uns ein Machtmittel in die Hand gegeben. Von dem kleinsten Ort bis zur größten Zone sind wir, wenn es uns nicht paßt, in der Lage, sie zu fragen: wollt Ihr diese oder jene Behauptung aufrechterhalten? Dann müssen sie entweder in die Knie gehen oder ja sagen, und dann steht es bei uns, sie entweder als bündnisfähig zu betrachten oder als legitimierte Nazis zu behandeln. Das ist eine gewaltige Waffe, die diese Torheit uns in die Hand gegeben hat, und so leichten Kaufes kommen die Leute nicht davon. Es gab auch früher Leute in der Partei und selbst im Heroen-Zeitalter, wenn man zum Beispiel das Kapitel Bebel und Liebknecht aufschlägt, die kein Ruhmesblatt waren. Nicht jedes Blatt dieser großen Geschichte ist ein Ruhmesblatt. Auch da hat man sich Beschuldigungen gefallen lassen müssen; aber man hat damals geglaubt, was man gesagt hat, und das ist der entscheidende Unterschied. Ich glaube, man muß diktatorisch erzogen sein, um etwas zu sagen, von dem man weiß, daß das Gegenteil richtig ist.

Neuerdings habe ich wieder neue Spuren dieser Dinge entdeckt, und zwar bei einem Manne, bei dem man es mit gutem Gewissen eigentlich nicht vermuten sollte. Ich möchte hier bloß die bescheidene Anfrage an die Siegermächte richten: wenn zur Vernichtung eines deutschen Politikers ein Subjekt gekauft werden soll, wird es uns auf Reparationskosten angerechnet oder nicht? Einer gewissen Führerschaft der KPD nehme ich das nicht übel. Wer selbst keine Ehre hat, springt leicht mit der Ehre anderer um. Ich habe als Schüler einmal ein Buch von Emile Zola gelesen, und da hieß es: Wer im öffentlichen Leben steht, muß jeden Morgen auf nüchternen Mägen eine Kröte schlucken. Ich denke nicht daran, und kein Sozialdemokrat soll sie schlucken. Es ist nicht wahr, wie wohlmeinende Optimisten behaupten, daß zwischen uns und den vereinigten Kommunisten nur ein Unterschied des Weges bestände und das gleiche Ziel da wäre. Ein gleiches Ziel gibt es nicht. Dort drüben haben wir eine Form, die sich Sozialismus nennt, die aber nichts weiter ist als Verdummung der Untertanen. *Für uns aber ist Sozialismus die ökonomische Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit.* Ich für meine Person bin Anhänger dieser Auffassung. Aber glaubt Ihr, daß ein Sozialismus es wert wäre, ihn zu erleben, wenn er keinen sittlichen Inhalt und kein sittliches Ziel hätte? Jetzt möchte man vergangene Bilder wieder heraufbeschwören und einen Unterschied und Gegensatz zwischen reformatorischem und revolutionärem Sozialismus konstruieren. In Wahrheit gibt es keinen anderen Sozialismus als den revolutionären. Und der zeigt sich in der Umgestaltung der Welt.

Nun müssen wir sagen, daß die bürgerlichen Parteien im Letzten eine Form der Verteidigung des Besitzes sind. Viel menschliches Eigentum ist im Kriege verloren gegangen, und diese Leute, die durch das Mitansehen der Leiden so verhärtet sind, lassen jetzt lieber das ganze Volk zugrundegehen, als daß sie etwas oder Entscheidendes von ihrem Eigentum abgeben. Darüber helfen alle Ideologien der Täuschung, Tarnung und Ablenkung nicht hinweg. Die nationalsozialistische Ideologie wurde früher von ihnen gebraucht. Sie ist nicht tot, aber ihre Verwendung ist jetzt nicht opportun. An ihrer Stelle operiert man jetzt mit der christlichen Partei.

Ich will es offen sagen: Ich würde es für eine ganz große Sache halten, wenn in Deutschland Menschen, die nicht unserer Ansicht oder unserer Denkformen sind, aus dem Geiste der Bergpredigtheraus Politik machen wollten. Aber es handelt sich nicht darum. Vielleicht haben das beträchtliche Kreise, sagen wir der CDU, gemeint zu können. Aber längst hat sich das Bild geändert, und wir stehen vor der furchtbaren Gefahr für die Moral unseres Volkes und für das sittliche Wiedererstarken, daß die Parteien des Christentums mißverstanden werden. Wir haben die Kirche gewarnt, aber ich glaube nicht, daß erhebliche Teile der Kirche sich haben warnen lassen. Die Wahlergebnisse in Bayern und die Methode, mit denen am Rhein um die Bekenntnisschule gekämpft worden ist, zeigen ganz deutlich, daß sie sich nicht hat warnen lassen und die Art, wie die CDU versucht, agitatorisch diese Dinge auszuschlachten, zeigt völlige Unbelehrbarkeit.

Also gehen wir in den Kampf, in den Kampf um eine neue Lastenverteilung, um den Ausgleich zwischen den Nichtbesitzenden und den Besitzenden. Dieser Kampf läßt jede Möglichkeit offen, wenn er erst entbrannt ist, und es ist unsere Aufgabe, den Anfang dieses Kampfes mit allen Mitteln zu beschleunigen. Glauben Sie nicht, daß CDU-Leute, die besser mit von Papen auf der Anklagebank in Nürnberg saßen und anständige, saubere Demokraten wie die christlichen Gewerkschaften in dieselbe Partei gehören? Ich glaube nicht, daß die Ideen des christlichen Sozialismus, der grundsätzliche Wille zur Demokratie sich mit einer Politik vereinbaren läßt, die vollen Taschen zu verteidigen, möge entstehen, was daraus will. Die CDU ist ein riesiger Körper, aber ich habe schon einmal bei anderer Gelegenheit gesagt, nicht jeder, der aufgeschwemmt ist, ist muskulös und stark. In diese Situation wird die CDU kommen. Heute zeigt sich schon, daß das Interesse der Besitzbürger und das Interesse der dort untergeschlüpfen Reaktionäre die politische

Praxis der Partei bestimmen werden. Ich glaube, *praktische Christen der Tat haben wir mehr in unseren Reihen.*

Wir sind bereit, sämtliche Religionen und Weltanschauungen zu respektieren, auch ihre kirchlichen und sonstigen Institutionen mit vollem Respekt zu behandeln. Wir sind aber nicht bereit, uns von irgend jemand von unserem nationalen und klassenmäßigen politischen Weg abdrängen zu lassen.

Die Zulassung der Rechtsparteien halte ich nicht für sehr gefährlich. Es ist wohl psychologisch, möchte ich sagen, etwas unklug, wenn man den einen oder anderen Geist von früher herumstolpern sieht in der politischen Bewegung, aber sie geben die Möglichkeit einer Kontrolle. Die große politische Gefahr für Deutschland ist der rechte Flügel der CDU, und wenn wir es einmal erreichen, daß die Gegensätze sich zwischen den Siegern ausgleichen, und wenn wir erreichen, daß wir demokratische Sozialisten im ganzen Reich sein können und die untauglichen und subjektiv verräterischen Elemente in den Winkel stellen, in den sie gehören, dann ist der Weg frei.

Wir möchten keine Vergiftung der Jugend, weder durch einen neuen Nationalismus noch einen anderen Weg. Wir möchten an dieser Stelle ein Bekenntnis dazu abgeben, daß wir zu den jungen Menschen Zutrauen haben, und daß wir von den Besatzungsmächten Hilfe dafür brauchen. Es hat keinen Zweck, den jungen Menschen, der heute noch nicht dreißig Jahre alt ist, sein ganzes Leben lang zwangsweise zum Gegner der Parteien des Friedens und der Demokratie zu machen. Dann wollen wir und sollten die Besatzungsmächte lieber zu den alten, hartgesottenen Sündern etwas brutaler sein, zu den Karrieremachern und Geldverdienern, aber den jungen Burschen und Mädels, denen gebt die Chance ihres Lebens!

Wahrscheinlich werden zwei Drittel der kommenden Wählerschaft Frauen sein, und es hat keinen Zweck, Wähler zu haben, die nur aus einer momentanen Stimmung zu uns kommen, sondern wir wollen nur die Wähler haben, die begriffen haben:

1. daß die Parteien der Freiheit und der Demokratie etwas Größeres und Schöneres sind als das beseitigte Sklaventum,
2. daß der Frieden etwas Erhabeneres ist als jedes kriegerische Heldentum oder was so genannt wird und
3. daß der Sozialismus und ein von Menschlichkeit erfüllter Sozialismus die echtste Form der menschlichen Wirtschaft und der Kultur ist.

Wir wollen diesen Parteitag und ich will diese Rede nicht schließen ohne ein offenes Wort. Unsere deutschen Auffassungen von Sozia-

lismus, Freiheit und Demokratie werden nicht überall in der Welt geteilt, wenn auch sonst überall in Europa. Aber man soll uns keine falschen Gegensätze einreden. Wir beurteilen beispielsweise die Politik der Russen in ihrem Lande nicht mit den Augen unserer Freunde, der Menschewiken. Wir lassen Rußland auf russisch selig werden, aber wir Europäer wollen auf europäische Weise selig werden.

Für uns gibt es keine Vorwände. Für uns gibt es viele Erscheinungen in der Kultur, im Geistesleben, in der Welt, in der Arbeit, von denen wir lernen wollen, aber für uns gibt es keine Vorbilder, die wir sklavisch nachahmen wollen. *Für uns gibt es kein Vaterland der Werktätigen.* Wir gehen sogar so weit; für uns sind en bloc nicht einmal Labourparty und französische Sozialisten ein Vorbild, das wir sklavisch nachahmen, sondern wir wollen so werden, wie wir sein müssen. Und wir wollen offen und freimütig mit allen anderen zusammenarbeiten. Wenn wir das tun, dann erfüllen wir eine Verpflichtung nicht gegenüber unserer Partei und unserer Klasse, sondern gegenüber unserem Volke und unserem Blute. *Wenn wir es erreichen, ein freiheitsliebendes demokratisches und friedfertiges Deutschland in Europa zu haben, dann ist es eine größere und wertvollere Reparation als alle Maschinen.* Darum müssen wir jetzt kämpfen. Es gibt kein Primat der Taktik. Man kann nicht mit kleinen Manövern und Schlauheiten die Gesellschaft ändern. Man muß begeistert sein, um große Taten zu vollbringen. Wir sind eine Partei wie alle anderen, haben keine totalitären Machtansprüche, aber eine große Konzeption von Sozialismus und Demokratie in Deutschland und in der Welt, und diese Konzeption und die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, die sind es, die uns in unserem Lande und in der Welt Vertrauen schaffen. Wir haben auch einen Machtwillen, einen sozialistischen Machtwillen, aber nicht einen Machtwillen, wie dieses Wort in Deutschland ausgesprochen ist. Wir wollen nicht die Macht um der Macht willen, sondern *wir wollen endlich einmal in diesem Lande dem Recht Macht geben.*

In diesem Sinne rufe ich Sie zur Parteiarbeit, in diesem Sinne zeigen Sie politischen Offensivgeist. *Die Sozialdemokratische Partei wird der entscheidende Faktor Deutschlands oder aus Deutschland wird ein Nichts und Europa wird ein Herd der Unruhe und Fäulnis.* (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)

Sozialistische Wirtschaftspolitik

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Nach dem ausführlichen Referat des Genossen Dr. Schumacher schreiten wir gleich zum nächsten Punkt der Tagesordnung. Sie hören jetzt den Genossen Dr. Victor Agartz.

Dr. Victor Agartz: Genossinnen und Genossen!

Mit dem militärischen Zusammenbruch ist auch die deutsche Wirtschaft zusammengebrochen. Die Herrschaft des Nationalsozialismus, der zweite Weltkrieg und der Zusammenbruch Deutschlands ergaben sich aus einer Entwicklung, die seit Jahren Gegenstand kritischer Untersuchungen der sozialistischen Wissenschaft war. In ihrem allgemeinen Ablauf hat die Entwicklung den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprochen.

Das Zeitalter des Imperialismus wurde von den Sozialisten stets als ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus bezeichnet. Die gesamte Wirtschaft nahm monopolistisch-parasitäre Formen an. An die Stelle des freien Unternehmers als der beherrschenden Gestalt der freien Wirtschaft traten Kartelle, Syndikate und Truste. Die Wirtschaftslage der großen Staaten wurde von wenigen Großbanken beherrscht, und mächtige internationale Kartelle begannen mit der Neuaufteilung der Welt. Sie leiteten damit den Auflösungsprozeß der Nationalstaaten ein. Monopolistische Expansionen bestimmten den internationalen Waren- und Kapitalverkehr. Die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch das Finanzkapital führte zu wirtschaftlichen Kämpfen, die jeden Augenblick ins Politische umschlagen konnten.

Aus dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des ersten Weltkrieges hatte sich Deutschland schon nach wenigen Jahren zu einem Kapitalismus erhoben, der sich auf imperialistischer Grundlage reorganisiert hatte. In der Weltpolitik trat es mit wachsender Aktivität und Selbständigkeit auf. Auf wirtschaftlichem Gebiet schritt der Monopolisierungsprozeß weiter fort und führte in gewissen Produktionszweigen wie Stahl, Eisen und Chemie zu absoluten Monopolen. Ein ständig wachsender Kapitalexport ging die Straßen teils des alten deutschen Vorkriegs-Imperialismus, teils auch neue Wege. Der besondere Charakter des deutschen Nachkriegs-Imperialismus war dadurch

gekennzeichnet, daß er an der durch den ersten Weltkrieg vorgenommenen Aufteilung der Welt nicht teilgenommen hatte. Eine dauernd expansive Neuentfaltung des deutschen Imperialismus mußte daher zur wesentlichen Verschärfung der Gegensätze führen.

Der erste Weltkrieg hatte die Thesen des Nationalismus in Europa als überholte historische Theorie bewiesen. In voller Mißachtung dieser Erkenntnisse kam es zu einer Neuordnung Europas, durch welche die Zahl der Nationalstaaten erheblich vermehrt wurde. Neue Zoll- und Verkehrsschranken steigerten den nationalen Egoismus, und die herrschende Meinung wurde immer blinder gegenüber den dem Kapitalismus immanenten Gesetzen. Die Ausweglosigkeit des deutschen Kapitalismus, der über keine Ventile zur Ablenkung von krisenhaften Spannungen verfügte, wie sie den übrigen kapitalistischen Staaten in Dominien, Protektoraten und Kolonien noch zur Verfügung stehen, mußte auf die Dauer zu einer neuen wirtschaftlichen Erschütterung Deutschlands führen. Die Aufrüstung, diese ungeheure negative Konsumtion, war schließlich vollendet, und auch der Weg des weiteren Druckes auf die Reallöhne der Werktätigen war kein ausreichendes Mittel mehr, der drohenden Krise zu entgehen.

In dieser Lage hat die herrschende Klasse in Deutschland, die ihre neuen Waffen bereits im Todeskampf der spanischen Demokratie erprobt hatte, den kriegerischen Ausweg gewählt. *So sehr heute die Welt entsetzt ist über die Greuel und Verbrechen aller derer, die in Nürnberg auf der Anklagebank sitzen, so fehlt auf dieser Anklagebank das letztlich schuldige soziale System mit seiner inneren Dynamik, und somit fehlt diesem Prozeß das entscheidende Relief.*

Die Folgerungen aus dieser Dynamik des kapitalistischen Systems ergeben sich mit innerer Notwendigkeit. Sie führen hin zu einer *neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung.*

Der deutsche Einfluß auf die Gestaltung dieser Wirtschaftsordnung ist heute noch gering. Noch werden die Struktur und der Verlauf der deutschen Volkswirtschaft von den Besatzungsmächten bestimmt. Es ist aber die Aufgabe der Sozialdemokratie, Grundsätze und Richtlinien zu zeigen und diese Wirtschaft in einem dem deutschen Volk gemäßen Stil von Grund aus zu erneuern. Die deutsche Wirtschaft liegt zerstört am Boden. Ihre restlichen Teilbestände sind einem völlig desorganisierten Markt eingegliedert. In diesem völligen Zusammenbruch sieht die Sozialdemokratie jedoch keinen Grund gegen einen alsbaldigen Beginn der

Neugestaltung des Geistes und der Verfassung der deutschen Volkswirtschaft. Nur mit einem klaren, neuen Ziel vor Augen kann der wirtschaftliche Wiederaufbau gelingen.

Die Partei lehnt daher jene Ansicht ab, die nach dem ersten Weltkrieg auch in ihren eigenen Reihen geäußert wurde, daß ein Scherbenhaufen nicht sozialisiert werden könne.

Mit dieser Auffassung steht sie in voller Übereinstimmung mit der neueren marxistischen Forschung. Die bürgerlichen Revolutionen haben mit der Erklärung der Grundrechte und staatsrechtlichen Befreiung des Individuums aus einer feudalistischen Hörigkeit geendet. Die wirtschaftliche Unfreiheit blieb aber bestehen, weil der rechtlich freie, aber besitzlose Arbeiter allein auf die Verwertung der eigenen Arbeitskräfte angewiesen war. Ihm gegenüber stand der Besitz und das Klassenmonopol an Produktionsgütern. Somit ergab sich eine unterschiedliche Machtstellung im wirtschaftlichen Vertragsverhältnis. Es ist die Aufgabe der sozialistischen Epoche, neben der rechtlichen auch die wirtschaftliche Freiheit durchzusetzen.

Jeder Deutsche ist sich bewußt, daß die Beseitigung des heutigen Trümmerfeldes nur die Arbeit aller sein kann. Die SPD lehnt es aber ab, über diese Gemeinsamkeit der Aufgabe und über die Einigkeit zum Wiederaufbau nur zu reden, ohne daß ernsthafte Anstrengungen auf allen Seiten gemacht werden, die offenkundigen sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Dies ist die wichtigste Vorbedingung der erstrebten Einigkeit.

Die Bereinigung der sozialen Frage ist nicht etwa dadurch bedeutungslos geworden, daß die jetzige Not allgemein ist, großer Besitz im Kriege vernichtet und die Einkommen-Pyramide flacher geworden ist. Sicherlich ist die Not größer geworden und auf weitere Teile des Volkes ausgedehnt. An dieser Art Gleichheit aber liegt der Sozialdemokratie nichts. Diese Not macht die Grundsätzlichkeit unserer Forderungen nur dringender, und die Unbedingtheit dieser Forderung sozialer Gerechtigkeit hat mit einer Schürung von Klassenhaß nichts zu tun. Sie will im Gegenteil die Gegensätzlichkeit der Klassen durch eine gerechte soziale und wirtschaftliche Verfassung beseitigen. Ohne sie ist kein neuer Aufbau möglich. Der Neuordnung würde die entscheidende Voraussetzung fehlen. Sie muß alle Vorrechte beseitigen, die bestimmten Gruppen des Volkes auf Grund des Besitzes oder der Geburt gewährt werden, der breiten Masse der anderen Volksangehörigen aber verschlossen bleiben.

Außer der historisch gewordenen sozialen Ungerechtigkeit mit

ihrer Störung des sozialen Lebens ist das kapitalistische System mit erheblichen funktionellen Systemfehlern behaftet, die seine Überwindung zur unabwiesbaren Notwendigkeit machen. Die kapitalistische Verkehrswirtschaft bietet im Gegensatz zur Meinung ihrer wissenschaftlichen Verteidiger keine Gewähr gegen eine Wiederkehr krisenhafter Störungen, keine Gewähr gegen imperialistische Tendenzen, weil diese ihr immanent sind, und keine Gewähr gegen faschistische Entwicklungen. Im Gegenteil, die Krisen haben mit der Entwicklung von Früh- über Hoch- zum Spätkapitalismus an Heftigkeit und Ausdehnung zugenommen. Dabei ist diese Verkehrswirtschaft auch mit ihrem modernen Geld- und Kreditsystem nicht in der Lage, die Kräfte zur selbsttätigen Überwindung dieser Krisen freizumachen. Ohne zentralen Eingriff können die jeweilig eintretenden Schäden nicht behoben werden.

Das System der kapitalistischen Industriewirtschaft ist im Laufe der Zeit immer mehr mit monopolistischen Gebilden der verschiedensten Form durchsetzt worden. Heute kennzeichnen Truste, Konzerne und Kartelle seinen Charakter. Das hat auch die gesunden Kräfte dieses Systems untergraben. Es war das ursprüngliche wirtschaftliche Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaft, durch freie Konkurrenz auch im Interesse eines gesamtwirtschaftlichen Nutzens in ununterbrochenem Zwang eine Senkung der realen Produktionskosten herbeizuführen. Diese ursprünglich freie Konkurrenz bedrohte mit Hilfe des technischen Fortschrittes den nicht hinreichend anpassungsfähigen Unternehmer mit dem Risiko des Vermögensverlustes. Durch die monopolistischen Wirtschaftsgebilde ist demgegenüber dieses wirtschaftliche Konkurrenz-Prinzip mehr und mehr zurückgegangen. Es ändert an den funktionellen Fehlern des Systems nichts, daß diese Monopolorganisationen in erster Linie eine Anpassung an die zunehmende Kapitalintensität bedeuten und nicht so sehr einen Schutz vor betriebsbedingten Verlusten. Die privaten Monopolgebilde setzen im marktwirtschaftlichen Verkehr eine Monopolrente durch und bringen damit einen zusätzlichen Teil des Sozialprodukts an sich. Auf diese zusätzliche Monopolrente haben sie jedoch keinen Anspruch; weder als Entgelt für ihren Kostenaufwand, noch als Gegenwert für unternehmerische Leistungen. Dieser zusätzliche Anspruch kann daher gesamtwirtschaftlich nicht gerechtfertigt werden. In volkswirtschaftlicher Hinsicht wird diese gegenwertlose Monopolrente aufgebracht nicht nur von den unselbständigen Arbeitnehmern, sondern auch von allen nicht monopolistisch orga-

nisierten Produzenten, vor allem von den Bauern, Handwerkern, kleinen Industriellen und freien Berufstätigen.

Mit der Beseitigung des Konkurrenz-Prinzips und mit der Bildung des Monopol-Kapitalismus wurde aus dem Preiskampf ein Preisdiktat, aus dem ökonomischen Marktgesetz ein Marktdekret, aus dem ursprünglich natürlichen Wettbewerb eine Vereinbarung auf Kosten Dritter, aus einem Kampf um den Kunden ein Kampf gegen den Kunden und aus der Produktionsausdehnung eine Produktionsdrosselung.

Die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit des einzelnen Menschen und ebenso die Beseitigung der den Fortschritt hemmenden Fehler im System der kapitalistischen Wirtschaft kann nun nicht erfolgen, indem man lediglich in die volkswirtschaftlichen Verteilungsvorgänge eingreift.

Diese Ungerechtigkeiten und Fehler sind in erster Linie mit der kapitalistischen Organisation der Erzeugung verknüpft. Ohne grundsätzliche Neuordnung auch der Erzeugung können daher die vorhandenen Fehler nicht beseitigt werden. *Deshalb ist es erforderlich, daß ein bestimmender zentraler Einfluß auf Umfang und Richtung der Produktion erzielt wird.* Notwendig ist sowohl eine zentrale Beherrschung des Standes der Beschäftigung als auch ein entscheidender Einfluß auf die Größe und Zusammensetzung des zu verteilenden sozialen Produkts. Diese Forderung enthält keineswegs die Ablehnung einer einzelwirtschaftlichen unternehmerischen Betätigung. Unternehmerische Initiative bedeutet nicht schlechthin die Herstellung eines unzulässigen Klassen-Privilegs. Nur unter der Herrschaft bestimmter Formen der sozialen und Wirtschafts-Verlassung, der Einkommen- und Besitzverteilung ist diese unternehmerische Betätigung abzulehnen. Sind nämlich diese Formen kapitalistisch, und bewegt sich diese Betätigung auf unkontrolliert sich selbst überlassenen Märkten, dann wird das Privateigentum an Produktionsmitteln zum sozialen Unrecht. Und unter diesen besonderen Bedingungen entsteht auch ein Mißverhältnis zwischen den Teilen des Volkseinkommens, das vorwiegend Verbrauchszwecken dienen soll, und dem anderen Teil des Volkseinkommens, das der Schaffung neuer Anlagen dient. Wir kennen dieses Mißverhältnis aus den Untersuchungen über das Absinken der Lohn-Quote. Es muß zu Krisen führen. Die Sozialdemokratie bekämpft daher keineswegs die unternehmerische Initiative als solche, im Gegenteil, sie fördert sie in allen Formen, die nicht zur Entstehung neuen sozialen Unrechts führen. Sie wünscht eine Steigerung aller wirtschaftlichen

Energien und ist bereit, alle jene Kräfte zu unterstützen und zu fördern, die das Risiko der wirtschaftlichen Unternehmung auf eigene Rechnung auf sich nehmen und die gewillt sind, unter voller Haftung des eigenen Vermögens dieses Risiko zu tragen.

Jede Zusammenballung privater Macht wie in den Monopol-Unternehmungen lehnt dagegen die SPD ab. Über den Umfang, über die Richtung und über die Verteilung der Produktion darf zukünftig nur noch der demokratische Rechtsstaat entscheiden. An die Stelle des privatkapitalistischen Gewinnstrebens hat die staatliche Planung zu treten als Hauptregulator der neu zu erichtenden Wirtschaft.

Diese staatliche Planung kann nicht ersetzt oder überflüssig gemacht werden — wie vielfach die Auffassung vorherrschend ist — durch ein noch so weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben. In den Betrieben können immer nur einzelne wirtschaftliche Teilpläne zustande kommen, niemals aber ein volkswirtschaftlicher Gesamtplan. Auf einen solchen Gesamtplan kommt es aber zur Überwindung der kapitalistischen Systemfehler an. In der Führung der Wirtschaft muß also der kapitalistische Unternehmer abgelöst werden. Er kann nicht ersetzt werden durch einzelne Gruppen wirtschaftlich gebundener Arbeitervertreter in den Betrieben, sondern nur durch die aus allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl hervorgegangenen Repräsentanten der gesamten im Staat verbundenen Gesellschaft.

Diese sozialistische Planwirtschaft im demokratischen Rechtsstaat hat die folgenden sittlichen Hauptforderungen zu erfüllen:

- a) Die Befriedigung der Elementar-Bedürfnisse aller Mitglieder des Staates ist in der Rangfolge ihrer naturgegebenen Dringlichkeit sicherzustellen.
- b) Jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mitglied muß jederzeit eine Arbeitsmöglichkeit eröffnet werden.
- c) Grundsätzlich ist die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes ein unabdingbarer Bestandteil der ökonomischen Freiheit jedes einzelnen Menschen.
- d) Ein Anteil am gesamten Sozial-Produkt kann zukünftig ohne produktive Gegenleistung nur dem noch nicht oder nicht mehr Arbeitsfähigen gewährt werden.

Das zukünftige kulturelle Ziel der Produktion nach Überwindung der durch den Krieg verschuldeten Not ist nicht das technisch erreichbare Maximum an materiellen Gütern, also auch nicht eine unbegrenzte Leistungssteigerung durch bis zum äußersten gestei-

gerte Investition. Das Ziel der Produktion muß vielmehr zukünftig sein:

Eine Versorgung der Bevölkerung ohne neue Gefährdung ihrer Existenz mit dem höchstmöglichen Maß an Befriedigung in der Arbeit. *Nicht ein Maximum, sondern ein Optimum an Versorgung soll angestrebt werden.* Die deutsche sozialistische Volkswirtschaft wird bei dieser Zielsetzung sich mit allen denjenigen Ländern im Einklang befinden, die gleichfalls nicht mehr bereit sind, vorwiegend zu Rüstungszwecken zu investieren. Die Verhütung in späterer Zukunft drohender Krisen durch Überinvestition, und schon heute die durch den Krieg gerissenen Lücken machen es notwendig, daß künftig mehr als bisher die *Erzeugung von Verbrauchs- und Gebrauchsgütern im Vordergrund* steht, nicht so sehr die Erzeugung von Anlagegütern. Die Sozialdemokratie steht daher ohne wirtschaftsreaktionäre Bilderstürmerei auch allen Formen der industriellen Werkätigkeit mit Bedenken gegenüber, die die Arbeit in den Betrieben zum Zweck einer erhöhten Investitionstätigkeit weitgehend schematisieren, wie das im Nationalsozialismus insbesondere in der Rüstungswirtschaft der Fall war. Sie ließ jede Freude an der Arbeit und an ihrem Erzeugnis erstickten. Die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes erfordert Höchstleistungen an Qualitätsarbeit. Insbesondere während des Krieges sind dagegen aus dem Bedürfnis der Kriegswirtschaft die Arbeitsprozesse weitgehend vereinfacht worden in dem Bestreben, den Facharbeiter entbehrlich zu machen. Für die zukünftige deutsche Wirtschaft kommt es aber gerade darauf an, durch *planmäßige Förderung fachlicher Leistungen die notwendigen Voraussetzungen für die Existenz des Volkes zu schaffen.*

Bei den Methoden zur Verwirklichung der sozialistischen Planwirtschaft dürfen die Erfahrungen nicht übersehen werden, die im letzten Menschenalter bei den Versuchen zur schrittweisen Überwindung des kapitalistischen Wirtschafts-Systems in allen fortschrittlichen Ländern gesammelt worden sind. Besonders darf die Überführung von betrieblichen Unternehmungen auf die öffentliche Hand nicht mehr als das alleinige, sondern nur noch als ein Mittel neben anderen zur Bestimmung von Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion angesehen werden. In bestimmten Wirtschaftszweigen ist sicherlich die Übernahme des Betriebes in öffentliche Regie der beste Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles, in anderen Wirtschaftszweigen dagegen vorläufig nicht oder sogar überhaupt nicht.

In der sozialistischen Planwirtschaft sieht die SPD nicht einen

Selbstzweck. Sie fordert daher die Beschränkung der staatlichen Eingriffe auf das jeweils erforderliche Maß. Ganz allgemein gesehen müssen die groben und provisorischen Methoden der kriegswirtschaftlichen Steuerung durch wissenschaftlich durchdachte Methoden auf der Grundlage volkswirtschaftlicher Kräftebilanzen ersetzt werden. Es dürfen insbesondere Lächer nicht dadurch gestopft werden, daß an anderer Stelle neue aufgerissen werden. Unter Einbau marktwirtschaftlicher Elemente des Wettbewerbs muß die Planung unbeschadet ihres umfassenden Charakters mehr und mehr zu den Methoden der indirekten Lenkung übergehen. Wenn auch nicht in allen Fällen auf Gebote und Verbote verzichtet werden kann, so sollen doch besonders im Bereiche der Enderzeugung und der Endverteilung möglichst alle mittelbar wirkenden Methoden der Markt-Beeinflussung angewendet werden.

Die weitgehend dezentralisierte Planungs- und Lenkungsarbeit muß dabei immer von unten nach oben gehen. Dabei sind die Bedürfnisse und Erfahrungen der einzelnen Landschaften und örtlichen Wirtschaftsbezirke ausreichend zu berücksichtigen.

Die Investitions-Tätigkeit ist zukünftig ausschließlich dem Staat zur vollständigen Kontrolle zu überantworten. Diese Kontrolle hat auf der Grundlage langfristiger zentraler Planung zu erfolgen. Die staatliche Steuerung der Produktion muß im Investitionsbereich wesentlich umfassender und tiefgreifender gestaltet werden als im Bereich der Verbrauchsgüter-Wirtschaft.

Ein besonders wirksames und zugleich elastisches Mittel der zentralen Steuerung der Investition ist die *Kreditpolitik*. Der neue Aufbau der Wirtschaft kann nur mit Hilfe staatlicher Kredite vollzogen werden. Kapitalinvestierung und Kreditpolitik liegen daher ausschließlich im Bereich der staatlichen Planung. Art und Umfang der Finanzierung haben sich nach dem Erfordernis der Vollbeschäftigung zu richten.

Ein wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Verteilung des Sozialproduktes ist neben der Steuerpolitik die *Lohn- und Preispolitik*. Diese muß daher nicht nur im Investitions-Sektor, sondern auch gerade im Verbrauchs-Sektor voll wirksam sein. Die staatliche Einkommenpolitik muß eine gerechte Verteilung des Ertrages der volkswirtschaftlichen Arbeit gewährleisten, wobei die Unterschiede in der Höhe der Einkommen auf das zur Anspornung der Leistung erforderliche Maß beschränkt werden.

Der Einkommen-Politik kommt auch eine besondere Bedeutung zu als Lenkungsmittel zur Steuerung des Arbeitseinsatzes gemäß den Zielen des Wirtschaftsplans. Die Löhne und Gehälter sind wich-

tigste Kosten-Elemente der Produktion und können schon deswegen nicht von der staatlichen Lenkung ausgenommen werden. Es ist selbstverständlich, daß auf eine mitwirkende Tätigkeit der Gewerkschaften nicht verzichtet werden kann.

Auch eine wirtschaftliche Selbstverwaltung ist in einer sozialistischen Planwirtschaft unentbehrlich. Diese Selbstverwaltung muß jedoch demokratisch aufgebaut sein. Für die Wirtschaftsbereiche der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Landwirtschaft usw. sind, — soweit noch nicht vorhanden — getrennte Kammern zu bilden. *Diese Kammern dürfen jedoch zukünftig keine reinen Unternehmer-Zusammenschlüsse mehr sein. Sie müssen vielmehr so besetzt werden, daß in gleicher Weise auch die Interessen der in den Unternehmungen unselbständig Arbeitenden vertreten sind.*

Diese Kammern werden damit Repräsentanten aller in ihrem Bezirk auf einem bestimmten Wirtschaftssektor berufstätigen Mitglieder der Volkswirtschaft. Diese Kammern sind dann regional in Kammer-Organisationen zusammenzufassen und erscheinen in dieser regionalen Zusammenfassung als geeignet, die staatliche Planungs- und Lenkungsarbeit wirksam durch beratende Tätigkeit zu unterstützen. Selbstverständlich ist, daß das Wahlverfahren und die Satzung durch den demokratischen Rechtsstaat verbindlich festgelegt werden müssen. Zur Wahrung der Betriebsinteressen einer Wirtschafts-Branche können *Fachverbände* auf freiwilliger Grundlage geschaffen werden. Die wirtschaftlichen Interessen der in den Betrieben tätigen Arbeitnehmer müssen kollektiv über die Gewerkschaften wirkungsvoll zur Geltung gebracht werden.

Wir weisen dieser Organisation der Selbstverwaltung zwar keine Hoheitsaufgaben zu. Es obliegt ihr aber die Pflicht, die staatliche Wirtschafts-Verwaltung durch Beratung zu unterstützen. Zur Wahrnehmung allgemeiner Verbraucher-Interessen bilden die Gewerkschaften zusammen mit den Vertretern der Konsum-Genossenschaften die geeigneten Organisationen.

Die Sozialdemokratie lehnt auf Grund aller dieser Erwägungen als ungerecht und insbesondere für die heutige Lage des deutschen Volkes ungeeignet ab:

- a) Den Liberalismus in seiner ursprünglichen Form, der dem Privatunternehmer ein vermeintliches Naturrecht ungehemmter Wirtschaftsbetätigung auf sich selbst überlassenen Märkten gab, die vom Staat weder direkt noch indirekt gelenkt werden;

- b) den Monopolkapitalismus mit imperialistischen Tendenzen, der zu gleichgewichtslosen Märkten führt und das Bestreben hat, die öffentliche Gewalt zu Gunsten der privaten Macht in den Hintergrund zu verdrängen;
- c) den Ständestaat, der die Staatssouveränität aushöhlt, alle dynamischen Kräfte des Wirtschaftslebens unterbindet und sie in eine starre Ordnung zwingt;
- d) einen zentralistischen Staats-Kapitalismus in Form der marktlosen Wirtschaft; eine Wirtschaftsform, die immer die Neigung hat, zu einer politischen Diktatur auszuarten;
- e) den im Entstehen begriffenen Neu-Liberalismus, der die Bedeutung des Gewinnstrebens und des Wettbewerbes überschätzt, der die Unvermeidlichkeit der Verbrauchslenkung in jeder modernen Volkswirtschaft verkennt und damit praktisch sämtliche Verbraucher der Bevormundung durch das Gewinn-Interesse privater Unternehmer ausliefert.

Die SPD steht es — unbeschadet der Anerkennung echter unternehmerischer Leistungen auf einzelwirtschaftlicher Grundlage — als ihre besondere Aufgabe an, alle diejenigen Bestrebungen zu fördern, die zu einer unmittelbar auf das Gemeinwohl gerichteten gemeinnützigen Wirtschaftsbetätigung führen. Sie setzt sich daher ein für eine unbefangene Würdigung der unternehmerischen Leistungen aller öffentlichen Unternehmungen. Sie verlangt ihre Fortentwicklung im sozialistischen Geist. Die Leitungen dieser Unternehmungen, die vielfach den Einflüssen kapitalistischen Denkens ausgesetzt waren und auch heute noch sind, müssen dem sozialistischen Dienstgedanken unterstellt werden. Wo die öffentliche Unternehmung am Platz erscheint, ist grundsätzlich nach dem Prinzip der Dezentralisation zu verfahren. Unternehmungen mit lediglich lokalen Betriebsaufgaben sind der lokalen Gebiets-Körperschaft zu unterstellen. Unternehmungen mit regionalen Betriebsaufgaben hat die regionale Gebietskörperschaft zu betreiben.

Die Sozialdemokratie wird mit besonderem Nachdruck alle Bestrebungen fördern, die zu einer freien, nicht vom Staate befohlenen Verbindung wirtschaftlicher Kräfte im Sinne der Bildung von auch geistig verbundenen *freien gemeinnützigen Wirtschaftsgemeinschaften* drängen. Sie tritt daher für eine starke Ausbreitung und eine Kräftigung aller Genossenschaften und verwandter anderer Verbindungen der Erzeuger und Verbraucher ein. Die Sozialdemokratie sieht in diesen Formen einer *Sozialisierung von unten* einen besonderen, dem deutschen Volk angemessenen Wirt-

schaftsstil. Weder der deutsche Arbeiter noch der Handwerker noch der Bauer werden ohne genossenschaftlichen Zusammenschluß in der Lage sein, die vor ihnen liegenden großen wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Die Sozialdemokratie ist überzeugt, daß auch die kleineren und mittleren Einzelunternehmungen sich mehr und mehr zur Übertragung geeigneter Funktionen ihrer Betriebe an genossenschaftliche Arbeitsgemeinschaften entschließen werden. Sie wird diese Formen des Zusammenschlusses nachdrücklich fördern.

Der Groß- oder Mammutbetrieb hat sich weder im In- noch im Ausland als allgemein überlegen erwiesen. Insbesondere nicht bei der Anwendung neuester betriebstechnischer Entwicklungsformen und in der Schaffung hochwertiger individueller Verbrauchsgüter. Die Chancen, die sich hieraus für die kleineren und mittleren Unternehmungen ergeben, sind planmäßig wahrzunehmen. Weil in diesen kleinen und mittleren Betrieben jeder einzelne Mitarbeiter in verhältnismäßig großem Maße an der Gesamtleistung des Betriebes teilnimmt und mit dem Gesamtschicksal des Unternehmers verbunden ist, wird auf diese Weise der Vorzug individueller Arbeit einer möglichst großen Zahl von Werktätigen zugute kommen.

Die Sozialdemokratie fordert somit eine Beurteilung des Erfolges der Unternehmungen nicht nach den bisherigen Maßstäben, also nicht allein nach dem Verhältnis vom Wert der Erzeugnisse zu den in Zahlen ausdrückbaren Kosten. Wesentlich sind auch die nicht in Zahlen meßbaren Leistungen für das Leben der Wirtschaftsgesellschaft und das Wohlbefinden aller Mitarbeiter, und andererseits die zahlenmäßig nicht meßbaren Opfer, die das Unternehmen der Wirtschaftsgesellschaft und den Mitarbeitern auferlegt. Die Sozialdemokratie fordert eine solche *Ausbildung der Wirtschaftsprüfer*, vereidigten Buchprüfer, Betriebsingenieure und der in der Wirtschaftsverwaltung tätigen Beamten, daß sie den Aufgaben einer derartigen sozialistischen Methode der Erfolgsermittlung voll gewachsen sind. Diese Prüfungen sind als *regelmäßige* — alle Gesichtspunkte zusammenfassende *Pflichtprüfungen* bei sämtlichen Unternehmungen durchzuführen.

Nicht nur an der Verwaltung der Wirtschaft, sondern auch innerhalb der einzelnen Unternehmungen ist *die demokratische Mitwirkung an der Regelung der betrieblichen Fragen und an Fragen des Unternehmens* zu gewährleisten. Bei privaten Großunternehmen, bei privaten Kapitalgesellschaften ohne Unterschied ihrer Größe ist eine Mitwirkung von Gewerkschaftsvertretern im Auf-

sichtsrat des Unternehmens gesetzlich vorzuschreiben. Ob eine Kapitalgesellschaft vorliegt, entscheiden nicht allein die Rechtsformen, sondern die wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen. Für Unternehmungen dieser Art, für die ein Aufsichtsrat gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, muß die Mitwirkung von Vertretern der Gewerkschaft in geeigneter anderer Weise sichergestellt werden.

Aus allen diesen allgemeinen Betrachtungen ergeben sich die Forderungen, die die Sozialdemokratie hinsichtlich der *einzelnen Zweige des Wirtschaftslebens* zu stellen hat. In der spät-kapitalistischen Wirtschaft haben sich monopolistische Formen der Marktbeherrschung besonders weitestgehend in den *Grundstoff-Industrien* durchgesetzt. Die starke Kapital-Intensität und das damit gegebene überdurchschnittliche konjunkturelle Verlust-Risiko begünstigte diese monopolistische Entwicklung. Die spezielle Eignung der Grundstoffe zur kartellmäßigen Behandlung ermöglichte diese monopolistischen Formen. Damit ist aber die Grundstoff-Industrie im besonderen Grade geeignet für eine Übernahme durch die öffentliche Hand. Im Hinblick auf die ausgesprochen nationalistische und kriegstreiberische Rolle der schwerindustriellen Unternehmer in Deutschland der letzten 100 Jahre ist die völlige Übernahme der Grundstoffherzeugung in die öffentliche Hand auch politisch eine unabweisbare Notwendigkeit.

Eine derartige Übernahme ermöglicht zugleich den wirtschaftlichen notwendigen weitreichenden staatlichen Einfluß auf die gesamte wirtschaftliche Investitions-Tätigkeit. Die Betriebe des Bergbaues, d. h. Kohlen, Erze, Erdöl und Kalk, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Eisen- und Stahlbearbeitung bis zum Halbzeug, der NE-Metallerzeugung und der Zement-Gewinnung, aber auch der synthetischen Erzeugung von Ammoniak, Treibstoffen und Kautschuk sowie der Zellstoff- und Zellwolle-Produktion sind daher in öffentliche Regie zu überführen.

Die *öffentliche Versorgungs-Wirtschaft*, d. h. Strom, Gas und Wasser kann ihrer ganzen Natur nach nur monopolistisch betrieben werden. Sie befindet sich bereits zum größten Teil in kommunaler oder staatlicher Regie. Soweit dies nicht der Fall ist, muß die Übernahme dieser Teile noch durchgeführt werden. Konzessions-Verträge der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmungen stellen für sie keinen ausreichenden Ersatz dar.

In der *verarbeitenden Industrie* wird die Organisation der Erzeugung überall dort zu einem besonderen Problem, wo die bestmögliche Versorgung der Verbraucher zur kapitalintensiven Massenproduktion in einigen wenigen großen Unternehmungen

drängt, wie beispielsweise im Kraftfahrzeugbau. Die Frage, ob öffentliche, freie gemeinnützige oder private Unternehmungen, tritt hier an Bedeutung zurück hinter dem Erfordernis, die vorhandenen Großbetriebe bei strenger Kontrolle der Löhne und Preise zu einem ständigen Wettbewerb um Qualitäts-Verbesserung und Kostensenkung durch technischen Fortschritt zu zwingen. Unter Umständen kann dies mit besonderem Erfolg durch staatliche Produktions-Auflagen geschehen. In jedem Fall bedarf die Kapazitätsbemessung dieser Betriebe der Lenkung durch die staatliche Wirtschaftsverwaltung.

Staatliche Produktions-Auflagen können auch ein wichtiges Steuerungs- und Antriebsmittel in der Fertigwaren-Industrie mit geringerer Kapitalintensität sein. In diesem Bereich bietet das im Wettbewerb stehende private Unternehmen noch immer den Vorteil der größeren Anpassungsfähigkeit an Verbraucherwünsche und technischen Fortschritt, sofern es strenger Lohn- und Preiskontrolle unterworfen ist. In dem Maße, in dem sich jedoch eine Tendenz zu monopolistischer Marktbeherrschung durchzusetzen beginnt, wächst auch hier die Sozialisierungs-Reife.

Inwieweit in der *Verbrauchs-güterherstellung* die privatwirtschaftliche Produktionsweise im Rahmen einer sozialistischen Planwirtschaft noch sinnvoll und tragbar erscheint, bemißt sich nach der Bereitschaft, die Risiken eines durch staatliche Überwachung in bestimmte Schranken verwiesenen Wettbewerbes auf sich zu nehmen.

Aus vorkapitalistischer Zeit hat sich das Handwerk im ganzen als arbeitsintensive gewerbliche Produktionsweise durch alle Stadien der kapitalistischen Wirtschaft hindurch bis zur Gegenwart behauptet. Seine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung ist unbestritten. Der mit einem bescheidenen Bestand an verhältnismäßig einfachen Produktionsmitteln ausgerüstete Handwerker, der im Regelfall die eigene Arbeitskraft in erster Linie mit einsetzt, hat mit dem kapitalistischen Klassenmonopol nichts zu tun. Er hat mit seinem privaten Eigentum an Werkzeugen auch in der sozialistischen Wirtschaft seinen festen Platz. Bei der Neuordnung der deutschen Wirtschaft wird gerade dem Handwerker zukünftig eine besondere wirtschaftliche Rolle zufallen. Nicht nur wird er bei der Behebung aller Zerstörungen des Krieges, beim Wiederaufbau der Städte usw. große Aufgaben vor sich sehen, seine Bedeutung wird auch gerade für den notwendigen Export durch die Herstellung von Qualitäts-Erzeugnissen wachsen. Für die Lösung betrieblicher Gemeinschafts-Aufgaben steht dem Handwerker die auch auf

diesem Sektor bewährte Organisationsform der Genossenschaft zur Verfügung, deren Anwendung kräftig zu fördern ist. In welchem Umfang die einzelnen Handwerkszweige nach gesamtwirtschaftlichen oder örtlichen Verhältnissen für den Neuzugang von fachlich ausreichend befähigten Berufsanwärtern zu öffnen oder zu schließen sind, ist in der sozialistischen Planwirtschaft Sache der staatlichen Verwaltung. Der staatlichen Lohn- und Preiskontrolle ist das Handwerk ebenso wie alle anderen Betriebe gleichermaßen unterworfen.

Auch der Handel ist an sich nicht kapitalistisch. Er wird auch in der sozialistischen Planwirtschaft bestimmte Funktionen zu erfüllen haben. Bei der gegenwärtigen Armut und bei der Notwendigkeit, jede Kraft produktiver Erzeugung zur Verfügung zu stellen, muß jedoch danach getrachtet werden, daß zukünftig der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher möglichst kurz ist. Dieser Weg kann in einer sozialistischen Planwirtschaft weitgehend vereinfacht werden. Aus diesem Grunde werden auch den *Konsumgenossenschaften* bei der Frage der Organisierung der Verteilung besondere Aufgaben zufallen.

In der *Verkehrswirtschaft* ist der seiner Natur nach monopolistische Betrieb auf der Schiene bereits so gut wie vollständig in öffentlicher Hand. Soweit es sich bei Verkehrsunternehmungen noch um privatwirtschaftliche oder in gemischtwirtschaftlicher Form arbeitende Betriebe handelt, sind sie in der sozialistischen Planwirtschaft ebenfalls in die öffentliche Regie zu übernehmen. In der Binnenschifffahrt mit ihrer Vielzahl von selbst fahrenden kleinen Eigentümern ist für private oder genossenschaftliche Betätigung unter staatlicher Lenkung und Kontrolle durchaus noch Raum.

In der neuen Wirtschaft wird dem landwirtschaftlichen Bereich als der Ernährungsgrundlage des deutschen Volkes eine besonders hohe Bedeutung zukommen. Hauptträger der agrarischen Erzeugung muß der ordentlich wirtschaftende Bauer auf eigener Scholle sein. Er ist ebensowenig wie der Handwerker eine kapitalistische Erscheinung.

Sein produktives Sachvermögen (nicht dessen Geldwert) ist im Interesse der Ernährungssicherung grundsätzlich schutzwürdig. Als Formen des betrieblichen Zusammenschlusses von bäuerlichen Einzelwirtschaften zur Lösung bestimmter Produktions- und Absatzaufgaben verdienen die landwirtschaftlichen Genossenschaften nachdrücklichst Förderung durch den demokratischen Staat. Straffe Lenkung der gesamten agrarischen Produktion ist heute

und für die Dauer erforderlich. Schärfste Kontrolle der Ablieferung durch die staatliche Wirtschaftsverwaltung, auch im Wege der Auflagenerteilung ist zur Sicherung der städtischen Ernährung solange unabweisbare Pflicht, als die heutige ausgesprochene Knappheit an Nahrungsmitteln besteht. Der Bauer kann selbst entscheidend dazu beitragen, daß dieser Zustand überwunden wird und damit die staatliche Kontrolle des Ganges seiner Arbeit gelockert werden kann.

Für den Großgrundbesitzer als einen Hauptträger feudalistischer und kapitalistischer Gesinnung und als einen besonderen Hort militaristischen Denkens ist im neuen Deutschland kein Platz mehr. Die unerläßliche Aufsiedelung muß aber so vorgenommen werden, daß mit ihr nicht eine Produktionssenkung, sondern eine Produktionssteigerung durch Intensivierung verbunden ist. Bei der Besitz-Reform soll der Grundbesitzer, sofern er unbelastet ist, nicht von Haus und Hof vertrieben werden, sondern nur in seinem Besitz auf das gebietsübliche Ausmaß einer durchschnittlichen Bauernwirtschaft beschränkt werden. Landwirtschaftliche Großbetriebe, die aus produktionstechnischen Gründen oder zum Zweck wissenschaftlicher Forschung als solche erhalten werden müssen, sind von der öffentlichen Hand oder in freien gemeinnützigen Formen zu übernehmen.

Grundsätzlich, besonders aber heute angesichts der durch Luftkriegseinwirkungen und den Flüchtlingszustrom geschaffenen katastrophalen Wohnraumlage bedarf die deutsche Wohnungswirtschaft ebenfalls der Lenkung durch die öffentliche Hand. Unter den Produktionsaufgaben wird die Wohnraum-Beschaffung auf Jahrzehnte mit an erster Stelle stehen. Im Eigenheimbau und auch bei anderen Aufgaben kann daneben die private Trägerschaft wirtschaftlich und sozial gerechtfertigt sein und einen wünschenswerten Wettbewerb bedeuten. Die Verwaltung großer Mietwohnungsbestände muß dagegen Aufgabe genossenschaftlicher oder öffentlicher Unternehmungen sein.

Die Kreditwirtschaft ist als Apparat der Geldschöpfung und als ein wichtiges Mittel der Investitions-Lenkung eine öffentliche Angelegenheit, zumal da für alle Bankeinlagen seit der Krisenerfahrung von 1931 praktisch eine öffentliche Garantie gegenüber Zusammenbruchgefahren als gegeben angesehen werden muß. Der stärkste Sektor der deutschen Kreditwirtschaft, das Sparkassenwesen ist bereits entsprechend aufgebaut. Der Großbankensektor bedarf der Überführung in die öffentliche Hand schon aus Gründen der wirtschaftlichen Rationalisierung. Die Kredit-

Genossenschaften haben zufolge ihrer nicht kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung auch in der sozialistischen Wirtschaft ihre volle Berechtigung. Sämtliche Kreditinstitute müssen staatlicher Aufsicht unterworfen bleiben.

Jedes Mitglied der sozialistischen Wirtschafts-Gesellschaft hat Anspruch auf umfassenden Versicherungsschutz bei Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter, Tod und Arbeitslosigkeit. Die Gewährleistung dieses Schutzes, die bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung eine Aufgabe von außerordentlicher Schwierigkeit darstellt, ist eine Angelegenheit der öffentlichen Hand. Private Versicherungseinrichtungen auf Gegenseitigkeit unter staatlicher Aufsicht können zur Bereitstellung zusätzlichen Schutzes daneben bestehen bleiben.

Dieses Gesamtbild der von der deutschen Sozialdemokratie geforderten Wirtschaftsverfassung führt zu wesentlichen Folgerungen für die *wirtschafts- und sozialpolitische Zusammenarbeit der Völker in Europa und der Welt.*

Die kapitalistische Entwicklung in allen Ländern hat für die minderbemittelten Schichten aller Völker zu übereinstimmenden Mindestforderungen an die Wirtschaftsordnung geführt. Die Gleichartigkeit in der Entwicklung der Technik und der produktiven Kräfte führt zu einem gleichgerichteten gemeinsamen Interesse an der Besserung ihrer relativen und absoluten Lebenslage. Aus dieser weitgehenden Übereinstimmung der wirtschaftspolitischen Forderungen und der wirtschaftlichen Selbsthilfemaßnahmen ergab sich ein internationales organisatorisches Zusammengehen der Arbeiter aller Länder. Die Sozialdemokratie bejaht wie früher diese internationale Zusammenarbeit und ist gewillt, an diesen internationalen Aufgaben aktiv mitzuarbeiten, sobald ihr dies bei gleichen Rechten und ohne Verlust an Würde möglich ist. Das deutsche Volk hat den imperialistischen Kapitalismus bis in die letzten Auswirkungen kennengelernt und ist daher besonders interessiert an der Niederhaltung und Beseitigung aller imperialistischen Tendenzen. Die Sozialdemokratie kennt aus eigener Erfahrung den Faschismus als die gefährlichste Erscheinungsform des Spätkapitalismus. Sie bejaht daher die Neugestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Völker im Geiste der Völkerverständigung. Die Sozialdemokratie erblickt dabei in der von ihr erstrebten zugleich freiheitlichen und sozialistischen Ordnung, eine Ordnung, die dem Wesen gerade des deutschen Volkes Rechnung trägt. Es gibt natürlich Unterschiede in den Begabungen, den Temperamenten und den Charakteren der Völker sowie unter-

schiedliche Eigenarten, die der wirtschaftsgeographischen und geschichtlichen Lage entsprechen. Und die wirtschaftspolitischen Forderungen, die die Sozialdemokratie aufstellt, dienen dem großen Ziel, *den Weg zu einem freiheitlichen Sozialismus zu finden*, der nach der Abschüttelung eines gewalttätigen Regimes den friedlichen Neuaufbau der deutschen Wirtschaft ohne Rückkehr zu den individualistischen und rationalistischen Formen eines kapitalistischen Liberalismus erreicht. Die Sozialdemokratie betont die wirtschaftlichen und kulturellen Vorzüge und Eigenarten des deutschen Volkes mit Nachdruck gerade in dem Zeitpunkt, in welchem dem deutschen Volk im drückenden Bewußtsein seiner Niederlage die Einsicht in seine eigenen Werte und die aus diesem Selbstbewußtsein sich ergebende würdige Haltung verlorenzugehen droht. Die so oft von manchen Teilen des deutschen Volkes herausgestellte Überheblichkeit und Aufdringlichkeit, die insbesondere von nationalsozialistischer Seite bis zur Verfälschung des deutschen Volkscharakters geführt hat, lehnt jedoch die SPD als Äußerungen eines verdeckten Minderwertigkeitsgefühles ab. Die SPD wird das Ziel haben, das deutsche Volk zum Selbstbewußtsein zu erziehen, um auf Grund einer Haltung des Stolzes auf die eigene Arbeit es auch zur Achtung vor den Leistungen anderer Völker zu führen.

Die neue deutsche Wirtschaft verlangt weitestgehende Eingliederung in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, um den Bedarf des deutschen Volkes zu decken und um eine größtmögliche Produktivität der deutschen Arbeit zu erreichen. Die früher in Deutschland gemachten Vorbehalte gegen eine sogenannte Abhängigkeit von den Ungewißheiten der Weltwirtschaft sowie jedes Autarkiebestreben hatte strategischmilitärische Hintergedanken und ist bei einer in der ganzen Welt friedfertigen Wirtschaftspolitik als gegenstandslos anzusehen.

Für den wünschenswerten Grad einer weltwirtschaftlichen Verflechtung sieht das neue Deutschland nur eine Grenze: Es darf unter keinen Umständen an der Erfüllung seiner vornehmsten Aufgabe gehindert werden, die Vollbeschäftigung sicherzustellen und den Umfang einer ausschließlich friedlichen Gesamtproduktion selbst zu bestimmen. Mit diesem einen Vorbehalt wird Deutschland sich den Formen und Methoden anpassen, die von seinen wichtigsten Außenhandelspartnern für den staatlichen Wirtschaftsverkehr und den internationalen Zahlungsausgleich angewendet werden.

Wenn die SPD diese Leitsätze zur Wirtschaftspolitik ihren Mit-

gliedern und der deutschen Öffentlichkeit unterbreitet, so ist sie sich zweier Grundtatbestände bewußt, die ihr wirtschaftspolitisches Wollen überschatten. Beide Grundtatbestände sind das Ergebnis des Krieges und des Zusammenbruches. Der erste wirtschaftliche Tatbestand ergibt sich aus der vorgefundenen Wirtschaftslage an sich. Der neue Aufbau der völlig zertrümmerten deutschen Volkswirtschaft ist nur unter entschlossener und angespanntester Mitarbeit des gesamten deutschen Volkes durchführbar. *Diese Mitarbeit des gesamten Volkes ist jedoch abhängig von der allgemeinen Erkenntnis jedes einzelnen deutschen Menschen, welches die Hauptursachen für das ganze Ausmaß der hereingebrochenen wirtschaftlichen Katastrophe sind.* An dieser Erkenntnis hat es unter der vielerorts noch verhältnismäßig günstigen Lage nach der Kapitulation zum großen Teil noch gefehlt. Tatsächlich ist aber die deutsche Wirtschaft nach dem Ende des nationalsozialistischen Krieges in einen Zustand der Auflösung hinabgeglitten, wie er in der ganzen neueren Wirtschaftsgeschichte ohne jedes Vorbild ist.

Räumlich, zeitlich, güterwirtschaftlich und geldwirtschaftlich ist der Erzeugungs- und Verteilungsprozeß in einem kaum vorstellbaren Grade desorganisiert. Auch wenn man den Anteil, den die Zerreißung Deutschlands in Besatzungszonen daran hat, nicht unterschätzt, muß man sich doch immer wieder vor Augen halten, daß der Hauptgrund für das deutsche Wirtschafts-Chaos in seinen heutigen Ausmaßen die planmäßige Zerstörungspolitik ist, die in den letzten Monaten des Krieges von nationalsozialistischer und militärischer Seite verübt worden ist.

Im Laufe des Jahres 1944 mußte es auch dem blindesten Menschen klargeworden sein, daß die totale Niederlage Deutschlands unabwendbar war. Anstatt durch ein sofortiges Abtreten von der politischen Bühne die unermeßliche historische Schuld um einen winzigen Bruchteil zu verringern, organisierten Nationalsozialisten und Militär gemeinsam unter dem Deckmantel des sogenannten Endkampfes das vielleicht beispielloseste aller ihrer unmenschlichen Verbrechen, den Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk. Sie führten diesen Vernichtungskrieg einzig und allein zu dem Zwecke, sich selbst noch für eine kurze Spanne Zeit an der Macht zu halten und sich für diese Zeit vor dem strafenden Arm der Gerechtigkeit zu bewahren. Gleichzeitig aber zerstörten sie die materielle Existenzgrundlage des deutschen Volkes, um ihre eigene Kriegs- und Terrorherrschaft in der späteren Erinnerung noch erträglich erscheinen zu lassen. Es war der Zweck die-

ses Vernichtungskrieges, jede künftige deutsche Regierung, gleich welcher parteilichen Richtung, unter allen Umständen zu diskreditieren, um den Vergleich mit der Zeit ihrer eigenen Herrschaft günstiger erscheinen zu lassen. Nur eine restlose Klarstellung dieser Zusammenhänge vermag die für den Aufbau unerläßliche moralische und politische Grundhaltung des deutschen Volkes zu schaffen. Sie muß aber auch die notwendige Härte gegenüber allen denen erzeugen, die sich an diesem Vernichtungskrieg mitschuldig gemacht haben und daher heute kompromißlos von jedwedem Einfluß auf Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ausgeschaltet werden müssen.

Die wirtschaftspolitische Arbeit einer jeden deutschen Regierung in einem neuen demokratischen Deutschland kann nur von dem Vorhandensein des totalen Trümmerfeldes aus gewertet werden. Dieses Trümmerfeld ist jeder Regierung des neuen Deutschlands ohne eigenes Zutun als Erbe überlassen worden und bildet die alleinige Ausgangslage für eine zukünftige neue Aufbauarbeit.

Aber selbst für den unsagbar mühevollen Aufbau von diesem Nullpunkt aus kann von irgend einer deutschen politischen Gruppe oder Verwaltungsstelle die Verantwortung nur in dem Rahmen übernommen werden, der ihren eigenen Entscheidungen in räumlicher und sachlicher Hinsicht von den Besatzungsmächten gezogen ist.

Ein Maßstab für die Güte oder Zweckmäßigkeit eines wirtschaftspolitischen Programms in planwirtschaftlicher Hinsicht ist durch die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung solange nicht vorhanden, als die zu seiner Durchführung verpflichteten Parteien oder Personen nicht selbst über den Umfang und die Grundrichtung der gesamtwirtschaftlichen Produktion bestimmen können. Insbesondere kann solange ein Maßstab nicht angelegt werden, als die produktionsregelnden Eingriffe, die Produktionsauflagen, wie auch die Produktionsverbote von seiten der militärischen Besatzung nicht Ausnahme, sondern allgemeine Erscheinung sind.

Die SPD hat entsprechend ihrer Verantwortung eine große Anzahl von Mitarbeitern für den neuen Aufbau zur Verfügung gestellt. Sie legt aber Wert darauf, nachdrücklichst zu betonen, daß diese Persönlichkeiten immer nur für das verantwortlich gemacht werden können, was ihrer eigenen Entscheidungsbefugnis unterlegen hat oder zukünftig unterliegt.

Charakteristisch für die gegenwärtigen Verhältnisse ist der erhebliche Geldüberhang, der sich aus der Kriegsfinanzierung mit-

tels der Notenpresse ergeben hat. Die Höhe des umlaufenden Geldes wird auf 60 bis 80 Milliarden gegenüber einem normalen Umlauf von 5 Milliarden Mark geschätzt. Diese zusätzlich geschaffene Kaufkraft kann auf absehbare Zeit mit Gütern nicht belegt werden. Dieses Bargeld, wie auch die Einlagen bei den Kreditinstituten, müssen zum größeren Teil durch Blockierung unschädlich gemacht werden. Große Teile des Volkes haben bisher von diesen Barbeständen gelebt und konnten sich damit einem vollen Arbeitseinsatz entziehen.

Eine Beseitigung des Kaufkraft-Überhanges, d. h. eine Blockierung aller Bar-Reserven, setzt aber voraus, daß die dann auf Arbeit angewiesenen Bevölkerungskreise tatsächlich in der Lage sind, in den Erzeugungs- und Verteilungsprozeß eingegliedert zu werden. Es darf nicht dazu kommen, daß große Teile der Bevölkerung gezwungen werden, Wohlfahrtsunterstützungen in Anspruch zu nehmen. Die Kaufkraft-Beseitigung führt damit zu einer neuen Frage: der Rohstoff-Versorgung.

Die deutsche Industrie ist nur noch beschränkte Zeit lebensfähig. Sie kann infolge der fortschreitenden *Aufzehrung der Rohstoffe und Halbwarenbestände* unter gleichzeitigem Verzicht auf die notwendigsten Ersatz-Investitionen nur noch eine Zeit inganggehalten werden. Sie wird eines Tages völlig zum Erliegen kommen. Ein systematischer Neuaufbau und eine Wiedereingangssetzung muß zunächst von den Grundstoffindustrien aus erfolgen. Kohle und Eisen sind die ersten Grundstoffe, die die Wiedereingangssetzung aller übrigen Produktionen bestimmen. Der Versorgung der Industrie mit *Kohle und Eisen* sind enge Grenzen gezogen; einmal, weil diese Grundstoffe nicht in dem erforderlichen Ausmaß erzeugt werden und zum anderen, weil die Kohlenförderung wie auch die Eisen- und Stahlgewinnung für die übrigen kontinental-europäischen Länder herangezogen werden.

Die Ursachen für die geringe Kohlenförderung sind mehr oder weniger bekannt. Sie liegen in der ungünstigen Ernährung, dem Fehlen angemessenen Wohnraums, in unzulänglichen Löhnen und dem Mangel, diesen unzulänglichen Lohn real umsetzen zu können. Die Gründe für die unzureichende Förderung sind auch sozialpolitischer Art. Durch die scharfe Herabsetzung der Renten aus der Knappschaftsversicherung ist eine starke Beunruhigung entstanden.

Ebenso wie die materiellen und sozialpolitischen Gründe spielen auch psychologische Fragen eine bedeutsame Rolle. Bei der Beschlagnahme der Bergwerke durch die britische Militärregie-

rung trat eine Stagnation in der Kohlenförderung ein. Der Bergmann stand und steht auch heute noch unter dem Eindruck, daß diese Beschlagnahme nur bedeutet, daß er dem internationalen Kapitalismus zum Opfer vorgeworfen wird, die Regelung der Eigentumsverhältnisse ist daher für den Bergmann eine der wichtigsten Fragen, die seine ganze Grundhaltung bestimmen.

Ebenso bedeutsam ist die internationale Diskussion über die *Rhein- und Ruhrfrage*. Die Forderung auf territoriale Loslösung des Ruhr- und Saargebietes aus dem deutschen Staatsverband wird von dem Bergarbeiter auf das entschiedenste abgelehnt. Eine solche Forderung muß daher auf den leidenschaftlichen Widerspruch der SPD stoßen. Der Bergarbeiter braucht das Bewußtsein, daß das Ergebnis seiner Tätigkeit in weitem Umfange auch dem Wiederaufbau seiner Wohnungen, der deutschen Städte und der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt bleibt. Er steht heute unter dem Eindruck, daß keine Hoffnung mehr besteht, die gegenwärtigen Verhältnisse auch nur im bescheidensten Umfange zu verbessern.

Neben den heimischen, heute noch fehlenden Rohstoffen ist es erforderlich, daß gerade der Verbrauchsgüter-Industrie ausländische Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, um die Menschen mit den notwendigsten Haushaltsgegenständen und Bekleidungsstücken zu versorgen. *Nur ein erheblicher Güter-Einschuß von außen kann den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verfallprozeß in Deutschland aufhalten.* Er allein ist in der Lage, diese deutsche Wirtschaft auf eigene, wenn auch nur schwache Füße zu stellen. Dieser Güter-Einschuß liegt auch durchaus im Interesse der alliierten Siegerstaaten. Wengleich diese Rohstoffmengen zunächst devisenmäßig zu Lasten der Besatzungsmächte gehen, so werden die zur Verfügung gestellten Rohstoffe auf längere Sicht Devisen ersparen, weil diese Hilfsleistung eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland abwenden wird. Durch eine Güterbereitstellung werden die Siegermächte auch von den unliebsamen Hilfsanforderungen befreit, die heute nicht nur Deutschland, sondern auch die übrigen kontinental-europäischen Länder stellen müssen. Die deutsche Wirtschaft wäre dann in der Lage, mit den wiedererschlossenen eigenen Hilfsquellen am Wiederaufbau Europas aktiv teilzunehmen.

Es ist daher erstens notwendig, daß *in der Frage des Kohlen-Exports Deutschland eine Atempause gewährt wird*, um die eigene Wirtschaft wieder ingangbringen zu können. Es ist zweitens notwendig, daß Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden, um

die Wirtschaft wieder in Funktion zu bringen, und um den Menschen die völlige Hoffnungslosigkeit zu nehmen, vor der sie heute stehen.

Die deutsche Wirtschaft ist im Laufe der Jahrhunderte organisch gewachsen, sie hat sich standortmäßig und nach wirtschaftsgeographischen oder landschaftlichen Gesichtspunkten in bestimmten Teilfunktionen entwickelt. Diese einzelnen Industrien waren durch eine starke Verbundwirtschaft untereinander ausgeglichen, so daß sich diese Teile auf das wirksamste zu einem Ganzen vereinigen. Diese Verbundwirtschaft ist heute durch die Einteilung Deutschlands in verschiedene Besatzungszonen zerrissen. *Eine Gesundung des deutschen Wirtschaftskörpers ist nur durch die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit möglich.* Sie wurde in Jalta beschlossen und in Potsdam proklamiert, ist aber bisher der Verwirklichung um keinen Schritt nähergebracht worden. Im Gegenteil, alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese ursprünglich nur militärisch gedachten Zonengrenzen wirtschaftlich den Charakter von wirklichen Landesgrenzen annehmen. Für die *Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft ist aber ein ungehinderter Fluß der Güter, der Transportmittel und Zahlungen innerhalb aller Gebietsteile notwendig.* Daher müssen die wirtschaftlichen Grenzen der Besatzungszonen unverzüglich fallen. Daß das Festhalten an verschiedenen Besatzungszonen mit einem freien Güter- und Personenverkehr über die Zonengrenzen durchaus vereinbar ist, zeigt das Beispiel Groß-Berlins.

Unter der Vielzahl vordringlicher Produktions-Aufgaben steht *an erster Stelle die Ernährungssicherung.* Die noch vorhandenen Produktionsreserven in der deutschen Landwirtschaft müssen sofort erschlossen werden. Die Existenz des deutschen Volkes liegt heute entscheidend in der Hand der Landwirtschaft. Bei allen unbequemen Maßnahmen zur Steigerung der Erzeugung und zur Ablietierung von Nahrungsmitteln sollte der Bauer stets bedenken, daß er in weiten Gebietsteilen diejenige Berufsschicht darstellt, die von der Existenzbedrohung und der Existenzvernichtung durch den nationalsozialistischen Krieg wohl am wenigsten betroffen worden ist. Die stark erhöhte Bevölkerungsdichte innerhalb der wesentlich verkleinerten deutschen Staatsgrenzen wird eine weitere Intensivierung der Bodenbewirtschaftung erzwingen. Diese muß zunächst der Steigerung des Hack- und Gemüsebaues zugute kommen. Darüber hinaus ist aber der Aufbau einer hochentwickelten tierischen Veredlungswirtschaft unerlässlich, damit die zusätzliche Menschenkraft zum Teil auf dem Lande sinnvoll

eingesetzt werden kann, und damit die Stadtbevölkerung wieder in dem biologisch erforderlichen Grade mit Eiweiß und Fett-nahrung versehen werden kann. Die verbleibende deutsche Ackerfläche ist für die Versorgung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln und für die Erhaltung des bisherigen Viehbestandes nicht ausreichend. Die zusätzliche tierische Veredlungsproduktion muß daher auf der Grundlage ausländischer Futtermittel aufgebaut werden. Die Einfuhr billiger Futtermittel, vor allem aus Übersee, ist in jedem Ausmaß zu steigern. Der gegenwärtige *Flüchtlingsstrom* stellt ein Menschen-Reservoir dar, aus dem für die Intensivierung der Bodenbewirtschaftung geschöpft werden kann. Der Flüchtling muß das Recht erhalten, überall dort, wo seine Arbeit dem Boden erhöhten Ertrag abringt, heimisch und gleichberechtigt zu werden.

Zu den dringendsten Aufgaben, die unmittelbar in Angriff genommen werden müssen, gehört der *Aufbau menschenwürdiger Wohnungen*. Dem Bau von Wohnungen sind weitgehend alle anderen Bauvorhaben unterzuordnen. Man kann eine intensive Arbeitsleistung nur von Menschen erwarten, die über eine gesunde Wohnung und über einen eigenen Haushalt verfügen.

Ein großer Teil des deutschen Volkes hat im Verfolg der Luftangriffe und der Kriegshandlungen Hab und Gut verloren. Die Fragen der Berücksichtigung aller dieser *Ansprüche gegen die Konkursmasse des Dritten Reiches* ist eine Frage der künftigen Einkommensverteilung. Da eine unmittelbare Übertragung von Sachbesitz zum Zwecke des Schadenausgleichs — abgesehen von Gegenständen des täglichen Bedarfs — nur in engen Grenzen durchführbar erscheint, bedeutet jede Auszahlung auf die alten Ansprüche eine Minderung des Gegenwertes der gegenwärtigen Leistungen der Produzenten. Eine solche Einkommensverteilung darf *nur unter sozialen Gesichtspunkten* durchgeführt werden. Am ehesten kann ein Einkommensverzicht allen denen zugemutet werden, deren laufendes Einkommen auf gerettetes Sacheigentum gegründet ist. Der erhaltene Sachbesitz muß daher mit einer Verzinsungs- und Tilgungsrente zugunsten der Vermögensbeschädigten belegt werden.

Es muß aber volle Klarheit darüber herrschen, daß bei den gegebenen Verhältnissen der zu erlangende Gegenwert nur einen bescheidenen Bruchteil der ursprünglichen Forderung wird darstellen können. Für jeden Anspruch muß eine absolute Höchstgrenze gelten, damit der Ausgleich für die kleineren Forderungen besser ausfallen kann.

Alle vordränglichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bei der Beachtung der wirtschaftspolitischen Grundsätze der SPD im Vordergrund stehen, sind also gekennzeichnet durch den vorhandenen Geldüberhang; den Mangel an in- und ausländischen Rohstoffen, die fehlende Wirtschaftseinheit und die Ernährungsschwierigkeiten.

Die Grundtatsachen sind unumgängliche Bestandteile jeder gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, wobei sie die durchzuführenden allgemeinen Leitsätze berühren und teilweise überschneiden. Ihr Gewicht belastet die Leiter der Wirtschaftsverwaltung mit einer überaus schweren Verantwortung. Sie können diese Verantwortung nur übernehmen bei gleichzeitiger Demokratisierung der Wirtschaftsverfassung. Die erforderliche Demokratisierung wird damit unmittelbar Bestandteil der vorliegenden Gegenwartsaufgabe. Ihre Notwendigkeit ergibt sich aus wirtschaftlichen und politischen Gründen.

Es geht heute nicht mehr an, einen Betrieb als eine privatwirtschaftliche Wirkungsstätte zu betrachten; er ist *eine volkswirtschaftliche Angelegenheit*. Wenn heute noch gesagt wird, daß der Kapitalbesitzer das betriebliche Risiko trägt, so ist diese Behauptung im vollen Umfange zu bestreiten. Bei einem Absinken der Konjunktur werden Arbeitskräfte entlassen, sie fallen der öffentlichen Fürsorge zur Last. Insofern wird das betriebliche Risiko sowohl von dem Arbeitnehmer als auch von der Gesellschaft getragen. Bei Großbetrieben mit besonderer Bedeutung tritt der Staat mit Hilfe von Krediten, durch Subvention, durch öffentliche Aufträge usw. ein. Weil aber die im Betrieb beschäftigten unselbstständigen Arbeitnehmer mit ihrer Existenz an den Betrieb gebunden sind, und weil in jedem Fall die Gesamtheit letzter Risikoträger ist, ist die Forderung begründet, daß *die Herrschaftsrechte des Betriebes gemeinsam durch Kapitalbesitzer, Arbeitnehmer und öffentliche Hand ausgeübt werden*. Die Notwendigkeit einer Demokratisierung ergibt sich auch aus sittlichen und politischen Gründen. Der Nationalsozialismus ist ausschließlich aus den Kreisen der Wirtschaft finanziert worden. Die Wirtschaft hat so eine Bewegung aufgebaut und großgezogen, die neben der Verfolgung rein imperialistischer Zwecke nach außen im Innern sämtliche sozialen Einrichtungen und Organisationen der Arbeitnehmerschaft zerschlagen hat. Diese politische Bewegung hat nicht nur Deutschland, sondern auch ganz Europa an den Rand des wirtschaftlichen und kulturellen Abgrundes geführt. Das deutsche Volk verlangt nach dieser bitteren Erfahrung eine demokratische

Wirtschaftsverfassung. Es kommt noch folgende Überlegung hinzu: Seit 300 Jahren sind wir Deutschen gewohnt, unser politisches Leben überlagert zu sehen von einer Atmosphäre, die wir „den Geist von Potsdam“ nennen. Mag es die beamtenmäßige Erziehung oder die Ausbildung des preußischen Unteroffiziers durch den Soldatenkönig gewesen sein oder der Pakt in der Garnisonkirche von 1933, immer wurde die Wirtschaftspolitik von militärischen Bedürfnissen bestimmt und gestützt auf die Macht von Bajonetten durchgesetzt. Nachdem diese Politik vollends in ihrer nationalsozialistischen Übersteigerung das deutsche Volk ins Elend geführt hat, ist heute der Zeitpunkt gekommen, sie endgültig durch eine demokratische Wirtschaftspolitik zu ersetzen.

In demselben Potsdam ist nun vor kurzem über das Schicksal der deutschen Industrie eine Entscheidung gefallen. Die deutsche Industrie soll nach dem Plan von Potsdam in weitem Umfang teils verboten, teils erheblich eingeschränkt werden. Die zukünftige Kapazität der deutschen Industrie ist hierzu methodisch in Vergleich gestellt worden zu den Größenordnungen der Jahre 1936 und 1938. *Gegen den Industrieplan müssen schwerwiegende Bedenken geäußert werden.* Schon die Vergleichsbasis muß von vornherein beanstandet werden:

Die internationale Wirtschaftskrise des Jahres 1931 brachte auch für Deutschland erhebliche Devisenschwierigkeiten mit den üblichen Folgen einer Kontingentierung und damit eines Absinkens des Außenhandels. Im Jahre 1933 setzte teilweise ein internationaler Boykott ein, der die Zahlen des Außenhandels weiter erheblich verminderte. Im Jahre 1934 kam die Aufrüstung, die nach und nach zu einer völligen Strukturänderung der deutschen Wirtschaft führte. Mit der Verkündung des 4-Jahres-Planes im Jahre 1936 nahmen die Autarkie-Bestrebungen in erheblichem Umfange weiter zu mit der allen bekannten, schon damals einsetzenden Beschränkung der Nahrungsmittelversorgung.

Für eine zukünftige deutsche Friedens-Wirtschaft kann man unmöglich eine Wirtschafts-Struktur zugrunde legen, die auf einer solchen Rüstungswirtschaft und Autarkiebestrebungen aufgebaut war. Es wäre richtiger, ein echtes normales Friedensjahr wie z. B. das Jahre 1928 zugrunde zu legen, obwohl in den rückliegenden rund 20 Jahren sich erhebliche Verschiebungen in der technischen Entwicklung ergeben haben. Legt man jedoch ein normales Jahr für die zukünftige Bemessung der deutschen Industriekapazität zugrunde, so wird die neue Regelung immer nur den laufenden Bedarf an Produktion für den normalen Verbrauch

und für den normalen wirtschaftlichen Zugang sichern. In einer solchen Regelung sind jedoch keine Kapazitäten vorgesehen, die berücksichtigen, daß heute fast alle deutschen Großstädte zerstört, daß alle Transportwege an Eisenbahnen, Kanälen und Straßen vernichtet sind, daß viele Betriebe durch Bombenangriffe zertrümmert sind, daß in den Jahren des Krieges keine Ersatzbeschaffungen für heruntergewirtschaftete Maschinen gemacht worden sind. Es sind keine Vorräte, keine Haushaltswaren und Textilien mehr vorhanden, Millionen vom Bombengeschädigten und Flüchtlingen verfügen nicht mehr über Wohnung, Möbel und Hausrat. Die Kapazität einer normalen Friedensproduktion wäre also nicht in der Lage, diese aufgestauten Bedürfnisse, diese Wiederherstellung und Wiederaufbauarbeiten auch nur in bescheidenem Umfange auszuführen. Nach dem Potsdamer Plan wird die Stahlerzeugung von 14,3 Millionen im Jahre 1928, d. h. die Stahlerzeugung eines normalen Friedensjahres, auf 5,8 Millionen herabgesetzt. Diese Senkung ist um so verhängnisvoller, als der deutschen Industrie die Herstellung von Elektro-Stahl und Edelstahl verboten ist. Der Plan verbietet im vollen Umfange die Aluminium-Fabrikation. Die verarbeitenden Betriebe sind daher ausschließlich auf Import angewiesen. Durch diese Maßnahme wird Deutschland aus einer bemerkenswerten technischen Entwicklung ausgeschaltet, die in den letzten zwei Jahrzehnten gekennzeichnet ist durch den Übergang von Schwermetallen zu Leichtmetallen. Aber nicht nur die Herstellung von Aluminium ist verboten worden, auch der Verbrauch von Aluminium ist auf 30 000 t im Jahre begrenzt. Dabei lag der Verbrauch an Aluminium bereits erheblich über 100 000 t aus eigener Erzeugung im Jahre.

Besonders stark betroffen wird die Maschinenbauindustrie mit einer Senkung von 60 v. H. Bei einer derartigen Kürzung ist nicht ersichtlich, wie es möglich sein soll, die ausgebombten Betriebe wieder aufzurichten, und wie es möglich sein soll, für die uns belassene Friedensproduktion die erforderlichen Produktionsmittel zur Verfügung zu stellen. Erheblich eingeschränkt ist auch die Herstellung von Eisenbahnwaggons, sowohl für den Personen- wie für den Güterwagenverkehr. Nach einem Überschlag kann angenommen werden, daß der dezimierte Bestand der Reichsbahn an Personenwagen erst in 30 bis 40 Jahren auf eine normale Höhe kommen wird, während der Wiederaufbau des Güterwagenparks etwa 10 bis 15 Jahre in Anspruch nehmen dürfte. Selbst die Kapazität der deutschen Textilindustrie ist gegenüber 1928 um rund 17 v. H.

gekürzt worden, obwohl ein ungeheurer Bedarf der gesamten Bevölkerung zu decken ist.

Der Potsdamer Plan ist wohl der in der gesamten Wirtschaftsgeschichte erste Versuch, die Struktur eines hochentwickelten Industriestaates auf künstliche Weise zu regulieren. Der Plan wirft viele volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Fragen auf, die vorab nicht beantwortet werden können. Es braucht nur an die Frage erinnert zu werden, wie eine solche Kapazitätsbeschränkung durchzuführen ist. Soll man in jedem belassenen Betrieb die Kapazität auf die Hälfte herabsetzen? Das würde eine erhebliche Steigerung der Kosten bedeuten. Würde man auf diese Art des Schnittes verzichten und nur die kostenmäßig günstigsten Betriebe belassen, so würden Standortverschiebungen großen Ausmaßes unvermeidlich sein. Ganze Gemeinden werden — wie bereits vorliegende Beispiele zeigen — in ihrem Leben zusammenbrechen, werden veröden, während in den neuen Standorten alle Vorbedingungen für den Zuwachs an neuen Betrieben fehlen. Wir werden daher, sollte der Plan zur Durchführung kommen, mit einer ununterbrochenen Wanderung der arbeitenden Bevölkerung rechnen müssen. Unvorstellbar große Berufsumschichtungen werden notwendig sein, um dem Plan wirkliche Gestalt zu geben. Die rückliegenden 12 Jahre haben die Menschen seelisch weitgehend belastet und beunruhigt, und es wäre wirklich an der Zeit, den Menschen wieder beruflich, seelisch und sozial zu festigen. Das Gegenteil wird aber das Ergebnis dieses Planes sein und wird damit auch das wirtschaftspolitische Wollen der Sozialdemokratie ganz entscheidend beeinflussen. Es muß damit gerechnet werden, daß das Heer der Unzufriedenen sich erheblich vermehrt und eine soziale Gefahr größten Umfanges durch eine nihilistische Einstellung heraufbeschworen wird.

Besonders unverständlich ist die *Begrenzung des deutschen Außenhandels auf 3 Milliarden Mark*. Gegenüber dem Normaljahre von 1928 mit 14,5 Milliarden Einfuhr und 12 Milliarden Ausfuhr beträgt diese Außenhandelskürzung mehr als 75 v. H. Deutschland hat 1928 für die Ernährung 4,35 Milliarden eingeführt. Diese Einfuhr war notwendig bei einem Deutschland, das über ein erheblich größeres agrarisches Gebiet im Osten verfügte.

Auch wenn wir heute bei der festgesetzten Einfuhr-Quote auf Südfrüchte, Bohnenkaffee und Kakao, Tabak, Tee und Wein verzichten und statt einer Kalorienmenge von 3000 nur 2000 zugrunde legen, so reichen die zugebilligten 1,5 Milliarden nicht

aus, da unter den gesamten Einschränkungen noch über 2 Milliarden Zuschuß erforderlich sind.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß durch diese Festsetzung einer niedrigen Außenhandelsquote nicht nur Deutschland, sondern ebenso in erheblichem Umfang auch *alle europäischen Staaten auf das stärkste betroffen werden*. Der deutsche Handel war mit über 60 v. H. reiner Europahandel. Deutschland kaufte von England für rund 3 Milliarden Mark im Jahr. Der Gesamt-handel mit den Niederlanden betrug auf beiden Seiten rund 2 Milliarden, mit Frankreich 1,4 Milliarden, mit Belgien, Italien und der Schweiz rund 1 Milliarde. Die Auswirkungen auf die europäische Wirtschaftslage sind daher unvorstellbar.

Die heute gegenüber Deutschland verfolgte alliierte Politik vertraut auf die Gewerkschaften, auf die neuen demokratischen Parteien, d. h. in weitestem Maße auf die Stimme des deutschen Arbeiters. Aber gerade diesem Arbeiter entzieht die alliierte Wirtschaftspolitik die Existenzgrundlage, nämlich seine Fabrik. Wir wirtschaften zur Zeit nicht, sondern stellen eine humanitäre Hilfseinrichtung dar, um die Zeit zu überbrücken, bis eine industrielle Tätigkeit wieder beginnen kann. *Durch die Politik der Kapazitätsbeschneidung und der Abmontierung von Fabriken zerstört die alliierte Politik, was sie selbst politisch aufzubauen bestrebt ist.*

Der Plan, der veröffentlicht ist, läßt drei Möglichkeiten zu:

1. Das Todesurteil über Millionen deutscher Menschen. Bei einer Bevölkerungsdichte von mehr als 200 Menschen je Quadratkilometer kann die deutsche Volkswirtschaft nur als gemischte Agrar- und Industrie-Wirtschaft neu aufgerichtet werden. Wird statt dessen die deutsche Wirtschaft — abgesehen von den reinen Rüstungsbetrieben — im Maße des Industrieplanes entindustrialisiert, müssen Millionen deutscher Menschen sterben; es sei denn, sie versuchen auszuwandern, und das Ausland nimmt sie in solchen Massen auf.
2. Falls man auf diesen ersten Weg verzichtet, nämlich ein Massensterben einzuleiten, müßten sich bei Durchführung des Planes die Alliierten bereitfinden, eine dauernde Arbeitslosenunterstützung an einen Großteil des deutschen Volkes zu Lasten der eigenen Steuerzahler zu zahlen. Über den sozialen und politischen Widersinn einer solchen Entwicklung braucht nichts gesagt zu werden.
3. Die dritte Möglichkeit besteht in der Aufhebung dieses Planes.

Die Sozialdemokratie ist gewillt, im vollen Umfang die Verantwortung zu übernehmen für seine wirtschaftliche Entwicklung, die zu einem Wiederaufbau nicht nur in Deutschland, sondern auch Europas führt. Es könnte jedoch eine Lage eintreten, wo die Sozialdemokratie sich gezwungen sähe, die Verantwortung abzulehnen. Eine solche Lage ist denkbar, wenn die gegenüber Deutschland verfolgte Wirtschaftspolitik von Tendenzen getragen wird, wie sie in einer Notiz in den Londoner „Times“ zum Ausdruck kommen. In dieser Notiz heißt es: Der Verband englischer chemischer Fabrikanten wünscht laut einer Erklärung, die er gestern zur Frage der Behandlung der chemischen Industrie Deutschlands nach dem Kriege abgab, dringend, daß man ins Auge fassen sollte, die deutsche Farbstoff-Industrie im Interesse des Weltfriedens gänzlich stillzulegen. J. Davidson Pratt, der im Kriege Kontrolleur der chemischen Verteidigungsmaßnahmen war, meinte, daß die englische Farbstoffindustrie so stark wäre, daß sie es sehr begrüßen würde, die deutsche Farbstoffindustrie vollkommen ausgeschaltet zu sehen.

Genossen und Genossinnen, wir Deutsche, wir kennen eine solche Sprache, und die Sprache des internationalen Kapitals wird auch ohne Sprachkenntnisse in allen Ländern verstanden!

Die Sozialdemokratie glaubt, daß die alliierte Politik von den ersten beiden Möglichkeiten, die der Plan läßt, keinen Gebrauch machen wird. Sie fühlt sich zu der Forderung berechtigt, daß derartige ungeheuerliche Methoden, obwohl sie in ähnlicher Weise von der nationalsozialistischen Regierung durchgeführt wurden, nicht gegenüber dem deutschen Volke angewandt werden. Man wird diese Methoden eines Millionensterbens nicht zu einer neuen Regel in den Beziehungen zwischen den Völkern machen wollen.

Die Sozialdemokratie glaubt, daß im Ausland Mißtrauen und Haß gegenüber Deutschland bestehen. Sie findet diese Einstellung besonders bei den im Krieg von Deutschen besetzten Ländern verständlich und begrreiflich.

Die Sozialdemokratie sieht jedoch keine Möglichkeit, daß auf der Grundlage von Haß und Mißtrauen eine schöpferische und positive Politik geleistet werden kann.

Die alliierten Siegerstaaten haben in den von Deutschland besetzt gewesenen Ländern eine Widerstandsbewegung anerkannt. Die deutsche Widerstandsbewegung fühlt sich nicht minderen Rechtes bei ihrem Willen, am Aufbau Europas mitzuarbeiten, als jene Eng-

länder, Amerikaner und Franzosen, die 1936 bei den Olympischen Spielen dem Pathos des Dritten Reiches zugejubelt haben. Die deutsche Widerstandsbewegung fühlt sich gleichberechtigt mit jenen englischen Stahlindustriellen, die 1939 in Düsseldorf über die Stahlquoten sprachen und lediglich durch den Einmarsch der Hitler-Truppen in die Tschechoslowakei von den Verhandlungen nach London zurückgerufen wurden.

Es darf zukünftig nicht noch einmal vorkommen, daß die militaristischen Elemente einer Nation ständig neue Triebkräfte dadurch erhalten, daß Friedensverträge mit einer ungleichen Verteilung von Rechten und mit ungleichen Auswirkungen auf die Wirtschaft herbeigeführt werden. Die Fehler nach dem ersten Weltkrieg haben aller Welt deutlich gemacht, daß militärische Maßnahmen und strategische Grenzziehungen keine Mittel sind, diesen Konfliktstoff zu beseitigen. Die Frage der *Sicherheit* ist vielmehr untrennbar mit der Frage der *Gerechtigkeit* verknüpft. Eine Gerechtigkeit ist allerdings nur möglich in einem Europa, in welchem den Nationalstaaten bei voller Würdigung der kulturellen Interessen *aller Völker und Rassen eine planwirtschaftliche Organisation übergeordnet ist. Die Wirtschaft des neuen Europas ist aufzubauen im Rahmen einer europäischen Arbeitsteilung, so daß die entstehende enge Verzahnung und Verknüpfung jede Möglichkeit eines Krieges für jeden Staat in Europa ausschließt.*

Es ist daher die Aufgabe, nicht die deutsche Wirtschaft zu zerstören, sondern Europa wieder aufzubauen.

(Langanhaltender Beifall.)

Politische Aussprache

Vorsitzender *Julius Lobmann*: Wir kommen nunmehr zur Diskussion über die beiden Referate. Als erster Redner hat das Wort Genosse *Neumann*, Berlin:

Franz Neumann, Berlin: Der Genosse Schumacher hat heute morgen den Satz geprägt: Man kann das Unrecht von heute nicht mit dem Unrecht von gestern vergelten. Jetzt eben hörten wir von unserem Genossen *Agartz*, daß auch die Anerkennung der deutschen Widerstandsbewegung dadurch gezeigt werden muß, daß wir Erleichterungen jeglicher Art bekommen müßten. Das ist ein erfreulicher Ton. Vor einem Jahr klang es in Berlin anders. Wir hörten doch gerade durch den Berliner Rundfunk und durch eine bestimmte Berliner Presse; daß das deutsche Volk die Alleinschuld an den Vorgängen in der Welt habe.

Ich möchte zu diesen Behauptungen einige Ausführungen machen. Genossinnen und Genossen, es kann von den verschiedensten Seiten aus zu dieser Frage Stellung genommen werden. Ich möchte von der Basis nach dem ersten Weltkrieg ausgehen und möchte die Tragik schildern, die wir damals gesehen haben. Als wir nach 1918 Sozialisten als deutsche Vertreter im Ausland hatten, da mußten wir leider feststellen, daß diese Sozialisten – an der Spitze sei unser Genosse *Müller*, *Franken*, genannt, – immer wieder mit leeren Händen von den ausländischen Verhandlungen nach Deutschland zurückkamen. Das Ausland hat niemals in irgendeiner Form ein Entgegenkommen gezeigt, wenn unsere Männer draußen waren. Es ist vielleicht eine Tragik, daß zu einer Zeit, in der wir Genossen in der Regierung hatten, in England und Frankreich rein bürgerliche Vertreter an der Macht waren, aber festgestellt muß werden, daß unsere Leute immer mit leeren Händen nach Hause kamen.

Wie war das nun von 1933 ab: Es ist ja nicht ganz unbekannt geblieben, daß das Ausland absolut passiv blieb, als die faschistische Regierung im Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat und als sie damit offen dokumentierte, daß sie nicht mehr gewillt war, auf friedlichem Wege sich mit der Welt zu verständigen. Damals haben wir, die wir in Deutschland waren, nichts gehört, daß das Ausland in irgendeiner Form Aggressionen gegen diese Maßnahme

Hitlers ergriffen hat. Und als die anderen Dinge publik wurden, als die Wehrhoheit wieder in Deutschland eingerichtet wurde, als wir das Saargebiet übernahmen, als wir das Rheinland besetzten, als alle die anderen Maßnahmen, die schon mehr kriegerischen Charakter trugen, durchgeführt wurden, da erlebten wir, daß auch hier das Ausland zu den Dingen im wesentlichen schwieg.

Zu einer Zeit, als wir schon jahrelang in den Gefängnissen und in den Zuchthäusern saßen, als die Konzentrationslager im Ausland in einem Maße bekannt waren, wie es im Inland nicht der Fall war, als Tausende unserer besten Genossen bereits schon durch den Galgen oder auf dem Schafott ihr Leben lassen mußten, da hat das Ausland mit Herrn Hitler Verhandlungen geführt und hat Herrn Hitler durch diese Verhandlungen hoffähig gemacht. (Sehr richtig.) Dies soll einmal hier auf dem ersten Parteitag der Sozialdemokratie festgestellt werden. Unsere Toten, unsere Kämpfer, gerade die Männer und Frauen, die Jungen und die Alten aus der Sozialdemokratie, sind mit Zeugen für diesen Kampf gegen die Diktatur, für die Demokratie und damit für den Fortschritt, und damit auch Zeugen gegen die Alleinschuld des deutschen Volkes an den Zuständen in der Welt. (Bravo!)

Genossen und Genossinnen, gerade auf diesem ersten Parteitag der Sozialdemokratie soll auch festgestellt werden, daß wir vom ersten Tage der Machtübernahme Hitlers in Deutschland die illegalen Fäden gesponnen haben, daß wir versucht haben, im Rahmen des Möglichen unsere Arbeit gegen die Diktatur fortzusetzen. Und das soll heute auch noch anerkannt werden für die, die nicht sogenannte Opfer des Faschismus sind, das soll anerkannt werden für die, die das Glück hatten, aus irgendwelchen Gründen nicht in die Gefängnisse und Zuchthäuser des Dritten Reiches zu kommen. Alle, die diese Tätigkeit ausgeübt haben, haben einen wesentlichen Anteil an dem Sturz des faschistischen Regimes. Wir wissen, daß das Ausland, daß die Welt ihre gesamte wirtschaftliche Macht zusammenfassen mußte, um den Faschismus zu bekämpfen. Die Widerstandsbewegung der deutschen Sozialdemokratie von innen und von außen hat aber zu einem nicht unwesentlichen Anteil an der Vernichtung des Faschismus beigetragen.

Das sind, glaube ich, maßgebende Gründe dafür, daß wir ein Teil der Schuld zwar zu tragen haben, daß wir aber nicht die Alleinschuldigen sind. Aus dieser Tatsache heraus kommt zwar die Verpflichtung zur Verantwortung und aus dieser Verantwortung heraus die Pflicht zur Wiedergutmachung, und da wollen wir erklären, daß wir den Willen haben, im Rahmen des Möglichen

wieder gutzumachen. Aber es muß hier gefordert werden, daß diese Wiedergutmachung in einem Rahmen bleibt, daß wir als Deutsche auch das Existenzminimum behalten können. Ein zufriedenes Deutschland kann und wird ein wertvolles Glied der Völkergemeinschaft werden, und darauf kommt es letzten Endes an, daß wir in Europa, in der Welt, wieder zu normalisierten Verhältnissen kommen.

Wir Sozialdemokraten fordern im Verein mit den Gewerkschaften die Nationalisierung der großen Werke, der Schlüsselindustrien. Wir fordern das gleiche, was heute die Arbeiterregierungen in England, in Norwegen, in Frankreich, in Schweden, in Dänemark praktisch durchführen wollen. Und diese gleiche Linie mit unseren Genossen in Europa sollte uns auch die Möglichkeit geben, daß wir zu Verhältnissen kommen, die in Deutschland tragbar sind. Wenn wir heute gehört haben, daß der Produktionsstandard so niedrig ist, daß wir nicht existieren können, wenn wir wissen, daß unsere Stahlproduktion auf 5,8 Millionen Tonnen im Jahre festgelegt ist, müssen wir hier erklären, daß wir mit diesem Kontingent nicht einmal unsere Bauindustriebetriebe ausreichend beliefern und so nicht einmal den Aufbau durchführen können.

Gerade wir Berliner sind abhängig von der Zuführung von Rohmaterialien und von Halbfabrikaten. In meinem speziellen Bezirk, im französischen Sektor, in Reinickendorf, haben wir nur noch so viel Materialien, daß die Fabriken acht bis zehn Wochen arbeiten können. Dann kommt das große Massensterben. Dann kommt die Arbeitslosigkeit, wenn es nicht gelingt, nach Berlin Rohstoffe und Halbfabrikate hereinzuführen. Und Genossen und Genossinnen, ein hungriger Mensch, ein arbeitsloser Mensch, der ist aber sehr leicht für die Agitatoren zu kriegen, während ein Mensch, der ein nützliches Mitglied der Gemeinschaft ist, sich nicht irgendwelchen Phrasen an den Hals wirft.

Wir Berliner betonen da die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Wirtschaft, weil wir als Sozialdemokraten, gerade als die neuen Sozialdemokraten, unbeeinflusste Wahlen für Berlin verlangen. Wir verlangen, daß im ganzen Reich gewählt werden soll. Was wir für notwendig halten, daß ist die Forderung, daß in Berlin die tatsächliche Stimmung des Volkes festgestellt werden soll. Wir wundern uns, daß von der neuen Einheitspartei andere Töne kommen. Wir hören da auf dem Parteitag von den Prominentesten der Prominenten, wir müssen so schnell wie möglich eine gründliche demokratische Umerziehung durchführen, um die Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen zu treffen.

Wir können die Wahlen nur auf demokratischer Basis durchführen, wenn durch die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften die Voraussetzungen für eine wirklich freie Entscheidung im deutschen Volk gefallen ist. Wir lehnen Scheinwahlen, die ohne diese Voraussetzung durchgeführt werden, als undemokratisch ab. Wir müssen uns wundern, daß Wilhelm Pieck auf dem Parteitag derartige Dinge erst fordert, daß er erst eine Umerziehung verlangt. Wir Berliner Sozialdemokraten sagen, daß die Berliner Bevölkerung die Lehre aus den letzten zwölf Jahren gezogen hat, daß die Diktatur für uns unerträglich ist.

Die Berliner Sozialdemokraten haben in der Urabstimmung am 31. März bewiesen, wie sie zu diesen Dingen stehen, daß sie den Sieg der Demokratie an diesem Tage erkämpft haben. Wir wollen in dieser Art weiter fortfahren. Wir wollen fordern, daß das Volk politisch seine freie Meinung abgeben darf. Wirtschaftlich ist unsere Parole die gleiche wie die Parole des Parteitages ist. Wir müssen darauf dringen, daß nicht nur in Berlin, daß in ganz Deutschland das wahr wird, was wir hier gesagt haben (der Redner zeigt auf die hinter ihm angebrachte Plakataufschrift): Sozialismus, die Gegenwartsaufgabe!

Karl Ebert, Heidelberg: Ich will Ihnen die Grüße von Heidelberg überbringen, von Heidelberg, der nicht ausgebombten, der unbeschädigten Stadt. Ich habe den Auftrag zu erfüllen, und tue das aus persönlichen Gründen besonders gern, und zwar besonders deswegen, weil mit der Vereinigung zwischen KPD. und SPD., weil mit dem Namen SED. der Name Ebert verbunden ist. Ich bringe den Parteigenossen aus Berlin den Gruß der Heidelberger Genossen, den Gruß Heidelbergs, das einen Friedrich Ebert hervorgebracht hat. Es ist unmöglich, in zehn Minuten zu der Frage Ebert und Berlin Stellung zu nehmen. Aber ich will trotzdem kurz zu der Frage Stellung nehmen. Bereits im Jahre 1918, als das Kaiserreich zusammenbrach, und die Geschicke des Reiches von dem Rat der Volksbeauftragten übernommen wurden, ging von Berlin der Schlag gegen die Demokratie aus. Bereits damals handelte es sich darum: Demokratie oder Diktatur. Wenn wir jetzt im Jahre 1946 wiederum erleben, daß auch jetzt wieder bei dem Wiederaufbau einer sozialistischen Republik von Berlin aus der Schlag geführt wird, so ist uns das nichts Neues.

Wir Heidelberger wollen unseren Standpunkt zu dieser Fusionsbestrebung SED — KPD — SPD zur Geltung bringen.

Man spricht in der Welt von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes, die wir ablehnen. Wenn man aber schon von einer

Kollektivschuld des deutschen Volkes spricht, so muß zumindest eine Kollektivverpflichtung des deutschen Volkes folgen. Und wenn eine Kollektivverpflichtung ausgesprochen wird, muß man die Möglichkeit geben, diese Verpflichtung erfüllen zu können. Wenn wir uns gegen die Kollektivschuld des deutschen Volkes wenden, so deswegen, weil es ein unerträglicher Zustand ist, ein Volk, das dreizehn Jahre lang an dem Marterpfahl der eigenen Tyrannen gestanden hat, nun auch noch an den Schandpfahl der Nationen zu binden.

Wenn wir eine Kollektivverpflichtung durchführen sollen, und wenn wir bei dieser Verpflichtung und bei der Durchführung dieser Verpflichtung mithelfen sollen, dann muß man uns erlauben, dann müssen wir fordern, daß nicht nur Industrien abgebaut und verlagert werden, dann müssen wir den Wiederaufbau der Industrie verlangen. Dann müssen wir insbesondere den Wiederaufbau der Schwerindustrie verlangen, um dadurch in den Stand gesetzt zu werden, ausführen zu können, und damit, daß wir ausführen, auch wieder einführen können.

Woher kommt die Zertrümmerung der Industrie? Ein Kommunist trat mir bei einer der letzten Wahlkundgebungen entgegen und sagte, dieser Beschluß wäre in der Kontrollversammlung in Potsdam gefaßt worden. Ich habe ihm darauf erwidert, wenn Rußland als Arbeiterstaat gewollt hätte, daß dem deutschen Arbeiter die ökonomische Grundlage nicht entzogen wird, dann hätte Rußland auf dieses Ausmaß der Industrieverlagerung nach dem Osten verzichtet. (Sehr richtig!) Wenn eine Partei, die einer Internationale angehört, die von der Staatspartei in Rußland geführt wird, in ihrem französischen Sektor nicht nur die Zentralgewalt in Deutschland verweigert, nicht nur die Annektion des Ruhrgebietes ausspricht, sondern auch die Politik der Russen im Ostgebiet Deutschlands gutheißt, und wenn die deutsche Kommunistische Partei bis jetzt nichts getan hat, um diese Maßnahmen abzubiegen, wenn sie zusieht, daß uns damit die Hand an die Gurgel gelegt wird, und wenn damit, daß man uns das Ruhrgebiet nehmen will, diese Hand an der Gurgel zu einem Würgegriff an der deutschen Wirtschaft und ganz Deutschlands überhaupt wird, wenn die Kommunistische Partei Deutschlands sich dagegen nicht wendet, so ziehen wir daraus für uns in Heidelberg den Schluß, jede Zusammenarbeit und jede Fusion mit einer solchen Partei abzulehnen. Die Kommunistische Partei hätte auf Grund ihrer Beziehungen zu Rußland etwas tun können, um das abzubiegen.

Wenn, verehrte Genossen, hier davon gesprochen worden ist, daß der Kampf der alliierten Militärmächte dem deutschen und

preußischen Militarismus gegolten hat, diesem Militarismus, der seinen äußeren Ausdruck in der strammen Haltung gefunden hat, so ist es auf der anderen Seite unmöglich, eine Politik zu treiben, die von sämtlichen deutschen Behörden und sämtlichen deutschen Institutionen eben diese stramme Haltung erwartet, um Befehle entgegenzunehmen. Man kann das eine nicht tun und das andere nicht lassen.

Wir wollen in Deutschland nicht Amboß sein, wir wollen Hammer sein. Wir wollen diejenigen sein, die wiederum Produkte schaffen. Wir wollen die Schmiede sein, deren Klang in die Welt, in Europa, hinausgeht. Wir wollen, daß die Schmiede in Deutschland den Grundakkord angibt nicht nur für die deutsche Politik, sondern für die europäische Politik und für die Weltpolitik.

Wenn der Genosse Cohen-Reuß sagte, daß genügend militärische Kräfte zur Verfügung ständen, um die Sicherheit der Welt zu garantieren, so habe ich dem ein anderes Recht entgegenzustellen. Die deutsche Sozialdemokratie mit ihren Sozialisierungsbestrebungen ist ein besserer Schutz als Bajonette und Kanonen und jede Politik, die in der Welt getrieben wird. Unsere Arbeiterpartei schafft die Sicherheit, die wir durch unsere Arbeit der Welt geben wollen. (Bravo! Händeklatschen.)

Heinz Joachim Heydorn-Hamburg: Ich habe zwei Anmerkungen zu der Rede des Genossen Dr. Schumacher zu machen. Zuerst eine Auslegung, die etwas theoretischer Natur ist, aber es gehört zu den besten Traditionen unserer Parteitage, auch prinzipielle ideologische Fragen zur Debatte zu stellen. Es geht zuerst um die Bedeutung der Marx-Engelschen Theorie. Den Geist jener Freiheiten gegenüber der Theorie hat Karl Marx selbst zum Ausdruck gebracht, als er in Frankreich auf die Frage, ob er Marxist sei, antwortete: Ich bin kein Marxist.

Die Theorie von Marx und Engels ist aus dem Gegensatz zu den utopischen Konzeptionen des Sozialismus entstanden. Sie sah ihre Aufgabe darin, aus den realistischen Einsichten in die bestehenden Verhältnisse das theoretische Instrument für den politischen Kampf zu liefern. Daher ist es zu erklären, daß Marx sogar einmal den Ausspruch tat, die Arbeiterklasse habe keine Ideale zu verwirklichen. Diese Meinung bedarf einer Ergänzung. Es ist nicht nur das Ziel unseres Kampfes, die Arbeiterschaft von der wirtschaftlichen Sklaverei zu befreien, sondern auch menschliche Beziehungen zu schaffen. Die sittliche Forderung steht am Anfang unseres Gedankens.

Wenn der Mensch weitgehend nur die Rolle einer Funktion hat, dann kommt von selbst das Chaos, auch gerade unter dem Vor-

zeichen einer hochkapitalistischen Entwicklung. Wir möchten den Akzent wieder stärker auf den menschlichen Willen verlegen. Genosse Dr. Schumacher bemerkte, daß die Demokratie in Deutschland über eine große Tradition verfüge. Aber diese Tradition war niemals so stark, daß sie das ganze deutsche Volk in seiner Tiefe berührt hätte. Deutschland hat niemals eine Revolution gehabt wie England und Frankreich. Wir sind das Land der vertagten Revolutionen. 1848, 1918 und nicht zuletzt am Ende dieses Krieges. Niemand hätte ein solches Ereignis aufhalten können, wenn es von elementarer Notwendigkeit und Tiefe gewesen wäre. Dieses Ereignis aber steht immer noch aus.

Die große Schlacht der Selbstbefreiung des Menschen aus ihrer Vergangenheit, aus der Untertanenpsychologie, die wir jahrhundertlang uns durch Erziehung angewöhnt haben, muß noch geschlagen werden. Zu dieser Revolution, die im 20. Jahrhundert nur die sozialistische sein kann, ist die deutsche Jugend berufen.

Sie ist das große Fragezeichen. Ihr Zögern und ihre Zurückhaltung ist das eigentlich entscheidende Charakteristikum unserer gegenwärtigen Lage. Diese Jugend ist durch das Grauen hindurchgegangen. Wenn immer, dann können aber aus diesem Erlebnis neue Werte und neue Inhalte entstehen, die sich mühsam aus der Tiefe lösen werden. Seien Sie sich immer bewußt, welches Generationsproblem in der Partei besteht, es handelt sich darum, ob wir in zehn Jahren eine Restaurations-Komödie spielen wollen oder nicht.

Ich fordere Sie herzlich auf, eine General-Amnestie für die ganze deutsche Jugend zu fordern. (Stürmischer Beifall.) Laden Sie die ganze deutsche Jugend ein, Träger dieser revolutionären Tat zu werden, nach der wir uns in den letzten Jahren in Sehnsucht verzehrt haben. Kein Erzieher, keine Organisation und keine Denazifizierung kann ein solches Ergebnis haben. Und damit vollziehen Sie eine historische Tat. (Bravo und anhaltendes Händeklatschen.)

Fenner Brockway-London (Politischer Sekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei in England (SLP)).

Der Genosse spricht die folgenden ersten Sätze in deutscher Sprache:

Ich bedauere, daß ich nicht in Eurer Sprache zu Euch sprechen kann, aber ich spreche aus Eurem Geist und Eurem Herzen, als Sozialist, Demokrat und internationaler Kamerad.

Die folgenden Sätze spricht Fenner Brockway in englisch. Sie

werden unmittelbar vom Genossen Heinz-Joachim Heydorn, Hamburg, in deutscher Sprache übersetzt:

Ich bringe Ihnen nicht nur die Grüße der Unabhängigen Arbeiterpartei, sondern die Tausende von Grüßen von englischen Arbeitern, die vor dem Krieg und während des Nazi-Regimes, aber auch während des Krieges niemals den Glauben in bezug auf ein demokratisches und sozialistisches Deutschland verloren haben.

Ich betrachte es als eine große Ehre, als erster ausländischer Sozialist zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich habe 15 Jahre auf diesen Augenblick, wieder in Deutschland sprechen zu dürfen, gewartet. Das letztmal sprach ich in Deutschland im Jahre 1931.

Ich habe im Jahre 1931 an einer politischen Kampagne gegen den Nationalsozialismus teilgenommen. Ich sprach in Breslau mit Eckstein als Vorsitzenden, der im Konzentrationslager zu Tode gebracht wurde, bereits eine Woche, nachdem der Reichstag angezündet worden war. Ich sprach in Dresden, wo die SA die Veranstaltung zu sprengen versuchte, aber von der Sozialistischen Arbeiterjugend wieder hinausgeworfen wurde. Und in Berlin mit Ernst Toller, der später unter tragischen Umständen in der Emigration gestorben ist.

Ihr waret die ersten Opfer des Nationalsozialismus. Ihr habt das Recht, angesichts der vielen Hunderten von Toten und Gemarterten Eures Weges, Euren Platz im internationalen Sozialismus wieder beanspruchen zu können. (Bravo, Bravo, starker Beifall.) Ihr habt das Recht und den Anspruch auf diesen Platz durch den Geist und durch die Tatkraft, die Ihr an den Tag gelegt habt.

Es gibt drei politische Probleme. Das eine ist der Kampf gegen den Kapitalismus. Der Kapitalismus befindet sich in einer sehr kritischen Lage, aber er ist nicht tot, und es gibt viele, die ihm heute wieder neues Leben injizieren wollen. Nur ein sozialistisches Deutschland ist eine wirkliche Garantie gegen den Krieg. Sicherheit kann nicht dadurch erreicht werden, daß man Euch Eure Industrie wegnimmt oder Landgebiete von Deutschland abschneidet. Sicherheit kann nur erreicht werden, wenn wir Euch das geben, was Ihr braucht. (Stürmischer Beifall.)

Es kommt darauf an, wenn es gelingt, den Kapitalismus und die kapitalistische Ordnung zu vernichten, daß sie durch eine sozialistische Ordnung ersetzt wird; aber es ist wichtig, daß die nationalsozialistische Diktatur von gestern nicht durch eine kommunistische Diktatur von morgen ersetzt wird. Der Sozialismus

- muß die Grundlageder neuen Gesellschaft sein, aber ihre entscheidenden Bestandteile sind Demokratie und Freiheit.

Es gibt ein drittes Problem für demokratische Sozialisten im besetzten Europa, nämlich innere Unabhängigkeit und Selbstvertrauen wieder zu gewinnen. Aber ich brauche Euch das nicht zu sagen, nachdem heute morgen Genosse Schumacher gesprochen hat. Diese Rede wird eine historische Rede in der Geschichte des europäischen Sozialismus werden, und ich wünsche nur, daß Ihr alle in diesem Geiste den Kampf führen möchtet.

Die Kommunistische Partei in Deutschland ist nur Agent einer fremden Macht. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratische Partei muß darauf achten, daß nicht auch sie Agent einer fremden Macht wird. (Sehr gut! Lebhafter Beifall.)

Ich habe am ersten Mai vor 60 000 Eurer Genossen in Hamburg gesprochen. Ich habe in Hamburg auf einer großen weiteren Kundgebung gesprochen, und ich habe in Berlin Eure Genossen kennengelernt und war auf einer Metallarbeitertagung in Düsseldorf. Am Sonnabend werde ich nach England zurückfahren und werde den englischen Arbeitern sagen, daß Ihr eine starke Gewerkschaftsbewegung und eine starke politische Bewegung aufgebaut habt, und daß es die Pflicht der englischen Arbeiter ist, Euch zu helfen, daß ein demokratisches und sozialistisches Europa möglich wird. (Stürmischer Beifall.)

Ich weiß nicht, wie ich das zum Ausdruck bringen soll, was ich fühle. Vor einem Jahre noch war Krieg, und trotzdem gab es in Deutschland und in England Sozialisten, die das unbedingte Gefühl der internationalen Solidarität hatten, das viel stärker war als alle Loyalität ihren eigenen Staaten gegenüber. (Bravo!) Wir müssen eine Bewegung aufbauen, die so stark ist, daß niemals wieder ein Krieg zwischen den kapitalistischen Ländern entstehen kann und in diesem Sinne möchte ich mit dem Kampf schließen, der einmal von Deutschland ausgegangen ist: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Ihr habt nur Eure Ketten zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen!“ (Stürmischer Beifall.)

(Deutsch.) Genossen und Genossinnen: Freundschaft, Frieden, Freiheit! Auf Wiedersehen!

Wilhelm Knothe-Frankfurt/Main: Ich glaube, im Sinne der 60 000 Parteimitglieder in Großhessen zu sprechen, wenn ich dem Genossen Dr. Kurt Schumacher den Dank für seine mutige Haltung und die Anerkennung für seine klare politische Linienführung ausspreche. Diese klare politische Linienführung hat in Großhessen bestimmt dazu beigetragen, daß in den drei Wahlkämpfen am

20. Januar, 27. Januar, und jetzt bei den Kreistagswahlen wir die stärkste Partei geworden sind. (Lebhafter Beifall.) Die Wählerschaft von Großhessen hat der Sozialdemokratischen Partei eine große Vertrauenskundgebung entgegengebracht. Diese Vertrauenskundgebung hätten wir bestimmt nicht bekommen, wenn wir den Fehler gemacht hätten, die Fusion mit der KPD zu machen. Diese Fusion mit der KPD hätte uns in Großhessen nach der Auffassung unserer maßgeblichen Funktionäre vielleicht 100 000 Stimmen gekostet.

Wir wissen, daß wir aus diesem Wahlsiege Schlußfolgerungen zu ziehen haben. Wir wissen, daß diese Schlußfolgerung nur in einer ganz klaren politischen Ausrichtung unserer Partei zu suchen sein kann. Die CDU hat nichts unversucht gelassen, um auf jede Art und Weise auf die Wählerschaft einzuwirken. Darüber nur ein Beispiel. Ein Flugblatt, das vor mir liegt, sagt folgendes:

„Die Gemeindewahlen haben in unseren Kreisen kein wahres Bild des politischen Willens unserer Bevölkerung gegeben.

Dadurch, daß in den meisten Dorfgemeinden unseres Kreises nur eine Liste bestand, war die Möglichkeit einer umfassenden politischen Entscheidung nicht gegeben, wohl aber, und wir stellen solches mit Beschämung fest, haben sehr viele Christen dadurch einer marxistischen Partei ihre Stimme gegeben.“

Es muß unsere Aufgabe sein, wie es Dr. Schumacher heute morgen zum Ausdruck gebracht hat, den Massen draußen das doppelte Gesicht der CDU aufzuzeigen. Der rechte Flügel der CDU zielt darauf hin, was 1945 seinen Abschluß gefunden hatte, auf wirtschaftspolitischen Gebiete wieder nachzuholen. Der linke Flügel ist geführt von den Gewerkschaften. Diesem linken Flügel gegenüber haben wir die Verpflichtung, ihn mit unseren sozialistischen Ideen vertraut zu machen. Wir haben festgestellt, daß immer noch die Tatsache zu verzeichnen ist, daß die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden glauben — und sie werden in diesem Glauben durch die Wahlagitation der bürgerlichen Parteien bestärkt — daß ihr Kleinbesitz in Gefahr stünde, wenn die Sozialdemokratie zur Macht gelangt. Es ist die große Aufgabe der Partei, werbend in dem Sinne tätig zu sein, daß dies nicht der Fall ist.

Ab und zu entschlüpft auch einmal einem führenden Kommunisten eine Äußerung, die für uns bestimmt, wenn nicht anders zu bewerten, so wenigstens pikant erscheint. In der vorigen Woche erklärte in Frankfurt ein führender Kommunist: Ja, Genosse

Knothe, wir haben eben nur die Leute, die politisch und moralisch in der Arbeiterschaft an der Peripherie zu suchen sind. Ihr habt die besseren Arbeiter. Da könnt Ihr es uns nicht verdenken, wenn wir das Verlangen nach einer Vereinigung haben.

Ich bin aber auch dem Genossen Schumacher sehr dankbar dafür, daß er heute morgen der Militärregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht hat, daß es unter Umständen auch möglich ist, die Demokratie ihr gegenüber zu verteidigen. Was er heute morgen in bezug auf die Polizei sagte, können wir von Frankfurt aus sehr stark erhärten. Ich nehme die Gelegenheit wahr, auf dem Parteitag dies zu sagen, weil es notwendig ist. In Frankfurt ist man drum und dran, die Entdemokratisierung der Polizei vorzunehmen und an ihrer Stelle die Militarisierung durchzuführen. (Sehr wahr!) Dort wurden hervorragende Demokraten, weil sie Sozialdemokraten sind, aus dem Polizeikörper entfernt oder suspendiert und an ihre Stelle wurden Majore der Wehrmacht gestellt. Wir stellen fest, daß hervorragende demokratische Polizeioffiziere und Mannschaften versetzt worden sind, weil sie Sozialdemokraten waren. Das ist ein Zustand, der für uns untragbar ist.

Deshalb begrüße ich die Ausführungen des Genossen Schumacher von heute früh, weil wir in Frankfurt unter diesen Dingen seitens der amerikanischen Militärregierung auch zu leiden haben. Wir haben Sorge um die Fundamente der Demokratie, und die Fundamente der Demokratie sind nach meiner Meinung dann in Gefahr, wenn eine Politik gemacht wird, wie ich sie gezeichnet habe.

Wir können uns deshalb auch sehr häufig in der Regierung, im Kabinett in Großhessen, nicht so ausrichten, wie wir Sozialdemokraten es gern möchten. Dort wird manches getan, wofür wir verantwortlich gemacht werden, wofür wir aber nicht verantwortlich sind. Ich erinnere daran, daß eine Gesetzesmaßnahme, wie das Betriebsrätegesetz, durch den Kontrollrat niemals ein Gesetz sein kann, wie es die Demokratie und die Sozialdemokratische Partei schaffen würde. Wenn wir nicht in der Lage sind, diese Dinge zu ändern, dann vertrete ich die Auffassung, müssen wir in Großhessen erwägen, ob wir nicht unsere Minister unter solchen Umständen aus dem Kabinett herausnehmen sollten. (Sehr richtig!)

Wir sind der Auffassung, daß durch solche Maßnahmen, die wir nicht vertreten können, die gegen die Demokratie verstoßen, die Fundamente der Demokratie gefährdet werden. Ich bin schon der Meinung, daß diese Dinge, weil sie uns auf den Nägeln brennen, sehr eindeutig auf dem Parteitag zur Sprache gebracht

werden müssen, damit die Militärregierungen hören, wie wir über diese Dinge denken. (Beifall.)

Karl Meitmann-Hamburg: Vor mir liegt eine Verfügung, die tief eingreift in den Bestand unserer eben begonnenen politischen Arbeit. In dieser Verfügung heißt es, daß den Beamten in ihrer Gemeinde keinerlei politische Tätigkeit mit Ausnahme der Ausübung ihres Wahlrechts gestattet ist. Es heißt ferner, daß öffentlich Bedienstete mit Ausnahme von Richtern darunter gemeint sind.

Wenn diese Einschränkung für alle öffentlichen Bediensteten in Anwendung kommt, die bei irgendeiner Kreis-, Landes- oder Provinzialbehörde beschäftigt sind, dann dürfen sie einer politischen Partei angehören und Zahlungen an eine Partei leisten, sie dürfen aber weder an politischen Versammlungen teilnehmen oder im Wahlausschuß mitwirken, noch im Bereich des Kreises, der Provinz oder Landesbehörde schriftlich oder mündlich sich für Kandidaten einsetzen. Wenn Worte Sinn haben, dann weiß jeder, was das bedeutet in dieser Zeit der Verirrung der Menschen und der Verwirrung ihrer Begriffe.

Die Alliierten Kontrollmächte haben den unmißverständlichen Willen ausgesprochen, daß Deutschland zur Demokratie aufgebaut werden soll. Das ist nicht nur auch unser Wille, das ist schlechthin, wie Dr. Schumacher es unmißverständlich ausgesprochen hat, die geschichtliche Mission der Sozialdemokratischen Partei und zugleich Deutschlands und Europas Schicksal.

Das Problem ist nun, wie und wer soll die Demokratie in Deutschland aufbauen? Darüber gibt es keinen Zweifel; das können nur wir selbst tun. Wir selber, nicht nur die vielfachen Institutionen, die wir uns im demokratischen Aufbau nun wieder schaffen wollen. Wichtig und entscheidend ist, so schnell wie möglich jene schöpferischen Kräfte in diesen Prozeß der Neugestaltung einzubeziehen.

Ich frage Euch, ist es nicht Unsinn und ein Widersinn in sich selbst, wenn Menschen ausgesucht werden, Plätze zu besetzen und Funktionen auszuüben, die bislang von jenen ausgeübt worden sind, die nicht demokratisch waren, daß aber diese Menschen ausgeschlossen sind, an der schöpferischen Bildung der Meinung, die ihnen zufließen muß, und die berufen sind, als die eigentlichen Kenner der Gesetze solche Gesetze in engster Anlehnung mit dem Volke auszuführen?

Das müssen wir anerkennen: Den Willen und die Absicht der alliierten Kontrollmächte, uns zu helfen, kann weder ich noch einer von Euch in Zweifel ziehen, aber da wir nach den demokratischen

Grundsätzen nicht Objekt, sondern Subjekt unseres Gemeinwesens sein müssen, muß auch jedem Staatsbürger, der politisch zuverlässig ist, das Recht der Betätigung seiner schöpferischen Kraft an unserem Gemeinwesen eingeräumt und erhalten werden. (Sehr richtig!) Das ist und bleibt die ständig fließende Quelle des menschlichen gesellschaftlichen Fortschritts überhaupt, das ist das Grundrecht der Demokratie.

Wie liegen die Tatsachen für uns, für uns alle, nicht nur für unsere Partei? Zwölf Jahre lang haben wir ungeheure Verluste an den Männern und Frauen gehabt. Und jetzt stehen wir vor einem fast absoluten Mangel eines Nachwuchses. Unsere Jugend, der verbleibende Rest, ist, ob wir wollen oder nicht, in die Verantwortung gezwängt worden, in diese notwendige Funktion in der Verwaltung, die jetzt den ersten Beginn einer Art Ordnung abgeben soll.

Wir anerkennen den Grundsatz der Rechtsordnung, daß die Gewalten getrennt sein sollen. Wir haben allzu bitter gelernt, was es heißt, wenn eine der drei Gewalten: Legislative, Exekutive und Rechtsprechung die anderen beiden unterdrückt und ausschaltet. Wir haben größte Achtung vor dem Wachstum der politischen Demokratie in England, die sich nun auf das wirtschaftliche Leben und damit auch auf das soziale Leben und die Kultur des Volkes so segensreich auswirkt.

Aber in England ist die Demokratie in 300 Jahren und mehr organisch gewachsen und hat sich ihren homogenen Verwaltungsapparat aus sich selbst entwickelt. In Deutschland war bis 1918 die dynastische Autokratie das führende Prinzip des Staates und die Beamtenschaft und die Verwaltung ein Vollzugsinstrument, um nicht zu sagen, ein Organ dieser dynastischen Verwaltung. Es war das Schicksal unserer Weimarer Republik, daß die Geheimräte und die neutralen Beamten, die Politik der Autarkie weiterzutreiben die Möglichkeit hatten und auch taten.

Wir wollen, mit einem Wort zu sagen, zu einer lebendigen Verbindung unserer Verwaltung mit dem Volke kommen. Wir wollen nicht, daß das Volk in nicht allzu ferner Zeit sagt: das ist der grüne Tisch, auf uns hört man nicht. Man kann nicht anders als sagen, das ist ein Wachstumsprozeß, Freunde aus England. Wir nehmen jeden Rat und jede Hilfe dankbar an, aber was unter anderen historischen Voraussetzungen in Eurem Lande gewachsen ist, kann nicht hierher übertragen werden. Man kann das Ergebnis eines Wachstums nicht voraussetzen, sondern muß es organisieren. Für uns in Deutschland, für die verarmende, für die hungernde und

verelende Masse sind das Erwartungen, Hoffnungen, Forderungen und Vorstellungen, die für lange Zeit unerfüllbar sein werden.

Es ist für unsere Verwaltung mit unabsehbaren Schwierigkeiten verknüpft, diese Wünsche und Erwartungen zu verwirklichen, und da soll nun die Kenntnis, die Sachverständnis und die Erfahrung jener Menschen, die das Volk und auch die englische Militärregierung und auch die Kontrollmächte für diesen Zweck bestimmt haben, ausgeschaltet bleiben von dieser Durchsetzung und Formung des Volkes. Das ist nicht richtig. Das spürt jeder. Das ist ein Verlust unserer demokratischen Kräfte, den wir in dieser Stunde nicht ertragen können. Ich weiß, daß ich nicht zuviel ausspreche, daß das politische Leben und das demokratische Leben in Deutschland wenn nicht unmöglich gemacht, so doch unnötig unerhört erschwert wird, wenn nicht diesen Menschen, wie allen anderen Bürgern ihre schöpferische Arbeit ermöglicht wird, das heißt, daß sie das Recht der politischen Betätigung zum mindesten in ihrer politischen Partei und nicht nur verpflichtet sind, Beiträge zu bezahlen, sondern auch berechtigt, mitzuberaten, was mit diesen Beiträgen geschieht und zu welchem Zweck diese Politik betrieben wird.

Wir wollen dieses Auseinanderklaffen zwischen Verwaltung und Volk nicht mehr. Es wäre auch ein Unsinn, um nur ein Beispiel zu nennen, wenn wir unseren Lehrern sagen müßten, daß sie die jungen Menschen nicht darüber aufklären dürfen, aus welchem Grunde in England jetzt die Demokratie auch auf die Wirtschaft angewandt wird. Es wäre die Logik des Verbots, jetzt nun den Beamten oder Staatsbediensteten jegliche politische Tätigkeit zu verbieten. Die englische Regierung würde verbieten, daß die Lehrer Verständnis erwecken für ihre eigene Politik in ihrem Lande.

Ich will zum Schluß kommen. Wir als politische Menschen brauchen mehr als das bißchen Brot und die 1000 Kalorien. Geben Sie uns das eine zurück; und es wird sich segensreich für uns, für Europa und für alle Völker auswirken, geben Sie uns das eine zurück: Unsere Freiheit!

Vorsitzender *Julius Lossmann*: Wir vertagen jetzt die Verhandlungen des Parteitages auf morgen früh 9 Uhr.

Schluß der Sitzung 18.30 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag

(Freitag, 10. Mai 1946)

Vormittagsitzung

Vorsitzender *Franz Boegler* eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr: Ich habe zunächst noch einige Eingänge bekannt zu geben: Es ist ein Telegramm des Genossen *Eric Nölting* eingelaufen, in dem er mitteilt, daß er durch Krankheit an der Teilnahme verhindert ist. Er wünscht unseren Verhandlungen einen erfolgreichen Verlauf.

Weiter ist ein Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Genossen *Kopf*, eingegangen, der unseren Verhandlungen den besten Verlauf wünscht.

Dann ist eingegangen ein langes Telegramm der *kommunistischen Parteibeirke* der britischen Zone. In diesem Telegramm werden konkrete Vorschläge für eine Zusammenarbeit gemacht mit dem Ziel, daß diese Zusammenarbeit die Vertrauensbasis für die baldige Vereinigung der beiden Parteien auch in der Westzone schaffen soll. Ich glaube mit Ihrem Einverständnis feststellen zu können, daß wir über dieses Telegramm zur Tagesordnung übergehen.

Ferner habe ich bekannt zu geben, daß das Begrüßungstelegramm englischer Unterhausmitglieder an dem Einigungsparteitag in Berlin durch eine offizielle Stellungnahme der *englischen Arbeiterpartei* widerrufen worden ist. Die EntschlieÙung, die die englische Arbeiterpartei gefaÙt hat, lautet: Die Parteiversammlung erklärt sich gegen die Begrüßungsbotschaft, die von gewissen Mitgliedern der Arbeiterpartei zum kürzlichen Berliner Verschmelzungsparteitag abgesandt wurde. Um jedes Mißverständnis auszuschließen, wird festgestellt, daß das Begrüßungstelegramm in keiner Weise die Haltung der Arbeiterpartei widerspiegelt.

Heute vormittag werden wir in der Diskussion über die beiden Referate fortfahren. Außerdem stehen mit zur Diskussion die Vorlage 4, „Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, die Vorlage 7, „Gruß an die internationale Konferenz in London“, die Vorlage 8, „Gruß an die Sozialdemokraten Berlins“.

und der Ostzone", und die Vorlage 10, „Vorschlag für eine Entschliebung zur Rhein- und Ruhr-Frage“.

Genossen und Genossinnen, die Rednerliste enthält bereits mehr als 40 Namen. Wir dürfen darauf aufmerksam machen, daß die einzelnen Redner sich möglichst kurz fassen und daß die bis jetzt feststellbare Rednerinflation aus verschiedenen Städten nicht fortgesetzt wird, sondern daß in den Städten, aus denen sich drei, vier oder mehr Redner gemeldet haben, man sich darauf einigt, daß ein Genosse oder eine Genossin für die Stadt oder den Bezirk die Stellungnahme der Organisation hier vorträgt.

Als erster Diskussionsredner hat das Wort: *Otto Schmidt*, Koblenz.

Otto Schmidt, Koblenz: Da Parteitagskonferenzen neben der Erledigung organisatorischer Fragen in erster Linie den Zweck haben, die grundlegende Stellungnahme zu den Gegenwarts- und Zukunftsfragen vorzutragen, dürfen wir uns als Delegierte dieses ersten Parteitages nach dem Zusammenbruch wohl beglückwünschen zu den beiden Referaten, die wir gehört haben. Die Sozialdemokratie hat damit unter Beweis gestellt, daß sie aus der demokratischen Kinderstube entlassen werden kann und daß sie auf der politischen Bühne nicht nur als Statist, sondern als Partner mitwirken will und mitwirken kann.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang als Vertreter der westlichsten Zone zu einer Frage Stellung nehmen, die uns heute alle bewegt. Wir Sozialisten aus dem Rheinland haben den tiefen Wunsch, daß endlich ein Weg der Verständigung in der Frage gefunden wird, die heute weitestgehend erörtert wird. Wir wünschen, daß unsere Rhein-Fragen unter europäischen Gesichtspunkten gelöst werden. Wenn sie europäisch gelöst werden, dann müssen sie auch so sein, daß sie die Zustimmung unserer deutschen und der rheinischen Sozialisten finden können. Es werden heute über Rhein und Mosel neue Brücken geschlagen. Wir wünschen, daß dieser Brückenschlag auch zwischen den Völkern des Westens endlich so erfolgt, daß eine dauerhafte Verständigung und ein dauernder Friede gesichert sind. Die Sicherung dieses Friedens setzt aber voraus, daß man auch die Lebensrechte und die Lebens-elemente unseres Volkes anerkennt.

Genossen und Genossinnen. Wir haben uns im Westen über die Erklärung unserer französischen Freunde zur Rhein- und Ruhr-Frage gefreut, und wir hätten nur den Wunsch, daß diese Erklärung der französischen sozialistischen Partei auch in ihrem vollen Umfange eines Tages Grundlage der französischen Politik würde.

Wir haben es darüber hinaus dankbar begrüßt, daß uns unsere französischen Freunde und Sozialisten die erste Unterstützung zuteil werden ließen, und wir haben diese Unterstützung, auch wenn sie vorerst nur ideell zu werten ist, wahrhaftig notwendig.

Wir leben in einem Gebiete, in dem der autoritäre Gedanke noch nicht gestorben ist. Die autoritäre Politik des Nationalsozialismus hat in der Verwaltung und in sonstigen allen möglichen Dingen des öffentlichen Lebens in der CDU. teilweise einen Nachfolger gefunden, die nicht das ist, was sie vorgibt zu sein, nämlich eine demokratische Partei. Wenn diese Leute Demokraten werden wollen, dann müssen sie noch sehr viel lernen. Ihr Machtanspruch ist äußerst stark und wir haben manchmal das Gefühl, daß diese Partei bewußt ihre gesamte Abwehrfront gegen die Sozialdemokratische Partei aufbaut. Es ist heute in unserem Gebiet vielfach noch genau so schwer, Sozialdemokrat zu sein, wie kurz nach 1933. Die CDU. führt dabei zwei Elemente in ihrer Taktik an. Das eine ist die Betonung der religiösen Fragen. Genossen und Genossinnen, wir haben als Sozialdemokraten bereits klar und eindeutig darauf hingewiesen, daß es ein nicht berechtigter Anspruch einer politischen Partei ist, sich als christlich zu bezeichnen. (Sehr richtig.)

Wir als Sozialisten nehmen für uns in Anspruch, in der Tat der Bergpredigt viel näher zu stehen, als mancher sogenannte christliche Demokrat. (Sehr richtig.) Und wir sind darüber hinaus auch nicht gewillt, die CDU. aus der Schuld loszulassen, die ihre Vorläufer auf sich genommen haben. Die CDU. versucht heute, beide Kirchen in den Vordergrund ihrer politischen Arbeit zu schieben, weil sie selbst in ihrer Vergangenheit trotz ihres neuen Namens ja nicht zum Club der Unschuldigen gehört. Aber die Kirche ist ja auch nicht frei von nationalsozialistischer Schuld geblieben, nur daß die CDU.-Männer von früher, die sich heute hinter ihr verbergen, an der Schuldfrage noch einen viel größeren Anteil haben. Wir wollen und werden es nicht vergessen, daß die Zentrumsparlei als Kader der CDU. seinerzeit im Reichstag Adolf Hitler das Ermächtigungsgesetz erst ermöglicht hat. (Sehr richtig.)

Die Auseinandersetzungen zwischen der CDU. und uns werden aller Voraussicht nach im Rheinland in den nächsten Monaten schärfere Formen annehmen. Wir Sozialdemokraten sind gewillt, unseren eigenen selbständigen politischen Anspruch gegen den Machtwillen der CDU. zu verteidigen und geltend zu machen.

Eine kurze Erklärung für unsere Stellungnahme gegenüber den kommunistischen Bemühungen. Der Bezirk Koblenz-Trier hat es einstimmig abgelehnt, diese Frage überhaupt zu diskutieren. Die Kommunisten haben sich in der Adresse geirrt. Wir haben bei uns

gefunden, daß die KPD. und die CDU. viel besser in ihrem politischen Spiel gegen die Sozialdemokratie zusammenpassen, als die Kommunisten zu uns passen würden. Die kommunistische Politik ist heute genau so unfrei wie sie es früher war. Ein zu uns übergetretener KPD.-Mann sagte mir: Mein lieber Genosse Schmidt, ich komme zu Euch, ich bin nie ein Anhänger der bürgerlichen Parteien gewesen und ich möchte auch heute nicht in einer bürgerlichen Partei sein. Der Nationalismus der Kommunisten ist bürgerlich, wenn er auch im russischen Teekessel gekocht wird. Bürgerlich ist der alte Kampf gegen die Sozialdemokratie, den die Kommunisten führen, und bürgerlich sind ihre Methoden, mit denen sie uns bekämpfen. Wir sind entschlossen und gewillt, frei und unabhängig unser altes Banner, die Idee des Sozialismus, weiter vorwärts zu tragen. (Beifall.)

Willi Eichler, Köln: Wir waren sicher alle sehr froh, von unseren beiden Hauptrednern so weitgehende programmatische Kundgebungen zu vernehmen. Kundgebungen, wie sie heute vielleicht nicht anders möglich waren. Ich glaube trotzdem, daß wir angesichts der bevorstehenden Wahlkämpfe und der Auseinandersetzungen sowohl mit den Kommunisten als auch mit der CDU. heute bereits ein konkreteres Programm brauchen, und zwar ein Programm in politischer und sozialer Hinsicht, ein konkreteres Programm, als es der Genosse Schumacher uns gestern bieten konnte. Wir haben aus der Rede Schumachers mehr ein Bekenntnis zu Sozialismus und zur Demokratie als ein Programm gehört. Ganz gewiß ist dieses Bekenntnis die Grundlage dessen, was ein Programm der Sozialdemokratie enthalten sollte. Trotzdem glaube ich — und die Diskussion, falls sie ausgedehnter sein könnte, würde das bestätigen —, daß es nötig wäre, auch eine innere Klärung von Begriffen und Problemen herbeizuführen, die uns vor Jahrzehnten selbstverständlich und gelöst erschienen.

Ich erinnere hier nur an einen einzigen Begriff, an den der Ver-gesellschaftung der Produktionsmittel. Seit Dutzenden von Jahren glaubten wir zu wissen, daß das gesellschaftliche Unrecht in seiner wirtschaftlichen und sozialen Ausbeutung dadurch beseitigt wird, daß man die Produktionsmittel vergesellschaftet. Das große Experiment in Rußland seit 1917 zeigt uns, wie sehr wir alle irregeleitet waren, und wie sehr wir dogmatisch befangen waren in der voreiligen Verallgemeinerung eines bestimmten Einzelproblems. Wir erleben heute, obwohl es in Rußland ganz gewiß keine kapitalistische Ausbeutung gibt, daß dort nur eine andere Gruppe von Nutznießern einer Partei und eines Wirtschaftssystems sich etabliert

hat. Und man kann darüber streiten, welches System von beiden das weniger vorzugswürdige ist.

Es kann uns ähnlich gehen, wenn wir beim Begriff des Eigentums nicht in die Tiefe des Problems gehen, und wenn man sich mit der einfachen Erklärung Proudhons begnügen würde, daß Eigentum „Diebstahl“ sei. Wir brauchen in unserem Programm eine Feststellung darüber, ob wir die Anerkennung der Existenzberechtigung der kleinen Unternehmer und der Bauern als eine vorläufige, uns durch die politischen Ereignisse aufgezwungene Konzession betrachten, oder ob wir heute grundsätzlich der Meinung sind, daß beispielsweise ein gesunder Bauernstand in der deutschen Wirtschaft wirklich notwendig und berechtigt ist.

Schließlich, so scheint mir, sollten wir auch die Geschichte der letzten dreißig Jahre vom Parteistandpunkt aus einer Revision unterziehen. Meine persönliche Meinung ist, daß die russische Revolution keineswegs identifiziert werden sollte mit der Entwicklung und mit dem Abstieg, der sich sowohl in Rußland als auch vor allem in der Komintern vollzogen hat. Ich glaube, daß eine unbefangene Geschichtsbetrachtung ohne Schäden für die sozialistische Bewegung und ohne Schäden für das sozialistische Urteil feststellen könnte, daß dort in Rußland 1917 ein Volk versucht hat, wahr zu machen, was der deutsche Dichter Herwegh uns geraten hat, als er dem deutschen Volk vergeblich zurief: Versuch es doch nur einen Tag, nur einen frei zu sein!

Es spricht weder gegen die Anstrengungen der russischen Genossen damals, noch gegen die Revolution überhaupt, daß das schließlich alles ganz anders verlaufen ist, als irgendeiner sich denken konnte. Ich will mit dieser Bemerkung nur die Anregung geben, damit sie fruchtbar gemacht werden kann, in der Diskussion über die Kommunisten, wenn auch nicht in der Diskussion mit den Kommunisten. Ich bin der Meinung, daß man gegen die Kommunisten heute gar keine Argumente nötig hat, die braucht man nur bei Leuten, die selbständig denken können und sich überzeugen lassen wollen, was für die Kommunisten nicht in Frage kommt. Was ich meine, ist aber, daß wir mit Sozialisten und anderen Arbeitern darüber sprechen sollten, die keineswegs Kommunisten sind, die aber von uns eine objektive Stellungnahme zu allen Phasen der Geschichte hören wollen, auch zu der Geschichte, die nicht unsere eigene war.

Ein paar Worte zur Frage des unmittelbaren Kampfes. Es sind gestern eine ganze Reihe von Beschwerden gegen die Politik der Militär-Regierungen erhoben worden, und ich möchte eine noch hinzufügen. Ich möchte hier zunächst für unsere Parteitaktik und

Parteipolitik eine Beobachtung mitteilen, die ich in einer ganzen Reihe von Versammlungen und Kundgebungen unserer Partei gemacht habe. Es scheint mir, daß wir mehr den unmittelbaren Sorgen der Bevölkerung unsere Aufmerksamkeit zuwenden sollten, als bisher, obwohl wir dies bisher keineswegs unterlassen haben, weil wir diese Sorgen nicht gesehen hätten, sondern weil wir mit den unmittelbaren Schwierigkeiten infolge der Besetzung und des Aufbaues der Partei beschäftigt sind.

Mir scheint, daß in unsern Kundgebungen z. B. die ungeheure Verschlechterung des Lebensstandards gerade der arbeitenden Klasse in Deutschland nicht genügend berücksichtigt wird. Es gibt Arbeiterkategorien auch von Arbeitern, die in Arbeit stehen, keineswegs nur heimatlose Flüchtlinge, die am Rand des Existenzminimums und darunter leben. Es genügt nicht oder ist sogar falsch, denen gegenüber festzustellen, daß all das nötig sei, um den Kaufkraftüberhang abzustoppen. In den Taschen der Arbeiter und aus ihren Taschen heraus hängt heute nicht mehr sehr viel Kaufkraft, die abzuschöpfen wäre. Dagegen gibt es durchaus Leute und Bevölkerungsschichten, wo noch sehr viel Kaufkraft nicht nur überhängt, sondern die zum Schaden der Gemeinschaft zum Beispiel auf dem schwarzen Markt verbraucht wird. Es ist dringend nötig, die überhängende Kaufkraft dieser Leute völlig abzdrosseln.

Zur Frage der Entnazifizierung, die jetzt auf das Trapez gebracht wird durch die Bildung der Entnazifizierungsausschüsse in der britischen Zone. Auch hier scheint mir, daß es dringend Zeit wird, daß unsere Arbeit eine klare Stellungnahme abgibt, nicht so sehr darüber, was mit den Nürnberger Verbrechern zu geschehen hat, denn das ist ja klar, — sondern mit den anderen, und ob überhaupt etwas geschehen soll mit denen, die sogenannte Mitläufer der Partei gewesen sind. Wir müssen klar und eindeutig programmatisch erklären, was gestern hier angedeutet wurde.

Die Jugend muß, soweit sie nachweisen kann, daß sie nur Mitläufer war, eine Chance haben, in unserer Partei mitzuarbeiten und nach einer gewissen Zeit dort zu Funktionen und Ansehen und Einfluß zu kommen. Wenn das nicht geschieht, besteht die große Gefahr, daß sie entweder zu der CDU, oder zu der KPD läuft, die in ihren Versprechungen wesentlich großzügiger sind. Wir wollen keineswegs diese Volksschicht zum Gegenstand bloßer Propagandaaktionen machen, sondern sie soll bei uns wirklich mitarbeiten und politisch umerzogen werden.

Zur Frage der KPD, brauche ich wohl nicht zu reden. Mir scheint nur, daß wir uns nicht begnügen dürfen, zu glauben, die kommunistische Partei habe ja ein derartig korruptes politisches System

der Propaganda, daß sie damit nicht Einfluß gewinne. Ich möchte daran erinnern, daß auch die NSDAP. eine gewissenlose Partei war, die es mit der Wahrheit keineswegs ernst nahm, — und sie wurde trotzdem eine Massenpartei. Was die KPD. gefährlich macht, sind drei Dinge. 1. Sie hat unbegrenzt viel Geld, 2., erhalten ihre Funktionäre eine sehr konzentrierte Schulung und 3., worauf Genosse Schumacher bereits hingewiesen hat, es herrscht eine außerordentliche Disziplin in ihren Reihen. Diese drei Dinge haben wir in unserer Partei bis heute keineswegs erreicht. Ich will nicht sagen, daß wir dieselbe Methode in unseren Reihen anwenden müßten, aber wir müssen uns überlegen, was wir tun wollen, um eine adäquate Einrichtung in unseren eigenen Reihen durchzuführen und mit derselben Schlagkraft der Wahrheit zu dienen wie die kommunistische Partei der Lüge dient.

Ein Wort über das Christentum. Wir müssen uns auch hierüber klar werden, was es bedeutet, wenn wir sagen, was wohl richtig ist, es könne jemand aus dem Geiste der Bergpredigt heraus Sozialist werden. Wir müssen uns dann aber auch klar sein darüber, daß kein geringerer als Karl Marx die „Religion als Opium für das Volk“ erklärt hat, und kein geringerer als August Bebel gesagt hat: Christentum und Sozialismus stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser. Aber diese beiden Sozialisten haben gewiß kein Evangelium geschrieben. Nur man muß sich darüber verständigen, was wir heute darüber denken. Das ist auch propagandistisch nötig.

Was nötig ist zur Aufklärung der Militär-Regierung in diesem Zusammenhang, ist etwas anderes. Es ist bei der Militär-Regierung der Aberglaube verbreitet, daß die Kirche lediglich eine religiöse Institution sei, die mit Politik nichts zu tun habe. Es kann überhaupt keine falschere Auffassung geben als diese. (Sehr richtig.) Wenn es überhaupt eine politisch straff organisierte, über den Krieg und den Nationalsozialismus über alles hinweggekommene stabile Organisation gibt, die der Reaktion und zum Teil sogar der nationalistischen Reaktion dient, dann ist das jedenfalls in Deutschland die Kirche. Die Kirche hat vor kurzem im Rheinland einen Bischofsbrief herausgegeben, der ganz und gar von vorn bis hinten ein politisches Dokument ist. Es haben die Bischöfe unter anderem diese Sorge:

„Wie ein Alpdruck lastet auf dem deutschen Volke die oft verfehlte Art, wie seine Besieger die Stellen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft von Anhängern des alten Regimes zu säubern suchen.“

Dann geht es weiter mit Klagen über die armen Wirtschaftler und Beamten, die oft schon seit Monaten ohne Urteil im Gefängnis saßen, — ohne daß die Bischöfe ein Wort sagen, daß früher jemand ein Dutzend Jahre im Gefängnis saß, dem man nichts vorwerfen konnte, als daß er Sozialdemokrat oder Kommunist war, ohne daß die armen Wirtschaftler oder Beamte sich dagegen empörten, die heute meist froh sein können, daß sie nicht längst erschossen sind —, denn das Urteil für viele ist längst durch die Geschichte gesprochen, und nur noch nicht vollstreckt.

Zum Schluß ein Wort über die Internationale. Es ist ganz gewiß richtig, sich über die internationale brüderliche Hilfe unserer Genossen zu freuen, aber es ist keineswegs erlaubt zu glauben, damit sei die Internationale wieder hergestellt. Lassen Sie uns hier offen reden, ohne jedes Ressentiment, ohne irgend jemand anzuklagen: in einigen Tagen tritt eine internationale sozialistische Konferenz zusammen; Deutsche sind dazu noch nicht eingeladen. Daran können Sie deutlich sehen, wie groß heute noch die Hemmnisse für einen wirklich internationalen Aufbau sind.

Ich will mich darüber nicht beschweren, sondern möchte jetzt auf die Behandlung der Rhein-Ruhrfrage kommen, die von einem bestimmten Gesichtspunkt aus außerordentlich wichtig ist. Wenn wir dafür eintreten, den Rhein und die Ruhr nicht abzutreten, nicht politisch annektieren zu lassen, dann dürfen wir nicht die Sicherheitswünsche unserer Nachbarvölker und unserer Genossen zu bagatellisieren suchen. Diese Sicherheitswünsche sind sehr real. Frankreich hat nach dem vorigen Kriege auf seine verschiedenen Sicherheitswünsche eine Reihe von Versprechungen bekommen, die aber nie gehalten worden sind.

Wenn wir gegen die Abtretung der Ruhr sind, sollten wir etwa so argumentieren: Die Abtrennung der Ruhr ist nicht deshalb gegen unseren Wunsch und Willen, weil die Ruhr deutsch ist. Wenn die Ruhr internationaler Gefahrenherd ist, sollte sie abgetreten werden. Tatsache ist, und darauf sollten wir hinweisen, daß sie das nicht ist. Deutschland hat nie heimlich aufgerüstet, sondern offen unter der Kontrolle aller Nationen, auch der heutigen Siegernationen, und wir haben uns lange den Mund fußlig geredet und die Finger krumm geschrieben im Inland und Ausland, um die Völker auf die Kriegsgefahr hinzuweisen, die von Hitler drohte. Wenn wir heute dafür eintreten, das zu liquidieren, die Ruhr wirtschaftlich zu internationalisieren und jeden Anschein zu nehmen, als wenn die Wirtschaft des Ruhrgebietes jemals wieder Angriffszwecken dienen könnte, dann müssen wir auch sagen: zur Siche-

rung des Friedens und der Verhinderung der Kriegsausrüstung ist keine politische Abtretung der Ruhr notwendig.

Aber gerade hier komme ich zurück auf die Internationale. Die Internationalisierung der Ruhr ist eine Lösung nur, wenn sie eine sozialistische Internationalisierung ist. Und man stelle sich vor, was es bedeuten würde, wenn ein Komitee internationaler Sozialisten einen solchen Plan vorlegen würde.

Wenn wir heute davon reden, daß wir die Menschenrechte und die Rechte der Völker in unserem Programm verwirklichen, dann müssen wir andererseits wissen, daß unser schönstes Lied aufhört: Das Menschenrecht wird durch die Internationale erkämpft. (Lebhafter Beifall)

Klaus Peter Schulz, Berlin. Bei der gestrigen Eröffnung des Parteitags haben wir wohl alle Minuten tiefer Bewegung durchlebt, als das Lied von Tord Foleson erklang. Dieses Lied mußten wir Deutschen jahrelang tief in unserem Herzen bewahren und auch das Motto dieses Liedes: „Das Banner kann stehen, wenn der Mann auch fällt.“

Wir haben alle das Gefühl, daß mit diesem ersten Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach 15 Jahren das Banner wieder entrollt ist. Die Ergriffenheit dieser Minuten muß sich aber verwandeln in politisches Tatbewußtsein. Und wir sind dem Genossen Schumacher dankbar, daß er in einer großen und geschichtlich bedeutsamen Rede diesen Gesichtspunkt klar herausgestellt hat. Ich glaube, nicht viel zu sagen, wenn ich feststelle, daß Genosse Schumacher gestern als Vertreter der besten Kräfte Deutschlands gesprochen hat. (Sehr richtig.)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auch die Sozialdemokratie in der Vergangenheit viele Fehler begangen hat, und wir wollen nicht verkennen, daß ein großer Teil der Arbeiter aus unseren eigenen Reihen in den vergangenen 13 Jahren den Verlockungen des Nationalsozialismus erlegen ist. Aber ich möchte von dieser Stelle aus bekennen, daß der Kern der Partei und unserer Bewegung sich von diamantener Härte und kristallklar erwiesen hat: die Sozialdemokratie, die das Sozialistengesetz und die verunglückte Revolution von 1918 überwand, konnte auch die zwölf Jahre des Nationalsozialismus überdauern.

Genosse Schumacher hat die großartige Aktualität des Sozialismus in der Gegenwart plastisch herausgestellt. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen dieses geschichtlichen Phänomens sehen heute, allerdings etwas anders aus, als Marx und Engels sie sich seinerzeit vorzustellen vermochten. Das Räderwerk des Kapitalis-

mus in Deutschland hat sich nicht von selbst totgelaufen in einer Überproduktion, in einer Akkumulation, die nicht mehr tragbar war, sondern ist unter Hitler zu einem Amoklauf gegen sich selbst angetreten und hat vieles an eigener Substanz unter den Trümmern begraben, darunter aber auch unendliche Werte.

Das entstandene Vakuum, dem wir uns jetzt in Deutschland gegenüber sehen, müßte mit elementarer Gewalt alle Kräfte der Gestaltung und des schöpferischen Lebens anziehen. Ich möchte sagen: haben wir den Mut, heute einmal aus allem Elend unseres materiellen Lebens und aus allen Nöten der Gegenwart den Blick zu erheben und klar zu erkennen, daß die Voraussetzungen, die wir heute auf dem Gebiete der Wirtschaft vorfinden, hohle Fassade bleiben müssen, wenn es uns nicht gelingt, den neuen Menschen zu schaffen, der etwas mit diesen Voraussetzungen anzufangen in der Lage ist.

Wir dürfen in der Zukunft nicht mehr die reinen Geschäfte einer Parteiorganisation besorgen, — so selbstgenügsam sind wir nicht —, sondern wir fühlen uns als Träger einer neuen Welt. Aber dieses Gefühl muß uns zur Verdoppelung und zur Verdreifachung der Kräfte führen. Wir kommen an der Verpflichtung nicht vorbei, den Neubau von Grund auf anzufangen, ja schon mit dem Wort, der Rede und der Schrift.

Das Wort hat in den letzten 13 Jahren eine ungeheuerliche Entwertung erlebt. Es sollte ein Mittler der Verständigung zwischen den Menschen sein, aber man hat es mißbraucht zur Lügenpropaganda, zur Verdrehung der Tatsachen. Wollen wir uns geloben, dem Worte überall dort, wo wir in die Öffentlichkeit treten, seine Würde und seine Wahrhaftigkeit wiederzugeben, nicht mehr und nicht weniger zu sagen, als wir verantworten können und in unserem Herzen fühlen. Dann aber müssen wir aber auch vom Wort zur Tat schreiten. Wir wissen es alle, daß die Tat auf materiellem und praktischem Gebiete uns heute vor sehr enge Grenzen stellt. Das geistige Feld ist aber unermeßlich groß.

In diesem Zusammenhange lassen Sie mich einige Worte zu den Ausführungen Dr. Schumachers sagen über das ideologische Fundament unserer Partei und unserer Bewegung. Wir alle freuen uns, wieviel Ewigjünges in den Lehren der großen Altmeister des Sozialismus noch heute steckt, wieviel Unerfülltes ihrer Gedanken wir heute noch einzulösen haben. Aber als moderne kritische Menschen müssen wir uns vorbehalten, auch unsere Weltanschauung illusionslos und nüchtern zu überprüfen. Die marxistische Dialektik ist zweifellos nach wie vor die beste Methode zur Durchleuchtung des kapitalistischen Produktionsprozesses, und auch die materialisti-

sche Geschichtsauffassung hat auf allen Gebieten, wo man sie zum Beweis heranziehen kann, eine grandiose Bestätigung gefunden. Gerade die Kreise, die am wenigsten von der materialistischen Geschichtsauffassung wissen wollten, sind ihren Gesetzen am stärksten unterworfen gewesen.

Wir erinnern uns an den Selbstauflösungsprozeß des Bürgertums, politisch vor 1933, geistig nach 1933, wir erinnern uns, daß das gesellschaftliche Sein des Bürgertums, das Kleben an Posten wie an persönlicher Sicherheit es veranlaßt hat, seine Ideale zu verleugnen und aufzugeben, im Strome der Zeit hin- und herzuschwanken wie ein Blatt im Winde. Darum erkennen wir die materialistische Auffassung überall dort an, wo wir es mit den Massen zu tun haben, mit den unkontrollierbaren Instinkten, die die Verhältnisse weder erkennen noch über sie hinauswachsen können. Aber wir sehen heute ein, daß das geistige, das kulturelle und moralische Leben nicht nur einen Überbau der ökonomischen und wirtschaftlichen Verhältnisse darstellt, sondern Eigengesetzlichkeit zu entwickeln vermag, und das überall dort, wo die freie menschliche Persönlichkeit vor der Entscheidung des Entweder-Oder steht.

Ich glaube nicht, daß Genosse Schumacher die materialistische Geschichtsauffassung in allen Punkten aufrechterhalten will. Wenn er es täte, dann hätte er sich selbst widerlegt, durch sein eigenes Beispiel als Zeuge für die Hunderttausende, die in den letzten zwölf Jahren unsäglich gelitten und es doch nicht fertig gebracht haben, ihre Überzeugung und ihre Treue zum Sozialismus zu verleugnen. Wir jüngeren Sozialisten gewinnen daraus die Überzeugung, daß die Kraft der Ideen einen Faktor darstellt, der ebenfalls Geschichte machen kann, und zwar die besten, die reinsten und edelsten Kapitel der Geschichte, die zwar den unerfreulichen quantitativ unterlegen sind, aber durch ihr moralisches Schwergewicht überwiegen.

Ich spreche als Vertreter der Generation zwischen 30 und 40 Jahren. Wir haben als junge Menschen im Alter von 18, 20 und 22 Jahren den Nationalsozialismus erlebt. Uns blieb damals nichts anderes übrig, als die Zeichen der Zeit aufmerksam zu studieren. Auch wir waren allein auf die Kraft der Idee angewiesen, aber sie hat uns befähigt, uns für die Aufgabe vorzubereiten, einmal die Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Wir empfinden Ehrfurcht vor dem Riesenwerk von Marx und Engels. Aber vielleicht ist unsere Ehrfurcht vor den Hunderttausenden und Millionen, die in den letzten zwölf Jahren durch ihre Qualen und Leiden und durch ihre Standhaftigkeit selbst Geschichte gestaltet haben, noch größer. Darum sind wir jüngeren Sozialisten

durchglüht von der Besessenheit und dem leidenschaftlichen Willen, den Nationalsozialismus nicht nur zum Tode zu verurteilen, sondern auch ein „Nie wieder“ hinter diese Zeit zu setzen. (Sehr richtig.)

Wir sind nicht bange darum, daß wir aus unserem Geiste und unserer Überzeugung heraus auch die jüngeren Jahrgänge gewinnen können. Aber wenn wir Erfolg haben sollen, dann lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort an die Besatzungsmächte richten. Ihr habt uns von der Bestie des Nationalsozialismus befreit und wir werden Euch ewig danken dafür. Wir verstehen es auch, daß Ihr vor einem Jahr mit Mißtrauen in unser Land gekommen seid, aber ich hoffe, daß dieser Parteitag dazu beitragen möge, daß Ihr bei diesem Mißtrauen nicht stehen bleibt. Bindet uns nicht die Hände, gebt uns die Möglichkeit, in Freiheit und Gerechtigkeit aufzubauen. Gerade als Vertreter der Berliner Sozialdemokratie, bei der gerade die jüngeren Elemente in die Bresche gesprungen sind, als es galt, einen neuen verruchten Anschlag auf die Demokratie abzuwehren, möchte ich sagen: helft uns, eine wahre Demokratie in Deutschland zu schaffen und unterstützt die politische Bewegung, die als einzige den Beweis erbracht hat, wie teuer ihr die Demokratie ist, weil sie nicht nur unmenschlich darum gelitten hat, sondern sich oft genug selbst verleugnen mußte: Die deutsche Sozialdemokratie. (Bravo!)

Gustav Dahrendorf, Hamburg: Ich habe es für den Genossen Werner Jakobi, Iserlohn, übernommen, einige Worte der Begründung zu einer Entschließung zu sagen, die von ihm mit den erforderlichen Unterschriften aus vier Bezirken eingereicht worden ist.

Es ist eine Entschließung zur Flüchtlingsfrage. Die Genossen Schumacher und Agartz haben von der Notwendigkeit einer sozialistischen Planungswirtschaft gesprochen. Es kommen dafür viele und wesentliche Gründe zum Ausdruck, die von beiden genannt worden sind. Ich will einen höchst aktuellen Grund herausgreifen, der die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft noch zwingender macht, als sie es ohnehin ist. Das ist der Zustrom von Millionen von Flüchtlingen aus den abgetrennten Gebieten. Der Genosse Schumacher hat das gute Wort gesprochen, daß wir die Sache der Flüchtlinge zu unserer eigenen machen. Das ist gut und das ist richtig. Die Entschließung, die der Genosse Werner Jakobi vorgelegt hat, und von der ich annehme, daß sie auch den Delegierten heute bekannt gegeben wird, spricht aber noch mehr aus. Sie sagt in ihrem Schlußsatz darüber hinaus, der Parteitag lenke das Augenmerk der Welt auf die Notwendigkeit, die Fragen der

Grenzziehung im Osten im Geiste einer Politik des versöhnenden Ausgleichs zu lösen. (Sehr richtig.)

Ich bin mir darüber klar, daß diese Frage unserer Mitwirkung entzogen ist. Trotzdem interessiert sie uns allgemein und in einem ganz besonderen Sinne. Genossen und Genossinnen, es gibt Anzeichen dafür, daß diese Grenzen, in einem größeren Zusammenhang gesehen, eine bestimmte politische Funktion haben. Das Gerücht über die Verlegung der Grenzung von der Görlitzer Neiße an die Oder, von der bereits gestern der Genosse Schumacher sprach, deutet darauf hin. Dieses Gerücht mag im Augenblick grundlos sein. Ich bin überzeugt, es ist das nicht auf die Dauer. Ich will eine Frage stellen: Spielt die vorläufige Grenzziehung im Osten nicht eventuell eine wesentliche Rolle als Teilstück einer politischen Konzeption, die darauf abzielt, ganz Deutschland mit den Mitteln politischer und pseudo-nationaler Propaganda, dem Einflußbereich zu unterwerfen, dem die Ostzone bereits unterworfen ist? (Sehr wohl.)

Wir wollen es abwarten. Aber wir müssen diesen Zusammenhang sehen. Es ist im Grunde genommen derselbe Zusammenhang in dem wir auch die Zwangsvereinigung in der Ostzone sehen müssen. Denn diese Zwangsvereinigung ist kein Vorgang, dem nur als Einzelercheinung Bedeutung zukommt. Heute ist gar kein Zweifel mehr darüber möglich, daß diese Zwangsvereinigung von langer Hand vorbereitet worden ist. (Sehr gut.) Wahrscheinlich stand sie auf dem Plan vor dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands, vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt. Der Zeitpunkt ist beschleunigt worden aus vielen Gründen, auch aus dem besonderen Grunde, weil die tatsächliche Stimmungslage des deutschen Volkes schneller und klarer erkennbar war, als es zunächst vielleicht für wahrscheinlich gehalten wurde.

Wir haben oft, solange ich noch in Ostdeutschland gelebt habe, über diese Fragen in kleinem Kreise gesprochen. Wir waren uns darüber im klaren: Wenn Sozialdemokraten, die es nicht nötig haben, sich unterwerfen, machen sie sich mitschuldig an der regionalen Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, aber nicht nur daran, auch an der Gefährdung der Einheit Deutschlands. (Sehr gut.) Darüber darf es auch unter uns keinen Zweifel geben. Ich will einmal öffentlich feststellen, daß es Otto Grotewohl war, der diese Erkenntnis, die ich eben formulierte, selbst ausgesprochen hat. Es wäre reizvoll, die Gründe zu untersuchen, die tatsächlich für jene Sozialdemokraten maßgebend sind, die es nicht nötig hatten, sich zu unterwerfen. Aber meine Redezeit reicht dazu nicht aus. Über eines aber müssen wir uns klar sein, jene Gründe, die

vom Osten herübertönen, sind nicht die echten Gründe, weil die Drahtzieher der ganzen Unternehmung die Gefahren auch für die Einheit Deutschlands sahen, und weil sie diese Gefahren wollten. Gerade darum, wird heute vom Osten her die Einheit Deutschlands als so besonders dringlich betont. Wir sehen darin, daß selbst die nationale Einheit für expansive politische Zwecke mißbraucht wird. Sehen wir diese Gefahr!

Sie sind offenbar geworden auch in dem Kampf um die Stahlquote. Sie sind offenbar geworden in dem Kampf um den Lebensstandard. Die Entscheidung in diesen wesentlichen Fragen liegt nicht bei uns. Aber eine für Deutschland günstige Entscheidung wird auch davon abhängen, wie weit wir insbesondere die Arbeiterschaft für den demokratischen Gedanken mobilisieren können. Seien wir uns darüber klar, durch eine kleine Tür des eisernen Vorhanges des Ostens werden bewußt immer massivere Propagandameldungen kommen, über die Erfolge der Einheit, über den wirtschaftlichen Aufstieg und die versorgungswesentliche Verbesserung. Niemand hat hier, oder wenige haben die Möglichkeit sie auf ihre Richtigkeit zu kontrollieren. Sie sind dazu angetan, besonders die Arbeiterschaft mit ihren Hoffnungen nach dem Osten zu lenken. Wir müssen demgegenüber immer wieder und offen aussprechen:

Deutschland hat nur eine nationale Zukunft, wenn es gelingt, zum diskussionslosen Grundsatz eines künftigen Deutschlands den Grundsatz zu machen, mit allen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben. (Sehr richtig.) Noch eins: Allen propagandistischen Verlockungen gegenüber möge besonders die deutsche Arbeiterklasse eine Lehre aus dem Dritten Reich nie vergessen. In einem totalitären Regime, selbst wenn es aus weltanschaulichen Antrieben entstanden ist, gehen diese weltanschaulichen Antriebe mit Naturgesetzlichkeit verloren. (Sehr richtig.)

Es bleibt nichts übrig, als die Macht um ihrer selbst wegen, die in den Händen einer kleinen Oberschicht vereinigt ist und der gegenüber die breiten Massen des Volkes, insbesondere die Arbeiterklasse nichts anderes sind und ist, als das, was wir in den letzten zwölf Jahren waren, nämlich Heloten und Untertanen.

Wir wollen darum neben den vielen und guten Gründen, die es für die Demokratie gibt, noch einen Grund nicht vergessen, den unlängst einmal ein amerikanischer Theologe ausgesprochen hat:

Die Fähigkeit des Menschen, gerecht zu sein, macht Demokratie möglich; die Neigung des Menschen, ungerecht zu sein, macht Demokratie notwendig. (Bravo.)

Friedrich Caspary-Frankfurt: Die künftige Gestaltung Deutschlands wird neben der politischen Haltung der Arbeiterschaft in Zukunft wesentlich mit davon beeinflusst werden, wie sich die Haltung der proletarisierten bürgerlichen Schichten in Zukunft gestalten wird.

Es ist menschlich verständlich, daß diese Menschen, die nun in den letzten Jahrzehnten teils aus ökonomischen Gründen, teils infolge der Nachwehen der nationalsozialistischen Zeit verproletarisiert sind, zunächst einmal den erheblichen Wunsch haben, in einem neuen Deutschland wieder die Stellung einnehmen zu können, die sie seither eingenommen haben. Man wird also grundsätzlich damit rechnen müssen, daß diese Schichten dem Bestreben unserer Partei, ein neues sozialistisches und demokratisches Deutschland aufzurichten, Widerstand entgegenzusetzen müssen.

Die CDU macht sich diese rein menschliche Entwicklungsmöglichkeit zunutze, indem sie zunächst einmal die Frage aufwirft, ob ein Sozialismus unserer Prägung für diese Menschen überhaupt in Frage kommt und dann weiterhin einen Unterschied zu konstruieren versucht zwischen einem marxistischen Sozialismus und einem christlichen Sozialismus. Deshalb ist es notwendig, daß wir uns bei den Kundgebungen dieses Parteitages auch einmal mit der Frage befassen, wo die Grenze liegt für die von uns geplante Vergesellschaftung, und daß wir klar und eindeutig beantworten, ob die Schichten des Handwerks und die bäuerlichen Schichten zu sozialisieren sind oder nicht. Die Genossen Schumacher und Agartz haben gestern herausgestellt, daß das Handwerk und das Bauerntum nichtkapitalistische Elemente in sich tragen, die wir nicht zu bekämpfen brauchen. Und ich glaube, wir können dieser Feststellung und dieser Meinung voll beipflichten. Denn wenn wir den Kapitalismus bekämpfen, dann bekämpfen wir eben diese unfassbare Gewalt.

Wir bekämpfen aber keinesfalls den Menschen, der in dem Wirtschaftsprozeß, in der Praxis nichts anderes einzuwerfen hat, als der Arbeiter, nämlich die Arbeit seines Kopfes und seiner Hände. Soweit ein Unternehmertum mithin darauf beruht, daß es in erster Linie diese Arbeit seiner Hände und seines Kopfes zum Gegenstand seiner wirtschaftlichen Betätigungen macht, haben wir zweifellos keine Veranlassung, die Umgestaltung dieses Unternehmertums durchzuführen.

Die Entwicklung der russischen Wirtschaft hat ja auch wohl bewiesen, daß das Fehlen dieses Unternehmertums einer der wesentlichsten Mängel des russischen Staatskapitalismus ist. Infolgedessen können wir meines Erachtens klar und eindeutig heraus-

stellen, daß das Handwerk und das Bauerntum fortbestehen sollen als freie Unternehmer, freilich unter genossenschaftlichen Zusammenschlüssen für bestimmte Gemeinschaftsarbeiten, und daß wir nicht daran denken, sie etwa auch zu sozialisieren.

Von diesem Gesichtspunkt aus glaube ich, ist es notwendig, die Kundgebung, wie sie in der Vorlage Nr. 4 gefaßt worden ist, noch einmal etwas klarer zu präzisieren. Die Präzisierung, daß der Klein- und Mittelbesitz zu schonen ist, genügt durchaus nicht (Sehr richtig), sondern wir müssen uns klar darüber sein, daß das Eigentum an diesen Besitz geschützt werden kann, und wenn wir wollen, auch geschützt werden muß. (Bravo, sehr richtig!)

Genossen und Genossinnen, wenn wir das klar und unmißverständlich herausstellen, haben wir jener dunklen Agitation den Boden entzogen, die da behauptet, daß wir Sozialdemokraten darauf aus seien, jeden Schlosser- und Spenglermeister zu sozialisieren. Diesen Unsinn aus der politischen Agitation müssen wir durch eine solche Entscheidung unter allen Umständen herausnehmen.

Und dann gestatten Sie mir, mich noch etwas kurz zu beschäftigen mit der Frage, ob es einen christlichen und einen unchristlichen Sozialismus gibt. Wir wissen welchen bedeutenden Einfluß das Christentum auf die Gestaltung der deutschen Kultur gehabt hat. Wir sind auch noch bibelfest genug, um zu wissen, daß das Grundgebot des Christentums für das Zusammenleben den Menschen das Gebot der Nächstenliebe ist. Und dieses Gebot der Nächstenliebe, bis zur letzten Konsequenz durchdacht, das Gebot, daß man seinen Mitmenschen wie sich selbst achten und lieben soll, das eben ist die Grundlage dessen, was wir Sozialismus nennen.

Und deshalb glaube ich, ist es berechtigt, hier festzustellen, daß es keinen christlichen und keinen unchristlichen Sozialismus gibt. Es gibt nur einen einzigen Sozialismus. Und wer etwa glaubt, herausstellen zu müssen, daß in dieser Frage Unterschiede bestehen, der tut nichts anderes, als mit christlichen Vorwänden der Verwirklichung des Sozialismus entgegenzutreten. Demgegenüber glaube ich, sind wir berechtigt, herauszustellen, daß der Christ, der den Sozialismus ablehnt, in Wahrheit kein Christ ist. (Sehr richtig.)

Genossinnen und Genossen! Diese beiden Punkte scheinen mir wesentlich zu sein, wenn wir dahin gelangen wollen, was uns vorschwebt, wenn wir den Sozialismus in Deutschland durchführen wollen, und daß unsere Partei die Partei aller schaffenden Deutschen sein soll, die den Sozialismus auf demokratischer Basis

erreichen und als unmittelbare Gegenwartsaufgabe verwirklichen wollen. (Händeklatschen.)

Willi Fliege-Dortmund: Meine Freunde aus den Westzonen haben mich beauftragt, im Namen der Erziehung und Jugendbewegungen mit der Zielsetzung sozialistischer Erziehung zu Ihnen zu sprechen und dem Parteitag die Grüße von Zehntausenden bereits organisierter Jungen und Mädels zu überbringen. (Händeklatschen.)

Diese Jungen und Mädels haben sich bereits in jungen Jahren für die Idee des Sozialismus entschieden. Mit Schmerz erfüllt es uns, daß sich in der östlichen Zone die Erziehungsmethoden auf einer rein totalitären Grundlage bewegen. Und wenn jetzt die Liquidierung der größten Partei durch einen Verschmelzungsprozeß vollzogen wurde, so stellen wir fest, daß es in der Ost-Besatzungszone bisher nur eine Einheitsjugend gegeben hat, und daß man damit der Jugend sowohl als auch den Eltern die freie Entscheidung genommen hat und, anlehnend an die Methoden der HJ., eine Vergewaltigung der deutschen Jugend vorgenommen worden ist.

Wenn von den Vertretern in den westlichen Besatzungszonen dasselbe Manöver versucht wurde, so erklären wir, daß wir solche Methoden entschieden ablehnen, uns gegen die Infizierung der deutschen Jugend mit autoritärem Gedankengut auflehnen und uns mit aller Kraft dagegen wehren. Wir gebrauchen in Deutschland Jugendbewegungen der verschiedensten weltanschaulichen Richtungen, um der Jugend sowohl als auch den Eltern die freie Entscheidungsmöglichkeit zu lassen. Wir gebrauchen Jugendbewegungen, die willens sind, an der Entwicklung der Persönlichkeit und der Freiheit mitzuarbeiten. Wir betrachten uns als Erziehungsorganisation und sehen unsere Aufgabe nicht darin, uns aktiv in die Entscheidungen oder in die Arbeit der Parteien einzuschalten. Unsere Sympathien gehören aber der einzigen Sozialistischen Partei, die auf demokratischem Wege unser Ideal des Sozialismus verwirklichen will.

Neben anderen gewaltigen Aufgaben wird in der Zukunft der Staat auch für die Jugend Maßnahmen von entscheidender Bedeutung treffen müssen. Ein Jugendschutzgesetz wird es notwendig machen, den Schutz der Jugend gegen Ausbeutung zu sichern. Es wird notwendig sein, im Hinblick auf die riesigen sozialen Aufgaben der Zukunft eine ausreichende Fürsorge der gefährdeten, nicht nur der sittlich und moralisch, sondern auch der politisch gefährdeten Jugend durchzuführen. Hand in Hand

damit geht die staatspolitische Erziehungsarbeit in unseren Jugendbewegungen, die sich auf rein geistiger Grundlage bewegen wird. Es wird uns immer nur möglich sein, einen Teil der Jugend zu erfassen und sie staatspolitisch zu schulen. Wir sehen es als eine Notwendigkeit an, daß es Aufgabe des Staates sein muß, durch eine aktive Erziehung und laufende Erziehungsarbeit in einem staatspolitischen Arbeitsjahr dafür zu sorgen, daß dem jungen Demokraten auch das notwendige Rüstzeug mitgegeben wird, damit sie zu einem aktiven Mitbauer am demokratischen Staate wird.

Im Berufsschulwesen, in der Berufslenkung nach den besonderen Erfordernissen und Verhältnissen der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage wird es notwendig sein, eine besondere Arbeit zu schaffen. Im Hinblick auf das große Flüchtlingselend wird es auch notwendig sein, daß wir den jugendlichen Flüchtlingen, unsere besondere Aufmerksamkeit schenken. Diese Jugend, die heimatlos und entwurzelt zur Zeit heute noch auf den Landstraßen umherirrt, ist einem chauvinistischen Gedanken viel eher zugänglich als eine Jugend, die seßhaft ist, und der wir die Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben können. (Sehr richtig!)

Die Begabtenauslese und die Begabtenförderung muß eine besondere Aufgabe im sozialen Staat sein. Es ist insbesondere die Jugend der Arbeiterschaft, die einen großen Teil der geistigen Intelligenz hervorbringt. Es darf deshalb nicht das Privileg begüterter Kreise sein, ihrer Jugend die akademische Bildung zu vermitteln. Bildung fordern wir für die Jugend aller. Es ist nun so, daß uns die Verhältnisse an den Hochschulen in der jüngsten Zeit sehr zu denken geben, und es ist unsere Verpflichtung, daß wir dafür sorgen, daß der akademische Nachwuchs auch positiv zur Arbeit am demokratischen Staat eingesetzt wird.

Als Jugendbewegung haben wir nur begrenzte Aufgaben. Es ist nicht unsere Sache, Gesetze zu beschließen, aber wir betrachten es als unsere Sache, daß wir Mahner in unserer Sache stets und ständig sein wollen. Unsere Arbeit wird unter den größten Schwierigkeiten durchgeführt. Es ist heute noch so, daß es uns an den notwendigen helfenden und leitenden Kräften an allen Ecken und Enden fehlt. Es ist so, daß wir auch mit vielen anderen Schwierigkeiten, die ich hier im einzelnen nicht erörtern kann, zu kämpfen haben. Aber trotzdem haben wir die Arbeit aufgenommen. Ich darf sagen, daß sich die Auffassungen über die Erziehungsgrundsätze der sozialistischen Jugendbewegung,

unabhängig davon, ob der eine oder andere sich besprochen haben, auf einer einheitlichen Grundlage bewegen.

In München, in Nürnberg, Stuttgart, Hannover, Braunschweig, Köln, Düsseldorf und an allen Enden unserer Besatzungszonen haben sich bereits die Jugendbewegungen verbunden und mit Bedauern sehen wir, daß wir große Schwierigkeiten in der Zulassung haben, und daß zum Teil die Besatzungsmächte sich negativ zu unserer Arbeit einstellen, im Gegensatz zu der Förderung, die die konfessionellen Verbände haben. Wir erklären, daß wir als ein ehrlicher und zwar als der positivste Teil im demokratischen Staat ein Recht auf eine Existenz in diesem Staate haben. Die altersmäßige Zusammensetzung dieses Parteitages ist kennzeichnend für die Arbeit der jungen Parteigenossen und ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie eine Partei ist, in der das junge Element zu einem entscheidenden Faktor geworden ist, das mit den älteren und erfahrenen Genossen Schulter an Schulter am Neuaufbau des Staates arbeitet. Wir sehen deshalb als Jugend voller Hoffnung und Zuversicht auf die Arbeit des Sozialismus, weil sie allein in der Lage ist, der Jugend die Hoffnung auf eine bessere ökonomische und kulturelle Ordnung zu geben. (Starker Beifall.)

Franz Bögler-Speyer: Lassen Sie mich in wenigen Sätzen zur Rheinfrage Stellung nehmen. Dabei muß ich besonders unterstreichen, daß es mir absolut fernliegt, hier ins nationalistische Horn zu blasen. Wir verstehen das Sicherheitsstreben Frankreichs und weil wir es genau kennen und verstehen, müssen wir darauf hinweisen, daß die Bedingungen, die heute am Rhein geschaffen werden sollen, um zur Sicherheit zu kommen, keinesfalls die Gewähr bieten, diese Sicherheit tatsächlich zu schaffen. Uns in der Pfalz erfüllen die Vorgänge in den Landesteilen westlich unserer Grenze mit großer Sorge.

Die Errichtung einer neuen Zollgrenze vor pfälzischen Städten schafft zu allen Schwierigkeiten, die wir bereits haben, noch neue. Sie schafft außerdem eine neue politische Gefahr. Der Verlauf einer neuen Zollgrenze würde dazu führen, daß pfälzische Grenzstädte ihres Hinterlandes beraubt und damit dem wirtschaftlichen Ruin zugeführt werden. Daraus entsteht die politische Gefahr, daß nun eine solche Grenze mit in die Neuordnung einbezogen wird. Wenn wir uns vorstellen, daß das so weitergeht, dann müßte das von einem pfälzischen Kreis auf den anderen übergreifen und am Ende die ganze Pfalz bis zum Rhein erfassen.

Es ist bedauerlich, dabei feststellen zu müssen, daß auch aus

unseren eigenen Reihen Genossen diese Politik mit vertreten, eine Politik, die geradezu verlangt, daß man vergewaltigt sein will. Der Separatismus ist bei uns am Rhein auch jetzt eine akute Gefahr. Wir haben erst in den letzten Tagen erlebt, daß man offiziell an einen unserer führenden Genossen herangetreten ist, um seine Meinung darüber festzustellen, wie er sich zu einem wirtschaftlichen Anschluß der Pfalz an Frankreich stellt. Das ist nur der erste Schritt und wir wissen das sehr genau. Ich möchte hier deutlich zum Ausdruck bringen, daß der Separatismus getragen ist allein von reaktionären Kräften in unserem Land, daß er weder national noch international bedingt ist und daß er allein Ausdruck einer korrupten Geschäftemacherei ist. (Sehr richtig!)

Wir wissen uns eins mit unseren französischen Genossen, ja sicher über den Kreis unserer französischen Genossen hinaus mit allen klarblickenden Franzosen, daß sie selbst mit diesen neugebackenen Franzosen, die es sind oder werden wollen, wenig anzufangen wissen. Die pfälzische Parteiorganisation bekennt sich zu der vom Genossen Schumacher hier gestern vertretenen Linie der Gesamtsolidarität des deutschen Volkes und seiner Auffassung über die staatspolitische Entwicklung Deutschlands. (Bravo!) Wenn in der Pfalz und am Rhein eine Rheinische Volkspartei auftritt und erklärt, nur ein freies selbständiges Rheinland biete die Gewähr für einen dauerhaften Frieden Europas, so müssen wir dazu feststellen, genau das Gegenteil ist richtig. Wir am Rhein bekennen uns zur deutschen Not und wissen, daß wir sie nur gemeinsam überwinden können. (Sehr richtig!) Wir sind in dieser Frage genau so eins mit der Gesamtpartei wie etwa in der Frage der Einheit. Wir werden diesen unseren Standpunkt auch in Zukunft nicht ändern. (Bravo!)

Berty Mayer-Schreiber-Gießen: Es ist mir eine hohe Ehre, auf diesem ersten Parteitag als erste Frau das Wort ergreifen zu dürfen. Es ist immerhin eine historische Angelegenheit, auch in der Partei, in der Gleichberechtigung und Demokratie eine Selbstverständlichkeit ist. Die Gleichberechtigung der Frau haben wir schon lange auf unsere Fahnen geschrieben. Und daß es überhaupt möglich geworden ist, daß die Frau ein politischer Faktor wurde, das verdanken wir doch nur der Sozialdemokratischen Partei, der Partei, die in ihrer Arbeiterbewegung die Frauen mit heranzog hat, und die dadurch die Frau in einen ganz anderen Bewußtseinszustand versetzt hat.

Diese Partei hat daher heute auch das Recht, die Frau auf den Plan zu rufen, denn bei den Schäden, die der Nationalsozialismus

hinterlassen hat, ist es einfach unmöglich, daß der Mann allein den Schutt aus der Seele der Menschen hinwegräumen kann. (Sehr richtig!) Wir Frauen, die wir schon vor 1933 im wahrsten Sinne des Wortes unseren Mann gestanden haben, die wir tausende von Versammlungen hinter uns haben, wir kommen heute wieder, um praktische Arbeit zu leisten, weit über unsere Grenzen hinaus, denn wir wissen, daß die Seele des deutschen Volkes zu einem großen Teil in unserer Hand liegt. Dr. Schumacher hat schon ausgeführt, daß $\frac{2}{3}$ der Menschen heute Frauen sind, die die Geschichte in Deutschland nun einmal in die Hand nehmen werden.

Es sind Genossinnen gekommen aus England, aus Frankreich, durch sie werden wir die Verbindung aufnehmen können, die wir so notwendig brauchen. Gerade von draußen, wo der Sozialismus nicht niedergeknüppelt war, können wir neue Anregungen empfangen. Aber auch das, was wir in den zwölf Jahren der tiefsten Niedergeschlagenheit hier erlebt haben, die Erkenntnisse dieser zwölfjährigen grauenhaften Zeit, müssen wir nun auswerten und ausmünzen, um ein neues Geschlecht mit neuen Gedanken in der Welt zum Ausdruck zu bringen. Dann werden wir auch viel dazu beitragen können, die Stellung in der Welt zu bekommen, die wir verlangen können, weil wir eben zwölf Jahre gestanden haben und weil wir die glühende und grenzenlose Hingabe an den Sozialismus über diese zwölf Jahre hinausgerettet haben.

Deshalb dürfen wir sozialdemokratischen Frauen aber noch mehr verlangen. Es kommen jetzt junge Menschen zu uns, und wir sehen, daß sie oft gar nicht die Voraussetzung zur Demokratie mit sich bringen. Wir müssen teilweise neue Wege einschlagen und wir erheben die Forderung der Gleichberechtigung auch in der Frage der Erziehung der Frau. Denn glaubt nicht, daß die Frauen untüchtiger wären als die Männer und daß wir nicht mit Euch raten und taten könnten. Warum aber nicht soviel Frauen da sind, liegt daran, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die kapitalistische Gesellschaft uns ja gar nicht dazugelassen hat. Sie hat uns gar nicht die Bildung vermittelt, daß wir so auftreten können. Es ist doch so gewesen, daß wir uns alles sehr hart erarbeiten mußten, daß meine Generation, die nun zu der älteren zählt, mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, bis wir uns einen Fundus einer gesunden und richtigen Bildung aneignen konnten. Denn man kann nicht reden, wenn man nichts weiß, man kann dann höchstens schwätzen. Das ist es aber, was wir nicht wollen.

Wir wollen herankommen an unsere Frauen, wollen an sie nicht nur mit unserer glühenden Begeisterung an das Gefühl appellieren,

nein, wir wissen, das genügt nicht. Wir brauchen die gesunde Mischung von Wissen und heiligem Gefühl der Begeisterung. Aus diesem Grunde weiß ich, daß wir sozialdemokratischen Frauen nun ein großes Werk in Angriff nehmen. Bis jetzt ist es so in der Sozialdemokratischen Partei gewesen, daß das männliche Element ganz überragend überwiegend war. An Euch, Männern, liegt es nun auch, die Frauenbewegung großzumachen, wenn Ihr auf eigene Bequemlichkeiten verzichtet und Eure Frauen und Eure Töchter mit heranbringt und sie veranlaßt, sich in unserem Kreise zu schulen. Dann wird es richtig werden und wir werden beweisen, daß wir Euer Vertrauen nicht unnötig bekommen haben, daß wir uns Eures Vertrauens würdig erweisen. Dann wird es uns Frauen gelingen, eine andere Atmosphäre zu schaffen, dann werden wir Genossinnen werden, dann werden wir erst Kameradinnen werden und unser ganzes Leben wird auf einer Grundlage aufgebaut sein. Dann werden wir auch in der Ehe wirklich die Kameradin sein, dann werden wir als Sozialistinnen die Mutter sein und die Erzieherin für alle, die das haben wollen, was wir uns erkämpfen, den Sozialismus.

Robert Görlinger-Köln: Am 17. August vorigen Jahres hat in Köln zum ersten Male wieder der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei der Oberrheinprovinz getagt. In dieser ersten Sitzung hatten wir den Genossen Schumacher beauftragt, eine Konferenz der Sozialdemokraten in den Westzonen vorzubereiten. Ich glaube, wir alle haben es mit Befriedigung empfunden, daß wir damals sofort dazu übergegangen sind, uns in diesen westlichen Zonen mit 45 Millionen Einwohnern zu sammeln.

Genosse Schumacher hat aufgefordert zur höchsten Aktivität. Wir sind mit ihm absolut einer Meinung. Gerade wir im Rheinland wissen, daß wir auf Vorposten stehen und sind uns dieser Rolle bewußt. Ich kann Ihnen hier erklären, daß wir in der Sozialdemokratischen Partei im Rheinland jeden irgendwie gearteten Separatismus, jeden irgendwie gearteten Föderalismus ablehnen bis in die letzte Gliederung unserer Partei.

Das Rheinland hat immer in der deutschen Politik auf Grund seiner eigenartigen Struktur eine große Rolle gespielt. Es spielt auch jetzt diese Rolle, vor allem auf Grund des Gewichtes seiner Wirtschaft. Es sei mir deshalb gestattet, das, was wir dort erlebt haben, kurz zu skizzieren. Das Zentrum, das bis 1933 im Rheinland eine ausschlaggebende Rolle gehabt hat, hat 1933, als die Nazis an die Macht kamen, sofort versucht, eine Bindung auch mit den Nationalsozialisten einzugehen. Die führenden Zentrumsleute ha-

ben im Kölner Rathaus im März 1933 eine Erklärung abgegeben, die wohl aus der Geschichte nicht mehr gestrichen werden kann. Sie ist ihnen heute außerordentlich peinlich. Sie haben damals erklärt: Wir begrüßen die Vernichtung des Kommunismus und die Bekämpfung des Marxismus, die in dem heutigen Umfang in der Nachkriegszeit bisher nicht möglich war, da der sozialistische Einbruch in das deutsche Volk ab 1918 der katholischen Minderheit nur zur Abwehr schlimmerer Dinge, nicht aber zur Gestaltung des Staates ausschließlich nach unserer Auffassung Raum ließ. Sie haben weiter erklärt, daß sie zu jeder Mitarbeit ausdrücklich sich bereiterklären.

Das ist geschehen, trotzdem der Nationalsozialismus damals bereits Hunderte und aber Hunderte unserer Funktionäre verhaftet und totgeschlagen und in die Gefängnisse gesteckt hat. Trotzdem haben sie nicht die Auffassung gehabt, dagegen zu protestieren, sondern sie haben den Nationalsozialismus begrüßt. Genau so haben wir erlebt, daß in Trier beim Empfang des Bischofs die SA Spalier gebildet hat und er dort ein Telegramm an Hitler mit einem Treuebekenntnis geschickt hat. Es ist damals von Zentrumsseite versucht worden, die Einigung und die Mitarbeit mit dem Nationalsozialismus unter allen Umständen zu sichern. In dieselbe Linie gehört auch der Abschluß des Konkordats mit dem Nationalsozialismus. Man soll nicht vergessen, daß auch hiermit Hitler hoffählig gemacht wurde, und daß durch diese Haltung Millionen von Katholiken beigebracht werden sollte, daß der Nationalsozialismus etwas durchaus Gesellschaftsfähiges sei.

Wir haben in der weiteren Zeit nichts von der kämpfenden Kirche gesehen, die auch ihre Geschichte hat, die wir anerkennen. Die kämpfende Kirche trat erst jetzt wieder auf und der Genosse Eichler hat mit Recht auf den Hirtenbrief verwiesen, der ein politisches Dokument ersten Ranges ist.

Trotzdem waren wir Sozialisten bereit und wir hatten uns darüber in den Konzentrationslagern, Gefängnissen und Zuchthäusern eingehend unterhalten, mit allen demokratischen Kräften, auch denen des Katholizismus zusammenzuarbeiten zur äußeren Formung eines neuen Deutschlands. Wir haben aber in Köln die bittere Erfahrung machen müssen, daß die Besatzungstruppe zu allererst Leute aus den Reihen dieser alten Katholiken herausgriff und in die Verwaltung berief. Das Schuldbewußtsein, das diese Leute in sich trugen, hätte sie vielleicht veranlassen sollen, zurückzutreten und in die zweite Linie zu treten, oder beim Neuaufbau abzutreten.

So fanden wir im Rheinland auf allen führenden Posten fast

ausschließlich die politisch führenden Katholiken der Vergangenheit vor, und es bedurfte monatelanger, ja jahrelanger Arbeit, um den Sozialdemokraten den Eingang in die Verwaltung zu schaffen und ihre Mitarbeit zu ermöglichen. Mit diesem Einzug in die Verwaltung wuchs das Selbstbewußtsein der Katholiken wieder und es waren kirchliche Kreise des alten Zentrums mit ihrer politischen Belastung, die die CDU, gründeten. Es waren dies ursprüngliche demokratische Kräfte. Bald jedoch strömten in diese Partei andere Kräfte ein, der Nationalsozialismus fand einen Unterschlupf, denn dann waren sie alte Katholiken und nicht Nationalsozialisten.

Wir müssen mit steigender Sorge eine dauernde Strukturwandlung dieser Partei beobachten. Nach der Richtung der Reaktion, die mit den gleichen politischen Methoden wie vor 1933 nun versucht, diese Stellung in der Verwaltung auszubauen zur Konservierung ihrer Politik, die sich heute verhängnisvoll ausgewirkt hat. Vergessen wir nicht, daß die Vorlage des Haushaltsplans z. B. in der Nord-Rheinprovinz ein politisches Dokument ersten Ranges ist. Es ist kein Sozialist in dieser Abteilung, die diesen Plan bearbeitet.

Vergessen wir nicht, daß die Zusammensetzung der Hochschule nicht den Geist verbürgt, der für die kommenden Generationen großgezogen werden muß. Die jungen Menschen, die nicht wissen wo sie stehen, brauchen andere Hochschullehrer, als sich jetzt auf den Hochschulen befinden.

In der Landwirtschaft ist auch ein großer Hort des Nationalsozialismus vorhanden und wir bedauern, daß die Militärregierung verfügt hat, daß bei den Entnazifizierungsausschüssen die Landwirtschaft ausgenommen werden soll, da die Ernährung nicht gefährdet werden dürfe.

Wir sind im Gegensatz dazu gerade der Auffassung, daß die Ernährung gefährdet ist durch nationalsozialistische Elemente, die dort noch vorhanden sind. Gerade die Landwirtschaft bedarf mit stärkstem Nachdruck der Reinigung von allen Elementen, weil sie neu aufgebaut werden soll, denn wir müssen und wollen das Letztmögliche herausholen, um die Importe von Nahrungsmitteln auf das Mindestmaß herabzusetzen.

Noch ein Wort. Verkenne niemand, daß die Düngemittelherstellung von großer Bedeutung ist. Der Erlaß der Kontrollkommission, der die Stickstoffherstellung auf ein Mindestmaß beschränkt, hindert uns, unserem Boden an Stickstoff das zuzuführen, was er braucht. Er zwingt uns dazu, Hunderttausende von Tonnen Ge-

treide einzuführen, die sonst auf deutschem Boden gesät und geerntet werden könnten. Ich glaube, daß auch hier ein Punkt liegt, der stärkste Beachtung beansprucht.

Unsere Genossen sind jetzt dabei, unsere Gemeinden auf Grund des neuen Rechtes demokratisch aufzubauen. Wir bedürfen aber der Freiheit und Beweglichkeit in den politischen Organisationen, die wir haben müssen, um die Arbeit zu leisten, die uns heute gestellt ist. (Lebhafter Beifall)

Konrad Gumbel-Gießen: Das furchtbare Erbe des Nationalsozialismus und die aus ihm erwachsenden Tagesprobleme mögen schuld sein, daß unsere marxistische Einstellung nicht so zum Durchbruch gekommen ist, wie es auf dem ersten Sozialdemokratischen Parteitag nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik notwendig gewesen wäre. Immerhin, Dr. Schumacher hat zu Anfang seines Referats erklärt: Wir sehen keine Veranlassung, uns vom marxistischen Boden zu entfernen, und einige Diskussionsredner sind auf unsere Stellung zum Marxismus eingegangen. Aber ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß viele unserer Genossen das „Kapital“ von Marx und die sozialistische Literatur in der nationalsozialistischen Zeit so gut versteckt haben, daß sie bis heute noch nicht wieder aufgefunden ist. (Lebhafter Beifall)

Ich glaube, es ist der Genosse Altermann gewesen, der gestern erklärt hat, Marx hätte einmal gesagt: „Ich bin nicht Marxist“. Das stimmt nicht. Genosse Altermann denkt vielleicht an folgendes: Als Marx eine falsche Kommentierung seiner Lehre vorgelegt bekam, erklärte er: „Wenn das Marxismus sein soll, bin ich nicht Marxist“. Das ist etwas wesentlich anderes. Weiter hat der Genosse Altermann erklärt: Marx hätte gesagt, die Arbeiter haben keine Ideale zu verwirklichen. Ich unterstreiche dieses Wort. Dabei haben die Arbeiter Ideale. Marx war der größte Idealist, sonst hätte er sein Riesenwerk, das „Kapital“, nicht schreiben können, denn er hat dabei nicht soviel verdient, daß er seine Zigarren, die er dabei rauchte, bezahlen konnte. Aber die Arbeiter haben nicht Ideale, sondern reale Erkenntnisse zu verwirklichen: die Überführung des kapitalistischen Systems in das sozialistische. Das sind verflucht reelle Dinge.

Es stimmt auch nicht, daß Karl Marx auf den Schultern der Sozialisten gestanden hat. Marx stand auf den Schultern der englischen klassischen Nationalökonomie, die allerdings auf einem toten Punkte angelangt war und in einem restlosen Pessimismus endete. Marx hat die Nationalökonomie aus diesem toten Punkt

herausgerissen und auf den Boden der revolutionären Entwicklung gestellt.

Wenn dann weiter gesagt worden ist, daß die Lehre von Marx mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus führt und man nichts mehr zu tun hätte als die Hände in den Schoß zu legen, so ist das eine völlige Verkennung von Marx. Es stimmt, das die marxistische Lehre mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus führen muß, aber Karl Marx hat es sehr eindeutig erklärt, wie notwendig Eingriffe in diese Entwicklung sind. Er hat mit Bewunderung die Arbeit der englischen Fabrikinspektoren hervorgehoben, die Tätigkeiten der Gewerkschaften befürwortet und dargelegt, daß durch die Tätigkeit der Gewerkschaften die Löhne erhöht und der Profit geschmälert werden kann.

Marx ist es gewesen, der der Revolution eine große Bedeutung zugewiesen hat. Von ihm stammen die Worte, daß die Revolution die Lokomotiven der Weltgeschichte sind, und von ihm stammen weiter die Worte, daß der Weg zum Sieg der Arbeiterschaft mit Niederlagen gepflastert ist. Das ist etwas ganz anderes als die Hände in den Schoß legen. Aus diesen Worten zeigt sich, für wie notwendig Marx es hielt, daß die Arbeiterschaft Hand anlegen muß, um zum Siege zu kommen.

Heute morgen hat ein Genosse erklärt, daß sich die Dinge ganz anders entwickelt hätten, als Marx und Engels es vorausgesagt hatten. Was aber Marx und Engels vorausgesagt haben, haben wir in der Wirtschaftskrise der Jahre 1930 bis 1933 erlebt, und Marx ist es gewesen, der dargelegt hat, daß der Kapitalismus in seinen letzten Zügen zu allen Mitteln greifen werde, um sich zu erhalten. Und was wir in den letzten 13 Jahren erlebt haben, ist der verzweifelte Versuch des Kapitalismus, seine Position noch länger aufrechtzuerhalten. Und wenn Dr. Schulz meint, daß die Idee im Widerspruch zur materialistischen Geschichtsauffassung steht, so war das nicht marxistisch gedacht, denn Marx ist selbst nicht nur Idealist gewesen, er hat gelehrt, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, und daß es das Sein ist, das überhaupt die Idee erst möglich macht. An der Materie entzündet sich der Geist, und die Idee, und wenn wir in den letzten 13 Jahren standhaft geblieben sind, so wissen wir, daß die materialistische Entwicklung unseres Seins weitgehend diese Zeit überstehen läßt. Und so besteht kein Widerspruch zwischen der Idee und der materialistischen Geschichtsauffassung.

Ich möchte Sie dringend bitten, halten Sie sich nicht an die Kommentare der bürgerlichen Ökonomie, halten Sie sich an Marx selbst. Denn es sind die Konsequenzen der bürgerlichen Ökono-

men, die hier zum Austrag gekommen sind, es sind die Konsequenzen, wie sie ein Gustav Landauer gezogen hat. Wir befinden uns jetzt in einer Übergangszeit, und da möchte ich jetzt unsere ausländischen Gäste bitten: Helfen Sie uns in dieser Übergangszeit.

Nehmen Sie die Überzeugung mit nach Hause, daß die Sozialdemokratische Partei nicht schuldig ist an dem, was die Welt in den letzten 13 Jahren und im Kriege erlebt hat. Wir Sozialdemokraten haben in den letzten 13 Jahren fest gestanden und haben gegen Hitler gekämpft, wenn auch nicht alle in den Konzentrationslagern gewesen sind.

Unsere ausländischen Gäste sollten unsere Stellungnahme zum Nationalsozialismus in ihren Ländern verbreiten, damit das Ausland erkennt, daß die Sozialdemokratische Partei anders behandelt werden muß, als alle anderen Parteien (Lebhafter Beifall), und ich möchte den Satz von unserem Genossen Schumacher unterstreichen, daß eine ausschlaggebende, starke Sozialdemokratie die beste Reparationsleistung ist, und wenn unsere Genossen im Auslande das erkennen und einsehen, dann habe ich für die Zukunft keine Sorge, dann werden wir auch die nächsten schweren Jahre überleben, zum Segen des deutschen Volkes, zum Segen der anderen Völker, ja, zum Segen der ganzen Menschheit.

Arno Behrisch-Hof: Im Namen der Delegierten aus Bayern möchte ich eine Erklärung abgeben:

Die bayrischen Delegierten geben folgende Erklärung ab:

1. Die bayrischen Sozialdemokraten sind vorbehaltlos für die Reichspartei. (Lebhafter Beifall)

2. Die Landesorganisation in Bayern wird nur als vorübergehend betrachtet, um den Bestimmungen der Militärregierung in Bayern Rechnung zu tragen und eine einheitliche Durchführung der angeordneten Wahlen zu ermöglichen. Sie ist nicht Ausdruck eines bayrischen Partikularismus.

3. Die bayrischen Sozialdemokraten haben auf ihrer Landeskonferenz am 13. und 14. April in Erlangen nach einem Referat von Dr. Högner einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß sie für einen Bundesstaat sind.

4. Um keine Zweifel über den einheitlichen Willen der Partei aufkommen zu lassen, schlagen die bayrischen Sozialdemokraten den Genossen Dr. Wilhelm Högner als Mitglied zum Reichsparteivorstand vor.

Ich darf mir erlauben, zu dieser Erklärung einiges mündliche hinzuzufügen.

Zu Punkt 1, daß wir vorbehaltlos für die Reichspartei sind, erkläre ich ergänzend, daß der Parteitag in Erlangen geschlossen mit

einer Erklärung vom Genossen Stuck, Aschaffenburg, endete, der ein Hochruf war auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ich erlaube mir auch, zu bemerken, daß unsere erste Konferenz, die im September vorigen Jahres in Nürnberg stattfand, zum Ausdruck gebracht hat, daß wir deutsche Sozialdemokraten sind und Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Weshalb wir eine Landesorganisation in Bayern geschaffen haben, darüber auch noch eine kurze Erklärung: Die Militärregierung in Bayern hat bestimmt, daß bei den Wahlen nur solche Parteien zugelassen werden können, die im Landesmaßstabe organisiert sind. Wenn wir uns Sozialdemokratische Partei Deutschlands genannt hätten, hätte die Christlich-Soziale Union unsere Wahlvorschläge anfechten können. Die Landesorganisation war also ein Nothbehelf, eine Überbrückung, um den bestehenden Bestimmungen der Militärregierung zur Wahl gerecht zu werden. Genosse Högner hat auf seinem Referat in Erlangen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß unser Ideal des Bundesstaat ist, und nach den Ausführungen von Dr. Schumacher möchte ich sagen, daß zwischen den Ausführungen Högners und Dr. Schumachers kein grundsätzlicher Unterschied zu finden ist. (Sehr gut!)

Wir schlagen Dr. Högner deshalb in den Reichsvorstand vor, weil wir uns davon eine Befruchtung und eine Vertiefung der Arbeit versprechen. Außerdem schlagen wir ihn vor, weil wir es für nötig halten, den Bemühungen der Verdummung und den Lügen entgegenzutreten. Es gibt keinen Artikel und keine Erklärung Högners, die nicht umgedreht worden wäre, aber die Absicht ist zu deutlich: man prügelt den Sack und meint den Esel. Die Kommunisten prügeln Högner, und sie meinen die bayrischen Sozialdemokraten und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Zugegeben, daß in dem einen oder anderen Interview Genosse Högner einen falschen Zungenschlag angewendet hat. (Aha!) Aber er will eine deutsche Sozialdemokratische Partei mit den gleichen Hoffnungen und den gleichen Erwartungen und der gleichen Sehnsucht wie wir alle. Darüber kann es keinen Zweifel geben. Deshalb schlagen wir ihn vor, weil wir eine bessere Zusammenarbeit der Reichsorganisation davon erwarten.

Nun erlauben Sie mir auch noch einige Worte zum Referat Schumacher. Ich habe den Eindruck, daß die Frage der Einheitspartei in einem Moment aufgeworfen worden ist, als wir den Prozeß der Klärung und Besinnung noch gar nicht abgeschlossen hatten. Man sagte uns, die Einheit sei nötig. Ich bin der Meinung, die Spaltung der Arbeiterbewegung war Ausdruck, aber nicht Ursache der Krankheit, an der die deutsche Arbeiterbewegung

leidet, und wenn man heute meint, mit dem Zauberwort der Einheit alle Schwierigkeiten zu überwinden, so ist das ein Irrtum.

Auf der anderen Seite, das ist mein sicheres Gefühl, können wir nicht immer nur nein sagen, denn „Du sprichst vergebens viel, um zu verneinen, der andere hört aus allem nur das Nein“. Wir können zumal bei uns in Bayern zwei Strömungen beobachten, die eine ist die Furcht vor einer revolutionären Restauration, und die zweite ist die Sehnsucht nach sozialer Sicherung, und es läßt sich nicht verhehlen, daß die kommunistische Politik in der Sowjetzone versucht, positive Lösungen zu schaffen. Ich denke an die Lösung des Agrarproblems, an die Schule, an die Entnazifizierung, die bei den Massen als fortschrittlich angesehen werden.

Die Leute bei uns glauben, daß die Amerikaner uns nur eine kapitalistische Demokratie mit sozialdemokratischer Führung erlauben. Wir müssen klar herausarbeiten, daß das, was die Russen tun, wohl äußerlich positiv sein kann in diesen Zonen, daß es aber mit reaktionären Mitteln durchgeführt wird und nur eine noch tiefere, noch strengere Knechtung bedeutet.

Was ich vom Referat Schumacher erwartet hätte und vom Parteitag, ist ein Aktionsprogramm, worin wir klar und deutlich sagen, daß wir die soziale Sicherung wollen, aber auch Wohlstand und Freiheit. Volle Freiheit, das ist die Synthese zwischen dem Reich der Notwendigkeit und dem Reich der Freiheit, Aber die Notwendigkeit kann auch menschlich sein. Zum Schluß möchte ich sagen, daß wir Sozialisten in diesem Aktionsprogramm auch aufzeigen müssen, daß wir den Anschluß an die progressiven Kräfte in der Welt wünschen. Wenn uns Haß entgegenschlägt, kommt er nur von den kommunistischen Parteien in Frankreich und in der Tschechoslowakei. Oder denken Sie an Ilja Ehrenburg.

Und wenn Sie Töne der Versöhnung, der Verständigung und der Menschlichkeit für uns hören, dann sind das die sozialistischen Parteien in der Welt. Deshalb meine ich, dieses Aktionsprogramm täte uns not, damit wir einmal zeigen, wie wir es machen würden, wenn wir die Macht hätten, und das wir darüber hinaus das ausdrücken, was in den vier Punkten Roosevelts gesagt wurde: Freiheit von Hunger, Freiheit von Furcht, Freiheit von Krieg und Freiheit von Not, so daß wir mit Wendell Wilkie sagen können: Wir wissen, die Welt ist eine Welt, und in dieser Welt haben die Deutschen auch einen gewissen Platz. Welchen Platz, das müssen wir noch klar formulieren.

Fritz Ullrich, Stuttgart: Ich übermittle diesem historischen Parteitag die brüderlichen Grüße der Sozialdemokraten aus Württem-

berg und Baden. (Bravo!) Leider geht durch unsere beiden Länder der blutende Riß der amerikanisch-französischen Demarkationslinie, durch die zwei historisch gewachsene Länder in zwei Teile zerschnitten werden. Mit Genugtuung darf ich berichten, daß es bei uns in Württemberg und Baden keine Separatisten gibt; (Bravo!) daß wir vielmehr mit Ungeduld den Tag herbeisehnen, der die politische und wirtschaftliche Einheit des Reiches bringt, und die demokratischen Sozialisten aller deutschen Stämme zu einer freien und unabhängigen Sozialdemokratie vereinigt, zu der wir uns bekennen.

Mit Bedauern und Mißfallen haben wir kürzlich vernommen, daß eine Gruppe Saarländischer Sozialisten sich für eine wirtschaftliche Angliederung der Saar an die benachbarte Macht ausgesprochen hat. Wir sind der Meinung, daß der Parteitag von dieser bedauerlichen Verirrung entschieden abrücken muß. (Sehr gut!) Um so freudiger haben wir Kenntnis genommen von dem Treuebekenntnis der Genossen in der Pfalz und aus dem Rheingebiet. In dieser schlimmsten Volksnot darf es nirgends einen Sozialdemokraten geben, der sich aus den gemeinsamen Sorgen und Nöten der Nation flüchtet und in das scheinbar bequemere Lager eines Siegers hinüberschleichen möchte. (Sehr gut!) Von seinen sozialdemokratischen Söhnen soll eine spätere Geschichtsschreibung verzeichnen: „Bedenk es, o Deutschland, daß dein ärmster Sohn auch dein getreuster war.“

In den Ländern der amerikanischen Besatzungszone ist man eifrig an der Arbeit, Verfassungen zu schaffen, die echte und wahre Demokratie atmen, und die ein Fundament für soziale Gerechtigkeit und für den Sozialismus sein sollen. Wir ringen mit gutem Willen um die Demokratie und um den Sozialismus, weil nur so Friede und Harmonie, Glück und Wohlstand aller Völker erstehen und bestehen können.

Mit Sympathie verfolgen und begrüßen wir die in gleicher Richtung liegende Politik der großen englischen Arbeiterpartei und Arbeiterregierung, deren Erfolge uns mit Bewunderung erfüllen. (Bravo!) Voll Dankbarkeit quittieren wir die wachsende Zahl von Stimmen aus den Siegerländern, insbesondere aus England und Amerika, die Verständnis für die Verhältnisse und Notwendigkeiten der deutschen Politik und Zukunft bekunden. So hat Präsident Truman vor einem Monat den ebenso lapidaren wie wahren Satz geprägt: Aus Armut und Not kann keine Demokratie erwachsen. Diese von einem staatsmännischen Weitblick zeugende Feststellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika

gilt auch für Deutschland und die von uns aufzubauende Demokratie.

Wollte man im deutschen Osten die landwirtschaftlichen Erzeugungs- und Überschußgebiete und im Westen die Kohlen- und Erzstätten vom deutschen Wirtschaftskörper amputieren, und in der Folge 60 bis 70 Millionen Menschen in einem Rumpfdeutschland zusammenpferchen, in dem sie keine Arbeit und kein Brot finden könnten, so wäre das die Atombombe für die deutsche Demokratie und ein friedliches Europa. (Sehr richtig!)

Wir könnten dann mit Engelszungen von Demokratie und Sozialismus reden, es wäre nutzlos, wenn wir den Menschen nicht genügend Arbeit und Brot bieten könnten. Möge deshalb kein Gewalt- und Rachefrieden diktiert und praktiziert werden, der die Völker erneut zerklüftet und verhetzt, sondern eine sinnvolle Lösung, die die Völker zu friedlicher Wirtschaft und Kulturarbeit zusammenführt.

Ich will aber ein Problem anschnneiden, das bisher nicht berührt worden ist, das Problem unserer Kriegsgefangenen. In großer Sorge und Inniger Anteilnahme grüßen wir von diesem Parteitag aus unsere Brüder und Söhne, die sich noch in Kriegsgefangenschaft befinden und geben dem tiefempfundenen Wunsche Ausdruck, daß sie recht bald frei werden und zu ihren Familien zurückkehren dürfen. (Bravo! Stürmischer Beifall.)

Die nazistischen Kriegsverbrecher haben sich schwer gegen Humanität und internationales Recht verstündigt durch Zwangsverschleppungen und durch die viehische Behandlung von Kriegsgefangenen. Es wäre aber höchst bedauerlich und psychologisch falsch, für die abscheulichen Sünden und Perversitäten der nazistischen Kriegsverbrecher unsere Kriegsgefangenen kollektiv büßen zu lassen. (Sehr richtig!)

In Rußland sind noch Millionen deutscher Kriegsgefangener, für die noch nicht einmal die allereinfachste Möglichkeit, ihren Familien ein Lebenszeichen zu geben, geschaffen worden ist. Ich schlage dem Parteitag vor, einmütig folgende Kundgebung zu beschließen:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat in ihrer achtzigjährigen Geschichte stets mit größter Schärfe gegen Militarismus und Krieg, für Völkerverständigung und Frieden gekämpft. Sie war die einzige Partei, die unentwegt für Demokratie und friedliche Zusammenarbeit mit allen Kulturnationen wirkte. Getreu dieser Tradition standen deshalb die demokratischen Sozialisten Deutschlands in schärfster Opposition gegen Hitlers verbrecherische Kriegspolitik und seine ebenso anmaßenden wie verderblichen Herrenvolkmethoden gegen andere Völker.“

Die Sozialdemokratie hat mit ihrer tausendfachen Warnung, Hitler bedeutet Krieg, Hitler bringt politische Sklaverei und soziale Knechtschaft, er führt zu kultureller Barbarei und in den Untergang, Recht behalten. Die Politik der Sozialdemokratie wurde durch die geschichtlichen Ereignisse als richtig bestätigt.

Ein Jahr ist verflossen, seitdem die politischen und militärischen Führer des Dritten Reiches bedingungslos kapitulieren mußten, nachdem sie ihren verbrecherisch angezettelten Krieg trotz der Erkenntnis, daß er längst verloren war, solange fortsetzten, bis das deutsche Volk völlig erschöpft und ausgeblutet am Boden lag und seine wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen zerstört waren. Millionen deutscher Männer und Jugendliche sind durch den Hitlerwahnsinn in die Massengräber gehetzt worden. Millionen sind heute ein Jahr nach Beendigung der Feindseligkeiten noch in Kriegsgefangenschaft.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtet an die Siegermächte den ebenso herzlichen wie dringenden Appell, den politisch unbelasteten deutschen Kriegsgefangenen baldigst die Freiheit und die Heimkehr zu ihren in drückender Sorge lebenden Familien zu schenken.

Solange noch Millionen deutscher Männer Kriegsgefangene sind und nicht an seinem Wiederaufbau teilnehmen dürfen, kann das große Werk des Neubaus einer dem Frieden und der internationalen Wohlfahrt dienenden deutschen Wirtschaft und Demokratie nicht gelingen. Die Sozialdemokratie ist zutiefst davon überzeugt, daß unsere Soldaten, die durch die Hölle des Hitlerkrieges und der Nazityrannie gingen, mit ihren demokratischen und sozialistischen Freunden in der Heimat für eine Politik des Friedens und der Verständigung, der Demokratie und des Sozialismus wirken und kämpfen werden. Daher unser aus heißem Herzen kommender Ruf: Gebt uns unsere Kriegsgefangenen frei! (Bravo und starkes Händeklatschen.)

Hans Hermsdorf, Chemnitz, (Gastdelegierter): Wir befinden uns auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, und ich stelle fest, daß ein großer Teil Sozialdemokraten auf diesem Parteitag nicht vertreten ist, nämlich jener Sozialdemokraten, die vor wenigen Tagen durch einen feigen Verrat in die Einheitspartei gezwungen wurden. Ich mache mich zum Dolmetsch jener aufrechten und geraden Sozialdemokraten der Ostzone und möchte hier an dieser Stelle einen Blick hinter den eisernen Vorhang werfen und etwas sagen von dem Kampf, der von unseren Genossen dort ausgefochten wird.

Gestatten Sie mir am Anfang meiner Ausführungen eine Ergänzung zu dem Referat des Genossen Agartz zu machen, der eine große grundlegende wirtschaftliche Betrachtung gab. Was uns in diesem Sektor mit ungeheurer Sorge erfüllt, nämlich die Demontage, daß spielt sich vor den Augen der Welt als ein Drama von wirklich internationaler Bedeutung ab. Ich darf Ihnen sagen, daß wir in dem Bezirk, wo ich Bürgermeister war, in Chemnitz dort so ziemlich nichts mehr an Industrie haben, obwohl wir als eine der ersten deutschen Industriestädte gelten.

Es begann die Demontage auf dem Metallsektor. Wir haben heute keine Metallfabriken mehr. Was noch da ist, das wiegt nichts, dafür hat der Russe bisher noch keine Verwendung gefunden. (Hört, hört.) Die weitere Demontage betraf die Elektroindustrie und die Feinmechanik. Sie wissen, daß Chemnitz hierfür immer ein Spezialgebiet gewesen war. Und auch davon ist uns nichts mehr übrig geblieben. Die wiederholten Vorstellungen der Sozialdemokratischen Partei, daß diese Demontage ein Ausmaß annimmt, das niemals wieder gutgemacht werden kann und das die Arbeiterpartei vor unlösbare Probleme stellt, wurden uns von der Administration dahingehend beantwortet, daß es der letzte Termin sei. Wir haben aber solche letzten Termine mehrere Male erlebt.

Nunmehr erleben wir, kurz bevor ich dort meine Ämter zur Verfügung stellte, daß abermals eine neue Demontage mit aller Wucht einsetzte, die Demontage der Textilindustrie. Genossinnen und Genossen, die Chemnitzer Textilindustrie, die Textilindustrie Sachsens hat mit Krieg niemals etwas zu tun gehabt, und wenn jetzt Fabriken von Weltruf, die weiter nichts fabriziert haben wie Strümpfe, wenn jetzt diese letzte Basis der deutschen Arbeiterschaft genommen wird, dann wird sich hier etwas abspielen, wo wir die Augen der Welt unbedingt einmal hinlenken müssen. (Sehr richtig.)

Genossen, damit schafft man die Bestandteile der letzten Industrie Deutschlands nach dem Osten, wenn man die Textilindustrie verschleppt. Es begann zuerst mit der Metallindustrie, dann kam die Feinmechanik und jetzt kommt die Textilindustrie an die Reihe.

Ich frage die Siegermächte, was wollen sie uns noch lassen, um zu leben! Ich muß ehrlich sagen: Der Ruf muß heißen, lassen Sie das demokratische Deutschland leben, damit der Faschismus sterbel (Bravo, bravo und Händeklatschen.) Genossinnen und Genossen, parallel zu dieser Demontage geht ein weiteres Ereignis: Die Reparationslieferungen. Hier wird die letzte Substanz der Rohstoffe geraubt, so daß wir in wenigen Wochen auf Jahre hinaus

nichts mehr haben. Wir müssen aber arbeiten können, um leben zu können. Und ich bin fest überzeugt, daß es der Welt nicht gleichgültig sein kann, im Herzen Europas eine Wüste zu haben. (Beifall.) Wenn sich hier im Herzen Europas Menschen zusammenfinden, die mit all ihren Kräften am Frieden arbeiten wollen, nur dann wird auch der Friede der Welt gesichert sein. (Sehr richtig.)

Ich bitte Sie aber, noch etwas zur Kenntnis zu nehmen. Es liegt Ihnen ein Vorschlag vor, ein Begrüßungstelegramm an die Sozialdemokraten Berlins und an die Sozialdemokraten der Ostzone. Verkennen Sie niemals, daß dort ein heroischer Kampf stattfindet, ein Kampf der einfachsten Menschen um die Demokratie. Wir sind in die Konzentrationslager, Gefängnisse und Zuchthäuser gegangen um der Demokratie willen, und heute müssen wir in die Emigration — abermals um der Demokratie willen. (Pfui-Rufe.) Genossen, es ist früher nicht geglaubt worden, wenn in den Kreisen anderer Länder etwas über den Faschismus gesagt wurde.

Ich rufe diesem Parteitag zu: Lenken Sie die Augen der Sozialdemokraten Deutschlands, lenken Sie das Auge der Welt auf diese Zone, wo sich ein Kampf aller Menschen um die Freiheit des Individuums abspielt. (Bravo und starkes Beifallklatschen.) Ich darf zum Schluß kommen, indem ich Ihnen die Versicherung gebe, lassen Sie es zu, daß in allen Zonen eine freiheitliche Entscheidung, eine freie Entscheidung der Person möglich ist, und Sie werden morgen erleben, daß in der Ostzone das Banner der Sozialdemokratie größer und gewaltiger entfaltet wird als je zuvor. (Bravo und Händeklatschen.) Ich möchte an dieser Stelle noch einen Vorschlag machen. Wenn Sie über die Politik der Zukunft sprechen, dann vergessen Sie niemals die Jugend und die Kriegsgeneration. Sie wird die Generation sein, die einst bestimmend sein wird im politischen Sektor des deutschen Lebens. Wenn Sie heute zur Konstituierung des Parteivorstandes kommen, dann denken Sie daran, daß diese Generationen einen Faktor darstellen, der berücksichtigt werden muß. Ich betone deshalb nochmals, die Kriegsgeneration ist mit dem Nationalsozialismus nicht auf eine Stufe zu stellen. Sie wurde zu den Waffen gerufen; und sie ging wider Willen, lediglich, um ihre Heimat zu verteidigen. Sie hat niemals etwas mit Hitler zu tun gehabt, und ihre Vertreter gingen nicht als begeisterte Anhänger hinaus.

Wir gingen gegen den Willen, aber wir kehren zurück. Wir haben gelernt, wir haben tiefe Wunden geschlagen bekommen, und wir müssen den Sozialisten der Welt zurufen: Gebt uns die Bahn frei! Wir sind Kriegsgeneration, Deutsche, Franzosen, Engländer, Amerikaner, und wo sie gekämpft haben mögen. Wir sind

die Garanten dafür, nie wieder einen Krieg, sondern den Frieden zu verwirklichen. (Starker Beifall.)

Rosa Helfers, Hannover: Ihr Männer, Ihr ruft uns Frauen. Wir Frauen müssen jetzt zur Seite stehen und helfen. Aber wir möchten eins betonen: Die Gemeindevahlen stehen vor der Tür. Da dürfen wir nicht vergessen, unsere Frauen in die Parlamente mit hineinzuwählen: denn in den letzten zwölf Jahren ist unendlich viel auf dem Gebiet gesündigt worden. Wenn ich schon allein die Fürsorge herausgreife, da haben wir Frauen unendlich viel wieder gutzumachen, was in den letzten zwölf Jahren verdorben ist. Gerade unsere Fürsorge für unsere Jugend ist derart im argen, daß die Nationalsozialisten dieses nie mehr verantworten können, und dem wir nur durch eifrige Mitarbeit steuern können.

Aber wie helfen wir nun den Frauen, daß sie wirklich Interesse bekunden und Pioniere des Sozialismus werden? Wir müssen bei der Wurzel des Sozialismus anfangen und Sozialist in der eigenen Familie sein. (Bravo, sehr richtig.) Sozialist in der Familie sein, heißt der beste Bauer, der beste Ackermann sein für den guten Boden. Dann holen wir in der Familie den wirklichen Sozialismus zur Wahrheit. Dann haben wir gerade die Erziehung unserer Jugend. Und gerade unserer Jugend, die jetzt das Schönste und das Beste eigentlich verloren hat durch die Irreführung des Hitler-Regimes, jetzt den wirklichen Sozialismus zu zeigen, ist die schönste Aufgabe der Frau.

Aber es gibt auch sonst in der Gemeinde und in den einzelnen Parlamenten unendlich viel Aufgaben, die eigentlich Initiative der Frau sind. Und wiederholt höre ich von unseren Männern, ja Ihr Frauen habt eine andere Einstellung. Sie ist schon rein gefühlsmäßig, so daß wir die ganze Politik von einem anderen Gesichtspunkt ansehen. Und auch so jetzt in der Flüchtlings- und Kriegsgefangenenfrage. Wiederholt stelle ich fest, daß gerade die Frauen jetzt in der Flüchtlingsfrage zwei Probleme lösen müssen, die unseren Männern wirklich gut zu Dienste kommen.

Aber wie können wir nun unsere Frauen darin schulen. Wir können unsere Frauen nur durch die Presse mitschulen. Daher ist es bedauerlich, daß wir hier in Hannover noch nicht die sozialistische Zeitung durchsetzen konnten, wie in vielen Bezirken. Es wäre eine der schönsten Aufgaben der Alliierten, wenn sie uns hier zeigen würden, den Sozialismus dadurch mit zur Verwirklichung zu bringen, daß wir die Presse in jedes Haus bringen können und den Frauen bei der Gelegenheit die Möglichkeit geben, das, was in den zwölf Jahren falsch gezeigt worden ist, jetzt wirk-

lich vor Augen zu führen. Wenn erklärt wird, die Papierknappheit spiele eine große Rolle mit, — wir in der britischen Zone sind nicht reich an Papierfabriken —, so sage ich, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Da der Sozialismus der beste Garant des Friedens ist, sollen wir hier eingreifen und die Presse ausbauen, um unsere Frauen wieder zu schulen und unseren Frauen den rechten Weg zu weisen, daß sie der Jugend den wirklichen Weg in der Erziehung beibringen können.

Aber auch eine weitere Rolle möchte ich hier als Frau herausstellen. Dieser Ruf gilt unseren Kriegsgefangenen. Auch hier bringe ich wieder die Stimme der Frau zur Geltung und sage: Ihr, die ihr gekommen seid und uns befreit habt vom Joch der Gestapo und von dem Joch des Nationalsozialismus, das wir Frauen in vielen Fällen ebenso hart haben durchringen müssen in den Konzentrationslagern, in den Gefängnissen und Zuchthäusern wie unsere Männer, weil wir ja die Pioniere des Sozialismus waren, wir rufen Euch aus dem Grunde zu: Helft unseren Männern, die jetzt noch in den Kriegsgefangenenlagern bleiben müssen, die besten Helfer, dem Sozialismus zur Wirklichkeit zu verhelfen.

Alles zusammenfassend, möchte ich sagen: Setzt die Frauen mit ein in allen Arbeiten, die jetzt kommen. Gebt den Frauen die Presse, gebt den Frauen die Zeitschriften und gebt uns unsere Männer, unsere Söhne zurück! Dann werden wir den Frieden weiterausbauen können mit dem Sozialismus, dem Sozialismus, den uns August Bebel so recht gegeben hat. (Starker Beifall.)

Ludwig Metzger, Darmstadt: Es ist nicht verwunderlich, daß die Frage nach den geistigen Grundlagen unserer Partei allenthalben aufgetaucht ist. Überall werden die Fragen diskutiert, und auch hier auf dem Parteitag sind ja wiederholt diese Fragen angeklungen. Es gibt zwar in Deutschland Menschen und Parteien, die glauben, aus diesen Fragen folgern zu dürfen, daß es bei uns nicht ganz klar sei, daß bei uns die Gefahr des Auseinanderbrechens vorhanden sei. Neulich hat z. B. ein Führer der Christlichen Demokraten von Baden, Staatsrat a. D. Heurich, in einem Artikel ähnliche Anschauungen vertreten. Und wir hören das auch sonst von den Christlichen Demokraten als auch von den Kommunisten.

Ich glaube, da liegt ein ganz gewaltiger Irrtum vor. Diese Fragen sind da und die Fragen müssen geklärt werden. Und wir müssen nach dem gewaltigen Erleben der letzten zwölf Jahre auch unsere geistigen Grundlagen neu überprüfen. Das heißt aber nicht, daß wir innerlich auseinanderfallen, sondern ich glaube im Gegenteil,

daß hier ein Teil der Kraft unserer Partei liegt. (Sehr richtig.) Denn wir wissen um unsere Vergangenheit und wissen, daß wir diese Vergangenheit nicht demokratisch bewahren dürfen, sondern es geht darum, daß wir unserer heutigen Zeit gerecht werden, und daß wir Erkenntnisse, die im Laufe der Zeit verblaßt sind, wieder neu schaffen. Das gilt auch für die Frage des Marxismus.

Ich bin der Meinung, und Genosse Schumacher hat es uns auch schon gesagt, daß wir uns die marxistischen Grundwahrheiten bewahren wollen. Es geht darum, daß wir — ich möchte einmal sagen — die überzeitlichen Ergebnisse von Karl Marx bewahren, daß wir aber auch abstreichen, was zeitbedingt war. Es kommt darauf an, daß wir die Entwicklung, die unser Volk in der Wissenschaft durchgemacht hat, nicht übersehen. Eine grundlegende Erkenntnis von Karl Marx ist die gewesen, daß die Verhältnisse den Menschen auf das stärkste gestalten. Das ist ein klarer Gegensatz gegen die starke spiritualistische Auffassung, die in Deutschland immer gern gang und gäbe war, und die gerade unser Bürgertum aufrief, das immer diesem spiritualistischen Leben zugetan war. Es hat gemeint, der Geist lebe für sich allein, er habe mit dem materiellen nichts zu tun.

Daher kam es auch, daß weite Kreise unseres Bürgertums unpolitisch waren, weil sie gar nicht sahen, wie außerordentlich wichtig auch die Verhältnisse, wie außerordentlich wichtig die äußeren Dinge sind. Auch im Christentum war vielfach diese Auffassung vorhanden. Und das ist die große Erkenntnis, die unverlierbar ist, daß die äußeren Verhältnisse und die ökonomischen Verhältnisse eine ungeheure Bedeutung auch für die geistige Entwicklung des Menschen haben. Man hat das bezeichnet als materialistische Geschichtsauffassung. Besser würden wir vielleicht sagen: ökonomische Geschichtsauffassung, weil mit dem Wort Materialismus immer wieder Mißverständnisse verknüpft sind. Es muß wirklich klar herausgearbeitet werden, daß ökonomische Geschichtsauffassung und weltanschaulicher Materialismus nicht identisch sind.

Wir bekommen ja heute immer wieder Vorwürfe von der Christlich-Demokratischen Union, daß wir in der Partei im Gegensatz zum Christentum und im Gegensatz zur Kirche stünden, und zwar mit Rücksicht auf die materialistische Geschichtsauffassung. Wir müssen herausarbeiten, daß das nicht der Fall ist, und daß Christentum und ökonomische Geschichtsauffassung, die Erkenntnis, daß die materiellen und ökonomischen Verhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung sind, durchaus nicht im Widerspruch zueinander stehen. Wir müssen dazu kommen, daß wir auf der

einen Seite unser geschichtliches Erbe wahren, daß wir aber so lebendig in unserer heutigen Zeit stehen, daß wir auch die neuen Dinge erfassen.

Der Zentralausschuß in Berlin hat zu diesen Dingen in einer sehr mutigen Weise programmatisch in einem Flugblatt „Politik und Religion“ Stellung genommen. Da ist gesagt, die sozialdemokratische Partei ist stets eine Förderin der Wissenschaft gewesen. Daher hält sie auch Schritt mit ihrer Entwicklung. Sie weiß also, daß die Naturwissenschaft jetzt andere Auffassungen hat als zu der Zeit, in der Haeckel seine „Welträtsel“ schrieb. Die Partei ist sich klar, daß die Frage nach der Existenz Gottes und nach dem Fortleben nach dem Tode mit den Mitteln der Wissenschaft überhaupt nicht — weder bejahend, noch verneinend — beantwortet werden kann. Das ist die wesentliche Erkenntnis. Verlassen wir uns auf die wissenschaftliche Erkenntnis des vorigen Jahrhunderts, daß sich Sozialismus und Wissenschaft auf der einen und Religion auf der anderen Seite nicht ausschließen. Kein ernster Wissenschaftler wird heute noch eine derartige Behauptung aufstellen.

Diese Erkenntnis ist auch bei uns anders geworden. Wenn heute Menschen kommen, die so tun, als wenn bei uns da die Dinge auseinanderbrechen würden, als wenn wir nur aus taktischen Gründen etwa zur Frage des Christentums Stellung nehmen, etwa in bejahendem Sinne, dann haben die die Zeit verschlafen, haben nicht erkannt, was inzwischen an Entwicklungen vor sich gegangen ist.

Es gibt sehr viele Menschen, die erklären uns immer wieder wir gingen gerne zur SPD., aber die SPD. ist religions- und christentumsfeindlich. Es gilt deswegen Formulierungen, die mißverständlich sind, zu überprüfen, das gilt auch für unsere Vorlage Nr. 4. Auch hier ist zur Frage der Kirche Stellung genommen. Es heißt hier: Glaubens- und Gewissensfreiheit für alle, Trennung von Kirche und Staat. Ich glaube, daß jeder ernsthafte Christ durchaus dazu ja sagen muß. Die Erkenntnis ist im Wachsen, daß eine Trennung zwischen Kirche und Staat stattfinden muß. Aber ich meine, wir müssen auch hier Mißverständnissen vorbeugen und etwas Positives sagen. Wir müssen etwa folgendes erklären: Man solle der Kirche die Möglichkeit geben, in Freiheit die ihr zukommenden Aufgaben zu erfüllen. Denn wir sind der Meinung, die Kirche hat durchaus ihre Existenzberechtigung. Das müssen wir zum Ausdruck bringen, und wir werden damit vielen die Möglichkeit geben, überhaupt den Weg zu uns zu finden.

Auch das Wort dogmatisch ist vieldeutig und mißverständlich. Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß es darum geht, auf der

einen Seite um die Freiheit zu kämpfen, daß aber gerade auch der Christ die Möglichkeit hat, in unserer Partei zu stehen. Gerade die evangelische Kirche hat wiederholt in ihren Verlautbarungen erklärt, daß sie sich nicht an eine bestimmte Partei bindet. Sie hat das besonders im Hinblick auf die CDU. erklärt. Sie hat damit zum Ausdruck gebracht, daß sie der Meinung ist, daß Christen durchaus die Möglichkeit haben, innerhalb der Sozialdemokratischen Partei zu stehen. Auch das sollten wir in unseren Wahlreden und Versammlungen zum Ausdruck bringen und immer wieder klar herausstellen, daß die deutsche evangelische Kirche selbst diesen Standpunkt, der unser Standpunkt ist, vertritt. Ich bin der Meinung, wir müssen unser Erbe bewahren, müssen aber so lebendig sein, daß wir in der Lage sind, es nicht dogmatisch zu bewahren. Wir müssen lebendig in unserer heutigen Zeit stehen und damit die Möglichkeit haben, Menschen zu uns zu führen, die bisher aus verschiedenen Vorurteilen noch nicht die Kraft gehabt haben, zu uns zu kommen.

Grete Wöhrmann, Hamburg: Sechs Jahre Krieg haben uns vor ein ganz neues Frauenproblem gestellt. Die Tatsachen müssen wir ins Auge fassen, die auch der Genosse Schumacher beleuchtet hat, und zwar die, daß zwei Drittel der Wähler Frauen sind. Das Familienproblem ist ein ganz anderes geworden und was das heute unter diesen Schwierigkeiten bedeutet, das können wir Frauen wohl am allerbesten beurteilen. Das Wohnungselend, die Nahrungssorgen, das sind alles Dinge, die wir täglich am eigenen Leibe sehr stark spüren. Wir sollten das, was unsere sozialistischer Ärzte in Hamburg gesagt haben, uns überlegen und sollten daraus unsere Schlüsse ziehen. Sie haben uns erklärt, daß bei dieser Ernährung in kurzer Zeit 50 % der Erwerbstätigen erwerbsunfähig sein werden. Die Tuberkulose grassiert. Der Hunger besteht in einem Ausmaß, von dem wir uns kaum eine Vorstellung machen können. Besonders wir Frauen sind es ja, die wir uns mit den Ernährungsorgen am meisten herumschlagen müssen. Die ungeheueren Schäden, die sich jetzt schon auftun, stellen uns vor eine große Aufgabe. Wir wissen, daß durch die Ernährung die natürliche körperliche Entwicklung unserer jungen Mädels außerordentlich gehemmt ist. Für uns taucht damit die Frage auf, was soll aus dem kommenden Geschlecht werden.

Positive Hilfe ist alles, und dankbar haben wir aus dem Auslande vernommen, daß man uns helfen will. Sehr dankbar und mit viel Freude haben wir das Hilfswerk der Schweden begrüßt, die eine Schwedenspeisung für unsere Kinder durchführen. Dann hat

uns auch das Schweizer-Arbeiterhilfswerk ungeheuer viel Freude und Erleichterung gebracht. Wir waren dadurch in der Lage, vielen unserer Genossen zu helfen, die tatsächlich durch die sechs Jahre Krieg in bezug auf Kleidung vor ein Nichts gestellt waren. Durch diese Selbsthilfe der Arbeiterschaft sind die internationalen Bindungen in einem großen Maße wieder hergestellt worden.

Wir stehen heute vor der Tatsache, daß viele Millionen Frauen die alleinigen Ernährer und Erzieher der Familie sind, wir stehen vor der Tatsache, daß Millionen Frauen gezwungen sind, allein durchs Leben zu gehen, wir wissen, daß das eine ungeheure Berufsumschichtung der Frauen zur Folge hat. Wenn ich mir diesen Parteitag ansehe, dann möchte ich fast zu der Auffassung kommen, daß die Sozialdemokratische Partei eine Männerpartei ist, denn nur ungefähr 10 % der Delegierten sind Frauen. Immer, wenn Frauen in Funktionen hineingesetzt werden, „dann kommt der Ruf nach dem großen geistigen Format. Ich möchte an dieser Stelle sagen, man soll auch eine Portion gesunden Menschenverstand nicht zu niedrig einkalkulieren. Und den Männern, den Genossen, möchte ich sagen, ich glaube, es ist ein Akt politischer Klugheit, wenn Ihr die Frauen mehr als es bisher der Fall war, in das politische Blickfeld bringt. (Sehr richtig.) Dadurch wird auch die Wertung der unendlich vielfleißigen Kleinarbeit unserer Frauen in der Partei in die richtige Linie gebracht, denn diese Kleinarbeit unserer Frauen ist es wert, daß sie politisch nicht unterschätzt wird.

Die ehrenamtliche Arbeit unserer Frauen, die Arbeit in den Kommunalverwaltungen und in den Wirtschaftsämtern und in den Hilfswerken zeigen, daß unsere Frauen durchaus in der Lage sind, und es auch tun, das öffentliche Leben entscheidend zu beeinflussen. Dadurch müssen wir auch der Öffentlichkeit unser Gepräge geben. Das ist heute die politische Arbeit der Frau. Wir Frauen wollen an der Lösung der Gegenwart- und Zukunftsaufgaben teilhaben. Wir Frauen sind in ganz hohem Maße berufen, an der Völkerverständigung mitzuarbeiten, denn wir Frauen in allen Ländern der Welt sind es, die Unerhörtes geleistet haben im Ertragen, Leiden, Dulden und Warten. Alles dieses wäre umsonst gewesen, wenn nicht in allen Ländern der Welt daraus ein ganz klares Bekenntnis zur Demokratie erwachsen würde.

Auch ein Wort für die Frauen, die unseren Männern, die in den zwölf Jahren in illegaler Arbeit gestanden haben, geholfen haben. Wieviel Treue, wieviel Tapferkeit und wieviel Liebe hat dazu gehört, und ich glaube, mancher unserer Genossen hätte diese Arbeit im illegalen Kampf gar nicht führen können, wenn er nicht

die tapferere Unterstützung der Frauen gehabt hätte. (Sehr richtig.)

Ein Wort noch zur Kirche. Wir müssen unseren Frauen oft und viel sagen, daß die Religion mit der Einrichtung Kirche gar nichts zu tun hat. Ich glaube, es ist heute sehr notwendig, daß wir betonen, daß die Kirche es immer verstanden hat, die Machtmittel der Politik unseres Staates an sich zu reißen. Ich glaube, es ist eine große Aufgabe der Frauen, das Monopol der Kirche in bezug auf Nächstenliebe zu brechen. Da muß es die Selbsthilfe der Arbeiterschaft, die internationale Selbsthilfe der Arbeiterschaft sein, die dieses vollbringt. Es ist auch ein Zeichen unserer Zeit, daß eine Gründung einer Frauenpartei vor sich gegangen ist. Wir sollten das nach meiner Ansicht nicht leicht nehmen. Denn der Boden könnte dafür da sein, schon im Hinblick auf die große Zahl der Frauenwähler.

Wir sozialistischen Frauen erneuern unser Bekenntnis, daß wir Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen wollen, verbunden durch gleiche Nöte, gleiche Forderungen, gleiche Ziele. Wir erwarten, daß auch in der Kundgebung, die dieser Parteitag herausgehen lassen wird, die Stellung der Frau prägnant zum Ausdruck kommt. Wir erwarten von den Männern, daß der Weg freigemacht wird für die tüchtigen Frauen bis in die höchsten Verwaltungsstellen. Wir wollen Begeisterung immer wieder schöpfen aus unserer Arbeit, aus unseren hohen Zielen. Denn die schwere Arbeit, die wir jetzt vor uns haben, die braucht Begeisterung. Wir wollen unseren Frauen überall sagen, ihr habt zwölf Jahre Zeit haben müssen, ihr habt Zeit haben müssen, wenn die Alarmsirenen gingen, habt Zeit haben müssen Tag und Nacht, zu jeder Stunde, in die Keller und Bunker zu gehen, ihr habt Zeit haben müssen, wenn man euch in die Luftschutzkurse rief: Jetzt wollen wir Zeit haben für unsere Belange, jetzt wollen wir arbeiten, jetzt greifen wir an: Sozialismus ist unser Signal! (Bravol)

Peter Haß, Hamburg: „Gebt mir zehn Jahre Zeit und ihr kennt Deutschland nicht wieder!“ So sprach einst Adolf. Und ich muß bekennen, wenn wir nach zehn und zwölf Jahren Emigration nach Deutschland zurückgekehrt sind, dann stellen wir fest, es ist ihm gelungen. Man kennt Deutschland nicht wieder. Deutschland hat nicht nur Ruinen in seinen Städten, sondern auch Ruinen in seiner Bevölkerung. Doch das eine ist für uns, die wir zehn oder zwölf Jahre in der Emigration verbringen mußten, nach einigen Jahren des illegalen Kampfes unter Hitlerherrschaft, eine Genugtuung und Freude, zu sehen, daß überall in Deutschland Tausende und Hun-

dertausende und Millionen unserer früheren Genossen und Kämpfer wieder dabei sind. Es ist dem Nazismus gelungen, einzubrechen und es sind einige Opfer zu beklagen, es sind auch Genossen abtrünnig geworden, das ist richtig, im großen und ganzen stellen wir fest, daß die Reihen fest und geschlossen sind, nach wie vor.

Genossinnen und Genossen! Die Emigration war für uns alle keine leichte Zeit, wenn auch, ökonomisch gesehen, die Verhältnisse für uns günstiger waren als für euch. Wir in Schweden und unsere Genossen in Dänemark haben die Gastfreundschaft dieser skandinavischen Völker gespürt und blicken dankbar auf zu ihnen. Ich möchte nicht vergessen, insbesondere die Grüße unserer Genossinnen und Genossen aus Dänemark und Schweden hier zu übermitteln. Wir sind mit zwei Genossen aus Hamburg und mit einigen anderen aus dem Reich vor zwei Monaten zurückgekehrt. Es ist uns gelungen, durchzukommen. Wir haben aber heute noch Hunderte unserer Freunde in der Emigration, die mit dabei sein wollen, dieses demokratische Deutschland aufzubauen. Sie haben leider noch nicht die Möglichkeit bekommen, aus der Emigration zurückzukehren. Ich sage leider, denn auf der anderen Seite ist es Hunderten von kommunistischen Emigranten gelungen, durchzukommen, legal und illegal. Die Komintern hat dabei ein Wort mitgeredet. Man hat illegal über Bornholm und Danzig Hunderte von kommunistischen Emigranten hereingeholt. Leider ist dieses in dem Umfang nicht bei den sozialdemokratischen Emigranten erfolgt. Ich möchte darum die Vertreter der Militärregierung bitten, ihr ganz besonderes Augenmerk auf diese Tatsache zu richten.

Genossinnen und Genossen! Schon frühzeitig haben wir in Schweden auch ein Hilfswerk organisiert. Das ist auch von unseren Genossen in England, in Frankreich und überall geschehen. Es muß eine unserer Hauptaufgabe sein, diese internationalen Verbindungen aufrechtzuerhalten und auszunutzen. Unsere Freunde in Dänemark und Schweden müssen uns helfen. Sie müssen uns Lebensmittel, Vitamine, Kleidung und andere Dinge verschaffen und beschaffen. Ihr alle wißt, daß unsere aktiven Freunde, die in vorderster Linie stehen, tagaus und tagein, die Nächte hindurch für die Bewegung tätig sind, aus Kalorienmangel nicht in der Lage sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Da muß eine ganz großzügige Hilfe einsetzen.

Unsere Internationale muß aufgefordert werden und sie ist auch bereit, unseren Genossen Hilfe zu leisten. Es muß erreicht werden, Patenschaften zu organisieren, Lebensmittelsendungen aus dem Ausland an unsere Funktionäre zu ermöglichen, die Kinder un-

serer Genossen ins Ausland, nach der Schweiz, Dänemark und Schweden zu bringen, um ihnen eine Erholung zu gewähren. Aus diesem Gebiet muß unsere Arbeiterwohlfahrt tätig sein. Die Arbeiterwohlfahrt ist die große soziale Organisation des werktätigen Volkes. Überall in Deutschland müssen die Kräfte mobilisiert werden auf dem Gebiete der Arbeiterwohlfahrt. Das ist eine unserer Hauptaufgaben.

Wenn je ein Wort eine Bedeutung gehabt hat, erst kommt das Fressen, dann die Moral, dann in der heutigen Zeit. Wir wissen, daß unsere Freunde, die im Ruhrgebiet und in den Großstädten sind, ungeheuer leiden unter dem materiellen Mangel. Soviel ist sicher, daß dort, wo demokratische Kräfte regieren, ein offenes Herz für diese Dinge vorhanden ist. Schweden hat 130 Jahre keinen Krieg gehabt, in Schweden können radikale oder extreme Ideen nicht zum Durchbruch kommen. In Schweden regiert eine rein sozialdemokratische Regierung, und wer den Genossen Stau-ning kennt, weiß, daß auch in Dänemark tüchtig sozialdemokratisch regiert wurde. Ich sage, wir Deutschen können aufblicken zu ihnen und können dem deutschen Volk und der deutschen Arbeiterklasse immer wieder ihre Taten vor Augen führen.

Genossinnen und Genossen! Wer nach zwölf Jahren Emigration zurückgekehrt ist und geglaubt hat, daß, nachdem der Nazismus am Boden liegt, hier auch wirklich demokratisch regiert werde, der ist außerordentlich enttäuscht. Wir stellen fest, daß der Nazismus noch lebt. Die Nazis müssen endlich heraus aus der Verwaltung, heraus aus den Betrieben, heraus aus den Wohnungen. Sie sollen in die Keller, sie sollen den Schutt wegräumen, sie sollen die Verantwortung an ihrem eigenen Leibe tragen für das, was sie über das deutsche Volk und über die Welt gebracht haben. Die furchtbaren Greuel in den Konzentrationslagern, in Auschwitz, Belsen, Buchenwald, sie werden nicht vergessen. Die Nazis sollen am eigenen Leibe spüren, was sie diesen unschuldigen Millionen zugefügt haben. Das fordert die Sozialdemokratie und ich glaube, in diesem Streben und in diesem Kampf begegnen sich auch die Interessen unserer Freunde aus der Internationale.

Ich sage, wenn wir einig und entschlossen zusammenstehen, wird es gelingen, aber wir müssen die Möglichkeit bekommen, die Entnazifizierung durchzuführen. Wir müssen die Möglichkeit bekommen, durch die Beseitigung der Zonengrenzen die Ernährungsfrage einer Lösung entgegenzubringen und wir müssen die Möglichkeit bekommen, die Verwaltung zu säubern. Nur dann hat es einen Sinn, daß wir überhaupt politische Arbeit leisten.

Hans Böckler, Köln: Weil leise Besorgnisse anklagen in dem Referat des Genossen Schumacher in bezug auf die künftige Haltung und Entwicklung der Gewerkschaften, deswegen hier ein ganz besonders Wort. Wir wissen, es sind Besorgnisse des Wohlmeinenden, die er empfindet, angesichts des Neuen, des Werden- den, die uns anschleichen, wenn wir aus den ersten Anfängen nicht mit Sicherheit zu erkennen vermögen, die künftige Form, den künftigen Inhalt des Werden- den. Nun sind unsere Gewerkschaften wirklich etwas Neues, etwas Neues als organisatorische Gebilde, denn davon hat die zerstörende Wut des Faschismus ja nichts übriggelassen.

Es ist von unseren deutschen Gewerkschaften ja tatsächlich nur geblieben der alte Geist, der sie alle Zeit beseelte, und es ist geblieben der ungebrochene Wille, die Organe zu schaffen, die für die Gesamtheit der Schaffenden im Lande absolut notwendig sind in den Kämpfen der kommenden Zeit. Auch strukturell ist manches in den neuen Gewerkschaften verändert gegen früher. Vielleicht ist auch die Arbeitsplanung etwas abweichend von dem, was ehemals war. Allein schon die Tatsache der Zusammenfassung so vieler sonst widerstrebender und gegeneinander stehender Kräfte, allein diese Tatsache bildet möglicherweise einen gewissen Gefahrenpunkt.

Wenn wir als Gewerkschaftler diesen Gefahrenpunkt etwas milder betrachten als mancher, der den Dingen weniger nahesteht, so deshalb, weil wir sagen, schließlich haben doch nicht nur wir alten Gewerkschaftler und Sozialdemokraten aus den vergangenen Jahren einiges gelernt. Wir dürfen die Hoffnung nähren, daß wer ehemals als Arbeitnehmer in einem anderen Lager sich bewegte, doch auch einiges aus den Erkenntnissen der vergangenen Jahre profitiert hat.

Unsere Gewerkschaften wünschen in ihren Bemühungen die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder alle Zeit und immer mit Nachdruck zu wahren. Sie werden freilich neben den alten wohlbewährten Bahnen künftig auch, wenn es die Notwendigkeit gebietet, neue Wege begehen, insbesondere soweit die Ordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der vielen Millionen Schaffenden im Lande in Frage kommt. Durch möglichst starke und direkte Einflußnahme auf die Wirtschaft selber muß es nach unserem Dafürhalten möglich sein, zu regeln, was bislang allermeist in einem kräfteverzehrenden Verfahren doch gewöhnlich nur unzureichender Regelung unterlag.

Wie war es denn? Wir formulierten Forderungen. Sie wurden geprüft. Es wurden Verhandlungen angebahnt, es gelang eine Ver-

ständigung oder sie gelang auch nicht. Im letzteren Fall gewalt-samer Austrag der Meinungsverschiedenheiten. Es mag sich dieser Vorgang auch in der Zukunft wiederholen, daß er zur täglichen Praxis und zur täglichen Regel werde, das wünscht der Gewerk-schaftler sich heute nicht.

Planwirtschaft im demokratischen Staat, ausmündend im Sozi-alismus, das ist das Ziel künftiger Gewerkschaftsarbeit. Ein an-deres kann nach unserem Dafürhalten nicht sein, und wenn ich sage: „nach unserem Dafürhalten“, so meine ich damit die Ge-samtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer. Ge-samtheit bedeutet Einschluß auch derer, die ehemals in einem anderen als dem freigewerkschaftlichen Lager gestanden haben, also Einschluß der christlichen, der Hirsch-Dunkerschen und sonst gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeitnehmer.

Ich darf deshalb sagen, unsere Pläne und Absichten decken sich vollkommen mit dem, was Genosse Dr. Agartz gestern hier zum Ausdruck gab und ich darf mit derselben Bestimmtheit hier sagen, daß auch die den Gewerkschaften allezeit nahestehenden Ge-nossenschaften in unserem Lande sich völlig mit dem identifi-zieren, was Dr. Agartz gestern hier vorgetragen hat.

Eine solche Einstellung führt die Gewerkschaften an die Seite derjenigen politischen Parteien, die ernsthaft und aufrichtig ge-willt sind, in die Zukunft zu bauen, führt sie in allernächste Nähe derjenigen Parteien, die echte Demokratie in unserem gesamten Volkswesen erstreben und gleichzeitig diese echte Demokratie nicht nur erstreben, sondern sie zu erkämpfen willens sind. (Leb-hafter Beifall.)

Maria Hannemann, Berlin: In unserem schweren Kampfe gegen die Diktatur in Berlin, der nicht ein Kampf gegen die Prinzipien allein, sondern gegen viele diktatorische Maßnahmen der Praxis des täglichen Lebens war, war unsere sichere Stütze und unsere feste Hilfe die Frau. Wir haben die erfreuliche Tatsache zu ver-zeichnen, daß gerade unsere sozialistischen Frauen, ich möchte fast sagen zu 100 Prozent bei uns geblieben sind. Ich darf Euch vielleicht einige Namen nennen, die den meisten bekannt sind, von denen die an führender Stelle in der SPD. arbeiten. Ich nenne die Genossin Luise Schröder, die erfreulicherweise noch mitge-kommen ist, dann die Genossin Wolf, die ein großer Teil von Euch kennt und Frau Wegscheider, die sehr vielen bekannt sein wird.

Wie haben es in Berlin kennengelernt, wie die Phrase gerade den Frauen am meisten Kummer gemacht hat. Sie haben das feinste Gefühl dafür, was ihnen wirklich geboten wird und was

ihnen nur als Phrase versprochen wird. Als Beispiel möchte ich das Wort von dem gleichen Recht der Frau anführen. Dieses gleiche Recht sieht bei uns teilweise so aus, daß die alten Frauen auf den Trümmerstätten und Straßen arbeiten müssen, Steine klopfen müssen und dafür etwas Geld kriegen, und daß die jungen Männer, vor allen Dingen aus der KPD., in den Verwaltungen sitzen, obwohl sie sowohl ihrem Beruf, wie ihrer Eignung nach eher auf diese Trümmerstätten gehören, als unsere Frauen, die in den mittleren Jahren arbeitslos zu Hause herumsitzen müssen und sich mit dieser schändlichen Einrichtung Berlins und der Ostzone abzufinden haben, nämlich, wenn sie keine Arbeit finden oder arbeitsunfähig sind, die Karte 5 zu bekommen, das ist die Lebensmittellkarte, die weit unter Eurem schlechtesten Niveau liegt, und die nach dem Grundsatz, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, nach dem Prinzip des Ostens denen gegeben wird, die nicht arbeiten können oder keine Arbeit bekommen.

Das empörende vor allen Dingen ist, daß diese Karte auch den Hausfrauen gegeben wird, weil die Hausfrauenarbeit bei uns als Nichtarbeit angesehen wird. Das sind Dinge, die den Frauen täglich vor Augen stehen und die man nicht wegzaubern kann. Und nicht nur aus diesen, aber vor allen Dingen aus diesen Gründen haben wir als SPD. eine Basis bei den Frauen. Wir können mit ihnen reden, und sie wissen, daß wir ihnen nichts versprechen, was wir nicht halten können.

Die Frauen haben leider auch erlebt, daß die kostbarste Sache, die es gegenwärtig gibt, auch für die Propagandaaktion ausgenutzt worden ist. Man hat von seiten der KPD. den Frauen versprochen, daß jedes ihrer Kinder zu Weihnachten ein Kleidungsstück bekommen soll, hat diese Sache aber sehr spät und mit unzureichenden Mitteln aufgezogen, jedoch sehr viele Propaganda gemacht. Man hat unsere Genossinnen in diese Arbeit eingespannt. Sie haben Tüchtiges geleistet. Herausgekommen ist eine große Pleite, wie sie die Genossen vorausgesagt haben. Es waren lächerliche Spielzeuge da und ein paar Kekse, aber nicht zu beschaffen waren die versprochenen Kleidungsstücke und die versprochenen Schuhe für die Kinder, die genau wie bei Euch, zu Hause bleiben müssen, wenn feuchtes Wetter ist.

Wir haben mit so viel Begeisterung mitgearbeitet. Wie häufig haben die Frauen aufgerufen: Kämpft mit, Ihr könnt bei uns mitarbeiten, für die wirkliche Demokratie arbeiten. Und sie haben sich begeistert eingeschaltet. Aber von Monat zu Monat sind wir bedrückter geworden, als wir sahen, daß eine unfähige Verwaltung dieses kostbare Gut des Vertrauens, das ein großer Teil der

Bevölkerung ihnen entgegengebracht hat, mißbraucht wurde. Wir haben gesehen, daß viele Dinge, die möglich wären, wegen dieser unfähigen Verwaltung unterblieben.

Wir haben es schwer gehabt, im Herbst und im Winter zu sprechen und ich muß sagen, wir sind froh, daß wir den Kampf jetzt so weit durchgestanden haben und die saubere Scheidung erfolgt ist. Zwischen denen, die wirklich aufbauen und denen, die nur Phrasen wollen.

Die Begeisterung, die jetzt die neuen Aufgaben in Berlin bei den Frauen und Jugendlichen geweckt haben, und bei unserer gesamten Parteimitgliedschaft möchte ich Euch einmal hier vorführen. Ihr könnt es Euch praktisch nicht vorstellen, was es für uns bedeutet, daß wir jetzt saubere Luft haben und nach unserem Willen arbeiten können. Gehemmt sind wir natürlich ungeheuer im russischen Sektor, und zwar in einem Maße, das Ihr Euch auch nicht vorstellen könnt. Es hat dies der Genosse Hermsdorf aus Chemnitz angedeutet. Nicht viel anders sieht es im russischen Sektor in Berlin aus. Wir hoffen, darüber hinwegzukommen.

Ich glaube, daß wir die Möglichkeit haben, in Berlin unser demokratisches sozialistisches Ziel klar zu entwickeln und herauszustellen. Das gibt uns Hoffnung, und wir hoffen auch, daß wir Euch von unseren Erfahrungen laufend Kenntnis geben können, damit Ihr die Gefahren sehen könnt, die groß sind. Denn auch unsere Massen sind nicht immun gegen eine Propaganda, wenn sie vom Morgen bis zum Abend auf sie herunterregnet. Wir haben es ja erlebt, was der Rundfunk bedeutet, der nur für die Einheit gesprochen hat. Ihr könnt Euch gar nicht vorstellen, wie dort die Menschen beeinflußt werden. Aber Ihr habt es ja unter den Nazis selbst erlebt, wenn der Rundfunk von früh bis spät, abgesehen vom Musikprogramm, nur Dinge in einer ganz bestimmten Beleuchtung und Richtung vorführt.

Nun ist es in Berlin so, daß wir teilweise eine freie Presse haben, aber jetzt haben wir die Schwierigkeit, daß wir noch keine eigene Zeitung haben. Wir hoffen aber sehr, daß es uns endlich gelingt, diese Zeitung zu schaffen und daß es uns endlich gelingen wird, den Rundfunk von seiner einseitigen Herrschaft zu befreien. Dann ist und zusammen mit unseren begeisterten und treuen Genossen, die wir behalten haben, obwohl uns leider viele fähige Genossen unter den Funktionären verlorengegangen sind, weil es ihnen an Mut und Rückgrat fehlte, wohl auch möglich, ein neues Zentrum aufzubauen, damit wir dann gemeinsam wieder die neue Sozialdemokratische Partei in Deutschland aufbauen. (Lebhafter Beifall)

Ernst Gnos-Düsseldorf: Dieser erste Parteitag der Sozialdemokratischen Partei hat die Aufgabe, Klarheit nach den verschiedensten Seiten zu schaffen, die Klarheit, die wir notwendigerweise nach all den Vorkommnissen der letzten Monate in den Ostzonen gegenüber den Kommunisten brauchten, glaube ich, besitzen wir zur Genüge. Wir sind uns darin einig, daß die entschlossene Haltung der Sozialdemokraten der Ostzonen, die heute noch bei uns sind, uns verpflichtet, alles zu vermeiden, was ihre Aufgabe und ihren Kampf in den nächsten Wochen und Monaten gefährden könnte. Wir wollen keine organisatorische Gemeinsamkeit mit den Kommunisten, die das Recht und die Freiheit der Demokratie in Deutschland vergewaltigen.

Aber wir brauchen die gleiche Klarheit auch gegenüber anderen, und für uns, die wir aus dem schwarzen Westen kommen, ist eine entschiedene klare Abgrenzung der Politik der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der CDU, von außerordentlich großer Bedeutung. (Lebhafter Beifall)

Ich möchte in diesem Zusammenhange nur auf ein einfaches, aber für die zukünftige Entwicklung außerordentlich bedeutsames Symptom dieses Kampfes aufmerksam machen. Wir haben in der britischen Besatzungszone, und wir wurden gerade im Rheinland im besonderen davon betroffen, den ersten Kulturkampf wieder erlebt, den Kulturkampf, den gerade die katholisch orientierten Kreise der CDU, mit der Frage über die Abstimmung der Wieder Einrichtung der konfessionellen Schulen in der Westzone vom Zaune gebrochen und durchgeführt haben.

Wir als Sozialdemokraten haben in dieser Auseinandersetzung versucht, unter Hintansetzung unserer eigenen ursprünglichen Auffassung von der Weltlichkeit des Schulwesens den Gedanken der Gemeinschaftsschule zu propagieren. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß die gemeinsame Erziehung aller Kinder in den Schulen nach den demokratisch ausgerichteten Grundsätzen unseres neuen Deutschlands erfolgen soll und keine konfessionelle Trennung und damit wiederum eine Verankerung der Gegensätze schon im Kinde selbst eintritt.

Ich glaube, daß wir ein Recht darauf haben, auch von dieser Stelle aus der CDU, und all den tragenden Kreisen innerhalb der CDU, namentlich auch des katholischen Klerus zu sagen: Wir warnen davor, daß auch zukünftig in dieser Weise das deutsche Volk in den Kulturkampf hineingetrieben werden soll, und wir erklären, daß, wenn auf der anderen Seite nicht die Einsicht kommt, wir uns mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, gegen dieses Unterfangen zur Wehr setzen werden. (Lebhafter Beifall)

Es ist heute so, daß maßgebende Kreise der CDU. glauben, daß sie auf ihre besondere Tradition und ihre fortschrittliche Gesinnung sich berufen dürfen. Ich glaube aber, feststellen zu dürfen, daß es niemals einen größeren kulturellen Rückschritt geben würde, als das Bestreben der katholischen Kirche, die Volksschule wieder unter geistliche Schulaufsicht zu stellen. Nicht das, was in einem vergangenen Jahrhundert die kulturelle Höhe unserer Volksschule bestimmt hat, darf wieder eingeführt werden, sondern die freie demokratische Erziehung und die gesunde Entwicklung unserer Jungen und Mädels in den Gemeinschaftsschulen.

Ich habe mir kürzlich in einer Sitzung von einem Vertreter dieser Auffassung in der Nordrhein-Provinz sagen lassen müssen, daß einzig und allein die Kirche und das Christentum doch den Beweis dafür erbracht hätten, daß diese christliche Erziehungsgrundlage die stärksten Widerstandskräfte gegen die Beeinflussung durch den Nationalsozialismus ausgelöst hätten. (Hört, hört!) Ich muß von dieser Stelle sagen: Wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätte eine tausendjährige Erziehung des Christentums im deutschen Volke den Nationalsozialismus unmöglich machen müssen. (Lebhafter Beifall) Solche Behauptungen scheinen mir eine schlechte Beweisführung für die Tradition und den Fortschritt zu sein. Wenn man im gleichen Zusammenhange verkündete, daß auch wir als Sozialdemokraten nicht fortschrittlich gesonnen seien, weil wir uns auf das Kommunistische Manifest von 1848 beziehen, dann sage ich hier dasselbe, was ich in meiner Entgegnung diesen Herren gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte. Es kommt darauf an, daß eine Idee und ein Gedanke und daß die Grundsätze einer Auffassung zunächst einmal die Möglichkeit bekommen haben müssen, sich zu bewähren. Und dabei ist nicht entscheidend, ob das Ergebnis dieser Grundsätze auf die Wurzeln zurückgeht, die hundert Jahre alt sind. Gebt uns die Möglichkeit, und wir werden beweisen, daß unsere sozialistische Auffassung wirklich die bessere ist.

Es scheint mir notwendig zu sein, auch in diesem Zusammenhange noch ein paar Bemerkungen zu der Frage der jungen Generation zu machen. Es ist gestern in der Aussprache von einem Hamburger Genossen gefordert worden, daß die Sozialdemokratische Partei eine General-Amnestie fordern müßte, um diesen jungen Menschen die Rückkehr in das politische Leben zu ermöglichen. Ich möchte darauf verweisen: Eine Amnestie setzt voraus, daß vorher eine Schuld vorhanden war, und ich möchte deshalb formulieren, daß es unsere Aufgabe als Sozialdemokraten sein muß, das Vertrauensverhältnis zu diesen jungen Menschen herzu-

stellen durch eine Vertrauenskundgebung, die wir hier zum Ausdruck zu bringen haben. Diese jungen Menschen sind in Wirklichkeit die Entscheidung für die Zukunft, die Entscheidung über Demokratie und Sozialismus. Um sie zu ringen, ist unsere Aufgabe, sie an uns heranzuziehen muß unser Wille in der Gegenwart sein.

Nun, weil ich aus dem Westen, von Rhein und Ruhr komme, ein paar Bemerkungen zu diesem Problem. Wir, die wir am Rhein und Ruhr leben, sehen in den Bestrebungen, die jetzt in der Frage der Internationalisierung oder in der Loslösung von Rhein und Ruhr zu verzeichnen sind, eine außerordentlich große Gefahr und wir erinnern uns noch allzu deutlich jenes ersten Ruhrkampfes, der in den Jahren 1919 bis 1923 getobt hat. Wir erinnern uns noch jener nationalistischen Helden wie Schlageter, die geboren wurden aus der nationalistischen Übersteigerung des Ruhrkampfes. Ich möchte von dieser Stelle aus warnen. Ich möchte, daß in der symbolhaften Niederlegung des Schlageterkreuzes auf der Volksheimer Heide am 1. Mai auch gleichzeitig bei unseren Siegermächten die Erkenntnis kommt, daß mit einer gewaltsamen Loswältung von Rhein und Ruhr aus dem Gesamtverband des deutschen Volkes die Gefahr ins Ungemessene gesteigert wird.

Wir erklären, daß wir als Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit gegen diese Dinge uns zur Wehr setzen, und ich möchte das, was Dr. Schumacher hier gesagt hat, noch mit aller Deutlichkeit unterstreichen, nämlich, daß wir dafür sind, daß die internationale Abrüstung und die internationale Kontrolle aller Rüstungsunternehmungen auch am Rhein und an der Ruhr erfolgen soll. Aber wir glauben, daß die Sicherung des Friedens nicht nur darin besteht, daß am Rhein und an der Ruhr abgerüstet wird, sondern wir sind der Überzeugung, daß diese Abrüstung eine allgemeine sein muß. (Lebhafter Beifall)

Wir möchten an Rhein und Ruhr, wo die berüchtigte Waffenschmiede einmal aufgeboten worden ist, jetzt im Dienste des Friedens den Beweis führen, daß wir wirklich auch sie als eine Quelle der Wohlfahrt und des Friedens für eine glückhafte Gestaltung der Zukunft aller Menschen betrachten. (Lebhafter Beifall)

Vorsitzender *Franz Bögler*: Es ist ein von neun Genossen unterzeichneter Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen. Wünscht jemand gegen diesen Antrag Stellung zu nehmen? Es sind noch zwanzig Redner eingezeichnet. — Das ist nicht der Fall. Dann kämen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer für Schluß dieser Debatte ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Ich stelle Annahme gegen zwei Stimmen fest. Damit ist die Debatte geschlossen.

Genosse Dr. Agartz hat auf das Schlußwort verzichtet. Dr. Schumacher wird sein Schlußwort morgen, am Ende des Parteitages sprechen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die zu diesem Tagungsordnungspunkt vorliegenden Vorlagen. Es handelt sich um die Vorlagen sieben, acht und zehn.

Sämtliche drei Vorlagen werden einstimmig angenommen.

Dann noch eine Mitteilung. Heute nachmittag steht auf der Tagesordnung, Beratung über das Organisationsstatut. Um diese Beratung rasch vornehmen zu können, werden alle Delegierte gebeten, in der Mittagspause das Organisationsstatut zu lesen, dann erübrigt sich die Verlesung heute nachmittag und es müssen nur noch einzelne Veränderungen, wie sie die Kommission bekannt gibt, vorgenommen werden.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Vorsitzender *Franz Bögler*: Den Bericht der *Mandatsprüfungskommission* erstattet der Genosse *Wittig*, Hessen.

Bruno Wittig-Butzbach: Im Auftrag der Mandatsprüfungskommission habe ich Ihnen Bericht zu erstatten. Die Mandatsprüfungskommission des Parteitags hat festgestellt, daß 22 Bezirke mit 258 Delegierten einschließlich fünf Mitgliedern des Westzonenbüros vertreten sind. Die Mandate wurden geprüft und alle für gültig befunden. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Außerdem befinden sich zwölf Genossinnen und Genossen aus Berlin als Gäste auf unserem Parteitag.

Vorsitzender *Franz Bögler*: Wir haben den Bericht des Genossen *Wittig* gehört. Wer für die Gültigerklärung der Mandate ist, den bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Ich stelle einstimmige Annahme fest. Wir treten jetzt in die Mittagspause ein.

(Mittagspause 13.03 Uhr.)

Nachmittagssitzung

Vorsitzender *Julius Lossmann* eröffnet um 15.25 Uhr die Nachmittagssitzung und verliest den Text einer Begrüßungsansprache des Vertreters der

Partei der Arbeit in Holland,

Zwart, der vorzeitig abreisen mußte.

Gruß der holländischen Partei

Die „Partei der Arbeit“, die stärkste Partei der Niederlande, sendet ihren Kameraden der SPD., der freien und unabhängigen SP., ihre brüderlichen Grüße.

Wenn ich — als Vertreter dieser Partei — hier das Wort ergreife, dann nur deswegen, weil wir die besonderen Interessen des Auslandes an diesem, Eurem Kongreß betonen wollen.

Es ist Euch wohl allen klar, daß die Bedeutung dieses Kongresses weit über den deutschen Rahmen hinausgeht. Euer Verhalten, Eure Diskussionen, Eure Beratungen werden nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und den Vereinigten Staaten mit lebhaftem Interesse verfolgt.

Dieses lebhaftes Interesse entspricht den Erwartungen, die an diesen Kongreß geknüpft werden. Es ist daher unbedingt notwendig, daß der Welt gezeigt wird, daß Ihr nicht nur gewillt, sondern fest entschlossen seid, den Kampf für die demokratische Erneuerung Deutschlands zu führen.

Eine gewaltige Arbeit steht Euch bevor. Die Aufgabe, ein demokratisches und sozialistisches Deutschland zu schaffen. Bei der Durchführung dieser Aufgabe werdet Ihr Hilfe brauchen, Hilfe vom Ausland. Aber dort wird man zunächst in die Hauptsache abwarten. Mit allzuviel Hilfe braucht Ihr vorläufig nicht zu rechnen, denn für eine umfassende Hilfsaktion braucht man Vertrauen, und dieses Vertrauen, das Vertrauen, das wir vor 1933 hatten, ist nicht mehr da.

Es würde zu weit führen, zu untersuchen, ob dieses Vertrauen damals berechtigt, und wenn das zutrifft, ob wir dann berechtigt waren, es aufzugeben. Für diesen Moment, für die Beurteilung der augenblicklichen Lage genügt die Feststellung, daß dieses Vertrauen verlorengegangen ist.

Zu Euren wichtigsten Aufgaben gehört daher die Zurückgewinnung dieses Vertrauens. Das wird nicht leicht sein. Ihr lebt und kämpft unter schweren, ja schwersten Bedingungen. Ungenügende Ernährung, eine zerschlagene Wirtschaft, zerstörte Städte und die

unzähligen Opfer des Hitlerkrieges werden Euch die Arbeit erschweren.

Und dennoch werdet Ihr es schaffen müssen: Dennoch, denn sonst bleibt das Wort der Wiedergutmachung eine leere Phrase. Die Wiedergutmachung besteht nämlich nicht in einer Verteilung des deutschen industriellen Reichtums. Alle Eure Schiffe, Fabriken und sonstigen Installationen, alles was Ihr habt, würde nicht für einen Bruchteil gutmachen können, was unserem Volk durch den Hitlerkrieg an unsagbaren Leiden zugefügt worden ist.

Unsere besten Kameraden sind in dem Kampf gegen das braune Mordregime gefallen, die nazistischen Erschießungspelotons und die Konzentrationslager dezimierten die Reihen unserer Aktivistinnen. Kann man uns verdenken, daß das Vertrauen schwand?

Als 1933 Tausende und aber Tausende in die NSDAP. eintraten, konnten wir uns zwar sagen, das tun sie, um sich zu sichern, aber diese Haltung des deutschen Volkes war gerade nicht geeignet, um unser Vertrauen zu stärken, sondern sie war geeignet, unsere Verachtung zu wecken.

Wenn jetzt in der östlichen Zone Deutschlands eine Entwicklung zu verzeichnen ist, die eine überraschende Ähnlichkeit aufweist, wenn jetzt wieder Tausende sich melden für die Fortsetzung der KPD., für die SED. — nur um sich zu sichern — dann wird nicht das Vertrauen, sondern die Verachtung wachsen.

Genau so, wie für die im nationalsozialistischen Geiste erzogene deutsche Generation nur das als wahr galt, bzw. noch gilt, womit sie gestopft wurde, erkennt auch der stalinistisch erzogene KPD.-Anhang nur das, was man sie gelehrt hat.

Die nationalsozialistische war und die bolschewistische blieb nach wie vor außerstande, in anderen als in den ihr vermittelten und schematisch beigebrachten Kategorien zu denken und zu urteilen, so daß wie zur Hitlerzeit mit Nazi-Deutschen, so nach wie vor mit den sogenannten Kommunisten keine Verständigungsmöglichkeit besteht zwischen den Bekennern der Respektierung der menschlichen Persönlichkeit einerseits und der kollektiv-totalitären Welt des Sowjetismus andererseits.

Der Genosse Karl Meitmann erklärte in Hamburg: „... Keine falschen Fronten mehr. Das ist die eindringlichste Lehre dieser zwölf Blutjahre ...“ Ich stimme ihm bei. — Keine falschen Fronten mehr, von wem sie auch immer errichtet werden.

Das Zentral-Komitee der KPD. richtete in der Versammlung vom 12. Juni 1945 einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem es heißt ...

„Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk . . .“

Aber, nicht nur Sowjet-Soldaten, nicht nur Sowjet-Offiziere in den Ämtern der besetzten Gebiete — sondern auch Molotow, Kalinin und Stalin lassen jeden klipp und klar wissen, welche Endziele verfolgt werden.

Molotow erklärte:

„. . . Man darf keinen Augenblick vergessen, und man muß sich jederzeit die Tatsache vor Augen halten, daß die Grundsätze und Endziele der Kommunistischen Partei einerseits und der Sowjet-Union andererseits stets identisch und unverändert bleiben . . .“

Kalinin erklärte:

„. . . Die opportunistischen Führungen der westlichen Demokratien sind bloß Diener des Kapitalismus in Schafspelzen . . . Im Verlaufe verschiedener Phasen ihres Kampfes um ihre immer gleichbleibenden Ziele war die Kommunistische Partei öfters genötigt, vorübergehend im Bunde mit Groß-Bourgeoisie, mit Liberalen und mit Klein-Bourgeoisie zu gehen, doch zugleich hat sie gegen dieselben in wesentlichen Fragen nach wie vor einen kompromißlosen Kampf geführt und ihren falschen Demokratismus sowie ihren unwahren Sozialismus entlarvt. An solche Politik werden sich die Bolschewiken immer halten . . .“

Stalin erklärte:

„. . . Wir dürfen nicht auf Lorbeeren des Sieges über Berlin ruhen und uns bequem machen, sondern wir müssen die Macht der Sowjet-Union und die Schlagkraft der Roten Armee auf solche Höhe bringen und aufrechterhalten, die uns instandsetzen soll, allen möglichen Machtkonstellationen außerhalb der Sowjet-Union überlegen zu sein . . .“

... Wir leben nicht nur in einem einzigen Staate, sondern in einem System von Staaten, und es ist begreiflich, daß die Sowjet-Union noch eine lange Zeit genötigt sein wird, Seite an Seite mit imperialistischen Staaten zu existieren. Doch schließlich die eine oder die andere Welt muß obsiegen ... Die Welt ist nun in zwei Lager gespalten: das kapitalistische Lager mit dem anglo-amerikanischen Kapital an der Spitze einerseits, und das sozialistische Lager mit der Sowjet-Union an der Spitze andererseits. Wer immer unfähig sein sollte, diese Anti-These zu begreifen, der wird auch niemals den Wesenskern der gegenwärtigen internationalen Lage verstehen können ..."

Jawohl, keine falschen Fronten mehr ...

Und darum liegt die besondere Bedeutung dieses Kongresses in der Formierung eines Gegenstückes des Berliner Vereinigungskongresses.

Sie liegt in der Beweisführung, daß diese Vereinigung eine Zwangsvereinigung war, daß von einer freiwilligen Vereinigung mit den Anhängern einer Diktatur nicht die Rede sein kann.

Nicht nur in Deutschland, sondern in Holland, England, Frankreich, Italien, überall werden Versuche unternommen von den Gesinnungsgenossen der Teilnehmer des „Roten Volksentscheids von 1931“, um die Sozialdemokraten zu einer Vereinigung mit den Kommunisten zu bringen.

Welche Fehler in der Vergangenheit auch immer gemacht wurden, sie geben uns nicht das Recht, jetzt den größten historischen Fehler zu machen und unsere Selbständigkeit, unsere demokratische Gesinnung, unsere sozialistische Überzeugung zu opfern für die Karikatur einer Einheit.

Die einzige Einheit, die von den Kommunisten angestrebt wird, ist die Einheit der Unterwerfung unter eine Diktatur. Und ich glaube, daß dem deutschen Volke eine Diktatur genügen sollte.

Dieses dem Ausland plastisch vor Augen zu führen, ist Eure Aufgabe. Dem Ausland sind so wenig Einzelheiten über die Methoden, die bei dieser Zwangsvereinigung angewandt wurden, bekannt. Wir erfahren jetzt erst, was für Ereignisse sich in dieser Zone abgespielt haben.

Es wird mit zu Eurer Aufgabe gehören, uns eine gründliche Information zu sichern, damit wir bei der Beurteilung Eures Verhaltens nicht sagen müssen — das verstehen wir nicht —, so wie wir es ab 1933 manchmal gesagt haben. Auch aus dieser Zeit

fehlten uns die eingehendsten Informationen, fehlten uns die Angaben über Einzelheiten und so wurde verhindert, daß wir einen klaren Blick über die deutschen Verhältnisse bekamen.

Wenn wir diesem zuvorkommen, werden wir vieles vermeiden können, werden wir dem Auslande über die Verhältnisse Aufklärung geben und uns dadurch eine Grundbedingung für eine Hilfe von draußen sichern. Es wird auf Euch geachtet, Ihr seid mit diesem Kongreß ins Scheinwerferlicht der politischen Bühne getreten, sorgt dafür, daß keine neuen Enttäuschungen entstehen. Wenn Ihr diese Aufgabe erfüllt, könnt Ihr mit unserer Hilfe rechnen.“

Vorsitzender *Julius Lossmann*: Wir begrüßen unseren Genossen *Kurt Heinig*, der aus Schweden gekommen ist, und der uns die Grüße unserer schwedischen Genossen überbringen wird.

Grüße der dänischen und schwedischen Sozialdemokratie

Kurt Heinig-Stockholm: Ich habe zuerst den Auftrag Euch den *Gruß der dänischen Sozialdemokratie* zu verlesen:

„Die dänische Sozialdemokratie wünscht dem Kongreß Energie und Glück, um die für die Partei und die deutsche Bevölkerung richtigen Beschlüsse zu treffen. Die dänische Arbeiterbewegung folgt mit besonderem Interesse der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. In den früheren Zeiten, die glücklicher für die deutsche Arbeiterschaft waren, hatten wir eine gute und enge Zusammenarbeit zwischen der deutschen und dänischen Sozialdemokratie. Jetzt sehen wir in der deutschen Sozialdemokratie eine tragende Kraft zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands.

Dänemark und die dänische Bevölkerung haben wie andere Länder unter der Gewaltherrschaft Hitlers schwer gelitten. Verräterisch und brutal überfiel der deutsche Nazistaat mit seiner Wehrmacht und der Gestapo am 9. April 1940 Dänemark, und die Gewaltherrschaft wurde mit sich immer mehr steigender Brutalität durchgeführt bis zur Befreiung durch die Alliierten im Mai 1945.

Die dänische Arbeiterklasse wünscht wie das ganze dänische Volk ein neues Europa, eine neue Welt, in der Frieden und gute ökonomische Verhältnisse den breiten Massen gesichert sind. Wenn eine solche neue Welt geschaffen werden soll, muß Deutschland in die Mitarbeit der Nationen eingegliedert werden. Es ist die augenblickliche historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie bei der Schaffung eines neuen demokratischen Deutschlands die tragende Kraft zu sein, ein Deutschland, in dem

großkapitalistische und großagrarische Interessen keine Rolle mehr als treibende Kraft zum Kriege spielen können. Die dänische Sozialdemokratie wünscht der deutschen Sozialdemokratie Glück zur Lösung dieser geschichtlichen Aufgabe und damit bei der Sicherung des Weltfriedens mitzuwirken. Wir wünschen gute Arbeit für Frieden, Freiheit und Sozialismus." (Beifall!)

Das ist der Gruß der dänischen Sozialdemokraten. Und nun ein *Gruß von der schwedischen Sozialdemokratie*. Als ich, die Einladung der Genossen Schumacher und Ollenhauer dem schwedischen Parteivorstand brachte, sagte man mir gleich, daß man Eure Veranstaltung für so wichtig halte, daß man ein Mitglied des Parteivorstandes ebenfalls senden wolle. Es wurde auf Vorschlag des Parteivorsitzenden, des Genossen Per Albin Hanson, der Genosse Lindström vom schwedischen Parteivorstand dafür auserséhen. Wir beide bereiteten uns vor hierher zu kommen. Dabei hatten wir erst einige kleine Schwierigkeiten, weil wir ja das englische Visum haben mußten, und wie das so ist, bei allem Guten, funktionieren Militärverwaltungen nicht immer so schnell wie der Reisende das gerne haben möchte. So verzögerte sich das etwas. Dazu trat ein Unglücksfall ein, die Schwester des Genossen Lindström starb, und er mußte zurückbleiben.

Darauf beauftragte der schwedische Parteivorstand mich, Euch die Grüße der schwedischen Partei zu überbringen. Die schwedische Partei verfolgt Eure Verhandlungen mit größter Aufmerksamkeit. Sie ist sehr interessiert an Euren Beratungen und Beschlüssen und die schwedischen Genossen wünschen herzlich, daß die deutsche Sozialdemokratie bald wieder in der internationalen Arbeiterbewegung ihren Platz einnimmt.

Außerdem haben mich auch unsere deutschen Genossen in Stockholm beauftragt, Euch zu grüßen. Das sind die Genossen, die in schweren Jahren treu zum Parteivorstand gehalten haben, und die auch draußen manche Stürme erlebten. Ich glaube, wenn wir an den Wiederaufbau der Internationale gehen, wird es notwendig sein, manches Mißverständnis wegzuräumen, Mißverständnisse in der Internationale über die Haltung der deutschen Arbeiterbewegung während der dreizehn Jahre, Mißverständnisse in Deutschland bei den deutschen Arbeitern über die Haltung der Arbeiterparteien im Auslande.

Ich habe heute früh einige Töne in der Diskussion gehört, bei denen ich bedenklich wurde. Wenn ich mich erinnere, was während dieser dreizehn Jahre die sozialistischen Parteien für die deutsche Arbeiterbewegung in deren Kampf gegen den Nationalsozialismus geleistet haben, so scheinen einige Worte notwendig.

Allein was diese beiden Sozialdemokratien, die dänische und die schwedische, an Unterstützungen und Hilfe für die illegale Arbeit — das ist noch nicht geschrieben, das wird einmal geschrieben werden müssen — geleistet haben, das reicht an Summen, die ihr nicht mit drei oder vier Stellen werdet schreiben müssen, sondern mit sechs, sieben oder acht Stellen. Kommt dieser Bericht einmal, dann werdet Ihr, mancher unter Euch, verwundert sein, daß Ihr vielleicht doch die Arbeiterbewegung des Auslandes nicht ganz exakt beurteilt.

Und dem Auslande andererseits ist im Laufe der Jahre eine Erscheinung allgemein geworden, die sich auch aus den besonderen Umständen erklären läßt. Sehr ungünstig war es, daß immer weniger Nachrichten aus Deutschland kamen. Und so erschien die Meinung ganz verständlich, und sie wurde üblich, daß die deutsche Arbeiterbewegung untergegangen sei, nicht, daß sie unterirdisch geworden sei, sondern daß sie eben untergegangen sei, und daß die deutsche Sozialdemokratie die Hoffnungen, die man auf sie gesetzt habe, nicht erfülle.

Man konnte darauf hinweisen, daß die Voraussetzungen des illegalen Kampfes ganz andere sind, als die internationale Arbeiterbewegung sie sich überhaupt vorzustellen vermag. Es fehlte aber die Beweiskraft. Und so sehe ich in der Arbeit des Parteivorstandes, über die Leistungen und die Opfer der dreizehn Jahre die Bruderparteien im Auslande zu unterrichten, etwas außerordentlich Wichtiges.

Eine zweite Bemerkung: Ihr in Deutschland habt jetzt die Auseinandersetzung um die Einheitspartei. Das was Ihr jetzt im großen und als politische Realität erlebt, das haben wir als ein Sturm im Glas Wasser und als ein Element der russischen Kriegspropaganda schon seit Jahren im Auslande erlebt. Schon seit Jahren haben sich die deutschen Kommunisten im Ausland um die Bildung von Einheitsfronten bemüht. Es fing an mit gemeinsamen Kundgebungen und man wollte zur Bildung von Ausschüssen und sogar von Organisationen übergehen. In einzelnen Ländern hat das sogar zur Spaltung der sozialdemokratischen Emigranten geführt. Es war das gleiche Rezept, wie wir es jetzt wieder aktuell in Deutschland erleben. Freundschaft, Demokratie!

Die Kommunisten waren auf einmal so demokratisch, daß wir uns als Reaktionäre vorkamen. Sie wurden solche Patrioten, daß wir uns als vaterlandslose Gesellen vorkamen. Wir kamen überhaupt nicht mit in dieser Melodie. Wenn ich jetzt sehe, mit welcher Lebhaftigkeit dieser Kongreß die Tagesaufgaben diskutiert, und wenn ich mich erinnere, daß im Ausland die Befürchtung

bestand, daß das etwa in Deutschland die alten Funktionäre seien, die sich noch einmal wieder sammeln, und wenn ich das vergleiche mit diesem jugendlichen Eindruck dieses Parteikongresses, mit dieser zahlreichen Anwesenheit jüngerer Genossen, dann sieht man, daß die Furcht vor dem Traditionalismus doch schließlich nur aus Unorientiertheit bestand.

Wer durch die Ruinen Deutschlands fährt, und noch an Traditionalismus glaubt, der sieht nicht die Tatsachen, wie sie sind. Ich glaube, daß die Sozialdemokratie in Deutschland ihre Pflicht so erfüllen wird, wie sie sie früher erfüllt hat, und daß sie ihre Pflicht in der Internationale tun wird, und ich wünsche Euch allen den Weg von der inneren Freiheit zur äußeren Freiheit. Ich wünsche Euch, daß Ihr diesen Weg bald zurücklegen mögt, und daß Ihr wieder im freien Kreis der Internationale die alte deutsche Sozialdemokratie in ihrem neuen Gesicht repräsentieren könnt. (Bravo und lebhafter Beifall)

Vorsitzender *Julius Lossmann*: Das Wort hat nun die Genossin *Luise Schröder* zur Begründung einer Frauenresolution.

Luise Schröder-Berlin: Wir weiblichen Delegierten dieses Parteikongresses sind in der Mittagspause zusammengekommen, um eine EntschlieÙung zu formulieren, und ich bitte Sie, diese EntschlieÙung anzunehmen.

Wenn wir Sie bitten, diese EntschlieÙung anzunehmen, so tun wir Frauen das in dem Bewußtsein, daß nicht nur wir deutschen Frauen und Mütter Unerhörtes in diesem entsetzlichen Krieg gelitten haben. Nicht nur wir haben schwer getragen an dem Bombenkrieg, der uns in einer Weise gepeinigt hat, wie es kein Geschichtsschreiber später in irgendeinem Buch verkünden kann. Nicht nur wir haben gelitten unter der furchtbaren Sorge um die Männer, um die Söhne, die als halbe Kinder von unserer Seite fortgerissen wurden in das furchtbare Kriegsverbrechen. Nicht nur wir deutschen Frauen haben gelitten in der Qual in dem Gedanken an die Männer und Söhne, die als Opfer des Nationalsozialismus in die Konzentrationslager, Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen worden sind, und die zu einem Teil unter dem Henkerbeil und am Galgen geendet sind für ihre Überzeugung.

Wir wissen, daß das schlimmste Verbrechen, das die Welt je gesehen hat, der Nationalsozialismus war. Wir wissen, daß in gleicher Weise gelitten haben die Frauen und Mütter und Kinder all der Länder, die durch Deutschland mit in den Krieg hineingezogen worden sind. Wir denken heute, wenn wir an unsere trauernden Frauen denken, genau so an die vielen Frauen Eng-

lands, Frankreichs, Amerikas, Rußlands und der Länder, die überhaupt nichts mit dem Krieg zu tun hatten, wie Schweden, Norwegen, Belgien, Holland, wie die Länder der Balkanstaaten, in die Deutschland eingebrochen ist. Der Krieg hat auch diese Länder und diese Mütter mit in das fürchterliche Elend und Leid dieses Jahrhunderts hineingerissen.

Aber, Genossen und Genossinnen, ich darf es auch sagen, daß wir heute auch denken an jene mutigen Frauen, jene unserer Genossinnen, die nicht nur um den Mann gelitten, sondern die selber ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben. Ich denke an Ravensbrück, jenes Lager, das Tausende und aber Tausende von Frauen in diesen Jahren gepeinigt hat. Ich denke an die Genossinnen Tesch und Oesterreicher, die dort gestorben sind. Ich denke an die hier anwesende Genossin Stiebler, die nicht weniger als elf Jahre hinter Kerkermauern zugebracht hat. Ich denke an all jene Frauen, wie Toni Pfülf, Minna Bollmann, Bohm-Schult, die an dem Nationalsozialismus zerbrochen sind, und an Anna Kirchner, die der Nationalsozialismus genau wie alle die Männer am Galgen hat enden lassen.

Das sind nur Beispiele der furchtbaren Leiden, die wir und unsere Genossinnen und Genossen erdulden mußten. Wir alle, die wir jetzt in grauen Haaren hier stehen, wir haben in den 14 Jahren der deutschen Republik immer wieder dem deutschen Volke zugerufen, wer Adolf Hitler wählt, der wählt den Krieg, und in unzähligen Veranstaltungen haben wir gerufen! „Nie wieder Krieg!“

Man hat uns nicht hören wollen, man hat nicht mit uns gearbeitet und gekämpft, um dieses Unheil vom deutschen Volk und von der Welt abzuwenden. Es hat keinen Zweck, heute zu grollen, sondern wir müssen alles tun, um unserem Volke zu helfen und um den Völkern zu helfen, daß nie wieder Krieg werde. Wir wissen, daß unzählige Frauen an diesem Krieg zerbrochen sind, wir wissen, daß der Jugend eine Welt zusammengebrochen ist. Die jungen Frauen und Mädchen, denen man eine glückliche Ehe und eine frühe Mutterschaft versprochen hat, sie stehen heute allein da. Wir haben es vorhin gehört, zwei Drittel des deutschen Volkes sind Frauen, und wenn wir die Jugend nehmen, so ist das Verhältnis von Mann zu Frau ein noch ungünstigeres.

Aber wir wissen auch, daß auch in anderen Ländern die Männer von den Frauen fortgerissen worden sind und nun heute die Frauen arbeiten müssen, physisch arbeiten müssen, wie wir es in Deutschland sehen. Es ist tragisch, daß die Frau heute als Bauarbeiterin ihre Kraft und ihre Gesundheit hergibt, daß die Frauen arbeiten müssen, um ihre Kinder zu ernähren und ihre Eltern zu versorgen.

Die Kinder leiden nicht nur physisch, sie leiden auch psychisch in der furchtbarsten Weise. Ich erinnere daran, daß in Berlin unter zehn Mördern sieben Jugendliche sind. Die Kinder sind nicht in der Lage, dem Schulunterricht zu folgen. Wir wissen, daß besonders die Bandenüberfälle in erster Linie von Jugendlichen verübt werden, und wir wissen, daß unsere weibliche Jugend ihre Gesundheit und ihr ganzes Lebensglück zerstört in einer sexuellen Verwahrlosung, die der Krieg geschaffen hat. Nicht um sie zu schelten, sage ich das, sondern um zu sagen, daß wir die Pflicht haben, ihnen zu helfen und dafür zu sorgen, daß die Kinder nicht dasselbe Elend durchmachen müssen wie wir.

Dazu ist eine große Arbeit nötig. Sie kann nur geleistet werden im Wege der Demokratie, das heißt im Wege der Achtung und der Wertung der Persönlichkeit, aber auch der vollsten Verantwortung. Deshalb haben wir Berliner Sozialdemokraten, die wir hier vertreten sind, uns gewehrt gegen eine neue Form der Diktatur, gegen eine neue Form der Unfreiheit. Wir wollen die Männer, aber vor allem auch die Frauen und die Jugend lehren, selber zu denken, selbst die Verantwortung zu tragen, selbst mitzuarbeiten, um ein neues, ein gesünderes, ein demokratisches und ein sozialistisches Deutschland zu schaffen.

Und gleichzeitig wollen wir Frauen durch die Entschließung, die wir Sie bitten, anzunehmen, dem Auslande danken für die Hilfe, die es uns gewährt hat. Ein Genosse aus Hamburg hat auf die Hilfe hingewiesen, die bereits von Schweden und dem Internationalen Roten Kreuz gewährt worden ist. Wir wissen, daß auch Amerika darangeht, monatlich 2000 Tonnen Lebensmittel und andere Hilfsmittel nach Deutschland zu entsenden, und wir Berliner wissen, daß wir schon verhungert wären, wenn uns nicht das Ausland, wenn uns nicht England und Amerika mit Weizen, Fett, Konserven und anderen Lebensmitteln geholfen hätte.

Dafür danken wir von ganzem Herzen. Aber mehr noch als für die materielle Hilfe sind wir dankbar, daß man uns die Hand wieder entgegengestreckt hat, daß dieselben Staaten, die noch vor gut einem Jahr in ihren Rundfunksendungen uns immer wieder sagten, Deutschland kann nicht auf unsere Hilfe hoffen, Deutschland ist der Kriegsverbrecher, daß diese selben Staaten uns heute ihre Hand entgegenstrecken und sagen, wie es unser Genosse, der englische Ministerpräsident Attlee, formuliert hat, ein verhungertes Volk im Herzen Europa ist die gleiche Gefahr wie ein gerüstetes Volk im Herzen Europas. Wir wollen nicht gerüstet sein, wir wollen darum bitten, daß uns das Ausland dabei hilft, daß wir nicht verhungern.

Wir hoffen, wir Männer und Frauen, wir Sozialisten, daß diesem entsetzlichsten Kriegselend niemals ein neues folgen wird. Wir hoffen nicht, wie es manche heute in Deutschland tun, auf eine Uneinigkeit zwischen den Siegerstaaten, nein, wir hoffen auf eine Einigkeit aller Staaten, der Siegerstaaten wie der so grausam unterlegenen Staaten. Zu diesem Gedanken wollen wir Sozialisten unsere Jugend erziehen und in diesem Gedanken unseren Nachwuchs schulen. Wir wollen sie lehren das Heldentum des Friedens, das Heldentum all der Ärzte, die kämpfend für die Gesundheit der Völker, das Heldentum der Männer, die gerungen und dafür gelitten haben, daß dieser Krieg nicht kommen sollte. Wir wollen ihnen sagen, es gibt kein Heldentum des Krieges, es gibt nur ein Kriegsverbrechen und ein Heldentum des Friedens. (Bravol)

Und weil wir dies zum Ausdruck bringen möchten auf diesem ersten großen Parteitag nach den furchtbaren sechs Kriegsjahren und nach den furchtbaren zwölf nationalsozialistischen Jahren, darum nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Sie bitte, obgleich ich gerade erst meinen Schritt auf diesem Parteitag gesetzt habe, *stimmt einstimmig für diese EntschlieÙung. Zeigt es der Welt: Die deutsche Sozialdemokratie streckt ihre Hand entgegen den Brüdern und Schwestern im Auslande in dem Bestreben: Nie wieder Krieg; und Glück für die Menschheit!* (Starker Beifall.)

Vorsitzender *Jullus Loßmann*: Wir kommen nunmehr zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei.

Als Referent der Statutenberatungskommission hat Genosse *Kubel* das Wort:

Allred Kubel, Braunschweig: Ihnen liegt unter Vorlage 5 der Entwürfe des Büros der Westzonen für das Organisationsstatut vor. Der Zonenausschuß der drei Westzonen hat nach langer Diskussion über die zahlreich eingegangenen Anregungen zu diesem Entwürfe eine Kommission zur Beratung gewählt. Dieser Kommission haben angehört die Genossen Gayk-Kiel, Kuklinsky-Kiel und Kubel-Braunschweig.

Die Kommission ist in dem Gedanken an die Prüfung herangegangen, nur die wirklich wichtigen Anregungen in den Vorschlag hineinzuarbeiten und dieses Statut gewissermaßen in dem Sinne als erstes Statut zu betrachten, indem dieser Parteitag der erste Parteitag der SPD. ist. Wir glauben Ihnen empfehlen zu müs-

sen, dieses Statut nach der Einarbeitung der Vorschläge durch die Kommission annehmen zu sollen, und wir glauben, Ihnen empfehlen zu müssen, eine weitere Diskussion über das Statut auf dem nächsten Parteitag durchzuführen, wenn wir ein Jahr lang Gelegenheit gehabt haben, in der Praxis zu prüfen, wie es sich unter den neuen Begebenheiten in unserer Partei bewährt.

Ich darf voraussetzen, daß Sie der Anregung Folge geleistet haben und das Statut nochmals in der Mittagspause durchgelesen haben, so daß ich mich darauf beschränken darf, das vorzulesen, was gegenüber der Ihnen vorliegenden Fassung durch die Vorschläge aus den Kreisen der Delegierten abgeändert worden ist.

§ 1: Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Es ist in den Unterhaltungen über das Statut mehrfach darauf hingewiesen worden, daß eine große Anzahl unserer Genossen, die in das Ausland emigriert sind, noch dort sind und noch nicht zurückkehren konnten. Auch sie gehören im Sinne dieses Paragraphen zu uns. Wir haben für diesen Zweck für diese Genossen den Paragraphen noch erweitert. Wir schlagen vor, folgenden Beschluß als Ausführungsbestimmung zu dem Paragraphen 1 zu fassen:

Die im Ausland lebenden deutschen Sozialdemokraten schließen sich, soweit das in den vergangenen 13 Jahren noch nicht geschehen ist, in ihrem Aufenthaltslande in einer Vereinigung zusammen. Die Voraussetzung für deren Anerkennung durch die deutsche Sozialdemokratische Partei ist die Anerkennung des Statutes und des Programms. Sie leisten ihren Beitrag wie die deutschen Bezirksverbände an den deutschen Parteivorstand. Die Mitgliedschaft in einer Vereinigung der Sozialdemokraten im Ausland enthebt nicht von der Verpflichtung, der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ihres Aufenthaltslandes anzugehören.

Es ist hierbei selbstverständlich, wenn ich ankündige, daß die SEP. keine Vereinigung, sondern eine Spaltung bedeutet.

In § 2 ist wenig geändert. Wir haben in dem ersten Absatz hinter das Wort „Aufnahme“ eingefügt „oder Ablehnung“. Ich lese den ersten Absatz noch einmal vor:

Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruchs hat jede Organisationsleitung der Partei. Über Einsprüche gegen die

Annahme oder die Ablehnung entscheiden nacheinander Bezirksvorstand und Parteivorstand. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gleichfalls bleibt unverändert der Absatz 2. Wir halten aber aus stilistischen Gründen die Ordnung der Absätze als verbesserungsbedürftig. Ich schlage von der Kommission vor, den Absatz 4 des vorliegenden Vorschlags hinter den Absatz 2 zu fügen, so daß also Absatz 3 zu Absatz 4 wird. Dann haben wir im Zusammenhang die Behandlung der Mitglieder gegnerischer Parteien und die Behandlung von früheren Mitgliedern gegnerischer Parteien unserer Organisationen.

Ich möchte weiter, daß dem Antrag stattgegeben wird, daß in dem Absatz, der jetzt in dem vorliegenden Entwurf Absatz 4 ist, nach unserem Vorschlag Absatz 3 wird, daß als Bürgen für solche Parteibewerber nur zwei Mitglieder unserer Partei zugelassen sind, die ihrerseits nicht Mitglieder der NSDAP. oder ihrer Gliederungen waren. Ich glaube, eine Begründung dieses Wunsches erübrigt sich. Wir möchten nicht als Bürgen für ehemalige Parteigenossen gleichfalls frühere Mitglieder der NSDAP. Dieser Absatz lautet jetzt:

Alle Aufnahmeanträge von früheren Mitgliedern gegnerischer Parteien oder Organisationen müssen durch die Unterschrift von zwei Mitgliedern der Partei, die nicht Mitglieder der NSDAP. oder einer ihrer Gliederungen waren, unterstützt werden.

Im Paragraphen 3 ist zunächst ein Druckfehler in der dritten Zeile zu berichtigen. Es darf da nicht heißen „Der Bezirksvorstand“, sondern es muß heißen „Der Bezirksverband“. Im übrigen ist hier wieder der Kreisverband eingefügt worden, so daß der Satz 2 im § 3 heißen wird:

Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Kreisverbände und Unterbezirke zusammengelegt werden können.

Im nächsten Satz haben wir einige Worte geändert. Eine Begründung ist nicht nötig:

Zur Durchführung der organisatorischen und politischen Arbeiten . . .

— statt Organisationsarbeiten und politischen Aktionen, weil der Begriff Aktionen uns mehr auf ein einmaliges Ereignis hinzuweisen scheint.

Wir haben in der letzten Zeile statt „Aktionsgruppen“ einfach „Gruppen“ gesagt.

In § 4 haben wir gleichfalls die Kreisverbände eingefügt, so daß die erste Zeile heißt:

Die Ortsvereine, Kreisverbände und Unterbezirks- und Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten zu führen, ...

Zu § 5 haben wir eine Aussprache gehabt. An und für sich würde sich dieser Paragraph erübrigen, denn es ist für uns eine traditionelle Selbstverständlichkeit, daß wir überhaupt keinen Unterschied nach den Geschlechtern unter unseren Mitgliedern machen. Wir sind eigentlich nur aus einer Konzession gegenüber manchen Ortsvereinen, in denen das noch lange nicht traditionelle Selbstverständlichkeit geworden ist, bereit, Ihnen vorzuschlagen, diesen Paragraphen für dieses Jahr noch einmal darin zu lassen, und ich würde mich freuen, wenn beim nächsten Parteitag jede Erwähnung, daß ein Unterschied zwischen Frauen und Männern bestehen könnte, im Statut fehlt.

Hinsichtlich des § 6 glaubt sich der Statutenausschuß an den Vorschlag der Genossen aus Schleswig-Holstein anschließen zu können. Er liegt in der Vorlage Nr. 6 vor. Ich lese ihn vor: Es ist im wesentlichen eine redaktionelle Verbesserung:

Der § 6 erhält folgende Fassung:

Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt wurde. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindewahlen im Einverständnis mit dem Kreisvereinsvorstand oder dem Bezirksvorstand auf. Die Kandidatenaufstellung für die Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretungen erfolgt im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand auf den Kreis- oder Bezirkskonferenzen.

Die Wahlvorschläge zu parlamentarischen Vertretungen für größere Gebiete werden durch die Mitglieder der Kreisvereine gemacht, von dem Bezirksvorstand zusammengefaßt und vom Bezirksparteitag beschlossen.

Die Bezirksverbände eines Landes stellen die Landeswahlvorschläge für den Landtag auf, sie haben in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzurufen.

Der Ortsverein hat im Einverständnis mit dem Kreisverein das Recht, die Gemeindevertreter abzurufen. Dasselbe Recht

hat der Bezirksvorstand für die Vertreter der im Absatz 1 Satz 2 und 3 genannten Körperschaften. Dem Betroffenen sowie der antragstellenden Organisation steht das Recht der Berufung an den Kreisvorstand, Bezirksvorstand oder Parteivorstand zu."

Es ist eine Vereinfachung und unseres Erachtens eine klarere Fassung gegenüber der in der Drucksache Nr. 5.

§ 7 nicht geändert werden.

Bei § 8 ist die Kommission der Auffassung, daß die Höhe der Monatsbeiträge vom Bezirksparteitag statt vom Bezirksvorstand festgestellt werden sollen. Sie schlägt folgende Änderung des Absatzes 2 vor:

Es wird empfohlen, den Mitgliedsbeitrag für männliche Mitglieder auf 1,— RM., für Ehefrauen und nicht berufstätige weibliche Familienmitglieder kann der Beitrag um 0,50 RM ermäßigt werden, während im übrigen weibliche Mitglieder, die berufstätig sind, den vollen Beitrag bezahlen möchten.

Es ist dies eine Anregung weiblicher Mitglieder, die es als Benachteiligung empfinden, wenn sie nicht das gleiche zahlen dürfen wie der Mann. Demgegenüber würde ich empfehlen, wie eben verlesen, zu formulieren.

Im Absatz 3 bitten wir den letzten Satz zu streichen. Wir sind der Auffassung, daß die Beschlußfassung über die Höhe der Monatsbeiträge bei den Bezirksparteitagen bleiben kann, und nicht dem Parteivorstand zur Kontrolle vorzulegen ist.

Im nächsten Absatz haben wir vorgeschlagen, zu sagen, statt:

„Der Bedarf der Partelleitungen . . .“ „Der Bedarf des Parteivorstandes . . .“

Die §§ 9 bis 12 werden nicht geändert. In § 13 eine Kleinigkeit. Wir schlagen vor das Wort „muß“ durch das Wort „soll“ zu ersetzen.

Die §§ 14 bis 22 sind auch in der Kommission nicht geändert worden. Nur in § 22 glaubt die Kommission einem Vorschlage folgen zu sollen, die Zahl der weiblichen Mitglieder, auf die ein weibliches Mitglied für den Parteausschuß zu wählen ist von 7500 auf 5000 herabsetzen zu sollen.

Die §§ 23, 24 und 25 sind nicht geändert.

§ 26. Wir vermuten, daß im dritten Absatz ein Druckfehler ist, und daß es statt „Bezirks-Gericht“ heißen soll „Bezirks-Schiedsgericht“, weil sonst der § 27 damit nicht im Einklang steht.

Außer den bisher genannten Änderungen ist nur noch eine einzige von der Kommission für die Statutenprüfung vorzuschlagen, und zwar ist das eine Änderung im § 29, Absatz 2. In diesem Absatz heißt der letzte Satz:

Die Untersuchungskommission hat nur tatsächliche Feststellungen zu treffen, keine Entscheidungen zu fällen, wie sie im Ausschlußverfahren vorgesehen sind. Rechtfertigt der Bericht der Untersuchungskommission die Einleitung eines Ausschlußverfahrens, ist gemäß § 28 durch die Organisationseinheiten

— statt „durch den Ortsverein“ —

ein entsprechender Antrag an den Parteivorstand zu stellen.

Wir glauben, daß jede Organisationseinheit einen solchen Antrag an den Parteivorstand stellen können soll.

Sie sehen, daß das alles ist, was wir aus der Fülle von Anregungen haben geglaubt, hereinnehmen zu müssen. Wir bitten aber, uns zu glauben, daß wir alle diese Vorschläge, die uns gemacht worden sind, wirklich geprüft haben, und wir möchten darum bitten, bei der Diskussion über dieses Statut die erstgegebene Anregung zu bedenken und diesen Entwurf nicht zu einer sehr langen Aussprache zu machen, sondern ihr ein Jahr Bewährungsfrist zu erteilen, nachdem die wesentlichsten Punkte von der Kommission hineingearbeitet worden sind.

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Die Ausführungen des Genossen Kubel über das Organisationsstatut stehen zur Diskussion. Wir können zweierlei Wege einschlagen. Entweder eine Generaldiskussion über den ganzen Entwurf oder Beratung eines jeden einzelnen Paragraphen. Ich glaube nach dem, was uns Genosse Kubel vorgetragen hat, können wir sagen, daß alles berücksichtigt worden ist, was möglich war. Wir glauben, daß bei einer detaillierten Statutenberatung heute noch wesentlich anderes herauskommen kann. Das Statut sollte formal ein Jahr in der Praxis tätig sein, dann können wir auf dem nächsten Parteitag wieder eine Umarbeitung vornehmen. Wird eine Diskussion gewünscht? (Zurufe: nein!) Wenn keine Diskussion gewünscht wird, können wir über den Statutenentwurf abstimmen lassen.

Es wird auch noch darauf hingewiesen, daß in § 6 eine Änderung, zumindest aber eine Einfügung gemacht werden muß. Es muß der Kreisverband erwähnt werden.

(Kubel: Das ist richtig!)

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Das geht in Ordnung. Weitere

Einwendungen werden nicht gemacht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer mit dem vorgelesenen Statutenentwurf einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu heben. (Geschieht.) Ich danke und bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.)

Ich konstatiere die einstimmige Annahme. Damit wäre der Punkt 3 der Tagesordnung erledigt und wir kommen zu Punkt 4

Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Bevor wir die Wahl selbst vornehmen, ist es notwendig, daß wir über die Vorlage Nr. 14 Beschluß fassen. Hierzu liegt folgender Antrag der Zonenausschüsse vor:

Der Parteitag beschließt:

Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, vier besoldeten und zwanzig unbesoldeten Mitgliedern.

Wünscht dazu jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer damit einverstanden ist, daß in Zukunft der Vorstand aus 25 Mitgliedern bestehen soll, den bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Sie erfolgt.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir machen von seiten des Büros folgenden Vorschlag:

Die Mandatsprüfungskommission wird als *Wahlkommission* in Vorschlag gebracht.

Sind Sie damit einverstanden? (Zustimmung.) Dann möchte ich die in Frage kommenden Genossen bitten, sich hier zu versammeln. Ich schlage dann dem Parteitag vor: Wir lassen zunächst eine halbstündige Pause eintreten, damit die Stimmzettel verteilt und gezeichnet werden können. Sie werden dann wieder eingesammelt, damit die Wahlkommission das Wahlergebnis feststellen kann. Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß die Stimmzettel nur gegen Vorzeigung der Delegiertenkarte ausgegeben werden dürfen. Ich bitte diese Karte zur Hand zu nehmen.

Ich möchte weiter noch darauf aufmerksam machen, daß die Stimmzettel 35 Namen enthalten, aber nur 25 Namen gewählt werden dürfen. Wer mehr als 25 Namen auf dem Stimmzettel stehen hat, dessen Stimmzettel ist ungültig. Und dann mache ich noch besonders darauf aufmerksam, daß mindestens zwei Frauen gewählt werden sollen.

Wahl der Kontrollkommission.

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Für die Wahl der Kontrollkommission liegt ein Vorschlag von neun Genossen vor. Wir haben

neun Mitglieder zu wählen. Wenn keine weiteren Vorschläge gemacht werden und wenn kein Widerspruch erhoben wird, können wir die Mitglieder der Kontrollkommission durch einfache Abstimmung vornehmen.

Der Parteitag stimmt diesem Verfahren zu. Die vorgeschlagenen neun Genossen werden einstimmig als Kontrollkommission gewählt.

Die Kontrollkommission besteht somit aus folgenden Mitgliedern:

1. *Gustav Bratke, Hannover,*
2. *Walter Dann, Elmshorn,*
3. *Heinrich Höcker, Herford,*
4. *Georg Richter, Düsseldorf,*
5. *Adolf Schönfelder, Hamburg,*
6. *Karl Seeser, Bayreuth,*
7. *Jacob Steffan, Mainz,*
8. *Fritz Ulrich, Stuttgart,*
9. *Christian Wittrock, Kassel.*

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Nünmehr unterbreche ich die Sitzung für eine halbe Stunde.

Vorsitzender *Julius Loßmann* eröffnet die Sitzung erneut um 17 Uhr: Mit der Schließung des Wahlaktes ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt. Zum Punkt 5,

Wahl des Sitzes des Parteivorstandes

liegt folgender Antrag von Hannover vor:

Der Parteitag wolle beschließen, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat seinen Sitz in Hannover.

Wird hierzu das Wort verlangt? Da das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Mit der einstimmigen Annahme durch den Parteitag ist damit Punkt 5 der Tagesordnung ebenfalls erledigt.

Beratung der Flüchtlingsfrage.

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Wir kommen jetzt zur Beratung der Vorlagen Nr. 12, 15, 16 und 19. Das Wort zur Begründung der Vorlage Nr. 12 hat der Genosse *Herbert Kriedemann*.

Herbert Kriedemann: Die Vorlage Nr. 12 ist ein Vorschlag für eine Entschliebung zur Flüchtlingsfrage, die Buch durch die Aktionsausschüsse der Partei in den drei westlichen Zonen zur An-

nahme empfohlen ist. Sie spricht für sich selbst, so daß ich nur wenige Worte zu ihrer Begründung zu sagen brauche.

Es ist eine Gepflogenheit geworden, daß bei vielen Gelegenheiten von allen Seiten erklärt wird, den Flüchtlingen muß geholfen werden. Wir wissen aus der Praxis natürlich, daß diese Hilfsmaßnahmen von seiten der anderen Parteien weitgehend eingeschränkt werden sollen. In den letzten Tagen hat sich die Niedersächsische Landespartei in einem parteioffiziellen Artikel recht deutlich darüber ausgesprochen, wie sie sich die Lösung des Flüchtlingsproblems denkt.

Wir wissen, daß die Flüchtlinge in ihrer gegenwärtigen Lage eine tatsächliche Gefahr sind. Und wir wissen, daß der Zustand, in dem die meisten von diesen Menschen leben, die nicht mehr oder nicht weniger Nazis gewesen sind als die Deutschen im Durchschnitt überhaupt, nicht länger ertragen werden kann.

Wir haben es daher für dringend notwendig gehalten, in diesem Falle einmal sehr aktiv zu werden und deutlich zu sagen, wie wir uns die Lösung der Flüchtlingsfrage denken, indem wir einige Ausführungen dazu gemacht haben.

Wir wollen es natürlich nicht nur bei dieser Resolution bewenden lassen, sondern halten es für eine der vordringlichsten Aufgaben der Parteiarbeit, in allernächster Zeit das Flüchtlingsproblem anzupacken, mit dem Willen, es zu lösen. Die Formulierungen des Vorschlages sind unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen. Wir werden noch während des Parteitages den Bezirken einige Unterlagen darüber zugehen lassen und werden Ende nächster Woche, spätestens bis Anfang Juni eine Konferenz stattfinden lassen, in der die Vertreter der Flüchtlinge, die Sozialdemokraten sind und uns persönlich bekannt und politisch legitimiert sind, sich mit der praktischen Auswirkung der Frage beschäftigen sollen.

Das Problem ist uns allen bekannt. Daß es dringend ist, wissen wir, und daß es gefährlich ist, wenn es nicht bald gelöst wird, ist durchaus eine Wahrheit, über die nicht weiter geredet zu werden braucht. Ich will durchaus die Zeit des Parteitages nicht länger in Anspruch nehmen, und ich bitte, dieser Resolution zuzustimmen mit der Maßgabe, daß wir von der Vorlage Nr. 16 noch einen Satz übernehmen, der hier entsprechend eingebaut wird. Es ist der Vorschlag, dafür Sorge zu tragen, daß die Umsiedlung unter Beachtung der allgemein anerkannten völkerrechtlichen Gepflogenheiten stattfindet und dem deutschen Volke bei der Lösung der Flüchtlingsfrage entscheidende Hilfe zuteil wird.

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Da niemand das Wort wünscht, stimmen wir über die Vorschläge des Genossen Kriedemann ab.

Die Vorlagen Nr. 12 und 19 werden *einstimmig angenommen*.

Auch die *Botschaft der Frauen* wird *einstimmig angenommen*.

Vorsitzender *Julius Loßmann*: Wir kommen zur Beratung der Vorlage Nr. 9, die sich für die Freilassung der Kriegsgefangenen einsetzt. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Vorlage wird *einstimmig angenommen*.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Loßmann wird beschlossen, die Sitzung für heute zu vertagen und Sonntagfrüh um 9 Uhr weiter zu verhandeln.

Sitzungsschluß: 17.22 Uhr.

Dritter Verhandlungstag

(Sonntag, 11. Mai 1946)

Schlußsitzung

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Die Verhandlungen des Parteitags sind wieder eröffnet. Wir beraten zunächst die Vorlage Nr. 11 über die

Entnazifizierung.

Das Wort zur Begründung hat der Genosse *Kriedemann*.

Herbert Kriedemann: Die mit der Entnazifizierung zusammenhängenden Schwierigkeiten begegnen uns jeden Tag. Von mehreren Diskussionsrednern ist darauf hingewiesen worden, daß wir in diesem Zusammenhang insbesondere auch das Problem der Jugend und der sogenannten Minderschuldigen und Unschuldigen ehemaliger Nationalsozialisten behandeln müssen. Wir wissen, daß im Augenblick bei den meisten Parteien geradezu ein Wettlauf eingesetzt hat um gewisse ehemalige Nationalsozialisten. Die Form der Aufnahme von solchen Mitgliedern hat manchmal geradezu komische Formen angenommen. (Sehr richtig!) Sie erinnern sich, daß außerordentlich schwer belastete Leute in die Parteien aufgenommen worden sind, darunter selbst Leute, die später von der Militärregierung wieder abgelehnt werden mußten. Die Parteien haben sich dann damit ausgedeut, diese Leute seien zwar Mitglieder der NSDAP. gewesen, aber sie seien im Auftrag der antifaschistischen Parteien in die NSDAP. gegangen.

Die Unsicherheit, die mit der Entnazifizierung verbunden ist, wirkt sich lebendig auf alle Zweige des öffentlichen Lebens aus. Wir müssen versuchen, diesen Prozeß radikal durchzuführen und schnellstens zu beenden. Unter dem notwendigen Tempo darf aber die Gründlichkeit nicht leiden. Wir dürfen unsere Menschen nicht verleiten lassen, die Dinge, ein Jahr nach dem Zusammenbruch, nicht mehr so ernst zu nehmen, wie sie sind. Wir müssen bei unserer Forderung bleiben, daß eine gewisse Sorte von Nationalsozialisten rücksichtslos bis ans Ende der Welt verfolgt wird,

denn wir wollen uns nicht der Gefahr aussetzen, daß nach zwei oder drei Jahren irgendein alter Herr mit ein paar Kindern auf der Straßenbahn steht, der selbst zu denen gehört, die früher 15 Kinder einfach aufgehängt haben.

Wir haben deshalb mit Absicht in der hier vorgeschlagenen Fassung die Forderung nach einer gründlichen Arbeit aufgestellt, und wir halten es für notwendig, daß diese Forderung auch überall mit dem nötigen Nachdruck vertreten wird. Insbesondere muß unsere Partei dafür sorgen, daß belastete Nationalsozialisten und kriminelle Nazis rücksichtslos aus ihren Verstecken herausgeholt werden. Es gibt noch genug davon.

Darüber hinaus müssen wir auch im Interesse unserer Partei eine klare Linie ziehen zwischen denen, die schuldig und denen, die minder schuldig oder unschuldig sind. Wir können den Zustand nicht ertragen, daß einfach junge Menschen vom politischen Leben ausgeschlossen sind. Wir wollen den minderbelasteten, den verführten Mitgliedern Gelegenheit geben, auch in unseren Reihen mitzuarbeiten. Es sind auch gewisse Sicherheiten eingebaut, daß nicht unkontrollierbare Menschen bei uns unterschlüpfen, die wir nicht zu haben wünschen.

Der wichtigste Punkt der Entschließung ist der, der sich mit der Frage der jungen Menschen befaßt. Der Genosse Dr. Grimme hat neulich auf der Zonenbeiratssitzung zum erstenmal ganz eindeutig zu dieser Frage Stellung genommen. Er hat die Forderung erhoben, daß junge Menschen, die in einem Alter waren, in dem sie weder Erfahrung noch Urteilsfähigkeit besaßen, als der Nationalsozialismus an die Macht kam und sie mit einer Flut von Propaganda überschüttete, ein für alle Male aus dem Kreise der Schuldigen herauszunehmen seien, es sei denn, daß sie mit kriminellen Verbrechen belastet sind, die einfach nicht zu ertragen sind.

So ist auch in dieser Resolution davon die Rede, daß von einer gewissen Altersgrenze ab diese jungen Menschen als tragbar, als unschuldig und als entnazifiziert anzusehen sind. Diese Entschließung wird Ihnen von den Aktionsausschüssen der Partei in den drei westlichen Zonen vorgeschlagen, und ich bitte Sie, ihr zuzustimmen und damit die Voraussetzung zu schaffen, daß alles geschehen kann, was notwendig ist und doch nicht mehr geschieht als notwendig ist.

Vorsitzender *Jullus Henssler*:

Zu der Entschließung ist ein Abänderungsantrag gestellt. Er lautet:

Der zweite Satz des letzten Absatzes ist wie folgt zu ändern:

„Demzufolge wird sie eintreten für einen Generalpardon derjenigen jungen Menschen, welche die Folgen der Hitlerdiktatur infolge ihrer Jugend nicht übersehen konnten, und deren jetzige Haltung nicht in Widerspruch zum Aufbau des neuen demokratischen Staates steht.“

Zur Begründung des Abänderungsantrages hat Genosse *Kukuliczinski* das Wort.

Max Kukuliczinski, Schleswig-Holstein: Eine Reihe von Delegierten hat sich veranlaßt gefühlt, einen Abänderungsantrag zu dieser Resolution einzubringen, und zwar halten wir den Satz, daß diejenigen unter die Amnestie fallen, die bei Beginn der Hitlerdiktatur das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, für die jetzigen Verhältnisse und die Schwierigkeiten im Tageskampf für unmöglich. Das würde nämlich bedeuten, daß unter den Generalpardon auch alle die fallen, die 31 bzw. 32 Jahre alt sind. Wir halten diese Grenze unbedingt für zu hoch. Sie würde praktisch bedeuten, daß alle die, gegen die wir wegen ihres Eindringens in die Verwaltung den Kampf draußen führen, alle die Offiziere, die die nationalsozialistische Propaganda draußen geführt haben, die sogenannten NSF-Offiziere, die oftmals noch viel schlimmer gewesen sind, als die nominellen Parteimitglieder, sich auf diese Resolution berufen würden, und man würde uns bei der Besetzung der Stellen immer wieder damit kommen, daß auch diese Leute unter die Amnestie gekommen sind.

Aus diesem Grunde haben wir die Abänderung vorgeschlagen. Wir wenden uns nicht gegen den Generalpardon als solchen, sondern nur gegen die Festsetzung einer Altersgrenze, und ich glaube, daß wir unseren Genossen draußen mit der Annahme des Antrages einen großen Gefallen erweisen würden.

Paul Nevermann, Hamburg: Die Ausführungen meines Vorredners haben manches für sich. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß diese Abänderung abgelehnt werden müßte, wenn der Sinn der ganzen Entschließung beibehalten werden soll, denn der Abänderungsantrag führt doch dazu, daß auch bei den Jugendlichen wieder in eine individuelle Prüfung eingetreten werden müßte, wer so und wer so eingestellt ist. (Das ist doch immer notwendig!) Wir wollten doch bei einer bestimmten Jugendlichengruppe von einer solchen individuellen Prüfung absehen, abgesehen von kriminellen Taten, die vorliegen. Nur so können wir mit einer solchen Entschließung die reinliche Scheidung und den Eindruck erzielen, den wir erzielen wollen.

Nun bin ich aber auch der Auffassung, daß das Alter von 18 Jahren im Jahre 1933 zu hoch gegriffen ist, aber wir müssen dann die Zahl 18 ändern, um doch wenigstens bei diesem Generalpardon zu bleiben, den wir doch aus ganz bestimmten politischen Gründen anstreben.

Ich bin deshalb der Auffassung, will mich aber auch auf die Zahl nicht festlegen, daß man nur die Zahl 18 ändern sollte in 16. oder 15. Lebensjahr. Wenn wir das tun würden, dann könnten wir die Altersstufen, wie es in der Resolution beabsichtigt ist, mit einem tatsächlichen Generalpardon bedenken.

Werner Jacobi, Iserlohn: In der Tendenz sind wir uns sicher alle einig. Es ist für uns selbstverständlich, daß die Jugend nicht mit dem Maß gemessen werden darf, wie wir die Alten messen müssen. Auf der anderen Seite bin ich verwundert über den Einspruch, der von meinem Vorredner hier gegenüber dem Abänderungsantrag geäußert wurde, (Sehr richtig!) denn die Begründung, daß bei den Jugendlichen keine individuelle Prüfung stattfinden soll, ist in jeder Weise undiskutabel. (Sehr richtig!) Schon aus dem Grunde, weil gerade bei der Militärregierung, — das weiß jeder, der tagtäglich mit der Militärregierung zu tun hat —, ein erhebliches Mißtrauen dann erst zu überwinden ist, wenn es darum geht, einen Jugendlichen in irgendeiner Form zu verteidigen. (Zuruf: Wehrwölfel)

Die Militärregierung verlangt aber auch in jedem Falle, nachdem überall die Hauptausschüsse für die Entnazifizierung eingerichtet worden sind, eine individuelle Prüfung, und es gibt gar keine Möglichkeit, unter Berufung auf irgendeine allgemeine Entschließung oder unter Berufung auf eine Haltung, die allgemein anerkannt ist, dieser individuellen Prüfung aus dem Wege zu gehen. Ich bin daher der Meinung, daß die Einwände gegen die Abänderung der Entschließung nicht stichhaltig sind, und daß Sie der Abänderung zustimmen sollten. (Sehr richtig!)

Otto Schmidt, Bezirk Koblenz: Mir ist der Einspruch gegen den Abänderungsantrag unverständlich, denn ich glaube, diejenigen, die jungen Menschen bis zum 31. Lebensjahr Generalpardon gewähren wollen, übersehen, daß gerade in diesen Jahrgängen, besonders bei denen, die heute zwischen 25 und 31 Jahre alt sind, die aktivsten Nationalsozialisten bis in die letzten Tage hinein waren, (Sehr richtig!) und daß sogar in diesen Jahrgängen der Nationalsozialismus heute noch am lebendigsten ist.

Es ist unsere größte Sorge, diesen Jahrgängen den Nationalsozialismus zu nehmen, und wir können da nicht mit einem General-

pardon kommen, denn wir würden ja Generalpardon auch denen gewähren, die nur in der Adolf-Hitlerschule groß geworden sind, die als Adolf-Hitlerschüler bis in die letzten Jahre hinein unsere Söhne und Brüder und die Männer unserer Frauen auf den Kasernenhöfen schikaniert und getriezt haben. Es würde für uns unerträglich sein, wenn wir diesen Menschen Generalpardon gewähren würden.

Ich bitte daher, mit überwältigender Mehrheit zu erklären, daß wir gar nicht daran denken, diesen Nazis in irgendeiner Form Pardon zu gewähren. Wir wollen sie überwinden! (Lebhafter Beifall.)

Karl Meitmann, Hamburg: Ich glaube, die Frage, die jetzt zur Diskussion steht, ist eine Frage von so politischer Bedeutung, daß wir sie ohne alle Leidenschaft behandeln müssen. Wenn wir das, was mein Vorredner sagte, als Grundlage unserer Verhandlungen nehmen, so wäre die Entschließung anzunehmen. Wir müssen in die Zukunft schauen. Wenn wir auf der einen Seite in derselben Entschließung sagen, daß die deutsche Jugend nicht verantwortlich ist für das, was Verbrecher aus ihr gemacht haben, dann müssen wir den Mut haben, daraus auch die Konsequenzen zu ziehen. Wenn einschränkend gesagt worden ist, daß Verbrecher und verbrecherische Handlungen, daß gemeine Denunziationen von der Amnestie ausgenommen sein sollen, dann tun wir das was in der Entschließung steht.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die meisten jungen Menschen — und ich sage das eindeutig aus meiner eigenen Kriegserfahrung 1914—18 — gar nicht urteilsfähig sind für das, was sie in einem falschgeleiteten Idealismus getan haben. Wir müssen uns der Leidenschaft, die uns jetzt bewegt, entkleiden und sagen: wollen wir den Sinn dieser Revolution überhaupt zur Politik formen, dann geht es nicht anders als Nevermann gesagt hat, entweder fällt die ganze Revolution — und das wäre eine Frage von unerhörter politischer Bedeutung, namentlich in bezug auf die Wiedereinrichtung in die Betriebe und den Arbeitsprozeß — oder aber wir geben den jungen Menschen die Möglichkeit, in der künftigen Zeit Deutschland mit zu formen und mit uns in Konnex zu kommen.

Dasselbe Problem liegt bei dem, was wir gestern diskutiert haben, nämlich auch bei der Arbeitsmöglichkeit, der Wiederhereinbringung dieser Menschen in den Arbeitsprozeß. Hier handelt es sich darum, durch diese Entschließung den jungen Menschen wieder die Mög-

lichkeit zu geben, am deutschen Aufbau, am eigenen Aufbau, teilzunehmen.

Darum bitte ich, entweder lassen Sie die ganze Resolution weg (Zuruf: Niemals!) oder Sie nehmen sie an, wie sie von uns vorgelegt ist. Gehen wir heraus aus dieser heutigen Situation der Leidenschaft, seien wir politische Menschen und blicken wir in die Zukunft! (Lebhafter Beifall.)

Andreas Gayk, Kiel: Die Leidenschaft, mit der wir heute um eine Frage kämpfen, die uns das ganze Jahr hindurch leidenschaftlich bewegt hat, beweist, daß hier eine wunde Stelle der deutschen Politik vorliegt. Ich bin seit je der Meinung, seit den ersten Tagen des Zusammenbruches, daß eine beschleunigte Entnazifizierung die erste und wichtigste Aufgabe einer weitsichtigen deutschen Politik gewesen wäre. Die englische Militärregierung hat sehr fragwürdig gehandelt in dem Augenblick, wo sie dieses Vertrauen zu den aufbauenden demokratischen Kräften in Deutschland nicht an den Tag gelegt hat, denn von daher kommt die Tatsache, daß man uns nicht das Recht gegeben hat, diese Operation, die wir am Körper des deutschen Volkes vorzunehmen hatten, schleunigst und radikal vorzunehmen.

Dann wäre dieser Patient Deutschland heute im Zustand der Genesung, und wir hätten die bedenkliche Situation, daß das ganze deutsche Volk zerklüftet ist in zwei große Lager, die früheren Nationalsozialisten und die Antinationalsozialisten, wenigstens zu einem Teil schon positiv überwunden. Denn darüber sind wir uns einig: Staatspolitisch gesehen, ist die Überwindung dieses Gegensatzes die große Aufgabe der deutschen Politik. (Sehr richtig!) Wir müssen es erreichen, komme was da wolle, die besten Elemente der jungen Generation zuerst, aber auch aus den sogenannten nominellen Nazis, die nur zwangsweise hineingekommen sind, hineinzureißen in den großen Strom der aufbauwilligen demokratischen Kräfte. (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte Sie, Ihre Abstimmung von der Frage abhängig zu machen, ob es uns gelingt, für die Zukunft dieser demokratischen Republik, dieses demokratischen Staates, einiges vorsorglich zu tun. So wie wir das wünschen, ist es noch nicht geschehen. Die Resolution sagt, daß diese Entnazifizierung so schnell wie möglich durchgeführt werden soll, denn wir wollen Ruhe haben, wollen diese Dinge endlich einmal hinter uns bringen. Wir können sonst eine klare Politik nicht aufbauen.

Ich glaube, wir wollen die verständliche Ablehnung von Gedankengängen, die gerade im letzten Absatz erscheinen, nicht über-

bewerten. Ich bin mit den Genossen der Meinung, daß in den Köpfen dieser jungen Generation sehr viel zu bereinigen ist, aber wir wollen uns auch darüber klar sein, daß die Schuldigen für diesen geistigen Zustand nicht die Jugendlichen selbst sind. Sie sind doch im jugendlichen Alter von 15 Jahren in eine geistige Welt hineingewachsen, wo es eine Möglichkeit einer Diskussion, eines geistigen Ringens um das, was in der Welt vorgeht, überhaupt nicht mehr gab. Sie sind so aufgewachsen, wie heute die jungen Menschen und auch die älteren in der östlichen Zone leben und aufwachsen. Es gibt nur eine Meinung, und wer dagegen ist, hat überhaupt keine Möglichkeit, sich geistig zu entwickeln.

Wir wollen deshalb uns in Ruhe darüber auseinandersetzen, welcher Zeitpunkt, welches Jahr, das angemessene ist. Aber es ist unmöglich, diese staatspolitische Grundhaltung zu verlassen, die in dieser Entschließung festgelegt ist, und die ich unter allen Umständen festzuhalten bitte. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Die Rednerliste ist geschlossen. Genosse *Kriedemann* hat als Antragsteller noch einige Schlußworte zu sagen.

Herbert Kriedemann, Hannover: Wir alle wissen ja, wie weit die Jugend durch das Gift des Nationalsozialismus noch heute belastet ist, und erschütternde Beweise dafür sind uns bekannt. Wenn wir aber uns heute darin erschöpfen, diese Jugend anzuklagen, wird sie mit Recht darauf hinweisen können, daß sie in diese Situation ja dadurch gekommen ist, daß ihre Väter und Lehrer sie in der entscheidenden Zeit im Stiche gelassen haben. (Sehr richtig!) Wir müssen der Jugend Gelegenheit geben, an die neuen Ideen Anschluß zu finden. Das ist die zwingende Voraussetzung dafür, daß wir in Deutschland weiterkommen.

In diesem Zusammenhange möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es in den drei Ländern der amerikanischen Zone bereits ein deutsches Gesetz gibt, in dem es heißt:

„Gegen Personen, die nach dem 1. Januar 1919 geboren sind, können Maßnahmen nach dem Gesetz nur angeordnet werden, wenn sie als Hauptschuldige belastet oder minderwertig sind.“

Das entspricht im wesentlichen dem Vorschlage unserer Resolution. (Widerspruch.) Warum nicht? Der Ausdruck „Generalpardon“ ist in diesem Kreise vielleicht nicht verständlich. Es geht aber aus der Formulierung eindeutig hervor, daß natürlich der Generalpardon sich nicht auf die erstreckt, die kriminell belastet sind.

Der Vorredner machte den Vorschlag, daß wir den Ausdruck „Generalpardon“ herausnehmen, aber die Altersgrenze festlegen, wie sie hier auch vorgeschlagen ist. Nachdem das Gesetz in der amerikanischen Zone anerkannt ist, und danach gearbeitet wird, können wir uns dem nicht verschließen.

Wir wollen den Jugendlichen nicht restlos den „Generalpardon“ gewähren. Wir nehmen ausdrücklich die aus, die belastet sind, die sich Verbrechen schuldig gemacht haben. Das steht auch in der Resolution drin. Ich schlage vor, daß wir in der endgültigen Fassung den Ausdruck „Generalpardon“ so placieren, daß ein Mißverständnis nicht möglich ist, und ich bitte Sie eindringlich, mit der Annahme dieser Resolution zum Ausdruck zu bringen, daß wir den jungen Menschen, und wenn sie heute noch so befangen sind mit den Auffassungen des Nationalsozialismus, Gelegenheit geben, sich an ihrer und ihres Volkes zukünftigen Gestaltung zu beteiligen.

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Wir legen Wert darauf, daß diese Entschliebung eine einmütige Willenskundgebung des Parteitags ist. Ich bin der Auffassung, daß die Gegensätze in Wirklichkeit gar nicht so groß sind, wie sie durch die Debatte scheinen. Ich schlage vor, daß wir die Abstimmung über diese Entschliebung zurückstellen und einige Genossen beauftragen, den letzten Passus noch einmal durchzugehen und vernünftige Vorschläge zu machen. (Sehr gut.) Ich schlage für diese Kommission vor, neben Genossen

Kriedemann, die Genossen Eichler, Knothe, Zinn,
Jacobi, Heydorn.

(Durch Zurufe werden noch weitere Vorschläge gemacht.)

Es sind weiter vorgeschlagen die Genossen:

Hoffmann-Regensburg, Kukliczinski-Schleswig-Holstein,
Schmidt-Bayern, Gayk-Kiel, Schultz-Hannover, Mayer-
Schreiber-Hessen-Frankfurt, Schaub-Dortmund.

Wer dafür ist, daß diese Kommission die Entschliebung noch einmal durcharbeitet, den bitte ich, eine Hand zu erheben. Das ist so beschlossen. Ich bitte die Mitglieder der Kommission, sich sofort im EBraum zusammenzufinden.

Wir kommen dann zur Mitteilung über die Wahlergebnisse.

Resultat der Wahl zum Parteivorstand.

Chr. Wittrock, Kassel: Ich habe den Auftrag, im Namen der Wahlkommission Ihnen einen Bericht zu erstatten über das Resultat der Wahl des Parteivorstandes:

Von den 258 Delegierten haben 250 abgestimmt. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 5 ungültig, weil sie mehr als 25 Namen enthielten. Von den abgegebenen gültigen Stimmen erhielten:

Als *besoldete* Mitglieder des Parteivorstandes:

Dr. Kurt Schumacher als Vorsitzender	244 Stimmen
Erich Ollenhauer	230 Stimmen
Alfred Nau	228 Stimmen
Fritz Heine	224 Stimmen
Herbert Kriedemann	202 Stimmen

als *unbesoldete* Mitglieder des Parteivorstandes:

Dr. Victor Agartz	242 Stimmen
Fritz Henssler	212 Stimmen
Ernst Nölting	203 Stimmen
Fritz Helmstädter	203 Stimmen
Julius Loßmann	197 Stimmen
Walter Menzel	194 Stimmen
Adolf Grimme	193 Stimmen
Ernst Gnoß	192 Stimmen
Wilhelm Knothe	191 Stimmen
Franz Bögler	189 Stimmen
Andreas Gayk	186 Stimmen
Ludwig Metzger	183 Stimmen
Wilhelm Kaisen	181 Stimmen
Willi Eichler	178 Stimmen
Valentin Baur	172 Stimmen
Elisabeth Selbert	170 Stimmen
Emil Groß	168 Stimmen
Anna Beyer	161 Stimmen
Robert Görlinger	160 Stimmen
Hermann Veit	151 Stimmen

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Ich schlage vor, daß jetzt der Parteivorstand und die Kontrollkommission sofort zusammentreten und sich konstituieren. Zu dem Zweck wird die Sitzung auf 20 Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung um 10.15 Uhr)

Vorsitzender *Fritz Henssler* eröffnet den Parteitag wieder um 10.50 Uhr und erteilt das Wort dem Genossen *Kriedemann*, Hannover:

Herbert Kriedemann, Hannover: Die Redaktions-Kommission schlägt Ihnen für den letzten Absatz der EntschlieÙung über die Entnazifizierung folgende Fassung vor:

„Alle jungen, von der Propaganda des Nationalsozialismus und Militarismus verführten Menschen aber, soweit sie nicht Aktivisten waren oder kriminell belastet sind, betrachtet die Sozialdemokratische Partei als nicht verantwortlich. Die Sozialdemokratische Partei wird deshalb allen jungen Menschen helfen, ihr eigenes Leben in einem neuen demokratischen Deutschland wieder aufzubauen und damit die Zukunft des deutschen Volkes mitzugestalten.“

Wir bitten Sie, der vorgelegten Resolution in dieser Form Ihre Zustimmung zu geben.

Vorsitzender *Fritz Henßler:* Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Handzeichen. Ich stelle die einmütige Annahme der EntschlieÙung fest.

Konstituierung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Das Wort hat nun Genosse *Dr. Schumacher.*

Kurt Schumacher: Ich habe Ihnen in diesem Augenblick nur die geschäftliche Mitteilung über die Konstituierung des neuen Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu machen. Wir hatten bei der Vorbereitung des Parteitages uns entschlossen, dem neu zu wählenden Parteivorstand das Recht zu geben, nach der Wahl des Vorsitzenden durch einen Vorschlag einen Stellvertreter des Vorsitzenden und evtl. einen zweiten Stellvertreter zu benennen. Wir sind einstimmig zu der Meinung gekommen, daß Stellvertreter des Vorsitzenden der Genosse *Erich Ollenhauer* sein soll. (Bravo.) Wir haben, um die Verbundenheit der Zonen untereinander zu dokumentieren, als zweiten Stellvertreter den Genossen *Willi Knothe* Ihnen vorzuschlagen. Genosse *Knothe* ist Ihnen ja bekannt als Führer der hessischen Sozialdemokratie in Frankfurt (Main). Ich habe Sie jetzt im Namen des gesamten Parteivorstandes nur noch zu bitten, diese Vorschläge möglichst einstimmig zu billigen.

Vorsitzender *Fritz Henßler:* Ich bitte um das Handzeichen für den Antrag des Genossen *Schumacher*. Ich danke Ihnen. Bitte die Gegenprobe. Ich stelle fest, daß der Antrag gegen 7 Stimmen (Zuruf: Bayern!) angenommen ist.

Ich habe noch mitzuteilen, daß die *Kontrollkommission* den Genossen *Adolf Schönfelder*, Hamburg, zu ihrem *Vorsitzenden* gewählt hat. Als *Schriftführer* wurde der Genosse *Chr. Wittrock*, Kassel, gewählt.

Vorsitzender Fritz Hénssler: Wir kommen jetzt zur Beratung des Antrags *Meitmann-Schönfelder (Beamte und Politik)*. Das Wort zur Begründung hat der Genosse *Meitmann*.

Karl Meitmann: Der Antrag bedarf wohl keiner besonderen Begründung, und so kann ich mir irgendwelche Ausführungen ersparen. Ich möchte Sie nur bitten, die Vorlage anzunehmen und folgende Korrekturen zu berücksichtigen:

Im Absatz 1 letzte Zeile statt „Behörden“ „Behörde“. Im Absatz 2, Zeile 2 hinter „gerade“ statt „von“ „bei“. In Absatz 3, Zeile 2 nicht „fachlichen“ sondern „fachlich gut unterrichteten“. Im Absatz 5, letzte Zeile soll das Wort „insbesondere“ gestrichen werden.

Eine sachliche Begründung, glaube ich, erübrigt sich und ich bitte um Annahme des Antrages.

Vorsitzender Fritz Hénssler: Ich glaube, daß sich die Verlesung der Entschliebung erübrigt. Wer den Abänderungen des Genossen *Meitmann* zustimmt, und in diesem Sinne der Entschliebung zustimmt, bitte ich eine Hand zu erheben.

Ich danke Ihnen. Die Entschliebung ist angenommen.

Wir kommen zur Behandlung der Vorlage 13

„Vorschlag für eine Entschliebung zur Ernährungskrise“.

Das Wort hat zur Begründung der Genosse *Kriedemann*, Hannover.

Herbert Kriedemann, Hannover: Wir haben zu der Frage der Ernährung nicht Stellung nehmen können, ohne auf ein paar Dinge einzugehen, die mit der Landwirtschaft im Zusammenhang stehen. Dabei hat es sich insbesondere um die Frage der Beseitigung der nationalsozialistischen Einflüsse gehandelt, die sich besonders in der landwirtschaftlichen Verwaltung noch erhalten haben. Es werden Ihnen hierfür eine Reihe von Tatsachen bekannt sein, so daß ich darauf verzichten kann, hier aufzuzählen, was wir in dieser Beziehung in Hannover erlebt haben und was uns besonders am Herzen liegt.

Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht nur Forderungen dem Lande gegenüber erheben. Wir haben in der Formulierung der Entschliebung Wert darauf gelegt, der landbearbei-

tenden Bevölkerung zu sagen, daß wir ihre Lage kennen und das wir wissen, was das Gesamtvolk dem Erzeuger seiner Nahrungsmittel schuldig ist. Wir haben es aber auch für notwendig gehalten, eindeutig darauf hinzuweisen, daß wir eine monopolistische Ausnutzung der Abhängigkeit der Stadtbevölkerung von dem Nahrungsmittelproduzenten nicht dulden können. Wir sind soweit gegangen zu sagen, daß wir die Enteignung derjenigen fordern, die gegen den neuen Staat und gegen die Demokratie arbeiten und damit praktisch Saboteure am Wiederaufbau werden. Es ist unserer Meinung nicht vermeiden. Im übrigen werden wir bei Bear- Agrar-Reform hineingehören. Der Hinweis darauf ließ sich nach uns klar, daß wir damit Probleme anrühren, die eigentlich in die beitung dieser Fragen dem Lande und der Landbevölkerung gegenüber darauf hinweisen können, daß wir in allernächster Zeit mit einer eindeutigen Formulierung unserer Auffassung von der notwendigen Agrar- und Bodenreform an die Öffentlichkeit treten werden.

Wir bitten Sie daher, auch dieser Entschliebung zuzustimmen.

Conrad Beckmann, Osnabrück: Es dürfte das erste Mal sein, daß ein Bauer zu Problemen spricht, die der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei zu besprechen hat. Die hier vorliegende Vorlage scheint mir doch aus einem Milieu zu kommen, das den Problemen der Landwirtschaft etwas fremd ist. Die gegenwärtige Ernährungskrise können wir nicht nur mit Entschliebungen rein theoretischen Inhalts meistern, sondern wir müssen dabei auch die Praxis berücksichtigen.

Eine der Hauptschwierigkeiten, die zur Zeit in der Landwirtschaft vorliegen, ist die Kunstdüngerfrage. Ich darf hier bei der Besprechung dieses Problems die Vertreter der Militärregierung bitten, die größte Sorge darauf zu verwenden, daß zum wenigsten für unsere Hackfruchternte noch Kunstdünger schnellstens bereitgestellt wird. Für die kommende Getreideernte ist sowieso mit Kunstdünger nichts mehr zu machen. Für eine Steigerung der Hackfruchternte brauchen wir aber dringend Kunstdünger.

Die andere Frage, die uns in der Landwirtschaft zur Zeit außerordentlich in der Entfaltung behindert, ist die Frage der Arbeitshilfe-Not. Wir stehen in der Landwirtschaft vor der Tatsache, daß wir unsere Arbeit nicht bewältigen können. Ich verstehe, daß vom städtischen Gesichtspunkt aus gesehen, die Arbeit in der Landwirtschaft als degradierend empfunden wird. Das bringt uns aber nicht über die Tatsache hinweg, daß schnellstens dafür Sorge getragen werden muß, der Landwirtschaft die dringend benötigten Arbeitskräfte zuzuführen. Es geht nicht weiter so, daß die Bäu-

rinnen auf dem Lande nicht wissen, wie sie die Kühe melken sollen, daß sie nicht wissen, wie die notwendigen Hackarbeiten ausgeführt werden sollen. Aus diesem Grunde bitte ich die maßgebenden Vertreter unserer Parteileitung, dafür zu sorgen, daß die benötigten Arbeitskräfte der Landwirtschaft, wenn nicht im freien Vermittlungswege, dann durch andere Maßnahmen, alsbald zugeführt werden. Die Ernährung des Volkes hängt tatsächlich davon ab, daß in dieser Hinsicht die notwendige Einsicht Platz greift.

Es ist nicht viel davon zu erwarten, wenn wir die Reichsnährstandsorganisation aufheben; wir werden dadurch nicht mehr Nahrungsmittel bekommen. Die Reichsnährstandsorganisation muß nach meiner Ansicht vorläufig bleiben, aber an die maßgebenden Stellen müssen andere Leute gesetzt werden. (Sehr richtig!) Die Kommunen können zur Zeit die anfallenden Nahrungsmittel nicht erfassen. Es würde zu einer ungeheuren Bürokratisierung der Erfassung kommen und die Bevölkerung würde nicht ein Stück Nahrungsmittel mehr erhalten.

Um das Problem des Schwarzen Marktes und des Hamstern zu berühren, bitte ich, in den Städten dafür besorgt zu sein, daß alle die Menschen, die infolge ihrer überschüssigen Kaufkraft bis heute noch nicht nötig haben, zu arbeiten, alsbald durch die Arbeitsämter erfaßt und in der Stadt einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden. Wir werden durch diese Leute auf dem Lande so überflutet, daß auf den Höfen schon ständig eine Kraft sein muß, um die vielen Hamsterbesucher abzuwehren. Unsere Frauen sagen uns immer wieder, daß sie nicht mehr wissen, wie sie sich der anstürmenden Besucher erwehren sollen. Wenn in dieser Hinsicht das Notwendige unternommen wird, dann wird einmal die Menschheit einer produktiven Tätigkeit zugeführt und für die Landwirtschaft findet eine große Entlastung statt.

Ich bitte also für die Zukunft darauf Bedacht zu nehmen, daß tatsächlich uns der Dünger zugeführt wird und daß die notwendigen Arbeitskräfte sichergestellt werden. (Starker Beifall.)

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das Schlußwort hat der *Genosse Kriedemann*.

Herbert Kriedemann: Ich darf Ihre Aufmerksamkeit darauf hinlenken, daß in der vorgeschlagenen Resolution ausdrücklich von der Bereitstellung von Arbeitskräften und einer ausreichenden Versorgung mit Kunstdünger die Rede ist. Aus einer einfachen Beseitigung des Reichsnährstandes werden wahrscheinlich nicht mehr Nahrungsmittel herauskommen. Wir wollen aber eindeutig zum Ausdruck bringen, daß der Reichsnährstand beseitigt werden

muß, und wir wollen mit neuen Maßnahmen nicht warten nach dem Vorschlag der Reichsnährstandsanhänger, bis einmal die Landwirtschaft sich beruhigt hat. Man hat uns, wie Genosse Dr. Schumacher ausgeführt hat, gesagt, die Nazis müßten bleiben, sonst breche die Ernährung zusammen. Die Ernährung ist zusammengebrochen, und zwar deshalb, weil die Nazis dageblieben sind. (Sehr richtig)

Der Reichsnährstand ist im wesentlichen die Vertretung der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft in der Form des Reichsnährstandes hat ihre und unsere Angelegenheit diktatorisch geregelt. Wir wünschen demgegenüber, daß alle Fragen, die die Allgemeinheit betreffen, von der die Landwirtschaft auch nur ein Teil ist — auch ich bin selber Landwirt — durch die Organe der Allgemeinheit, durch die staatlich-demokratisch kontrollierten Organe geregelt werden, und daß der Landwirtschaft das verbleibt, was jeder anderen Wirtschaftssparte verbleibt, eine Einrichtung zur Vertretung ihrer Standes- und Berufsinteressen. Ich bitte Sie also noch einmal, die hier vorgelegte Resolution in dieser Form anzunehmen, weil alles, was notwendig ist, darin ausreichend zum Ausdruck gebracht worden ist.

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der vorgelegten EntschlieÙung zustimmt, bitte ich eine Hand zu erheben. Die Gegenprobe bitte. Ich stelle fest, daß die EntschlieÙung gegen vier Stimmen angenommen ist.

Wir kommen nun zum Punkt 1 der Vorlage 6:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine *Programmkommission* einzusetzen“.

Ich schlage vor, daß wir diesen Antrag dem Parteivorstand überweisen.

Wer damit einverstanden ist, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich stelle fest, daß dies einstimmig beschlossen ist.

Dann liegt ein Antrag vor, die *Rede des Genossen Dr. Schumacher* in *Druck* zu geben. Ich halte das für selbstverständlich. Der Antrag wird ausgedehnt auf das *Referat des Genossen Dr. Agartz*.

Dann liegt ein Antrag *Knothe* vor, daß ein *Protokoll der Parteitagsverhandlungen* gedruckt wird.

Ich schlage vor, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen.

Ich stelle nunmehr fest: Es ist einstimmig beschlossen, daß die Referate der Genossen Dr. Schumacher und Dr. Agartz gedruckt

werden. Es ist beschlossen, den Antrag Knothe auf Druck des Parteitags-Protokolls dem Parteivorstand zu überweisen.

Wir behandeln nun die Vorlage 22 (Vorschlag einer Entschließung des Bezirks Niederrhein zum *Bergbau- und Bergarbeiter-Problem*).

Das Wort hat zur Begründung der Genosse Jochem, Oberhausen.

Heinrich Jochem, Oberhausen: Ich glaube, es ist notwendig, daß wir den Parteitag auf eine Angelegenheit aufmerksam machen, die hier eigentlich viel zu wenig beachtet worden ist. Gerade sprach hier ein Vertreter der Landwirtschaft und wies darauf hin, daß, wenn wir im nächsten Jahr nicht eine ähnliche Hungerkatastrophe erleben wollen wie in diesem Jahr, wir etwas tun müssen für die Landwirtschaft. Er verlangte, daß Düngemittel bereitgestellt werden. Wir aus dem Kohlenpott wissen ganz genau, wie sehr die Landwirtschaft nach Düngemitteln hungert, denn aus dem Ruhrpott gehen im Schwarzhandel und im Tauschwege dauernd Wagen mit Düngemitteln und Kohlen heraus. Wir stellen fest, daß auf diese Weise aus dem Sektor der Landwirtschaft noch eine ganze Menge Nahrungsmittel herausgeholt werden. Wir fragen uns, ob die Dinge so sein müssen, daß unsere Wirtschaft von nicht ganz einwandfreien Menschen geführt wird.

Wir stellen weiter fest im Ruhrgebiet, daß die gesamte deutsche Wirtschaft schon wieder ins Stocken geraten ist, und zwar seit Januar dieses Jahres, als die Rationskürzungen vorgenommen wurden. Wir haben damals dem deutschen Volk, den deutschen Behörden und den Militärregierungen zugerufen, daß, wenn schon eine Kürzung notwendig ist, sie nicht angewendet werden darf für die Bergarbeiter. Diese Stimme ist einfach verhallt bei allen Stellen, an die sie gerichtet war. Wir stellen jetzt fest, daß ein Förderrückgang von etwa 180 000 To. auf 150 000 To. eingetreten ist, daß die Hauerleistung von 0,9 auf 0,8 To. zurückgegangen ist, weil eben der Bergarbeiter bei dieser Ernährung einfach nicht arbeiten kann.

Wenn hier der Genosse aus der Landwirtschaft sagte, daß diese sich nicht mehr retten können vor den Bettlern, dann ist das richtig. Wir stellen fest, daß 25 Prozent der Bergarbeiter heute nur noch betteln statt zu arbeiten. Wenn wir damals warnend erklärten, bei den Bergarbeitern und ihren Familien dürfen die Rationen nicht gekürzt werden, so ist heute unsere Warnung durch die Auswirkungen bestätigt. Eine ganze Reihe von Fabriken sind stillgelegt, weil keine Kohlen da sind, und andere konnten aus dem gleichen Grunde nicht anlaufen.

Ich sage, wenn sich das deutsche Volk nicht endlich um seine Bergarbeiter kümmert, dann gehen wir einen Weg, der noch tiefer in das Chaos führen muß. Vielleicht wird gesagt, die Ernährungsfrage, die lohnpolitische Frage und die wohnpolitische Frage sind Fragen der Gewerkschaften. Nein. So sehr ich weiß, was die Gewerkschaften zu tun haben, so sehr weiß ich, daß die Frage der Bergarbeiter nicht nur eine Angelegenheit der Gewerkschaften, sondern eine hochpolitische Angelegenheit Deutschlands ist. (Sehr richtig!)

Wenn wir Forderungen gestellt haben, die sich vielleicht sehr belastend auf die übrigen Provinzen auswirken können, so bitte ich einmal zu überlegen, ob wir im Recht sind oder im Unrecht, wenn wir verlangen, daß der Lohn für den Bergmann nicht mehr eine Angelegenheit nur des Bergmanns und der Rheinisch-Westfälischen Industrie ist, sondern eine Angelegenheit des deutschen Volkes.

Ich meine, nach 1918 strengte sich das deutsche Volk ein klein wenig mehr an als diesmal. Gewiß hatten wir damals nicht eine so demolierte und zusammengebrochene Wirtschaft wie heute. Ich weiß mich zu entsinnen, daß trotzdem damals der Ruf an die Bergarbeiter erging, Ihr müßt in die Bresche springen. Während die anderen den 8-Stunden-Tag hatten, mußten wir zweimal in der Woche eine halbe Schicht mehr verfahren. Wir haben das getan, weil wir die Notwendigkeit einsahen, aber man bemühte sich damals auch um eine bessere Ernährung und um bessere Wohnmöglichkeiten der Bergarbeiter. Heute scheint das deutsche Volk nicht zu wissen, wo der Hebel anzusetzen ist.

Glauben Sie nicht, daß eine Lohnerhöhung möglich ist auf Kosten der Kohlenpreiserhöhungen. Der Kohlenpreis kann nicht erhöht werden. Im Bergbau ist die Lage so, daß noch nicht einmal die produktiven Unkosten gedeckt werden können. Eine Reihe von Zechen sind demoliert. Übrigens wäre eine Kohlenpreiserhöhung auch eine Angelegenheit der Militärregierung. Wissen Sie schließlich, unter welchen Löhnen die deutsche Bergarbeiterschaft heute arbeitet? Wissen Sie, daß der Lohn des Bergmanns bei Ubertage bei RM 135,— im Monat liegt.

Wissen Sie, daß der Lohn für den Untertagearbeiter, für den Hauer, bei RM 160,— im Monat liegt? Wissen Sie, daß Ihre Arbeiter, die aus Ihren Provinzen dienstverpflichtet werden für den Bergbau, dort nicht leben und nicht sterben können und daß ihnen nach Abzug der Unkosten für Verpflegung und Beherbergung noch ungefähr RM 20,— bis 30,— verbleiben, mit denen sie ihre Angehörigen in Hannover, Holstein, Oldenburg unter-

halten sollen? Wissen Sie, daß die von auswärts eingewiesenen Arbeiter für den Bergbau in Baracken leben müssen, in denen bisher die Fremdarbeiter untergebracht waren, daß sie in einem Raum schlafen und essen, ihre sonstige Unterhaltung pflegen müssen, und daß es dort keine Radioapparate gibt? Wollen wir unseren deutschen Bergarbeiter so behandeln?

Ich glaube, es ist an der Zeit, das deutsche Volk wachzurütteln. Wenn wir verlangen, daß eine Lohnaufbesserung nur möglich ist durch Umlage, durch Zuschüsse und Steuererleichterungen, dann kann das nicht eine Angelegenheit des Rheinisch-Westfälischen Industriezentrums sein, sondern es muß Gedankengut werden der Bayern, der Badenser, Hessen, Holsteiner und Hannoveraner, denn schließlich kann man auch dort nicht leben, wenn wir keine Kohlen fördern können. Ich möchte Sie bitten, mit dem Appell nach Hause zu gehen, alles mobil zu machen bis in das letzte Dorf, daß, wenn wir anfangen, Deutschland wieder in Ordnung zu bringen, wir zu nächst beim Bergbau anzufangen haben. Bringen wir Opfer, denn wenn es dem Nazismus möglich war, in Form von Verbilligungsscheinen dem Arbeiter zu helfen, warum sollte es uns nicht möglich sein, unseren Bergarbeitern zu helfen?

Ich weiß, wo die Fehler liegen, ich weiß, daß die Oberpräsidenten nicht einsehen wollen, daß hier etwas geschehen muß, denn sonst kann ich nicht verstehen, daß sie es mit ansehen, daß 25 Prozent der rheinisch-westfälischen Arbeiter täglich auf das Land gehen, um nur etwas für ihre Familienangehörigen zu ergattern. Wir in Oberhausen haben seit Juli vorigen Jahres 36 Pfund Kartoffeln bekommen. Können Sie sich vorstellen, wie ein Arbeiter unter solchen Bedingungen arbeiten soll?

Viele mögen sagen, der Bergarbeiter bekommt seine besonderen Zuwendungen, aber die Familienangehörigen haben nur die Normalrationen. Es ist aber so, daß der Bergmann, der seine Frau und Kinder nicht hungern lassen will, eben zu der Möglichkeit des Bettelns greift. Wir lehnen das Betteln ab. Die Verteilungsmöglichkeiten müssen nach diesen Gesichtspunkten geregelt werden, und dafür haben wir als Sozialdemokraten uns einzusetzen in erster Linie. (Bravo! Starker Beifall.)

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Was der Genosse Jochem für das Ruhrgebiet gesagt hat, trifft mehr oder weniger auch für den übrigen Bergbau zu. Ich kann nur bestätigen, was er an Klagen vorgebracht hat. Die Arbeitsfrage im Ruhrgebiet läßt sich so, wie es jetzt geschieht, nicht lösen. Der Bergmann muß wesentlich besser gestellt werden und für ihn muß besser gesorgt werden. Ich bin

aber der Meinung, daß man zum Teil über die einzelnen Forderungen, die in dieser Entschliebung enthalten sind, beraten muß mit der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation der Bergarbeiter. Ich schlage deshalb vor, daß diese Entschliebung dem Parteivorstand überwiesen wird mit der Maßgabe, sofort mit der Gewerkschaft der Bergarbeiter in Verbindung zu treten und mit ihr zusammen dafür einzutreten, daß dem Bergmann sein Recht wird.

Falls Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen. Ich danke Ihnen; damit ist die Entschliebung dem Parteivorstand überwiesen.

Vorsitzender *Fritz Henssler*:

Wir kommen nunmehr zu der Vorlage Nr. 17 (*Organisation Jungsozialistischer Arbeitsgemeinschaften*). Genosse Heydorn hat hierzu das Wort.

Heinz-Joachim Heydorn, Hamburg: Zur Vorlage Nr. 17, Antrag des Bezirks Braunschweig, ist als Begründung sehr wenig zu sagen. Der erste Absatz versteht sich sowieso von selbst. Auf einer Tagung der Jungdelegierten haben wir gestern vernommen, daß die jungsozialistische Arbeit fast überall bereits in Angriff genommen worden ist. Es handelt sich hier darum, die Tatsachen durch die Parteitagung zu unterstreichen. In zwei Abschnitten sind einige Änderungen vorzunehmen. Im Absatz 2, Zeile 6, muß es nicht Treffen, sondern Delegiertentreffen heißen. Ein zusätzlicher Satz wird beantragt, und zwar derart, daß der Parteitag aufgefördert wird, die sofortige Schaffung eines Jugendsekretariates zu befürworten, und daß Genosse Groß mit der Vertretung der Jungsozialdemokraten in der Parteilitung zu beauftragen ist. Der Ort Braunschweig, die Stadt und das Land Braunschweig als Mittelpunkt dieses Delegiertentreffens wurde deswegen in Aussicht genommen, weil die geographische Lage Braunschweigs uns außerordentlich günstig erschien.

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich würde vorschlagen, daß wir den ersten Absatz der Entschliebung positiv annehmen, den zweiten Absatz, der ein besonderes Treffen der Jungsozialisten vorschlägt, dem Parteivorstand überweisen, damit der die Dinge durchführt. Ich lasse also zunächst über den ersten Absatz der Entschliebung abstimmen. Wer ihm zustimmt, bitte ich, eine Hand zu erheben. Bitte um die Gegenprobe. Ist beschlossen.

Wer dafür ist, daß der zweite Absatz dem Vorstand überwiesen wird, bitte ich, eine Hand zu erheben. Auch das ist beschlossen.

Wir kommen dann zu der Vorlage Nr. 18: (*Aufbau sozialistischer Arbeitsgemeinschaften für Kultur und Wissenschaft*).

Wenn keine besondere Begründung von den Antragstellern verlangt wird, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Vorlage zustimmt, bitte ich, eine Hand zu erheben. Ich danke Ihnen. Das ist beschlossen.

Ein weiterer Antrag, der wohl noch nicht verteilt worden ist, kritisiert die Tatsache, daß die *Stadt- und Landpolizei* und die *Justiz* von den britischen Militärregierungen aus der deutschen Verwaltung herausgenommen worden sind.

Der Antrag stellt fest:

„Diese Maßnahme hat sich insbesondere hinsichtlich der personellen Zusammensetzung der Polizei und der Justizverwaltung nicht bewährt, wie unter anderem die kürzlich erfolgte Entlassung zahlreicher Polizeibeamter und der Fall des Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm bewies.

Der Parteitag beauftragt daher den Parteivorstand, den Militärregierungen den dringenden Wunsch zu übermitteln, daß Polizei und Justiz wieder den deutschen Behörden unterstellt werden.“

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stimmen wir über den Antrag ab. Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Vorsitzender *Fritz Henssler*:

Es liegt dann ein weiterer Antrag vor, der den Sport betrifft.

„Der Parteitag erkennt die Bedeutung der Sportbewegung zur demokratischen Erziehung sowie zur sittlichen und moralischen Ertüchtigung der Jugend an. Der Parteitag weiß um die Gefahren, der insbesondere die deutsche Jugend ausgesetzt ist, wenn die Sportbewegung länger dem direkten und indirekten Einfluß reaktionärer, nazistischer und militaristischer Beeinflussung ausgesetzt ist.

Die Partei hat der Förderung des Sportgedankens im Sinne unserer sozialistischen Erziehungsaufgaben ihr besonderes Augenmerk zu schenken. Die Delegierten des Parteitages beantragen die Errichtung eines Sportreferates beim Parteivorstand, dem die Beobachtungen und Ausrichtungen in allen Fragen des Sportes und verwandten Gesellschaftsorganisationen als besondere Aufgabe zu übertragen sind.“

Zur Begründung des Antrages hat der Genosse *Ulbrich*, Augsburg, das Wort.

August Ulbrich, Augsburg: Es besteht wohl kaum bei einem der hier anwesenden Delegierten ein Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratische Partei sich nicht nur der politischen und wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes anzunehmen hat, sondern alle Lebensäußerungen des Volkes in den Bereich ihrer Erwägungen ziehen muß. Das gilt für alle Gesellschaftsorganisationen, die einen wesentlichen Bestandteil des Lebens ausmachen. Wir dürfen bei dieser Frage kaum ausgehen von den Gegebenheiten der Vergangenheit, sondern haben uns nach meiner Auffassung nach den Bedürfnissen der Zukunft zu richten, nach den Bedürfnissen unserer Jugend.

Wir haben in dieser Hinsicht eine Aufgabe zu lösen, die eine Lücke schließen muß. Eine Lücke, die dadurch entsteht, daß wir die Nationalsozialisten nicht nur fernhalten von politischer und wirtschaftlicher Betätigung, sondern auch darüber hinaus von der Möglichkeit, sich in Gesellschaftsorganisationen wiederum betätigen zu können. Wir sind daher der Meinung, daß wir als Sozialdemokratische Partei die Aufgabe haben, uns dieser Frage zuzuwenden, und dafür zu sorgen, daß die Nationalsozialisten keine Möglichkeit haben, sich in Gesellschaftsorganisationen auszutoben und dort jene Zellen zu bilden, die uns gefährlich werden können.

Die Gefahr liegt nicht in erster Linie darin, daß die jungen Sportler nationalistische Tendenzen fortführen könnten — denn die junge Generation, die vor kurzem doch erst den Barraßbrock abgelegt hat, hat in ihrer überwiegenden Mehrzahl es satt, wohl noch einmal Barraß zu spielen —, die Gefahr liegt darin, daß nicht aus den Sportlern Nationalsozialisten, sondern aus den Nationalsozialisten Sportler werden.

Die Sportorganisation kann sich wohl keiner Partei verschreiben. Das wissen wir auch. Aber sie hat eine Aufgabe der staatspolitischen Erziehung, und diese staatspolitische Erziehung in den Vordergrund zu stellen und bei dieser Gelegenheit alles auszuschalten, was noch einmal dazu führen könnte, die Jugend auf die Schlachtfelder Europas zu führen, ist eine Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Wenn wir als Sportler, als junge Sportler, unseren alten Genossen Fritz Wildung dafür vorsehen, als Referent zum Parteivorstand zu kommen, so deshalb, weil er am Ort hier in Hannover ist, und in zweiter Linie deshalb, weil er uns gerade zum Über-

gangsstadium helfen kann, bis wir später eine Möglichkeit haben, einen jungen Genossen mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Wir wollen keine Fortsetzung jenes Menschentyps, der indifferent als Sportler den Dingen gegenübersteht, die in Deutschland vor sich gehen. Wir wollen eine absolut positive Staatsauffassung im Sport, und da erachten wir es als unsere Aufgabe, als Sozialdemokratische Partei darüber zu wachen, daß im Sport und allen Gesellschaftsorganisationen jene Richtung eingeschlagen wird, die wir im Interesse der Entwicklung des demokratischen Staates verlangen müssen. (Beifall.)

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Entschließung zustimmt, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich danke Ihnen. Die Entschließung ist *einstimmig angenommen*.

Dann haben wir noch einige Anträge in der Vorlage Nr. 6 zu erledigen. Da ist ein Antrag des Unterbezirks *Göttingen*, der Errichtung einer *Parteischule* für Forschung und Lehre auf den Gebieten der Ökonomie, Soziologie, Sozialpsychologie und Philosophie fordert. Ich beantrage, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wer für die Überweisung ist, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich danke Ihnen. Es ist so beschlossen.

Dann liegt ein Antrag des Ortsvereins *Hildesheim* vor, der wünscht, daß die Bezirksvorstände beauftragt werden, in allen Bezirken Funktionär-Schulen zu errichten, in denen laufend mehrwöchentliche Kurse abgehalten werden sollen. Die Teilnehmer an diesen Kursen sollen dann erneut zur weiteren Schulung zusammengefaßt und für den Einsatz auf den politischen, sozialistischen, kommunalen und redaktionellen Gebieten vorbereitet werden.

Auch diesen Antrag müssen wir dem Parteivorstand überweisen.

Wer für die Überweisung ist, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist überwiesen.

Die beiden ersten Anträge der Vorlage 6 (Ortsgruppe *Klein-Pampau*) sind nach meiner Auffassung durch die Statutenberatungen und die bisherigen Beschlüsse als erledigt zu betrachten.

Widerspruch erhebt sich dagegen nicht, dann sind sämtliche Anträge erledigt.

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Es liegt nun noch ein Antrag vor, der dem Parteivorstand das Recht gibt, bis zu *drei Mitgliedern* während einer *Wahlperiode* zu *kooptieren*, um fachliche oder regionale Erzeugungen des Parteivorstandes zu ermöglichen.

Ich glaube, einer besonderen Begründung bedarf dieser Satz nicht.

Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich eine Hand zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Das ist beschlossen.

Wir haben dann einen Antrag bezüglich der Wahl des *Tagungs-ortes* des nächsten *Parteitag*s.

Es liegt ein Antrag der hessischen Genossen vor, daß der nächste Parteitag in *Frankfurt a. Main* abgehalten werden soll. Weitere Anträge liegen nicht vor.

Es wird Überweisung an den Parteivorstand beantragt.

Wer für die Überweisung des Antrages an den Parteivorstand stimmt, bitte ich eine Hand zu erheben. Das ist beschlossen.

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Der Genosse *Heydorn*, Hamburg, hat das Wort zur Verlesung eines *Aufrufs an die Jugend*.

Heinz Joachim Heydorn-Hamburg: Wir haben gestern in einer Konferenz der Jungdelegierten des Parteitages beschlossen, einen Aufruf an die Jugend zu verfassen, und wir wollen diesen Aufruf jetzt hier zur Verlesung bringen. Wir wollen damit unter Beweis stellen, daß wir als junge Sozialisten wieder da sind, und daß wir auf dem ersten Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dabei gewesen sind. Wir wollten vor allen Dingen der deutschen Jugend einen Beweis dafür geben, daß wir nicht die Restbestände irgendeiner alten Tradition sind, denn das Schicksal der letzten Jahre hat alle Traditionen wie Spinnewebe zerrissen. Wir wollen zeigen, daß wir uns als die Vorhut eines neuen, geschichtlichen Morgen betrachten, als die Vorhut von neuen Generationen, die kommen müssen und kommen werden.

Genosse *Heydorn* verliest den Aufruf an die Jugend.

Nach Verlesung des Aufrufes Bravorufe und Beifallklaschen.

Vorsitzender *Fritz Henssler-Dortmund*: Ich darf ohne besondere Abstimmung feststellen, daß der gesamte Parteitag diesem Aufruf seine Zustimmung gibt. (Bravo!) Wir haben damit unsere Tagesordnung erledigt.

Genosse *Schumacher* hat nunmehr das *Schlußwort*. (Wiederholte Bravorufe und starker Beifall.)

Kurt Schumacher: Als ich vorgestern vor Ihnen referierte, da war ja meine Rede nicht nur eine politische Betrachtung der Tagesfragen, sie war zu gleicher Zeit zum Verständnis und als Begründung der Vorlage Nr. 4, der Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, anzusehen. Ich will nicht all die Gründe wiederholen, aus denen wir zu der beschlossenen Form

der Kundgebung gekommen sind. Ich will Ihnen aber mitteilen, daß zu wirklich sachlicher Ergänzung und zur redaktionellen und stilistischen Formung eine Redaktionskommission bis gestern nacht um 1/212 Uhr getagt hat, und daß Ihnen jetzt die endgültige Formulierung der Kundgebung vorliegt, zu deren Prinzipien Sie sich ja in der Diskussion ausgiebig haben aussprechen können.

Wir haben dabei festgehalten an einigen großen Ideen. Wir haben festgehalten an dem Marxismus als Methode nicht deswegen, weil wir konservativ sind gegenüber Ideen oder gegenüber Persönlichkeiten, sondern deswegen, weil uns diese Methode der Analyse auch die besten Möglichkeiten zur Erkenntnis unserer Zukunftschancen gibt. (Sehr gut!) Und wenn vielleicht dem einen oder anderen eine Überbetonung marxistischer Methodik vorhanden zu sein scheint, vergessen Sie nicht, daß wir dabei nicht im Materiellen erstarrt geblieben sind. (Sehr gut!) Wir haben uns dabei auch von den sittlichen Ideen der Menschheit leiten lassen. (Sehr gut! und Beifall.) Wenn irgendwie Personen genannt werden sollen, Genossen, dann ist diese Kundgebung ein Bekenntnis zu dem Geist von Karl Marx und Jean Jaurès. (Bravorufe und Beifallklatschen.)

Wir haben uns nicht angemaßt, Ihnen ein detailliertes Aktionsprogramm zu geben: Denn die Probleme strömen in allen neuen Erscheinungsformen täglich auf uns zu, und wir können Ihnen ja nicht sagen in der letzten Konsequenz, was wir tun wollten, wenn wir die Macht hätten. Denn die Macht in Deutschland, Genossen, ist ein relativer Begriff. Die Macht im heutigen Deutschland ist nur eine verschiedenartige Schattierung der Ohnmacht. (Sehr gut!) Deswegen, Genossen, haben wir Richtungen angegeben und nicht in jeder Form konkrete Aktualisierung. Und auch noch aus einem anderen Grunde, aus einem psychologischen Grunde, der endlich einmal zum Ausdruck kommen muß. Ich will nicht davon sprechen, daß vielleicht aus der Tradition der Sozialdemokratischen Partei heraus mehr oder weniger naive Gemüter unter uns meinen, man könnte ihnen heute schon das vorlegen, was nach jahrelanger Vorbereitung ein fünfzig Jahre bestehender Parteiapparat ihnen wird vorlegen können. Die Gründe liegen klar.

Es muß ein sozialistischer Aktionswille nicht nur oben, sondern auch unten bestehen, Genossen! (Bravo!) Die Deutschen haben seit Jahrhunderten einen Komplex des Führungsbedürfnisses. (Sehr gut!) Dieses Führungsbedürfnis ist in den letzten dreizehn Jahren ins Maßlose übersteigert worden. (Sehr richtig!) Jetzt, Genossen, wollen wir in der letzten Gemeinde sehen, daß sich die Männer unseres Vertrauens dort auch Gedanken machen, wie sie konkret

ihre kleineren Probleme meistern. (Sehr gut!) Ich glaube, Genossen, daß wir über kurz oder lang, wenn einigermaßen eine Klärung der Macht- und außenpolitischen Gegebenheiten und damit der Möglichkeiten der ökonomischen Struktur in Deutschland vorhanden sind, Ihnen dann ein endgültiges Programm vorlegen können. Wenn ich mich recht erinnere, wird Ihnen ja auch ein Antrag zugehen, oder ist Ihnen zugegangen, wonach dem neuen Parteivorstand das Recht gegeben wird, zu gegebener Zeit eine Programmkommission zu berufen.

Man hat davon gesprochen, daß der Begriff der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ja letzten Endes kein genau akzentuierter und umgrenzter Begriff ist. Genossen, das will er auch nicht sein. Denn die Vergesellschaftung der Produktionsmittel stellen wir uns nicht in jedem Falle ja meiner Ansicht nach in den meisten Fällen nicht als eine bloße Verstaatlichung vor. (Sehr gut!) Wir können uns denken und wollen uns denken unter diesem Begriff eine Mannigfaltigkeit der Betriebsformen, der Organisationsformen, der nur das eine Prinzip gemeinsam sein soll: Sozialistisch zu sein und sozialistisch sich auszuwirken. (Bravo — Beifall.)

Es wurde dabei auch die Frage des Eigentums hier angeschnitten. Wenn man es mir erlaubt, mich selbst zu zitieren, dann habe ich diesen Teil des Programms bereits am 5. und 6. Oktober in Wennigsen und Hannover behandelt. Es ist nicht das Eigentum schlechthin, welches die Klassengrenzen zieht. (Sehr richtig!) Wir erkennen viele Formen des Eigentums bewußt an, aber wir erkennen niemals an das Eigentum an Produktionsmitteln in der Hand des Großbesitzes. (Sehr richtig!) Wir erkennen es auch nicht an, wo der kleine und mittlere Besitz in seinem Drange, mit seinem Eigentum zu wirtschaften und es auszuwerten, mit den Interessen der Allgemeinheit in Konflikt gerät. Die Interessen der Allgemeinheit gehen auf jeden Fall vor. Genossen, auf jeden Fall. Es mag auch mal wahlpolitisch eine schlechte Chance geben. Nur sage ich Ihnen das eine, es ist und kann wahlpolitisch in dieser Frage keine schlechte Chance geben, wenn es Euch, den Führern und Funktionären, gelingt, die Masse davon zu überzeugen, daß wir das, was die Menschen als kleine Eigentümer haben, gerne im Rahmen des Möglichen der allgemeinen Belastung lassen wollen.

Aber von der allgemeinen Belastung, Genossinnen und Genossen, da können wir niemand befreien, und da wollen wir niemand befreien. (Sehr gut!) Diese Diskrepanz zwischen Besitz und Nichtbesitz ist der Tod für die nationale Existenz eines Volkes. (Sehr richtig!) Eine Politik des Ausgleichs muß gefunden werden, und

diese Politik des Ausgleichs wird durch die Praxis gefunden werden.

Man hat mir in einer Diskussionsrede, die volles Verständnis für unsere Auffassungen hier zeigte, doch gesagt, ich hätte die ökonomische Geschichtsauffassung überbetont. Ich glaube nicht, daß dem so ist, denn ich glaube, daß nicht einmal Karl Marx und Friedrich Engels die ökonomische Geschichtsauffassung betrachten konnten als klassische Formulierung, die die Grundlage für alle diese Fragen bildet. In der Einleitung von Karl Marx' „Kapital“ ist ausdrücklich gesagt, daß wohl die Ökonomie, das ursprünglich die anderen sozialen, psychologischen und sonstigen Phänomene erzeugende Element ist, daß aber diese Phänomene ihrerseits die Tendenz haben, sich zu verselbständigen und ihrerseits auf die Ökonomie gestaltend zurückwirken.

Darum ist der Hinweis, daß der eine oder andere Mensch ohne Rücksicht auf seine materiellen persönlichen Interessen für eine Idee kämpft, kein Beweis gegen die ökonomische Geschichtsauffassung, genau so wenig, wie bei den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen der Zeit vor dem ersten Weltkrieg der Hinweis auf den Kinderkreuzzug ein solches beweiskräftiges Argument gewesen wäre. Ein großer Staatsrechtslehrer hat vor langen Jahrzehnten einmal gesagt, das Überwältigendste, was es auf Erden gibt, ist die Idee, und der Sinn unseres Kampfes ist es, die Idee zum größten und wichtigsten und sittlich entscheidenden Moment unseres sittlichen und persönlichen Lebens zu machen.

Es ist die Aufgabe der ökonomisch befreiten Persönlichkeit, über sich hinaus zu wachsen, und im Kreise der Verantwortlichen müssen wir unter uns sagen, es ist unsere Aufgabe, so zu arbeiten, daß jeder von uns als Person überflüssig wird. Wir müssen also in der jungen Generation die Kräfte nachziehen, wir müssen so stark sein, daß der Ausfall von irgendwelchen Persönlichkeiten lokal oder zentral keine Störung des geistigen Lebens und der politischen Gestaltungskraft mehr bedeuten kann. (Sehr gut!) Das ist aber von vielen Deutschen, die uns fremd waren, und fast von allen Ausländern falsch verstanden. Wir sind nicht willens, die Sozialdemokratische Partei der Zukunft heilig zu sprechen, und wir wollen auch nicht wie andere Leute in der Ostzone politisch vom Kredit leben und nachher als Bankrotteure dastehen, aber wir wollen, und das ist das beste und sauberste Stück deutscher Geschichte, trotz aller Fehler und aller Versehen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. (Stürmischer Beifall.)

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist das einzige Instrument zur Erkämpfung des Sozialismus. Ein anderes Instru-

ment war in der Vergangenheit nicht vorhanden und ist auch bei schärfstem Nachdenken und ausgiebigster Spekulation für die Zukunft nicht denkbar. Und daran denkt, Genossen, wenn einmal Fragen kommen, in denen wir uns wirklich auseinander zu streiten drohen. Ich fürchte für unsere Partei nicht den Kampf der Meinungen oder der Richtungen, aber ich hoffe, daß diese Meinungen und Richtungen nicht an den Problemen der Vergangenheit, sondern an den Fragen der Gegenwart und Zukunft entstehen. (Sehr richtig!) Wir wollen eine Verschiedenartigkeit der Ansichten, und in leitender Stellung darf nur ein Mann oder eine Frau in der Sozialdemokratie sein, der es gelingt, mit ihrer Überzeugungskraft und der Güte ihrer Argumente die Genossen auch wirklich von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen (Sehr richtig!), niemals mehr Helfer des bloßen Apparates. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir in diesem Sinne vorgehen, und wenn es uns gelingt, auch nur die Ansätze demokratischer Gestaltung zu schaffen, wenn wir in den Massen das Bewußtsein erzeugen können, daß sie trotz allen Hungerns und alles Elendes zu einer neuen gerechteren und innerlich sauberen Lebensform kommen können, dann werden wir auch dieses Kardinalunglück der deutschen Geschichte heilen können.

Seien Sie sich über eines klar. Hermann Müller, unser Genosse, der einstmals Reichskanzler in der Republik war, hat einmal die Formulierung tiefster Resignation geprägt. Er hat in dieser Weimarer Republik gesagt: „Die Sozialdemokraten sind in der Republik in derselben Lage, in der die Nationalliberalen im Kaiserreiche waren.“ Das heißt, sie waren die Partei, die diese Republik geschaffen und mit ihrem Ideengehalt getragen haben, die aber dann von den Kräften der anderen Seite überrannt werden mußten.

Ich habe diese Anschauung immer für falsch gehalten, denn wir haben zu erkennen, daß nicht die Existenz der Republik und die Existenz eines Staates, auch wenn er nach den Grundlagen unserer Prinzipien geformt ist, das entscheidende Moment ist, sondern das entscheidende Moment ist die Tatsache, daß die Ideen der Demokratie und des Sozialismus überhaupt nur leben können, wenn es eine *Sozialdemokratische Partei gibt, die stark und lebendig ist.*

Die falschen Antithesen dieser dialektischen Gegenüberstellungen, die so bestechend sind und doch im tiefsten Punkt die letzte Wahrheit nicht ausschöpfen, sind ein Unglück unserer Parteidiskussion. Man hat damals wissen müssen, und man muß es heute erst recht wissen, Sozialdemokratie heißt Deutschland und Völkerfriede, und Deutschland und Völkerfriede ohne Sozialdemokratie

ist unmöglich. Wir springen jetzt in die Breschen. Wir wissen, daß keine politische Partei und keine politische Erscheinung unsterblich sind. Aber wenn wir im politischen Kampfe sterben sollten, dann wollen wir nur im Kampfe untergehen, aber wir wollen uns nicht passiv verbrauchen lassen. (Sehr gut!)

Die Gefahr ist groß. Gerade hier in den Westzonen ist unwiederbringliche Zeit verloren gegangen, nicht durch die Schuld der Sozialdemokraten, und nicht wiederkehrende Gelegenheiten drohen uns zu verschwinden. Der Tempoverlust wird sich bei den großen Auseinandersetzungen, die jetzt eingeleitet sind, feststellen lassen.

Aber demgegenüber haben wir eins festzustellen: Die Schuld an allem Unglück Deutschlands ist die Klassenpolitik des Großbesitzes gewesen, ist seine geistige Erscheinungsform des Nationalismus und Militarismus, ist sein politischer Ausdruck im Nazismus. Diesen Nazismus als letzte Konsequenz der Klassengegensätze klagen wir an. Er ist schuld. Aber verantwortlich an der aktuellen Gestaltung der heutigen Zustände sind nicht die deutschen Parteien. Am wenigsten die deutsche Sozialdemokratie. Verantwortlich an der aktuellen Situation sind die Besatzungsmächte. (Sehr richtig!) Wir erleben das, um zu dem Antrag meines Vorredners Meitmann, Hamburg, zu sprechen, ja gerade in dem Wiederaufrollen der Beamtenfrage im reaktionären Sinne. Soll denn in Deutschland der Typ des Staatssekretärs Meißner unsterblich sein? (Stürmischer Beifall.) Dieser Typ des Beamten, der loyal und voll Ergebenheit dem deutschen Kaiser gedient hat, der den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert umwedelt hat, der der Vertrauensmann Hindenburgs war, und der mit Adolf Hitler durch dick und dünn ging. Wenn wir jetzt diese Beamtenpolitik, meine Herren von der englischen Militär-Regierung, weiter treiben wollen, dann schaffen wir den Meißner-Typ der fünften Ära der modernen deutschen Geschichte. (Stürmischer Beifall.)

Wir können unsere Aufgabe als Partei, als verantwortliche Partei gegenüber dem eigenen Volke und gegenüber der Welt nur lösen, wenn wir unsere Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber jeder Macht behaupten. Wir bleiben selbständig und unabhängig gegenüber den politischen Exponenten des Kapitalismus, gegenüber den vereinigten Kommunisten und gegenüber allen Militär-Regierungen.

Für uns hat die Sozialdemokratie ihren Sinn und ihren Zweck verloren, wenn sie einmal in der Politik so funktionieren sollte wie die KPD. als Beauftragte der östlichen Besatzungsmacht. Der Sinn des Parteitages ist im tiefsten der, daß die großen Probleme

mit deutschen Kräften nicht gelöst werden können. Die Lösung hängt davon ab, daß die Siegermächte sich auf einen gemeinsamen Generalnenner gegenüber Deutschland einstellen. Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, müssen wir auch unter den heutigen noch sehr schwierigen Umständen aktiv werden. Die Zeit des Abwartens und des Geschehenlassens ist vorüber. Die soziale Frage im Sinne des Sozialismus muß regional, provinziell und länderpolitisch angegriffen werden. Es ist da keine Zeit mehr zu verlieren. Wir werden in unserem Wollen und Fordern in Sachen Agrar- und Bodenreform nicht mehr warten. Wir warten nicht mehr mit unserem Ruf zur Sozialisierung der Schwerindustrie. Wir haben doch erkannt: der Faschismus, und gerade in Deutschland der Nationalsozialismus, ist die Massenbewegung eines in der Gefahr des Unterganges befindlichen Kapitalismus. Solange aber ein Kapitalismus noch nicht endgültig untergegangen ist, besteht die Gefahr der Aktivierung solcher Massenbewegungen. (Lebhafter Beifall.)

Diese Gefahr ist ja klassenpolitisch evident in den Westzonen, aber sie ist in den Ostzonen auch nicht überholt, wo ein neuer sozialer Stand von Neureichen und Nutznießern entsteht.

Es ist Karl Marx, glaube ich, gewesen, der in seiner genialen Analyse des Bonapartismus die Erkenntnis gepredigt hat, daß die moderne Diktatur aus der Verschärfung der Klassengegensätze entsteht. Die heutige wieder zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze entsteht aber nicht aus dem eigenen Wachstum und der Vergrößerung des Kapitalismus, sondern sie entsteht aus dem Absinken und dem Verelenden der breiten Massen. Das sollten wir nicht nur bei der Formulierung unserer Politik selbst berücksichtigen, das sollten die Siegermächte auch berücksichtigen. Hunger ist Faschismus, er mag sich zeigen in welcher Form und welcher Gestalt es sein mag.

Der internationale Klassenkampf und die internationale proletarische Weltrevolution sind keine Exportartikel, wie wir in den letzten 28 Jahren erleben mußten. Die *Commis voyageurs* des internationalen Klassenkampfes, die die besonderen historischen Bedingtheiten ihres Landes als vorbildlich auf alle anderen Länder übertragen wollten, haben in Wahrheit in Europa die Reaktion erst richtig in den Sattel gesetzt.

Dazu möchte ich sagen: Wenn jetzt der Prozeß einer Zonenvereinigung, d. h. eine Eroberung mit allen Mitteln der List und der Lüge vor sich geht, dann dürfen wir uns weder von einer frühmarxistischen Verbrämung, die nur eine ausweichende Phra-

seologie ist, noch von dem neuen Nationalismus dieser Bewegung täuschen lassen.

Mit dem Nationalismus söhnen wir uns nicht aus. Er mag sich zeigen in schwarzweißroter oder in roter Form. Dieser neue Nationalismus ist das Prinzip, das Deutschland noch einmal in die Vereinsamung, in die Isolierung und in den Abgrund führen kann. Wir würden uns mit dem neuen Nationalismus auch dann nicht aus-söhnen, wenn er echt ist und die Mehrheit des Volkes erfaßt hätte. Er ist heute unecht, so unecht wie der Nationalismus der Sparta-kisten und der KPD. in den Jahren 1919, 1923 und 1930, wo der tiefere Grund des neuen Nationalismus ja nicht der deutsche Nationalismus, sondern die Auswertung der proletarischen weltrevolu-tionären Idee für die Interessen eines Landes gewesen ist.

Ich möchte an dieser Stelle den großen Unterschied durch ein Zitat aus einer Rede Léon Blums formulieren, ein Zitat, das so klar und messerscharf ist, daß Kommentare überflüssig sind. Léon Blum hat in Paris gesagt: „Die französischen Sozialisten sind fran-zösische Patrioten und internationale Sozialisten, aber die fran-zösischen Kommunisten sind französische Chauvinisten und russi-sche Patrioten.“ (Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen, wir wollen keine Politik mit Prinzi-pien, wo die Prinzipien nur zur Taktik und zum Gegenstand aus-wechselbarer opportunistischer Manöver werden. Wir wollen viel-mehr saubere menschliche Voraussetzungen für die Zusammen-arbeit, und wir erklären, daß dort, wo der menschliche Respekt und die Sauberkeit in den Mitteln nicht gegeben sind, auch beim besten Willen eine Zusammenarbeit auf längere Sicht scheitern muß. Wir können uns bei der Betrachtung der Parteigeschichte auf ein Wort keines Geringeren als Franz Mehring berufen, das, so lange die realen Ursachen einer Spaltung bestehen, es besser ist, diese Spaltung aufrecht zu erhalten und in getrennten Säulen zu marschieren, als sich zu engagieren in gemeinsamen Aktionen. Diese realen Ursachen der Spaltung zu unserem Teil wegzuräu-men, sind wir bereit, wir wollen in diesem Sinne die Einheit. Aber die letzten realen Ursachen kann bloß das Agreement der Sieger-mächte untereinander aus der Welt schaffen, und so lange das nicht vorhanden ist, da müssen wir kämpfen.

Wir, die heute für das Leben des eigenen Volkes kämpfen, wir sind so international wie einst, und für uns gilt noch immer das Wort: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ (Bravo!) Wir sehen aber mit Abscheu, und mit dem Willen, eine solche Konzep-tion nicht zuzulassen, eine politische Praxis bei einem Teil der Arbeiterbewegung, die darauf hinausgeht: Nationalisten aller Län-

der, vereinigt Euch!, damit sie Europa in Unruhe halten können und niemals eine konstruktive Politik zustanden kommen wird.

Wir haben den 1. Mai erlebt. Wir haben ihn in Deutschland mit berechtigtem Stolz gerade als Sozialdemokraten erleben können, aber wir haben auch gesehen, wie man in Frankreich am 1. Mai demonstriert hat. Da sind die Sozialisten unter der roten Fahne marschiert und haben die Internationale gesungen, aber die Kommunisten sind unter der blau-weiß-roten Fahne, der Trikolore, marschiert und sangen die Marseillaise. (Hört, hört!)

Die außenpolitischen Erscheinungen sind genau das, das wir vorgestern hier als innenpolitische Konsequenzen aufgezeigt haben. Die Zurückdrängung der SPD. mit dem Mittel der Zweckfusionierung bedeutet nicht die Stärkung der Arbeiterklasse, bedeutet nicht die Sicherung Rußlands, sondern bedeutet die Stärkung der deutschen Reaktion. In Berlin-Marienfelde ging vor einigen Tagen — vor etwa zehn Tagen — eine Betriebsratswahl vor sich. Da stand ein Kommunist als Spitzenkandidat auf der Liste. Er wurde als 14. gewählt; vor ihm wurden 13 Sozialdemokraten mit mehr Stimmen gewählt. (Großer Beifall.) Das war im französischen Sektor. Aber im russischen Sektor, im Haupttelegraphenamte, da war eine SPD.-Liste nicht mehr möglich. Da war nur die SED., die vereinigten Kommunisten, und die haben großzügigerweise — der Geste wegen — auch die CDU. zugelassen. Und was war das Resultat? Es wurden gewählt von 13 Kandidaten drei Kommunisten, drei SED.-Leute und sieben von der CDU., mit anderen Worten, die Zwangsmitglieder der SED. haben eher CDU. gewählt,

als daß sie sich für die Kommunisten hergegeben hätten.

Wir wollen mit aller Deutlichkeit erklären, wir wollen mit allen Siegermächten zusammenarbeiten, wir wollen auch mit Rußland zusammenarbeiten. Wir haben keinerlei Reservate gegenüber diesen Notwendigkeiten und wir fühlen keinerlei Feindseligkeit gegen dieses Land, das unter dem Hitlerkrieg so schwer gelitten hat. Aber, Genossen, wenn wir auch nicht die Andeutung einer Feindschaft gegen dieses Land spüren, unsere Selbständigkeit lassen wir uns auch von diesem Lande nicht nehmen. (Langanhaltender Beifall.) Wir lassen uns keinen billigen agitatorischen Antibolschewismus aufreden, aber wir bleiben internationale und demokratische deutsche Sozialisten mit allen Konsequenzen. Die politischen Beziehungen würden wir gern aufnehmen, aber die politischen Beziehungen dürfen nicht nur darin bestehen, daß man die aufrechten Sozialisten arrestiert!

Ich fürchte allerdings, daß auch andere Länder ein unentbehrliches Spiel treiben, ich fürchte dieses Spiel besonders in Sachen des Separatismus des Rheinlandes. Ich habe dabei immer einen bitteren Geschmack auf der Zunge. Es ist hier vielleicht auch nicht nur eine einzige Macht im Spiel, die die neue separatistische Bewegung des Dr. Opitz im Rheinland unterstützt. Ich will Ihnen sagen, wenn das eine ausländische Macht tut, dann zeigt sie, daß der Mangel an politischer Intelligenz kein deutsches Reservat ist. Diese Situation beschwört die Gefahren fürchterlichster Art für die Zukunft herauf, bedeutet die Verewigung der Unruhe und bedeutet einen fast zwangsläufigen Sturz in einen neuen Abgrund.

Die Ausländer und ihre Politik können wir von unserem Standpunkt aus nicht unter eine moralische Kategorie bringen. Dagegen sagen wir offen, die Deutschen, die Separatisten sind, das sind für uns keine Deutschen, und auf die dehnen wir die Spielregeln der Demokratie nicht aus. Sie sind das feindliche Prinzip an sich, denn sie versündigen sich nicht nur an ihrem Lande, sie versündigen sich an der Menschheit und an dem Frieden.

Elend und Hunger sind die Voraussetzungen für die Gefahren der heutigen politischen Situation. Praktische Hilfe gebrauchen wir. Wie brauchen sie für die Flüchtlinge, bei denen sich die Zustände allmählich zur Katastrophe steigern, und wir brauchen sie auch für die breiten Massen der Arbeiter, denn der reale Lebensstandard der arbeitenden Menschen — ob sie körperlich oder geistig arbeiten — ist in eine unvorstellbare Tiefe abgesunken.

Wir brauchen darum eine Politik, deren oberstes Gesetz die Schaffung von wirtschaftlich neuer Substanz, also von neuen Produktionsmitteln ist. Wir brauchen das Aufhören der Demontage in Permanenz. Und wenn man uns noch so viel genommen hat, wir sind bereit, uns neue Produktionsmittel zu schaffen, aber nicht zu dem Zweck, daß man sie uns dann wieder nimmt. Wir appellieren an die Vernunft und Gerechtigkeit bei den Besatzungsmächten. Ich denke z. B. daran, daß hier wertvolle alte Sozialdemokraten Hannovers in maßgebender amtlicher Stellung Pläne haben, um die Energiewirtschaft auf der Grundlage der Torferzeugung und Torfverwertung in Gang zu bringen, um auf diese Art und Weise Kohle freizubekommen. Ich denke an die Energiewirtschaft auch in Süddeutschland und ich denke daran, daß, wenn das Ruhrgebiet Reparationen leisten soll, daß dann diese Voraussetzungen in Deutschland ohne Bürokratismus und ohne privatkapitalistische Hemmnisse von Vertretern einzelner Siegermächte durchgeführt werden sollen.

Wir haben eine Reihe von inneren Problemen berührt. Es ist hier gesprochen worden über die Kirche. Es ist nicht so, daß wir die Kirche tolerieren, weil wir sie aus der Stimmung der Bevölkerung tolerieren müßten, es ist so, daß wir die Kirchen und jede andere Weltanschauungsvertretung tolerieren und ihnen das Recht zur freien Entfaltung auf ihrem eigenen Gebiet geben wollen, weil wir es aus unserer Überzeugung heraus wollen.

Und wenn hier Frauen daran erinnert haben, wie wichtig ihre Rolle bei einem Neuaufbau Deutschlands ist, dann muß ich immer an die wenigen alten Statistiken bei getrennten Wahlen nach Geschlechtern denken. Ich glaube, es war in Köln, wo die statistischen Unterlagen in den Jahren 1919 bis 1933 geschaffen wurden. Da haben wir erlebt, daß die Sozialdemokratische Partei stärker eine Männerpartei war als jede bürgerliche Partei, und die Kommunisten waren noch stärker eine bloße Männerpartei.

Aber die Frauen der in der Mitte sitzenden und das Zünglein an der Waage bildenden Parteien sind es gewesen, die die Entscheidung gegen uns geschaffen haben! (Sehr richtig!)

Unsere Politik, die die Frauen für uns aktivieren soll, die kann nicht vom Dogmatischen, Politischen, Oekonomischen und Staatsrechtlichen kommen. Gewiß, den Frauen muß die soziale Fürsorge erleichtert werden, aber letzten Endes wird die Aktivierung der proletarischen und der bisher bürgerlichen Frauen für unsere Idee nur durch den Appell an das Menschliche in der Frau zu erreichen sein.

Manche Leute im Ausland meinen, daß die Deutschen sich jetzt in die Menschenrechte flüchten, nachdem ihnen die Methode der Gewaltherrschaft mißlungen ist. Und wenn ich manche bürgerlichen Politiker und ihre Bemühungen im Wettlauf um die Gunst der Siegermächte betrachte, — ich betone, daß wir diesen Wettlauf nicht mitmachen —, dann weiß ich, daß ein Kern von Wahrheit in der ausländischen Skepsis ist.

Ich möchte auch sagen, selbst auf diesem Parteitag ist, ohne daß ein einziger Delegierter ein nationalistisches Wollen gehabt hätte, manchmal ein Ton aufgeklungen, der aus einer Zeit stammt, wo sich manche Sozialdemokraten ihre Meinung über die Rolle der Nation noch vom deutschen Bürgertum geholt haben. Aber wir haben eine selbständige Auffassung von der Nation, wir sind für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, also auch für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Nation. Wir wollen die Gleichberechtigung dieser Nation. Wir wissen, daß sie uns nicht nach diesem furchtbaren Erleben Europas als Geschenk an den Hals geworfen werden kann. Wir wissen, daß wir sie uns

selbst verdienen müssen. Gerade wir, die wir uns am deutschen Nationalismus nicht schuldig gemacht haben, wissen, daß wir die Lasten zu tragen haben, die anderen gebühren.

Aber der Welt müssen wir immer wieder sagen, Ihr werdet die scheinbar unlösbaren Komplexe nur lösen, wenn Ihr einseht, daß es in all den Jahren der geistigen Umgestaltung des deutschen Volkes zum Bösen und in der Periode der Hitler-Diktatur immer auch ein anderes Deutschland gegeben hat. Dieses andere Deutschland bestand nicht nur daraus, daß Helden in voller Rüstung über die politische Bühne geklirrt sind, auch dieses andere Deutschland bestand aus Menschen in all ihrer Menschlichkeit. Aber dieses andere Deutschland hat auch wahrhaft mutige und opferbereite Männer und Frauen in seinen Reihen gezählt. Und hat in sich den Glauben und den Willen gehabt, dieses Dritte Reich nicht am Leben zu lassen und hat jedes Opfer erduldet, damit dieses Dritte Reich sterben möge. (Bravo!)

Wir kommen jetzt in eine Periode der Aktualisierung der Politik, und nicht zum wenigsten unserer Initiative. Auf dem großen Gebiet der sozialen Strukturänderung wird man uns in ein Kampffeld zerrren, auf dem wir nicht immer in jedem Waffengang die Sieger sein werden. Wir werden Niederlagen erleiden und wir werden Demütigungen erleiden. Aber wir verzweifeln nicht. Wir können nicht verzweifeln, denn wir wollen doch wissen, warum wir unser Leben lang Sozialdemokraten gewesen sind.

Wir wollen uns nicht in einer übertriebenen Deklamation in die Rolle versetzen, als ob die deutschen Sozialdemokraten eine besondere internationale oder nationale Mission hätten. Wir sind mißtrauisch geworden gegenüber den großen Worten, gegenüber auch den großen Worten in unseren Reihen. Aber wenn wir uns auch nicht als Träger einer Mission fühlen können, nachdem dieser Missionsgedanke so besudelt ist, als Träger einer absolut notwendigen Funktion für Deutschland und den Völkerfrieden fühlen wir uns doch.

Und darum, wer Deutschland will, wer den Frieden will, und wer die internationale Zusammenarbeit will, der bekennt sich nicht nur im kleinen Kreis als Sozialdemokrat, der arbeitet für die Sozialdemokratie, denn Sozialdemokrat sein, heißt nicht Mitgliederbeiträge zahlen und Mitgliedermarken kleben. Das sind vergangene Formen der Partei. Die deutsche Sozialdemokratie hat ihr Gesicht nach vorn zu wenden. Wenn sie vorwärts geht, dann will sie die Ziele erreichen, die für die Klasse, das Volk und die Welt notwendig sind. Wenn sie aber erschläft, dann hat diese Partei zum erstenmal die echte Schuld an der neuen Katastrophe. Ich

glaube, wir werden nicht verzweifeln, wir werden kämpfen, und wir werden uns durchsetzen.

(Minutenlang anhaltender Beifall; die Delegierten erheben sich und singen die Internationale.)

Vorsitzender *Fritz Henssler*: Der Parteitag hat damit seine Arbeit beendet. Ich glaube im Namen des gesamten Parteitages Dank sagen zu müssen unseren hannoverschen Genossen, insbesondere den Arbeitern der Hanomag. Ich schließe in diesen Dank auch ein die Direktion der Hanomag und auch die Angestellten der Post, die alles getan haben, was sie nur tun konnten, um uns in unserer Arbeit zu helfen.

Genossen und Genossinnen! Für uns sind alle diese Tage denkwürdige Tage gewesen. Wir können feststellen, daß der hannoversche Parteitag zu den bedeutendsten Ereignissen in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gehört. Der Parteitag stand im Zeichen: Die Sozialdemokratie im Angriff!

Wir können stolz sein, eine solche Tagung und eine solche Heerschau abhalten zu können, ein Jahr, nachdem wir wieder nach dreizehnjähriger Unterdrückung an die Öffentlichkeit treten konnten.

Wir können stolz sein, so viele Alte, trotz der Opfer, die wir bringen mußten, noch zu finden, die in der Partei sich zusammenschließen konnten, ohne beschämt die Augen niederschlagen zu müssen. (Bravo!)

Wir können noch stolzer darauf sein, daß neben uns Alten schon so viele Junge stehen. (Bravo! Beifall.)

Wir können erklären, daß unsere Legitimation als Partei nicht davon herkommt, daß wir von der Militärregierung genehmigt sind, unsere Legitimation besteht in der Verankerung im Volk. (Bravo!)

Genossinnen und Genossen! Sozialdemokratie heißt: Deutschland und Völkerfriede.

	Freiheit!
Ruf des Parteitages:	Freiheit!
	Freiheit!
Ruf des Parteitages:	Freiheit!
	Freiheit!
Ruf des Parteitages:	Freiheit!

Der Parteitag ist beendet,

(Schluß der Tagung: 12.44 Uhr)